

Preußische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 15 · 11. April 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

75 Jahre Zeitung für Deutschland



Im April 1950 erschien die erste Ausgabe des „Ostpreußenblatts“. Es war der Auftakt zu einem besonderen Kapitel deutscher Presse- und Mediengeschichte.
24 Seiten Sonderbeilage



Politik Die autoritäre Versuchung in Europas Demokratien **Seiten 2–3**



Luftkrieg Vor 80 Jahren zerstörte die Royal Air Force das alte Potsdam **Seite 11**

bilder: Archiv, picture alliance/SPA | Thomas Hubert, picture alliance/SZ photo

VON RENÉ NEHRING

INTERNATIONALE POLITIK

Die Welt erlebt eine historische Zäsur

Nach Russland stellt nun auch die USA die bestehende globale Ordnung infrage. Vor purem Aktionismus sollten Europas Eliten die Interessen ihrer Nationen klären

Die internationale Politik steht an einem historischen Wendepunkt. Nachdem zuvor Russland mit seiner Invasion der Ukraine die bestehende, auf völkerrechtliche Verträge gegründete Weltordnung infrage gestellt hat, geht nun die USA unter der Regierung Trump einen ähnlichen Weg. Zwar greift sie – zumindest bislang – keine Staaten militärisch an, doch hat der US-Präsident wiederholt sein Interesse an strategisch wichtigen Territorien wie Grönland und dem Panamakanal sowie auch an ganzen Ländern wie Kanada bekundet. Und gerade erst hat er mit drastischen Einfuhrzöllen für in die USA importierte Waren weiten Teilen der Welt faktisch den Wirtschaftskrieg erklärt.

Bemerkenswert daran ist: Während Russland den Krieg gegen die Ukraine eröffnete, weil es durch deren möglichen Beitritt zu NATO und Europäischer Union (EU) eine weitere Schwächung seiner seit dem Zerfall der Sowjetunion ohnehin geschwächten geopolitischen Lage befürchtete, stellt die USA nun eine Weltordnung infrage, die das Ergebnis einer rund hundertjährigen Außenpolitik Washingtoner Regierungen ist. Zwar behauptet Trump, dass sein Land durch die bestehende Ordnung „geplündert und vergewaltigt“ worden sei, doch kann er im Ernst nicht bestreiten, dass auch die USA massiv – siehe die Dominanz der Wallstreet in der internationalen Finanzwirtschaft oder die fast monopolartige Stellung des Silicon Valley in der Informationstechnologie oder die kulturelle Hegemonie der Filmwirtschaft von Hollywood – von den globalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte profitiert hat.

Ein weiterer Unterschied zwischen dem Agieren Russlands und der USA ist, dass der Kreml gegen die Ukraine vorging, als diese durch den beabsichtigten Wechsel in das westliche Lager aus Moskauer Sicht abtrünnig wurde, während das Wei-

ße Haus in seinem Furor gegen die vermeintliche Unrechtbehandlung durch alle Welt keinen Unterschied zwischen Freunden und Gegnern macht sowie mit Kanada und Dänemark zwei der ältesten Verbündeten Washingtons brüskiert.

Brüskierte Verbündete

Vor allem dies stellt für die Alliierten der USA, insbesondere in Europa, eine neue Herausforderung dar. Nach dem Zerfall ihrer Kolonialreiche bot den Europäern die Zugehörigkeit zu einem sich über weite Teile der Erde erstreckenden und durch die militärische Dominanz der USA abgesicherten Wirtschaftsraum die Möglichkeit, weiterhin am globalen Handel teilhaben zu können. So konnten etwa europäische Firmen günstig in Asien produzieren und ihre Waren über die internationalen Seerouten in ihre Absatzmärkte liefern. Dass ihnen nun ausgerechnet die langjährige Schutzmacht den Fehdehandschuh vor die Füße wirft, trifft sie insofern hart.

Entsprechend klar fallen nun ihre Reaktionen aus. Mal auf Initiative der EU, mal auf Einladung führender Nationen wie Frankreich, erklären sie derzeit auf zahlreichen Gipfeln, sich im Zweifel auch ohne die USA in der Welt behaupten zu wollen. Selbst das aus der EU ausgeschiedene Großbritannien sucht nun den Schulterschluss zu seinen NATO-Verbündeten auf dem Kontinent. Und die künftige schwarz-rote Regierung in Berlin einig-

te sich noch vor Abschluss eines Koalitionsvertrages auf ein mehrere hundert Milliarden Euro schweres „Sondervermögen“, um die eigenen Streitkräfte wieder in den Stand zu setzen, ihren verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen zu können.

Was indes – zumal in Deutschland – fehlt, ist ein Wandel des Bewusstseins, wofür Instrumente der Politik wie die Streitkräfte oder auch Handelsabkommen eigentlich da sind. Ein Beispiel: Am vergangenen Sonntag analysierte der frühere Außenminister Joschka Fischer in der Fernsehsendung „Caren Miosga“, dass mit Trump der Westen „am Ende“ sei. Was Fischer nicht erwähnte, ist, dass seine grüne Partei einen nicht unerheblichen Beitrag zum Niedergang des Westens geleistet hat, indem sie ihre Politik nicht mehr an der Frage ausrichtete, was den Interessen des eigenen Landes dient, sondern daran, wie das eigene Land in den Dienst übergreifender Ziele wie den „Kampf gegen den Klimawandel“ gestellt werden kann. Als Wirtschaftsminister Habeck in den Ampel-Jahren mit seiner Energiepolitik tausende Unternehmen in die Insolvenz oder ins Ausland trieb, hat Fischer nicht interveniert, dass der Westen auch dadurch erschüttert wird, dass die ökonomischen Fundamente einer seiner tragenden Nationen mutwillig zerschlagen werden.

Die Verantwortlichen der Politik sind gut beraten, vor weiteren Reaktionen auf die neuen Herausforderungen zu klären,

welchen Zielen und Interessen ihre Politik künftig dienen soll. Dies gilt insbesondere für Deutschland, wo unlängst in einer Umfrage gerade einmal 17 Prozent der Befragten erklärten, im Falle eines Angriffs bereit zu sein, ihr Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Hier rächt sich, dass die Eliten der deutschen Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten jeden nur denkbaren Weg gesucht haben, um der eigenen Nation zu entfliehen. Wer will, dass junge Menschen künftig wieder stärker ihrem Land dienen, muss ihnen mehr bieten als den Geltungsbereich einer Verfassung (so gut diese auch ist) oder Debatten über die Leistungen des Sozialstaats (so wichtig diese für die Sicherung privater Existenzen auch sein mögen).

Klärung der eigenen Interessen

Dabei schließt eine Rückbesinnung auf eigene Interessen ein starkes Engagement in der Welt nicht aus. Ganz im Gegenteil profitiert kaum ein Land wie das unsere, das nach China und den USA die drittstärkste Exportnation ist, von den Vorteilen der Globalisierung. Und ohne die westlichen Bündnisstrukturen wäre Deutschland nicht ansatzweise in der Lage, die Handelsrouten seiner Volkswirtschaft mit eigenen Streitkräften zu sichern. Wer glaubt, mit ein paar hundert Milliarden Euro neuer Schulden allein durch die Welt marschieren zu können, sollte sich ansehen, wie viel die USA jäh-

lich in ihre global agierenden Streitkräfte pumpen (allein der zuletzt beschaffte Flugzeugträger USS Gerald R. Ford kostete rund 13 Milliarden US-Dollar).

Insofern sollten sich die deutschen und europäischen Eliten angesichts des historischen Wandels dieser Tage nicht zu irgendwelchen Abenteuerern verleiten lassen, sondern vielmehr einen kühlen Kopf bewahren und sich besonnen fragen, was den eigenen Nationen nützt. Was haben, zum Beispiel, Deutschland und seine Bürger von der Mitgliedschaft in Bündnissen wie NATO und EU? Dient die Migration (etwa durch Zuwanderung von weltweit gefragten Fachkräften) wirklich dem Wachstum der heimischen Volkswirtschaft – oder wird durch sie nicht vielmehr der Sozialstaat aufgebläht? Und ist es wirklich egal, wo deutsche Firmen in Zukunft produzieren?

Wenn die Entscheider auf diese und andere grundlegende Fragen keine positive Antwort geben, können sie sich den ganzen Aktionismus, mit dem sie nach Russland nun auch der USA gegenüber Stärke demonstrieren wollen, sparen. Als Hülle ohne Inhalt würden sie sich auf der rauen Bühne der internationalen Politik nur der Lächerlichkeit preisgeben.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Wehrhafte Demokratie oder Diktatur der Mitte?

Erstmalig in der EU wurde im Dezember auf Beschluss des rumänischen Verfassungsgerichts das Ergebnis einer nationalen Wahl annulliert. Doch bei dem Versuch, sich ihrer Gegner zu entledigen, droht die Demokratie sich selbst abzuschaffen

VON MARTIN BÖHM

Rumänien erlebt derzeit eine seiner turbulentesten Phasen seit dem Ende des Kommunismus. Das Land wurde in den vergangenen Jahren oft als Musterknabe der demokratischen Entwicklung im Osten Europas gelobt und hat kaum für Schlagzeilen gesorgt, für die es aus Brüssel oder Berlin gescholten worden wäre – im Unterschied etwa zu Viktor Orbáns Ungarn oder Robert Ficos Slowakei.

Am 24. November 2024 gerät Rumänien jedoch gehörig in Aufruhr, denn es ereignet sich ein unerwartetes politisches Erdbeben, das weit über Bukarest hinaus spürbar ist. Der rechtsextreme, bis dahin vielen Rumänen kaum bekannte Călin Georgescu gewinnt die erste Runde der Präsidentschaftswahlen mit knapp 23 Prozent der Stimmen, auf Platz zwei landet die liberal-progressive Herausforderin Elena Lasconi mit 19,2 Prozent. Die Präsidentschaftskandidaten der regierenden Sozialisten (PSD) und Liberalkonservativen (PNL) fahren historisch schlechte Ergebnisse ein und fliegen raus. Für kurze Zeit scheint es, dass Rumänien sich nicht nur mit voller Wucht der seit 2014 andauernden Ära Klaus Johannis entledige, sondern auch seiner Groko-Parteien PSD und PNL.

Bei den Parlamentswahlen eine Woche später bestätigt sich die Unzufriedenheit der Rumänen mit dem angestammten System. Die Sozialisten kommen auf nur knapp 22 Prozent, die Liberalkonservativen auf bloß 13,2 Prozent, weit überholt von der rechtsradikalen Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR), die 18 Prozent der Stimmen erhält. Insgesamt stellen die Parteien des rechten Randes – AUR, SOS România und die Partei der jungen Menschen (POT) – nun ein Drittel der Abgeordneten des neuen Parlaments. Trotz dieses Ergebnisses bleibt der große Schock aus, zu sehr haben sich die öffentlichen Debatten auf die am 8. Dezember 2024 stattzufindende zweite Runde der Präsidentschaftswahl versteift. Denn die Angst ist groß, dass der als pro-russisch etikettierte Georgescu die Stichwahl gewinnen und Rumänien damit seinen prowestlichen und EU-freundlichen Kurs beenden könnte.

Das Verfassungsgericht greift ein

So weit kommt es aber nicht, denn die erste Runde der Präsidentschaftswahlen wird vom Verfassungsgericht am 6. Dezember, zwei Tage vor der zweiten Runde, annulliert; der neue Wahltermin wird wenig später auf Anfang Mai festgesetzt. Der Hintergrund: der Verdacht der illegalen Einmischung ausländischer Staaten in den rumänischen Wahlkampf, mutmaßlich Russlands. Einige Wochen vor den Wahlen lag Georgescu in den Meinungsumfragen zumeist bei etwa fünf Prozent der Stimmen, wenige Tage vor den Wahlen steigt seine Zustimmung auf bereits fast elf Prozent. Zu verdanken hat er dies maßgeblich einer beispiellosen Kampagne auf TikTok – das soziale Netzwerk wurde mit seinen Videos in den zwei Wochen vor der Wahl regelrecht überflutet. Der rumänische Geheimdienst SRI vermutet dahinter eine koordinierte Kampagne aus dem Kreml, ohne dessen finanzielle Unterstützung eine solche Mobilisierung nicht möglich gewesen wäre. Einige Beobachter halten Georgescu sogar für einen Schläfer des KGB.

Fakt ist, dass sich der Einfluss der sozialen Netzwerke im rumänischen Wahlkampf tatsächlich als enorm erwiesen hat. Knapp neun Millionen Rumänen, also fast die Hälfte der Bevölkerung, verfügt über einen TikTok-Account. Da Georgescus Videos, im Unterschied zu den Videos der anderen Kandidaten, nicht als politische Inhalte gekennzeichnet waren, sondern zur Rubrik „Unterhaltung“ gehörten, erreichte der Kandidat eine viel breitere Masse als seine Kontrahenten.



Umstrittener Wahlsieger in Rumänien: Călin Georgescu

Bild: picture alliance/ASSOCIATED PRESS|Vadim Ghirda

Die Wahlbehörde sah darin einen Verstoß gegen das Wahlgesetz, fand aber auch weitere Anhaltspunkte, die auf eine Verletzung der Vorschriften zur Wahlkampffinanzierung hindeuten. So soll ein Unternehmer einen sechsstelligen Dollar-Betrag für Georgescus TikTok-Kampagne ausgegeben haben, obwohl Georgescu angab, er verfüge über kein Wahlkampfbudget. Das Verfassungsgericht argumentierte in seinem Urteil vom 6. Dezember schließlich, dass die Unregelmäßigkeiten „die freie und faire Stimmabgabe der Bürger sowie die Chancengleichheit der Kandidaten beeinträchtigt“ hätten.

Aber reichen diese Vorwürfe, um ein unliebsames Ergebnis im Nachhinein zu annullieren? Eine explodierende TikTok-Kampagne, die viele Fragezeichen aufwirft, der Vorwurf der mutmaßlichen Unterstützung aus Russland über Mittelsmänner hin oder her. Georgescu, der in einigen seiner Videos mit freiem Oberkörper auf einem weißen Pferd reitet oder sich in einen Judomantel hüllt wie einst der russische Präsident Putin, hat mehr als zwei Millionen Stimmen auf sich vereint und ist zur Anti-Establishment-Ikone geworden. Was Georgescu zudem von den anderen Stars der rumänischen Rechtsextremen abhebt, ist sein unzweifelhaftes Charisma. Während Diana Șoșoacă und George Simion im Parlament regelmäßig durch ihr lautes Gebüll und theatralisches Gehabe auffallen, gibt sich Georgescu betont staatsmännisch.

Seine besonnene, elegante und dabei volksnahe Art zu Reden täuscht dabei leicht darüber hinweg, dass er zum Teil krude Verschwörungstheorien bedient. So äußerte er etwa unlängst, dass Softdrinks wie Pepsi und Fanta Nanochips enthalten, die beim Konsum in den menschlichen Körper eindringen würden. Gefährlicher ist jedoch, dass er keinen Hehl aus seiner Sympathie für die dunkelsten Gestalten der rumänischen Geschich-

te macht. Den Faschistenführer der Zwischenkriegszeit, Corneliu Zelea Codreanu, wie auch Marschall Antonescu, der für die Ermordung Hunderttausender Juden während des Zweiten Weltkriegs verantwortlich ist, bezeichnete er als nationale Helden.

Dass neofaschistische und antiglobalistische Rhetorik bei vielen Rumänen angesichts der breiten gesellschaftlichen Unzufriedenheit und der Erinnerungen an die in Rumänien besonders repressive Corona-Zeit zündet, verwundert jedoch nicht. Die Inflation ist nach wie vor eine der höchsten in der EU, die Infrastruktur in einem miserablen Zustand – Bukarest ist immer noch nicht an das europäische Autobahnnetz angeschlossen, die Eliten werden gemeinhin als korrupt wahrgenommen. Zudem genießt die politische Rechte einen erheblichen Zulauf seit dem Krieg in der Ukraine, der auch in Rumänien die Angst vor einer Eskalation des Krieges schürte und aufgrund dessen die Strom- und Gaspreise für viele Menschen nicht zu stemmen sind. Georgescu ist es gelungen, diese Ängste sowie die anti-westlichen Stimmungen in der Bevölkerung, vor allem im ländlichen Raum, zu bündeln. Darüber hinaus wird er schon seit längerer Zeit von einem Teil des nationalistischen wie traditionalistischen Lagers der mächtigen Rumänisch-Orthodoxen Kirche unterstützt.

Höhepunkt eines Politkrimis

Nach der Annullierung der Präsidentschaftswahlen durch das Verfassungsgericht am 26. Februar erreicht die Wahlkrimi Ende Februar einen neuen Höhepunkt, als Călin Georgescu im Bukarester Verkehr angehalten und von Polizisten zu einer Anhörung in die Generalstaatsanwaltschaft gebracht wird. Nach einem sechsstündigen Verhör wird er entlassen, die Generalstaatsanwaltschaft stellt ihn jedoch für 60 Tage unter gerichtli-

che Aufsicht. Ihm werden mehrere schwere Straftaten vorgeworfen, darunter die Anstiftung zu Handlungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung, die Verbreitung von Falschinformationen, die Gründung oder Unterstützung einer Organisation mit faschistischem, rassistischem oder fremdenfeindlichem Charakter sowie die Verherrlichung von Kriegsverbrechern.

Anlässlich der Festnahme Georgescus rufen die Parteien des rechten Randes zum Protest auf, doch die große Massenmobilisierung bleibt aus. Am 1. März kommen statt der erwarteten 100.000 lediglich rund 10.000 Anhänger Georgescus, der Druck der Straße reicht nicht aus, um das Blatt zu wenden. Dagegen erklärt das Zentrale Wahlbüro am 9. März seine Kandidatur für ungültig, da Georgescu die Demokratie nicht respektiere und die Wahlbestimmungen verletzt habe. Die Entscheidung wird am 11. März vom Verfassungsgericht bestätigt. Für Călin Georgescu ist es damit aus für das Rennen um das Präsidentschaftsamt, während die Ermittlungen gegen ihn noch laufen.

Eine Ausnahme ist sein Ausschluss jedoch nicht. Bereits im Oktober 2024 wurde die Kandidatur der rechtsextremen Diana Șoșoacă für die Präsidentschaftswahlen annulliert. Ihre pro-russischen Positionen, ihr offener Antisemitismus und ihre fundamentale Ablehnung der EU und NATO wurden als unvereinbar mit der Verpflichtung des Präsidenten angesehen, die Verfassung und die demokratischen Werte des Landes zu respektieren. Am 15. März wird ihre Kandidatur erneut für ungültig erklärt.

Somit liegt es nun an George Simion, dem Parteivorsitzenden der AUR, den rechten Rand bei den Wahlen Anfang Mai zu repräsentieren. Dabei kann er auf die Stimmen von Georgescus und Șoșoacăs Wählerbasis zählen, denn auch er vertritt ultranationalistische, pro-russische und anti-westliche Positionen. Von einem offensiven Antisemitismus machte er hingegen bislang keinen Gebrauch und treibt auch keinen EU-Austritt Rumäniens voran. In den Umfragen führt er das Rennen mit über 30 Prozent der Stimmen an. Offen ist noch, gegen wen er in der zweiten Runde antreten wird: Der von der PSD und PNL sowie der ungarischen Minderheit unterstützte Crin Antonescu liegt in etwa gleichauf mit Ex-Premier Victor Ponta sowie dem liberalen Bürgermeister Bukarests, Nicușor Dan.

Doppeltes Zeugnis einer bedrohten Demokratie

Sicher ist, dass die rumänischen Präsidentschaftswahlen doppeltes Zeugnis einer bedrohten Demokratie ablegen, die auch für den Rest Europas unangenehme Präzedenzen schaffen könnte. Zum einen ist der erstarkte rechte Rand der Spielart von Georgescu, Simion oder Șoșoacă weitaus extremer, als man ihn in Westeuropa von Meloni, Wilders oder Le Pen kennt. Ein Präsident Simion, der den kommunistischen Diktator Nicolae Ceaușescu lobte und erklärte, dieser sei besser gewesen als alle Präsidenten, die Rumänien nach 1989 hatte, würde dem Zustand der rumänischen Demokratie keinen Gefallen tun.

Zum anderen ist die Gangart des Wahlbüros und des Verfassungsgerichts, Kandidaten auszuschließen und Wahlgänge zu annullieren, höchst problematisch und wird nicht nur von Anhängern des rechten Randes als undemokratisch gesehen. In dem Versuch, sich ihrer Gegner zu entledigen, droht die rumänische Demokratie sich selbst abzuschaffen.

● **Martin Böhm** ist Doktorant an der deutschsprachigen Andrásy Universität Budapest sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gedenkstätte Haus des Terrors in Budapest.

Reichen diese Vorwürfe, um ein unliebsames Ergebnis im Nachhinein zu annullieren?

Die autoritäre Versuchung

Während es den etablierten Parteien nicht gelingt, die Probleme unserer Zeit zu lösen, erstarken vielerorts populistische Kräfte. Um deren Aufstieg zu verhindern, greifen Kultur- und Machteliten wiederholt zu fragwürdigen Mitteln

VON WERNER J. PATZELT

Lange Zeit galt Demokratie als eine Staatsform, in der man einen politischen Richtungswechsel herbeiwählen konnte. So sehen das heute noch viele. Mehr und mehr Leute haben sich aber eine andere Sichtweise angewöhnt. Sie verstehen allein sich selbst und ihresgleichen als Demokraten; und also folgern sie, dass ihre Gegner oder Kritiker eben keine Demokraten sein können. Derzeit begreifen sie sich als jene „demokratische Mitte“, die allein das gute und freiheitssichernde Regieren beherrscht und deshalb auch alternativlos regieren darf. Alles, was politisch anders empfindet als diese „Mitte“, sind die „Ränder“.

Am linken Rand, so wird gern geglaubt, will man zwar auch das Gute und Richtige. Doch man vergreift sich dort in der Tonlage und bei den anzuwendenden Mitteln. Das aber sei nicht mittig, sondern randständig. Doch immerhin bleibt das Herz am richtigen Fleck. Also darf man mit Leuten vom linken Rand zusammenarbeiten, wenn es nicht anders geht – so, wie derzeit in Thüringen und in Sachsen. Am rechten Rand hingegen liegt das im Deutschen Bundestag vom ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich erspähte „Tor zur Hölle“. Mit Leuten von dort zusammenzuarbeiten, geht natürlich nicht. Wie gut also, dass schon seit Jahren die Rechte der Linken im Lande die kulturell-politische Hegemonie überlässt! Und wie schön, dass die einst von „rechten Stahlhelmen“ durchgezogene Union inzwischen nur noch eine „Partei der Mitte“ sein will.

Kulturelle Hegemonie der Linken

Als demokratische Partei verweigert sie sich, selbstverständlich, nicht der „demokratischen Linken“. Doch nach rechts gilt weiterhin Brechts Satz: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das krocht!“ Deshalb braucht es jenen „Kampf gegen Rechts“, zu dem sich Rucker und Omas aufrufen, und den der Staat seinerseits durch Programme wie „Demokratie leben“ fördert, zuletzt mit über 180 Millionen Euro pro Jahr. Dass dennoch die AfD die Union eingeholt hat, zeigt an: „Nie wieder“ muss genau jetzt sein!

Gottlob strömen Freiwillige zum Kampf um die freiheitliche Demokratie, „Correctiv“, eine teils vom Staat, viel mehr aber von Privaten geförderte NGO, raunte zu Beginn des Jahres 2024 von einer Neuauflage der Wannsee-Konferenz samt AfD-Plänen zur millionenfachen Vertreibung von Nicht-Bio-Deutschen – und prompt kam es zu den, nach stolzer Selbsteinschätzung, größten „Demonstrationen gegen rechts“ im ganzen Land. Außerdem sprießen, mit Staatsmitteln gefördert, immer mehr „Meldestellen“ empor, wo gute Untertanen der Obrigkeit solche Aussagen und Verhaltensweisen mitteilen können, die zwar „rechts“ sind, doch leider noch nicht der Strafbarkeit unterliegen. Anders als im Handwerk scheint es dort an Stellenbewerbern nicht zu fehlen.

Und schön auch, dass mehr und mehr Richter begreifen, dass St. Justitia nicht blind sein muss, sondern umstandsabhängig hochsensibel. Weniger braucht es das Letztere, wenn es Jugendliche und Ältere an gutem Willen beim Umgang mit dem Eigentum oder Leib anderer fehlen lassen. Da soll man erzieherisch wirken durch Einfühlbarkeit und Milde. Abschreckung aber braucht es, wenn „Rechte“ sich erfreuen, der kulturellen und politischen Hegemonie von Links-Grünen Abbruch zu tun. Da gilt es, schon aus großer Entfernung Pech und Schwefel zu riechen und allen Anfängen zu wehren.

Natürlich ist es hilfreich, wenn Rechte sich durch eigenes Fehlverhalten Blößen geben. Niemand hat, zum Beispiel, Frankreichs einst aussichtsreiche Präsidentschaftsbewer-



Soll nach einem Gerichtsurteil nicht bei der nächsten Präsidentschaftswahl in ihrem Land antreten dürfen: Die Frontfrau der französischen Partei „Rassemblement National“, Marine Le Pen
Bild: picture alliance/SIPA | Thomas Hubert

berin Marine Le Pen dazu gezwungen, sich als Sauberfrau aufzuspielen und zur gleichen Zeit für ihre in Frankreich geleistete Parteiarbeit vom Europäischen Parlament bezahlte Mitarbeiter einzusetzen. Zwar scheint es in Frankreichs Politikerschaft recht normal zu sein, Rechtsvorschriften zu beugen oder zu umgehen. Doch welch ein Göttergeschenk, dass es kein Linker, sondern eine Rechte war, der man den Prozess machen und dank Verurteilung samt Entzug des passiven Wahlrechts den Triumphzug in den Elysée-Palast fürs erste vermessen konnte! Und also ward in Frankreich eine schöne Schlacht im „Kampf gegen Rechts“ gewonnen.

Im Zweifel mit den Mitteln der Justiz

Das gelang auch in Rumänien. Da war doch, wider alles Erwarten, ein Rechter namens Călin Georgescu fast zum Staatspräsidenten gewählt worden. Wie gut, dass sich solche Hinweise auf russische Einflussnahmen auf dessen Wahlkampf führten, die es dem rumänischen Verfassungsgericht ermöglichten, jenen unerwarteten und politisch ganz unerwünschten Wahlsieg zu annullieren. In Deutschland hätte man – wie 2020 im Falle Thüringens – gesagt: Die Wahl ist unverzüglich und muss rückgängig gemacht werden!

Wie in Thüringen kam es denn auch in Rumänien, nur dass man – mangels einer Überkanzlerin – dort nicht mit politischem Druck arbeitete, sondern einen Gerichtsbeschluss erzwang. Welchen ein Sieg der Rechtsstaatlichkeit! Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, an den sich Georgescu gewandt hatte, sah dessen Menschenrechten durch diese Annullierung keinen nicht wiedergutzumachenden Schaden zugefügt. Allerdings ließ die rumänische Wahlbehörde bei der angeordneten Wahlwiederholung den vorherigen Wahlsieger nicht wieder als Kandidaten zu. Dessen Einspruch dagegen wies das – schon durch Annullierung der Präsidentschaftswahl tätig gewordene – Verfassungsgericht zurück: Georgescu würde nämlich demokratische Grundwerte nicht anerken-

nen. Auf diese Weise rettete Rumäniens Justiz, nicht ohne politischen Flankenschutz seitens der Europäischen Kommission, ihres Landes Demokratie.

Weil das als vorbildlich galt, begab sich anschließend auch noch Folgendes. Vor der Bundestagswahl kam es zu einem aufsehenerregenden, wenn auch inhaltlich banalen, öffentlichen Gespräch zwischen der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel und dem milliardenschweren Trump-Unterstützer und „X“-Beherrscher Elon Musk. Sogleich schwante den Demokratieschützern auf dem Brüsseler Berlaymont, dass womöglich auch hier ein „foreign agent“ am – auf politisch richtigem Kurs segelnden – öffentlich-rechtlichen Mediensystem vorbei die Bundestagswahl beeinflussen könne. Und also mahnte ein ehemaliger EU-Kommissar öffentlich an, sich die Weiterungen dieses Vorgangs genau anzusehen sowie, gegebenenfalls, hart einzugreifen: „Wir haben es in Rumänien getan und werden es offensichtlich, falls nötig, auch in Deutschland tun müssen.“

Verhinderung des gewählten Wandels

Gottlob hat der Unions-Kanzlerkandidat nie Zweifel daran gelassen, dass die AfD zwar stark werden könne, wie sie wolle; doch solange sie im Parlament keine absolute Mehrheit habe, brauche die Union weder AfD-Stimmen noch werde sie AfD-Positionen je unterstützen. Schließlich sei „die Mitte“ – reichend bis zur Linkspartei – weiterhin stark genug, ihr eigenes Ding zu machen. Wie das geht, wird gerade in Thüringen vorgeführt: Es verhindern alle nicht-rechten Parteien gemeinsam einen Politikwechsel, weil nämlich jene Partei viel zu rechts wäre, die doch gerade um eines Politikwechsels willen von der Wählerschaft zur stärksten Landes- und Parlamentspartei gemacht wurde.

Zum Glück für die Mitte haben Thüringer Gerichte auch klargestellt, dass der Satz „Alles für Deutschland“ zumindest dann den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen kann, wenn AfD-Politiker ihn äußern. Falls

wir es jetzt auch noch schaffen, jedem das passive Wahlrecht zu entziehen, der zweimal wegen Volksverhetzung verurteilt ist, dann sind wir einen wichtigen Schritt weiter: Denn der thüringische AfD-Chef Höcke wurde nämlich schon ein zweites Mal verurteilt. Und vielleicht ändert sich ja auch noch die juristische Ausdeutung von „Volksverhetzung“ dahingehend, dass jede Kritik an der „demokratischen Mitte“ unter ihn fällt – und nicht bloß als „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ gilt.

Für welche grundlegenden Unstimmigkeiten unserer Demokratiepraxis sind derlei Vorgänge gleichsam die Warnlichter? Beginnen wir mit einem Gedankenexperiment: Frau Le Pen kandidierte für die Sozialisten, mit Georgescu hätten Grüne gesiegt, und mit Höcke wäre in Thüringen die Linkspartei zur stärksten Partei geworden. Hätten es dann sehr viele im Land für plausibel gehalten, dieselben Leute von Präsidentenpalästen oder Staatskanzleien fernzuhalten? – Offenbar wäre es keineswegs das gleiche, wenn gute linke und böse rechte Politiker das Gleiche getan hätten.

Worum es eigentlich geht

Im Kern geht es allerdings um Wichtigeres. Viele links-grüne Politiken sind nämlich in ihren Grenznutzenbereich geraten. Eben das merken nun Millionen von Europäern und wünschen deshalb einen Politikwechsel. Zugleich gehen unseren Kultur- und Machteliten die Argumente zur Verteidigung ihres Kurses aus. Darum verlassen sie sich nicht mehr auf die Mittel der Politik, also auf das Argumentieren, Überzeugen und Gewinnen von Wahlen. Vielmehr versuchen sie, den Gegner gerichtlich um dessen Wirksamkeit zu bringen oder ihn gleich ganz aus der politischen Arena zu vertreiben. Wo nämlich nicht mehr Argumente ihren – eher vermeintlichen als wirklichen – „zwanglosen Zwang“ (Jürgen Habermas) ausüben, dort wird es für jene, die sich klüger und moralischer dünken, höchst einladend, sich an den Mitteln erst indirekter, dann direkter Repression zu versuchen. Die Corona-Politik hat gezeigt, wie sich das in der Praxis ausnehmen kann.

Und warum auch nicht? Wer die Wahrheit verteidigt, hat immer recht – und wer die Wahrheit nicht kennt, ist dumm oder schlecht! Das links-grün-woke Milieu von heute glaubt diesen Kernaussagen des „Lieds der Partei“, der Hymne der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ebenso willig wie einst die kommunistische Kirche. Und die Union, von Panik befallen bei jeder Anmutung, sie sei nicht „mittig“, sondern „rechts“, gesellt sich diesem Milieu seit Jahren gern hinzu und nennt es schlicht die „demokratische Mitte“.

Noch ist es allerdings nur eine Versuchung, in solchen Demokratenkreisen sogar altbekannte Praxen autoritärer Herrschaft unter der Bedingung für lobenswert zu halten, dass man sich ihrer selbst bedienen kann. Doch allzu oft wird dieser Versuchung durchaus nicht mehr widerstanden. Vielleicht ist es an der Zeit, solchen Verhältnissen – nach dem Vorschlag von Karl Marx – immer wieder ihre eigene Melodie vorzuspielen, um sie, hoffentlich, zum Tanzen zu bringen. Oder zumindest zu jener pluralistischen Lockerheit, von der das Leben einer freiheitlichen Demokratie abhängt.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehören „Ungarn verstehen“ (2023) und soeben „Deutschlands blaues Wunder. Die AfD und der Populismus“ (2025, beide Langen Müller).
www.wjpatzelt.de

—
Wo nicht mehr Argumente ihren – eher vermeintlichen als wirklichen – „zwanglosen Zwang“ (Jürgen Habermas) ausüben, dort wird es für jene, die sich klüger und moralischer dünken, höchst einladend, sich an den Mitteln erst indirekter, dann direkter Repression zu versuchen

● MELDUNGEN

Ersoffen in Sozialkosten

Wiesbaden – Das Statistische Bundesamt hat für das vergangene Jahr das „höchste kommunale Finanzierungsdefizit seit der deutschen Vereinigung“ gemeldet. Für das Rekorddefizit in den Haushalten der deutschen Gemeinden haben vor allem höhere Sozialleistungen gesorgt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wiesen die Kern- und Extrahaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2024 einen Fehlbetrag von 24,8 Milliarden Euro auf. Im Jahr 2023 hatte das Defizit der Gemeinden bei 6,6 Milliarden Euro gelegen. Durch das Defizit waren 2024 rund 6,2 Prozent der Ausgaben nicht durch reguläre Einnahmen gedeckt. Die Lücke musste aus Reserven oder durch Kredite finanziert werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren vor allem die Sozialleistungen Treiber der Ausgaben der kommunalen Kernhaushalte. Die Sozialleistungen wuchsen um 11,7 Prozent bzw. 8,9 Milliarden Euro und summierten sich auf 84,5 Milliarden Euro. *H.M.*

Berlin prasst für Migranten

Berlin – Die deutsche Hauptstadt gibt deutlich mehr Geld für Asylbewerber aus, als bisher angenommen. Im Berliner Abgeordnetenhaus erklärte Finanzsenator Stefan Evers (CDU), Berlin sei durch Kosten für Asylbewerber im vergangenen Jahr mit 2,1 Milliarden Euro belastet worden. Bislang war immer von einer Milliarde Euro pro Jahr die Rede gewesen. Tatsächlich gibt Berlin allein für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen pro Jahr eine Milliarde Euro aus. Ein weiterer großer Kostenblock ist die Versorgung von 1700 unbegleiteten minderjährigen Immigranten, die in Berlin registriert sind. Allein die Versorgung dieser Personengruppe schlug mit 250 Millionen Euro zu Buche. Weitere 262 Millionen Euro gab Berlin für Integration und Bildung der Ausländer aus. Die sogenannten Willkommensklassen für Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse verursachten allein Kosten von 121 Millionen Euro. *H.M.*

Keine Verteilung

Erfurt – Die in Thüringen regierende Koalition aus CDU, SPD und BSW stoppt die Verteilung von Asylbewerbern aus sogenannten sicheren Herkunftsländern auf die Kommunen. Betroffene Ausländer, etwa aus Georgien, Moldau oder dem Kosovo, sollen in den Landeseinrichtungen in Suhl oder Eisenberg bleiben, bis diese nach Abschluss ihres Asylverfahrens beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Migrationsministerin Beate Meißner (CDU) nannte die Anweisung „einen wichtigen Schritt, um die Kernziele der Landesregierung im Migrationsbereich in die Tat umzusetzen“. Ziel sei eine Entlastung der Landkreise und kreisfreien Städte. Die Ministerin kündigte an, dass langfristig auch weitere Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive bis zu deren Abschiebung in Landesaufnahmeeinrichtungen verbleiben sollen. *H.M.*



BILD: IMAGO/MANNIGOLD

Schon ein Joint am Tag kann schwere gesundheitliche Schäden nach sich ziehen – der Ampelregierung war diese Tatsache egal

CANNABISGESETZ

Der Schwarzmarkt boomt

Ein Jahr später steht fest: Es läuft genau so, wie es gerade nicht laufen sollte

VON HAGEN RITTER

Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen ist in der Union neben dem Heizungsgesetz auch immer wieder das Cannabisgesetz genannt worden, wenn es um die Frage ging, welches Projekt der gescheiterten Ampelkoalition wieder rückgängig gemacht oder zumindest überarbeitet werden muss. Seit April 2024 ist der private Anbau und Konsum von Cannabis in Teilen legal geworden. Seitdem dürfen Erwachsene unterwegs bis zu 25 Gramm Cannabis bei sich haben. Zu Hause dürfen straffrei sogar bis zu 50 Gramm aufbewahrt werden. Zudem wurde auch der private Anbau von maximal drei Pflanzen per Gesetz erlaubt. Zusätzlich wurde vor einem Jahr die Möglichkeit geschaffen, Cannabis-Anbauvereine zu gründen.

Nach Angaben von Michael Greif, dem Geschäftsführer des Branchenverbands Cannabiswirtschaft e.V., hat das Cannabisgesetz inzwischen zu einem Boom beim privaten Eigenanbau geführt. So ha-

be sich 2024 für die gesamte Cannabiswirtschaft ein Umsatzvolumen von knapp einer Milliarde Euro ergeben. Ein Händler, der Zubehör für den Eigenanbau verkauft, erklärte sogar: „Der deutsche Markt hat die Waren des kompletten europäischen Markts aufgekauft.“

Unkontrollierter Konsum

Jan Reinecke, Hamburger Landeschef vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), sieht den Markt für Cannabis durch den Eigenanbau allerdings überhaupt nicht gedeckt. Nach Einschätzung des Kriminalbeamten sei von Anfang an klar gewesen, dass mit dem Gesetz der Schwarzmarkt nicht ausgetrocknet werde: „Im Gegenteil, man kann sagen, dass dieses Gesetz einen Schwarzmarktboom erzeugt hat und der Konsum unkontrolliert angestiegen ist“, so der BDK-Landeschef gegenüber der Zeitung „Die Welt“.

Der Befund gilt nicht nur für Hamburg. Der Suchtforscher Jakob Manthey spricht von einem deutschlandweiten Schwarzmarkt für Cannabis, auf dem

nach seiner Schätzung mindestens zwei, möglicherweise aber auch bis zu sieben Milliarden Euro umgesetzt werden. Manthey, der die AG „Substanzkonsum und Public Health“ am Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung (ZIS) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf leitet, bewertet positiv, dass sich Deutschland bei der Teillegalisierung für einen anderen Weg als die Niederlande, Kanada und die USA entschieden hat.

Umsatzrekord in Aussicht

Laut Manthey hat sich Deutschland „für ein Modell entschieden, das es nirgendwo anders gibt“. Zu den negativen Erfahrungen aus anderen Ländern zählt, dass „an jeder Ecke, vor allem in urbanen Räumen, wo sich viele junge Menschen aufhalten, Cannabis-Läden aufmachen“. Diese konkurrieren dann, senken die Preise und setzen starke Konsumanreize, so Manthey gegenüber dem „MDR“. Sehr skeptisch sieht der Forscher auch, wenn große Konzerne riesige Umsätze mit sogenanntem „medizinischem Cannabis“ machen. Da-

bei werde Cannabis als Wundermittel für die Gesundheit angeboten und fragwürdig beworben, tatsächlich gehe es aber oft um einen Freizeitmarkt. Laut dem Suchtforscher erwartet die Branche für medizinisches Cannabis bereits einen Umsatzrekord von bis zu 420 Millionen Euro.

Psychische Störungen drohen

Generell kritisch äußerte sich der Präsident der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz, Günther Matheis. Er forderte mit Nachdruck die Rücknahme der aus seiner Sicht fatalen Cannabis-Teillegalisierung. Matheis sagte: „Der Bundesgesundheitsminister hat damit einer Substanz freie Verfügbarkeit eingeräumt, von der wir wissen, dass sie hirnorganische Veränderungen hervorruft, zu Verhaltensauffälligkeiten bei Jugendlichen führt sowie Abhängigkeiten und psychische Veränderungen auslösen kann.“

Befürworter der Teillegalisierung hatten im Vorfeld immer wieder argumentiert, Justiz und Polizei würden durch das Gesetz entlastet. Bislang ist das Gegenteil der Fall – es ist zusätzliche Arbeit entstanden. Die Justiz musste durch die geänderte Rechtslage bundesweit Zehntausende Verfahren überprüfen. Allein in Nordrhein-Westfalen standen die Staatsanwaltschaften durch die Teillegalisierung vor der Aufgabe, rund 86.000 Strafverfahren daraufhin zu überprüfen, ob auch unter der neuen Rechtslage eine Strafbarkeit vorliegt. Bundesweit mussten rund 270.000 Akten im Hinblick auf einen Straferlass geprüft werden.

Dealer sind seither entspannt

Profitiert haben nicht nur Cannabis-Konsumenten, die frühere Grenzwerte zum Besitz von Cannabis nur leicht überschritten hatten. Auch Dealer, die der organisierten Kriminalität zugeordnet werden müssen, konnten sich darüber freuen, dass sie nach der seit April 2024 geltenden Neuregelung mit geringeren Strafen davonkommen.

Zumeist kritisch sind auch die Einschätzungen, die von der Polizei kommen. Die Gewerkschaft der Polizei in Rheinland-Pfalz erklärte nach dem ersten Jahr der Teillegalisierung, dass es keine Entlastung für die Ermittler gegeben habe – der Arbeitsaufwand ist durch die kompliziertere Neuregelung sogar gestiegen.

Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik meint, das neue Gesetz habe den Schwarzmarkt rund um Cannabis nicht zurückdrängen können. Stattdessen floriere der Schwarzmarkt sogar. Mit Sorge sehen deutschlandweit die Ermittler der Polizei, dass aufgrund einer „hohen Verfügbarkeit“ von Kokain und Crack die Fallzahlen bei diesen harten Drogen sogar exorbitant steigen.

IMMIGRATION

Zweifelhaftes Eigenlob für Zuwanderungspolitik

Nancy Faesers eigentümliche „Erfolgsbilanz“ – Was steckt dahinter?

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zog letzte Woche kurz vor Ende ihrer Amtszeit eine überraschend positive Bilanz: Irreguläre Migration sei in den letzten vier Jahren „wirksam begrenzt“ und die „Schleusungskriminalität wirksam bekämpft“ worden. Vor allem seien mehr gewünschte Fachkräfte gekommen und parallel dazu spürbar weniger irreguläre Migranten. Rund 35 Prozent weniger Asylanträge im Vergleich zur vorherigen Legislatur seien erreicht – so die überraschende wie auch selbstbewusste Auskunft. Dieser Erfolg der Ampelregierung fällt im Zehnjahresrückblick deutlich magerer aus: Die Jahre 2015 bis 2019, die Faeser dagegenhält, brachten mit der „Willkommenskultur“ respektive „Flüchtlingswelle“ einen historisch hohen Einzelstand, der jede spätere Bilanz rosig färbt.

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin haben noch kein Ergebnis darüber, ob der alte Kurs der scheidenden Ampel zur Zuwanderung dank künftiger SPD-Regierungsbeteiligung auch der neue sein wird, kurzum ob das vermeintliche Zauberwort „Asyl“ den Einlass nach Deutschland künftig weiter entscheidend steuert.

Kontrollen nun doch ein Erfolg

Die von Faeser ganz zu Beginn erst vehement abgelehnten und dann doch verordneten Kontrollen an Deutschlands Außen- und damit größtenteils EU-Binnengrenzen sind ebenfalls problematisch und kamen nun in der Bilanz zur Sprache. Immerhin kam Faeser nicht umhin, deren grundsätzlichen Wert anzuerkennen. Vor diesem Hintergrund gewinnen die neusten Zahlen besonderes Gewicht.

Die neuen Binnengrenzkontrollen seien mit 50.000 Zurückweisungen ein Erfolg. Die Bundespolizei ordnet das ebenso ein, auch wenn die stichprobenartigen Maßnahmen viel zusätzlichen Aufwand für die Polizei bedeuten und ganz unterschiedliche Erfolge brachten. So wies die Bundespolizei in Baden-Württemberg bis Anfang März mehr als 5600 Menschen seit Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen zurück, an der dänischen Grenze brachte der Aufwand nur 128 solcher Fälle ein.

Abschiebungen Mangelware

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz habe Gutes geleistet, so die Ministerin, doch die Fachkräfte konnten wegen der Coronapandemie lange Zeit fast gar nicht mehr einreisen, während die irreguläre Einwan-

derung in dieser Zeit nur abnahm. Zwar steigen die jährlichen Abschiebungen, doch im entscheidenden Vergleich mit der jährlichen Einwanderung bleibt deutschen Behörden ein kaum zu bewältigender Aufwand bei der nachträglichen Abarbeitung aller Fälle, in denen Menschen von Rechts wegen Deutschland nie hätten betreten dürfen. Hier lässt der Vergleich zur vorherigen Regierung keine Richtungsänderung erkennen: 2020 bis 2024 schob Deutschland 72.241-mal ab, 2015 bis 2019 aber 115.943. Es gab also absolut gesehen sogar einen Rückgang von rund 37 Prozent. Die Opposition kritisierte, längst seien Kriminalitätszahlen mit der Zuwanderung verknüpft, Faesers Schweigen zu der deutlichen Überrepräsentanz Zugewanderter in vielen Deliktbereichen spräche Bände. *SV*

LANDESPOLITIK

Berlins CDU zappelt in der SPD-Falle

Kai Wegners Senat erfüllt lauter linke Ziele – Dietmar Woidke drängt dagegen auf Asylreform

VON HERMANN MÜLLER

Innerhalb der Union wächst der Unmut über die Koalitionsverhandlungen von Friedrich Merz. Er komme der SPD zu weit entgegen, gebe Positionen der Christdemokraten auf, so lauten weit verbreitete Vorwürfe an der CDU-Parteibasis.

Möglicherweise wäre es ratsam gewesen, wenn Merz und seine Verhandlungsführer sich frühzeitig angesehen hätten, wie die Koalition von CDU und SPD auf Landesebene in der deutschen Hauptstadt arbeitet. In Berlin hat bereits Ende April 2023 ein schwarz-rotes Bündnis die Regierungsgeschäfte übernommen. Mit Kai Wegner stellt die CDU zum ersten Mal seit mehr als 20 Jahren wieder den Regierenden Bürgermeister. Zieht man die Erfahrungen der Berliner Union heran, dann muss sich CDU-Kanzlerkandidat Merz darauf gefasst machen, dass die SPD auch nach den Koalitionsverhandlungen bei der Regierungsarbeit ein fordernder und anspruchsvoller Partner bleiben und die Lage der CDU ausnutzen wird.

Vor allem der SPD-Parteilinke Cansel Kiziltepe, Berlins Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, gelingt es gut, bei der gemeinsamen Regierungsarbeit mit der CDU immer wieder starke sozialdemokratische Akzente zu setzen. Wie ein Beobachter feststellte, ist öffentliche Kritik an Kiziltepe von Seiten der Hauptstadt-Union so gut wie nie zu hören, da man „die sensiblen Genossen nicht in die Arme von Grünen und Linken treiben“ wolle.

Viel Geld für „Anschwärzportal“

Das Resultat ist, dass die Christdemokraten an der Spree immer wieder für eine Politik miteinstehen, die man eher von einer linksgrünen Koalition erwarten würde. Erst vor Kurzem teilte der Senat anlässlich des muslimischen Zuckerfestes mit, dass in Berlin künftig der 15. März jedes Jahr als Aktions- und Gedenktag gegen Islamfeindlichkeit begangen werden soll. Der 8. März als Internationaler Frauentag ist in Berlin seit 2019 sogar ein arbeitsfreier gesetzlicher Feiertag. Bislang ist nur Mecklenburg-Vorpommern diesen Sonderweg unter den deutschen Bundesländern mitgegangen. Den Regierungs-



Verkehrte Welt bei Migrationsfrage: Kai Wegner (l.) und Dietmar Woidke

Bild: picture alliance/dpa|Soeren Stache

wechsel von Rot-Grün-Rot hin zu Schwarz-Rot hat nicht nur der Internationale Frauentag als gesetzlicher Feiertag unbeschadet überstanden: Auch das „Berliner Register“, die Meldestellen in den Bezirken für Ereignisse, „die rassistisch, antisemitisch, LGBTQ*-feindlich, antiziganistisch, extrem rechts, sozialchauvinistisch, behindertenfeindlich oder antifeministisch sind“, sind nach wie vor aktiv.

Das „Anschwärzportal“, so die Bewertung eines Kommentators im Magazin „Focus“, wird mit reichlich Steuergeld gefördert. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler stieg 2024 die Förderung nochmals um 9,4 Prozent auf 900.136 Euro.

Die umstrittene Meldestelle gilt Kritikern als Blaupause für das Vorhaben eines Landesdemokratieförderungsgesetzes. Berlin mit einem CDU-Regierungschef an der Spitze wird wahrscheinlich das erste Bundesland mit einem solchen Gesetz sein. Innerhalb der Ampel-Koalition hatten

sich vor allem Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) für ein Demokratieförderungsgesetz auch auf Bundesebene stark gemacht. Der Widerstand der FDP hatte verhindert, dass die Ampel-Regierung das Projekt vor ihrem Auseinanderbrechen umsetzen konnte. Ein wichtiges Ziel des Vorhabens ist es, die staatliche Förderung der „Zivilgesellschaft“ auf eine langfristige Basis zu stellen – quasi weg von der Einzelprojektförderung hin zur Dauerförderung. Auch bei diesem Projekt gilt die SPD-Parteilinke Kiziltepe als die treibende Kraft im Senat.

Brandenburg auf Gegenkurs

Wie ein Kontrastprogramm zu dieser Spielart von linker SPD-Politik in der Hauptstadt wirkt das Agieren der Sozialdemokraten im benachbarten Brandenburg. Die märkischen Genossen stehen unter extremem Druck. Bei der Landtagswahl im September 2024 hatte es für die

SPD noch einmal ganz knapp für einen Wahlsieg gereicht. Bei der Bundestagswahl erzielte die SPD in Brandenburg dann aber nur noch ein einziges Direktmandat – das von Olaf Scholz in Potsdam. Bei den Zweitstimmen verloren die Sozialdemokraten im Februar in Brandenburg die Hälfte ihrer Wähler und landeten nur noch bei 15 Prozent.

Bewusst ist den märkischen Genossen in dieser Lage offenbar, dass die Politikideen des linken Parteiflügels und der Jusos keinen Erfolg bei den Wählern bringen werden. Die Brandenburg-SPD setzt daher auf eine Politik, die sich weniger an den Genossen in Berlin und stattdessen mehr am erfolgreichen Kurs der dänischen Sozialdemokratie zu orientieren scheint: Die Partei betont ihre Bodenständigkeit und plädiert für eine härtere Linie bei der Asilmigration; mehrmals war aus Potsdam auch schon ganz offene Kritik an der Bundespartei-Co-Vorsitzenden Saskia Esken zu hören.

INNERE SICHERHEIT

Linke Gruppen wettern gegen „Görli“-Umzäunung

Der Kreuzberger Kriminalitätsschwerpunkt soll eingehengt werden – Manchen gefällt das nicht

Berlins Görlitzer Park kommt nicht aus den Schlagzeilen als Kriminalitäts-Brennpunkt. Nicht nur Drogen-Hotspot, sondern alle Formen der Gewalt sind dort heimisch. Im September 2023 beschloss der Senat, das Areal einzuzäunen. Der Park in Berlin soll nachts geschlossen werden. Da die Kriminalität fast ausschließlich von Ausländern ausgeht, mobilisiert die politische Linke jedoch gegen das Vorhaben.

Die linksextreme Gruppierung „Görli 24/7“ warnt nun sogar Bauunternehmen davor, sich an der Ausschreibung für die Einzäunung zu beteiligen oder gar den Auftrag anzunehmen: „Jeder Meter Zaun ist eine Barriere gegen Menschen, jeder Meter Zaun zerstört einen Meter Vegetation. Statt jedes gebauten Meters Zaun könnte woanders ein Quadratmeter Wohnraum gebaut werden, den ein woh-

nungsloser Mensch braucht, um nicht im Görli schlafen zu müssen.“

Unterstützung erfahren die „Aktivisten“ von der grünen Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Clara Herrmann. Zwar distanziert sie sich von den Drohungen, versucht aber mit politischen Mitteln, den Zaunbau zu verhindern. Die Pläne des Senats seien „unausgereift“. Statt auf Abschottung setzt man in Kreuzberg auf eine verstärkte Sozialarbeit als Lösung des Problems.

Auch aus dem Umfeld der Grünen wird gegen den Zaunbau mobilisiert. Der linke Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hat bereits am 1. März mit einer „bunten Protest-Parade gegen die Umzäunung und Nachtschließung des Görlitzer Parks“ protestiert, wie es der Verein ausdrückt. Der Görli sei ein wichtiger „sozialer und öffentlicher Raum – und zu-

gleich eine wichtige Durchfahrtsachse für Radelnde“. Bei den Anwohnern gibt es wenig Unterstützung für die Proteste, was sich bei der Teilnehmerzahl bei den Demonstrationen zeigt. Die Gruppe „Görli 24/7“ probt derweil Gewaltaktionen, Zaun-Durchbrüche im Park wurden geübt: „Ein Zaun hilft nicht gegen Drogenkonsum, Drogenhandel, Gewalt oder Obdachlosigkeit. Die Belastung der Anwohner*innen ist trotz zahlreicher polizeilicher Maßnahmen anhaltend hoch.“

Bezirk unterliegt Senat vor Gericht

Die Kosten allein für den Zaunbau werden auf rund 1,2 Millionen Euro geschätzt. Hinzu kommen 900.000 Euro für eine neue Beleuchtung und jährlich mindestens 800.000 Euro für Personal, das die nächtliche Schließung umsetzt. Der Baubeginn, der für dieses Frühjahr angesetzt

war, wurde indes auf den Juni verschoben. Ende des Jahres sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hatte vergeblich versucht, den Zaunbau gerichtlich zu stoppen. Der Senat hatte sich vergangenen September vor dem Oberverwaltungsgericht gegen den Bezirk durchgesetzt. Bedrohlich heißt es von der Initiative „zaunfrei“: „Wir fordern Kai Wegner auf, von einer weiteren Eskalation abzusehen und auf seine Zaunpläne zu verzichten. Solche Projekte lassen sich nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen, schon gar nicht mit Fake News und Lügen. Zahlreiche Expert*innen haben ebenfalls davon abgeraten.“ Aber genau dort lügen sich die Protestierer in die eigene Tasche, denn die Anwohner können auf Gewalt, Vergewaltigung und Drogendealer verzichten. Frank Bückner

KOLUMNE

Jetzt Ausreise?

VON VERA LENGSELD

Seit dem 7. Oktober 2023 dominieren Pro-Hamas-Demonstrationen den Alltag in Berlin. Dass es den Aktivisten nicht, wie sie behaupten, um die Palästinenser geht, bewiesen sie mit ihrem dröhnenden Schweigen zu den Anti-Hamas-Demonstrationen in Gaza. Die Bevölkerung dort hat die Nase voll, von der Hamas als Schutzschild benutzt zu werden. Sie will nicht länger dulden, dass Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten der Hamas Deckung bieten. Die Hamas geht mit brutalem Terror gegen die Demonstranten vor.

Kein Thema für die Aktivisten in Berlin. Nun hat die Berliner Innenverwaltung die mögliche Ausweisung von vier gewalttätigen Aktivisten verfügt. Sie sollen bis zum 21. April Deutschland verlassen. Grund sind gewalttätige pro-palästinensische Ausschreitungen in der FU Berlin am 17. Oktober 2024 und weitere Aktionen. Damals waren sie mit schweren Werkzeugen in die Universität eingedrungen, hatten Türen und Schränke aufgebrochen, Wände beschmiert und massive Sachbeschädigung begangen. Mitarbeiter der FU hätten sich in Büros verschanz und seien massiv eingeschüchert worden. Es entstand ein Schaden von geschätzt mehr als 100.000 Euro.

Solche Aktionen hätten „mit freier Meinungsäußerung nichts, aber auch gar nichts zu tun“, sagte Innenstaatssekretär Christian Hochgrebe (SPD) im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses. „Wir können so etwas nicht tolerieren und wollen es auch nicht.“ Es handelt sich um drei EU- und einen US-Bürger. Den EU-Bürgern ist die Freizügigkeit entzogen worden. Dies sei eine hohe Hürde, so Hochgrebe, „aber wir sind in der Abwägung zum Schluss gekommen, dass das nötig ist“. Bei EU-Bürgern spricht man nicht von Ausweisung, sondern vom Verlust der Freizügigkeit. Ob es wirklich zur Ausreise kommt, ist ungewiss, denn die Aktivisten haben geklagt. Es gibt auch strafrechtliche Ermittlungen, aber solange das Verfahren läuft, bleiben die Aktivisten Berlin erhalten.

MELDUNG

Antiziganismus im Visier

Berlin – Zum 17. März hat bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung eine „Ansprechperson des Landes Berlin zu Antiziganismus“ ihre Arbeit aufgenommen. Nach Angaben von Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) soll die Person dabei helfen, „Rassismus gegen Sintizze und Romnja in Berlin zu bekämpfen“. Die Senatorin erklärte, Personen, die diesen Communities angehörten, erlebten jeden Tag Diskriminierungen. Die Position der Ansprechperson zu Antiziganismus wurde 2024 öffentlich ausgeschrieben. Eine Auswahlkommission entschied sich vergangenen Herbst im Rahmen eines Besetzungsverfahrens für die studierte Kulturwissenschaftlerin Alina Voinea. Nach Angaben der Senatsverwaltung hatte Voinea zuletzt als Referentin im Studienwerk der Linkspartei-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung das Förderprogramm für Stipendiaten mit Schwerpunkt auf Antiziganismuskritik gestaltet. H.M.

● MELDUNGEN

Moskau kippt Taliban-Verbot

Moskau – Die Generalstaatsanwaltschaft hat ein Gesuch an das Oberste Gericht der Russischen Föderation gerichtet mit der Bitte, das Tätigkeitsverbot der als terroristisch eingestuftes Taliban-Gruppe aufzuheben. Die Taliban wurden in Russland im Jahr 2003 als terroristische Organisation gebrandmarkt. Seit diese nach dem Abzug der Amerikaner aus Afghanistan die Macht in Kabul übernommen haben, hat Russland seine Haltung gegenüber den neuen Machthabern stufenweise verändert. Im Frühjahr 2022 erkannte Moskau den ersten Diplomaten der Taliban an, 2024 beschloss der Kreml, die Organisation aus dem Terrorismus-Register zu streichen. Es hieß jedoch, für die Umsetzung dieses Prozesses werde einige Zeit benötigt. Im Herbst vergangenen Jahres reiste Sergej Schoigu, langjähriger russischer Verteidigungsminister und heutiger Sekretär des russischen Sicherheitsrats, nach Afghanistan, um Vertreter der Taliban-Regierung zu treffen, darunter einen wichtigen Wirtschaftsvertreter. **MRK**

F-16-Kampffjets unterlegen

Kiew – Das Fachblatt „Flugrevue“ meldet, dass die von einigen NATO-Staaten an die Ukraine gelieferten F-16-Mehrzweckflugzeuge wenig nutzen. „Gegen die Su-35 S der Russen sehen sie buchstäblich alt aus“, klagt ein Luftwaffensprecher der Ukraine. Noch im Mai 2023 sagte Juri Ignat, Chef der Kommunikationsabteilung des ukrainischen Luftwaffenkommandos: „Wenn wir die F-16 haben, werden wir diesen Krieg gewinnen“. Danach sieht es aktuell nicht aus. Zudem gibt es neben der mangelnden Kampfeigenschaften des Flugzeugs noch ein weiteres Problem – nämlich mit der Anzahl. Die Sorge der Ukrainer besteht derzeit darin, die Flugplätze zu verteidigen, auf denen F-16 stationiert sind. Gegenüber dem „Tagesspiegel“ sagte Militärexperte Nico Lange: „Wenn man ohnehin zu wenige davon hat, dann muss man die aber beschützen und sich nicht zum Ziel für russische Angriffe machen.“ **F.B.**

Greta wurde abgeführt

Stockholm – Gemeinsam mit anderen Klimaaktivisten der Friday-For-Future-Bewegung hatte Greta Thunberg den Eingang zum „Konserthuset“ in der schwedischen Hauptstadt Stockholm blockiert, wo an diesem Tag die Jahreshauptversammlung der SEB-Bank stattfand. Da für die Demonstration gegen die Großbank keine behördliche Genehmigung vorlag, mussten elf Personen, darunter Thunberg, von der Polizei gewaltsam abgeführt werden. Bereits zwei Wochen zuvor war die 21-jährige Aktivistin schon einmal von der Polizei entfernt worden, als sie zwei Tage in Folge gemeinsam mit weiteren Unterstützern den Zugang zum schwedischen Parlament blockiert hatte. Einer Mitteilung zufolge wollten die jungen Aktivisten mit ihren Aktionen auf dringende soziale Krisen und die Notwendigkeit eines sofortigen und gerechten Wandels aufmerksam machen. **MRK**



Deutschlands Noch-Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) bekam zwar keinen Handschlag, vertraute aber naiv auf die süßlich-warmen Worte des neuen syrischen Machthabers Ahmed al-Scharaa beim Treffen im Präsidentenpalast in Damaskus

ISLAMISMUS

Syriens neue Machthaber basteln intensiv am Kalifat

Westeuropas Regierungen, die den Moslem-Herrschern blind Unterstützung zusagten, haben nicht begriffen, dass es keine moderaten Islamisten gibt

BODO BOST

Als der neue syrische Machthaber Ahmed al-Scharaa am 8. Dezember 2024 von Idlib in den Präsidentenpalast von Damaskus umzog, hat er zwar einige seiner Kleiderschränke nebst Inhalte und seine sieben bisherigen Kampf-Identitäten, aber nicht seine gefährliche Ideologie zurückgelassen.

Der in Saudi-Arabien als Sohn eines aus der Stadt Deraa in Syrien stammenden hohen Beamten im saudischen Ölministerium geborene al Scharaa, kehrte im Alter von acht Jahren nach Damaskus zurück, wo die Familie im Regierungsviertel El Mezzeh ihren Wohnsitz nahm. Ein Cousin seines Vaters, Faruk al-Scharaa, gehörte als langjähriger Außenminister und am Ende sogar als Vizepräsident zu

einem der Hauptstützen des brutalen Assad-Regimes. Auch diese Tatsache zeigt eindrücklich, wie anpassungsfähig der Scharaa-Clan ist. Nach einem abgebrochenen Studium des Journalismus in Damaskus schloss sich sein Großneffe Ahmed 2003 dem blutrünstigen Dschihad des irakischen Terroristen Musab az-Zarkawi an, der gegen die Besetzung des Iraks durch US-Streitkräfte kämpfte, die infolge des islamistischen Terroranschlags auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 in das am Tigris und Euphrat gelegene Land kamen.

In die Opferrolle geschlüpft

Nach der Tötung von az-Zarkawi 2006 durch US-Soldaten ging al-Scharaa in den von syrischen Truppen besetzten Libanon, wo er sich palästinensischen Islamisten anschloss, die ihm empfahlen, den

Namen al Gulani („der vom israelisch besetzten Golan stammende“) anzunehmen. Ab sofort erkannte al-Scharaa, dass es Vorteile hat, sich wie die Palästinenser als bemitleidenswertes Opfer auszugeben, um entsprechende Gelder und Solidarität zu erschleichen. Bei einer Rückkehr in den Irak wurde er 2006 von US-Truppen verhaftet und verbrachte zwangsläufig die nächsten fünf Jahre zusammen mit Abu Bakr al-Baghdadi im Camp Bucca der US-Armee.

Danach wechselte er seinen weißen gegen einen schwarzen Turban und schloss sich seinem Gefängnisgenossen an, als dieser sich zum IS-Kalifen ausrief. Als 2011 der arabische Frühling ausbrach und die Islamisten dies als Chance erkannten, in vielen arabischen Ländern die Macht zu erringen, kehrte al-Scharaa nach Syrien zurück, um dort den Islamischen

Staat (IS) in Syrien zu gründen. Der Tod von bin Laden 2011 führte aber zu einem Konflikt zwischen dessen Nachfolger Zawahiri und al-Baghdadi.

Terrorhilfe durch die Türkei

Al-Scharaa stellte sich auf die Seite des Verbrechernetzwerks al-Kaidas und wurde Vertreter Zawahiris in Syrien, wo er die Terrorgruppe Jubhat al Nosra gründete. Er weigerte sich, seine Waffen und Söldner an al-Baghdadi zurückzugeben. Als der IS im Jahr 2016 fast besiegt schien, ging al-Scharaa nach Idlib, distanzierte sich von al-Kaida und gründete seine eigene Terrorgruppe namens Hayat at-Tahrir al-Sham (HTS), indem er vier örtliche Dschihadistengruppen fusionierte.

In der Provinz Idlib, wohin sich etwa zwei Millionen Islamisten aus Syrien zurückgezogen hatten, bildete al-Scharaa mit Hilfe der Türkei und mit humanitärer Hilfe der Internationalen Völkergemeinschaft nun seinen eigenen Scharia-Terrorstaat. Seither werden Kurden und Alawiten vertrieben, die Christen erhalten in zwei Dörfern als Schutzbefohlene den Status von Geduldeten.

Syriens neue Armee wird von Auslands-Generälen geführt

Dank der israelischen Ausschaltung der Hisbollah gelang es der HTS am 8. Dezember Damaskus zu erobern. Seither kontrolliert die HTS zwar nur 20 Prozent des syrischen Territoriums, aber mit den großen Städten Aleppo, Damaskus, Hama und Homs sowie der Alawiten Provinz mehr als die Hälfte der Einwohner und Wirtschaft des Landes. Die eigentliche Machtbasis von al-Scharaa ist kein Parlament oder die Regierung, die jetzt erstmals eine Frau und Christin einschließt. Der neue Machthaber hat aus seiner Terrorgruppe die neue Armee Syriens gemacht. In dieser Armee geben weiterhin internationale Dschihadisten den Ton an – fünf Mitglieder des Generalstabs sind keine Syrer, sondern ein Türke, ein Tadschike, ein Albaner, ein Ägypter und ein Uigure. Viele haben Kampferfahrungen in Afghanistan, die nur darauf warten ihre eigenen Heimatländer zu befreien.

Al-Scharaa hat es sich zur Angewohnheit gemacht, für ihn wichtige Reden und Entscheidungen nicht im Parlament, sondern in Moscheen zu halten. Nur seine westlichen Geldgeber und Gäste empfing er bisher im Präsidentenpalast, wobei er weiblichen Ministern aus dem Westen keinen Handschlag gibt, angeblich aus islamischer Respekthaltung.

Der Islam ist jedoch für al-Scharaa – wie seine westliche Anzugkleidung oder seine Namen – nur ein Mittel zum Zweck, um die Macht zu behalten, bis am Ende das islamistische Kalifat steht.

GAZA

Endlich Aufstand gegen Terror-Hamas

Viele Menschen haben erkannt, dass es nur ohne die Verbrecher eine Zukunft in Gaza geben kann

Lange musste man auf Bilder von Demonstranten gegen die Hamas in Gaza warten. Bilder von Demonstranten aus Israel, die gegen den Krieg in Gaza auf die Straße gehen, gab es hingegen seit Beginn des Krieges am 7. Oktober 2023. Die Anti-Hamas-Demonstranten in Gaza hatten den Aufruf der Palästinenserregierung unter Mahmud Abbas in Ramallah an die Hamas, die Waffen niederzulegen, abgewartet und hatten sich diesen Aufruf zu Eigen gemacht, um dasselbe auch in Gaza zu fordern.

Seit dem Regierungsantritt von US-Präsident Donald Trump, der wie die Regierung Israels eine harte Linie gegenüber der Hamas verfolgt, weil diese nur diese Botschaft verstehe, erlebt der Nahe Osten eine neue Ära israelischer Dominanz. Aufbauend auf den Erfolgen im letzten Jahr

gegen die Hisbollah im Libanon und in Syrien, welches zur Niederlage des Assad Regimes in Syrien geführt hat, zeigt sich immer mehr, dass nur eine harte Hand mehr Sicherheit und somit auch Frieden im Nahen Osten bringen kann. Diese Botschaft hat jetzt die islamistischen Palästinenser erreicht. Sie spüren, dass der Islam nicht die Lösung, sondern die Ursache der Gewalt ist, und dass der Iran und seine Stellvertreter nicht in der Lage sind, seine Verbündeten an der Macht zu halten. Nur die Huthis im Jemen sträuben sich noch.

Die Menschen im Gazastreifen haben gemerkt, dass sie aktiv werden müssen, obwohl ihr TV-Sender Al Jazeera bereits aus Israel und dem Westjordanland ausgewiesen wurde, weil er Palästinenser zu immer mehr sinnloser Gewalt angestachelt haben soll. Immer weniger Zivilisten

in Gaza sind bereit, sich als menschliche Schutzschilde für die Hamas missbrauchen zu lassen. Dabei wissen sie, dass die Terrorgruppe keine Gnade kennt, auch wenn es sich um eigene Landsleute handelt. Selbst in Friedenszeiten wurden Leute, die es wagten gegen die Hamas aufzubegehren, als Verräter oder Spione Israels öffentlich ermordet.

Für immer mehr Menschen in Gaza sind die Hamaskämpfer keine Freiheitskämpfer mehr, sondern Terroristen, die sich feige hinter Frauen, Kranken und Kindern verstecken. Anders sieht es hingegen an vielen Universitäten im Westen, in manchen Parlamenten sowie Großstädten aus, wo die Hamasterroristen immer noch bei bildungsresistenten Studenten Heldenstatus genießen. Dabei riskieren die Demonstranten in Berlin, Frank-

furt, London, Paris oder Stuttgart nicht Tod oder Folter, wenn sie sich gegen die Islamisten in Gaza positionieren würden. Dennoch gehen weiterhin linke Schreihälse auf die Straßen und bekunden ihre uneingeschränkte Solidarität zur Hamas.

Allerdings haben die Gaza-Demonstranten auch diese wirren Geister entlarvt, da immer noch deutsche und europäische linksgrüne Politiker vom angeblichen Genozid in Gaza schwafeln, dabei jedoch Israel meinen und nicht die Hamas. Dabei leisten gerade diese Politiker dem wachsenden Antisemitismus weiter Auftrieb und riskieren damit die Zukunft unserer Gesellschaft. Insofern darf man nur hoffen, dass immer mehr Menschen in Gaza den Mut finden, endlich keine menschlichen Schutzschilde für Terroristen der Hamas mehr sein zu wollen. **Bob**

VON PETER ENTINGER

Das Wort hört sich schon so an, als wenn es nichts Gutes verspricht. Wenn die Rede von „Shrinkflation“ ist, dann meinen Experten das Phänomen, dass der Inhalt eines Produkts schrumpft, während der Preis gleich bleibt. Der Begriff setzt sich aus dem englischen Wort „shrink“ für „schrumpfen“ und „Inflation“ zusammen. Die Verbraucherzentrale in Hamburg vergibt seit Jahren den Titel „Mogelpackung des Monats“. Am Ende eines Jahres können die Verbraucher dann den zweifelhaften Jahressieger küren.

Aktuell häufen sich die Beschwerden. Zuletzt erwischte es mit dem Nahrungsmittelhersteller Dr. Oetker eine der bekanntesten Firmen Deutschlands. Dabei verweist das Unternehmen auf seine Transparenzrichtlinien und räumt die veränderten Packungsgrößen unumwunden ein. Sogar auf den Produkten selbst sei ein kleiner Vermerk zu finden. Oetker erklärte derweil in ausführlichen Stellungnahmen mit dem Hinweis auf schwierige Lieferketten und hohe Energiepreise die Maßnahmen. „Besonders drastisch ist der Preisanstieg bei Kakao. Leider können wir diese Kostensteigerungen nicht mehr durch andere Einsparmaßnahmen ausgleichen und müssen das in unserer Preisgestaltung berücksichtigen“, schrieb Oetker. Die Verbraucherzentrale lobte dabei die Transparenz des Unternehmens, erklärte aber auch, ob die Teuerungen beim Einkauf die Art der „Shrinkflation“ rechtfertigen würden, sei fraglich. Dazu schweigt sich Oetker aus.

Keine Kennzeichnungspflicht

Viele Firmen teilen die Veränderungen gar nicht erst oder nur auf Anfrage mit. Den Preis für eine extradreiste Mogelpackung heimste 2024 der Fruchtsafthersteller Eckes Granini ein. Im Orangensaft „Trinkgenuss“ steckten statt 100 Prozent Fruchtsaft plötzlich nur noch 50 Prozent in der Flasche. Den Rest füllt der Hersteller seither mit Zuckerwasser auf. Bei gleichbleibendem Preis, versteht sich. „Die Kosten für Hersteller und Händler sind gestiegen. Nun stellt sich die Frage, wie diese erhöhten Kosten auf Händler und Verbraucher umgelegt werden“, erklärt Martin Fassnacht von der Wirtschaftshochschule WHU Düsseldorf. Es gibt Forderungen nach einer gesetzlichen Regelung, wonach veränderte Packungsgrößen gekennzeichnet werden müssen. Frankreichs Supermarktkette Carrefour macht es vor. Seit einigen Monaten weist man mit Aufklebern auf versteckte Preiserhöhungen hin. „Das Gewicht dieses Produktes hat sich verringert, und der Preis unseres Lieferanten ist gestiegen.“



Gleicher Preis, aber weniger Inhalt: Shrinkflation ist ein bei Unternehmen beliebter Mogel-Prozess

Bild: shutterstock

MOGELTREND

„Shrinkflation“ – hier ist weniger nicht mehr

Um steigende Kosten zu kompensieren, verringern Unternehmen gern den Umfang einer Ware, lassen aber Packung und Preis wie bisher

Schwierig wird es, wenn obendrein die Qualität verändert wird. Da nennt die Verbraucherzentrale eine Buttersorte, bei welcher der Anteil an Butter und Rapsöl reduziert und dafür Wasser hinzugefügt wurde. Die Aussage der Hersteller, man sei gezwungen, die Preiserhöhungen an den Verbraucher weiterzugeben, seien nicht immer nachvollziehbar, erklärt Stiftung Warentest: „Die meisten der von uns gezeigten Beispiele übertreffen bei Weitem die Inflationsrate“, heißt es. Der „Berliner Kurier“ berichtete mehrfach darüber, dass Fertigprodukt-Hersteller häufig unbemerkt höherwertige durch minderwertige Zutaten austauschen. Beliebt sei ein „Ölwechsel“ bei Tiefkühlprodukten wie Pommes Frites.

Den Verbrauchern rät die Stiftung, genau hinzusehen. Vorsicht sei beispiels-

weise geboten, wenn der Hersteller mit neuen Sorten, Maxigrößen oder neuer Rezeptur lockt. „Hier lohnt sich ein genauerer Blick, da Veränderung oft nicht zum Vorteil des Verbrauchers sind“, heißt es. Rechtliche Möglichkeiten gibt es aber kaum. „Shrinkflation ist nicht verboten. Die Rechtsprechung ist da einfach nicht eindeutig. Sie verbietet, Müll-Packungen auf den Markt zu bringen oder irreführende Angaben. Aber wenn ein Hersteller seine Füllmenge reduziert und das irgendwie ganz versteckt kenntlich macht, ist es noch in Ordnung“, sagt Ina Bockolt von der Stiftung Warentest.

Auch Portionen werden kleiner

Die Organisation Foodwatch fordert daher eine rechtliche Regelung. Solche versteckten Preiserhöhungen seien für Ver-

braucher kaum zu erkennen, jedoch mittlerweile Alltag im Supermarkt. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten führe dieses Vorgehen zu einer weiteren finanziellen Belastung der Menschen.

Das Schrumpfen hat derweil längst die Gastronomie erreicht. Verschiedene Restaurants setzen diesen Trend unterschiedlich um. Einige reduzieren die Portionsgrößen oder bieten weniger Beilagen an. Verbraucherschützer raten zur Achtsamkeit, wenn ein Restaurant-Betreiber plötzlich anderes Geschirr auftischt. Allerdings hat der Kunde vor Ort keine Handhabe. Denn in den meisten Restaurants steht keine Mengenangabe auf der Speisekarte. Veränderte Preise fallen dem Kunden sofort auf, ob die Pizza zwei Zentimeter kleiner ist, sieht man dagegen nicht auf den ersten Blick.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Freiberufler in Existenzfalle

Arbeit auf Honorarbasis wird von Deutscher Rentenversicherung zunehmend unmöglich gemacht

Lange Zeit war es eine beliebte Praxis, Menschen auf Honorarbasis zu beschäftigen. Doch in Zeiten ausufernder Bürokratie wird dies in Deutschland immer schwieriger. Dabei gibt es kaum eine Branche, die von den Problemen verschont bleibt. Egal, ob Journalist, Moderator, Fitnesslehrer oder Busfahrer: Immer öfter unterstellt die Deutsche Rentenversicherung bei Betriebsprüfungen eine angebliche Scheinselbstständigkeit. Und immer häufiger geben Sozialgerichte dieser Annahme auch noch Recht.

Scheinselbstständigkeit entsteht, wenn Personen formal als Selbstständige auftreten, faktisch jedoch abhängig beschäftigt sind. Das hat gravierende Folgen: Die Auftraggeber müssen Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen – für das laufende Jahr und bis zu vier Jahre. Wird

ihnen sogar Vorsatz nachgewiesen, wird auf 30 Jahre gerechnet. Teilweise kommen auf diesem Weg bis zu mehreren Zehntausend Euro zusammen.

Teil der Leistungskette

Und auch für Auftragnehmer wird es teurer. Denn beide Seiten müssen Lohnsteuer nachzahlen. Bei Vorsatz des Auftraggebers kann dies sogar als Straftat bewertet werden. Es drohen Geld- oder Gefängnisstrafen. Stark betroffen ist die Medienbranche. Viele Verlage haben versucht, Tarifverträge zu unterlaufen, indem „feste Freie“ engagiert wurden. Wenn man aber als Texter oder Redakteur von nur einem Auftraggeber wirtschaftlich abhängig ist, weisungsgebunden für ihn arbeitet und dort in interne Prozesse eingebunden ist und nicht selbst als Unternehmer auf-

tritt, sprechen diese Faktoren für eine Scheinselbstständigkeit.

Und die Urteile werden immer weitgehender. Sind diese wirtschaftlichen Abhängigkeiten noch plausibel, gibt es Fälle, die mittlerweile sogar Juristen ratlos zurück lassen. „Für das Bundessozialgericht etwa ist es mittlerweile nicht mehr entscheidend, wie und mit welcher Frequenz jemand in einen Betrieb eingebunden ist, sondern ob man in irgendeiner Form Teil der Leistungskette ist“, zitiert der „Spiegel“ einen Arbeitsrechtler. Sogar Klempner, die häufiger von einem Auftraggeber zu einem Einsatz geschickt werden, würden so als scheinselbstständig eingestuft. Selbst wenn die Deutsche Rentenversicherung bei einer Betriebsprüfung die Selbstständigkeit bestätigt, können Rentenversicherungsbeiträge fällig werden.

In der Medienbranche geht daher seit Jahren die Angst um. Teilweise wenden sich auch „feste Freie“, die vergeblich auf eine Redakteursstelle gehofft haben, anonym an die Behörden. In Köln machte vor Jahren ein „Whistleblower“ von sich reden, der dem Zoll eine Liste von mehr als einhundert Journalisten zuspielte, die bei regionalen Medien „scheinselbstständig“ beschäftigt waren. In der Folge mussten viele Medienleute viel Geld nachzahlen – Auftraggeber und Auftragnehmer.

Der Bielefelder Arbeitsrechtler Ralf Leiner formulierte es im Gespräch mit dem „Spiegel“ drastisch. „Für Unternehmen ist es mittlerweile ein unkalkulierbares Risiko, Freiberufler zu engagieren – es ist in diesem Land nahezu unmöglich, noch irgendwie rechtssicher auf Honorarbasis zu arbeiten.“ P.E.

MELDUNGEN

Mehr Gas von Gazprom

Pressburg (Bratislava) – Der russische Energiekonzern Gazprom hat ab Anfang April seine Gaslieferungen in die Slowakei stark ausgeweitet. Diese Lieferungen laufen über die TurkStream-Pipeline, die durch das Schwarze Meer verläuft. Nachdem die Ukraine den Transit von russischem Gas in Richtung Slowakei und Ungarn zum Jahresanfang gestoppt hat, wurde die Belieferung der Slowakei über die Schwarzmeerpipeline TurkStream durch Gazprom bereits im Februar wieder aufgenommen. Seit April sollen die Liefermengen nun ein Vielfaches des Volumens aus dem Februar erreichen. Laut der britischen Denkfabrik Ember haben die gesamten Gasimporte der EU aus Russland im Jahr 2024 um 18 Prozent zugelegt. Hauptlieferweg ist nach dem Ausfall von Nord Stream die TurkStream-Leitung. Aktuell fließen etwa 309 Millionen Kubikmeter Erdgas pro Woche nach Serbien, Ungarn und die Slowakei. H.M.

Bahnhersteller tief in der Krise

Berlin – Der größte Industrie-Arbeitgeber Berlins, der Schienenfahrzeughersteller Stadler, steckt in der Krise. Das Unternehmen hatte Ende Februar mitgeteilt, trotz guter Auslastung in den Werken unter starkem wirtschaftlichen Druck zu stehen. Als Gründe nannte ein Unternehmensvertreter den Zusammenbruch von Lieferketten infolge der Pandemie, den Ukrainekrieg und die daraus resultierenden Preissteigerungen für Energie und Rohmaterial. Auch deutsche Standorte des französischen Bahnherstellers Alstom kämpfen derzeit mit Problemen. Das Werk in Salzgitter hat im März zum vierten Mal die Auslieferung von 34 Zügen für den Regionalverkehr in Niedersachsen verschieben müssen. In Frankfurt (Main) wurden Trams vom Alstom-Typ Citadis wegen technischer Probleme außer Betrieb genommen. Im hessischen Taunusnetz sind nach einer Pannenserie Alstom-Wasserstoffzüge zum Großteil ins Depot verbannt worden. H.M.

Energiewende viel zu teuer

Stuttgart – Die Energiewende wird laut einer Studie des Energieversorgers EnBW unnötig teuer. Ein Strategiewechsel könnte nach Angaben von EnBW bis zu 700 Milliarden Euro einsparen, nötig sei allerdings eine schnelle Reaktion der Politik. Auf der vorgelegten Sparliste stehen Punkte wie weniger Windkraftparks auf See und weniger Batteriespeicher. Dazu empfiehlt EnBW vorerst, den Ausbau der Infrastruktur für grünen Wasserstoff zu verlangsamen. Zur Herstellung des „klimaneutralen“ Wasserstoffs werden Elektrolyseure benötigt, zudem sind zusätzliche Ökostromkapazitäten nötig, deren Aufbau ebenfalls teuer ist. Stattdessen empfiehlt EnBW vorerst, Wasserstoff zu verwenden, der aus Erdgas gewonnen wird. Insgesamt wird momentan angenommen, dass die Umstellung auf E-Autos und auch der Hausheizungen von fossilen Brennstoffen auf Elektrizität länger dauert als bisher prognostiziert. H.M.

KOMMENTAR

Trotz Mega-Prozess: Die Rätsel um NSU bleiben

VON HAGEN RITTER

Wie kann es nach diesen umfangreichen Ermittlungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) eigentlich sein, dass noch immer Hinweise auftauchen, die vieles Sicherer glauben infrage stellen? Der NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München war der größte Strafrechtsprozess in der Bundesrepublik. Beate Zschäpe wurde 2018 wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Mordes und versuchten Mordes, Raubes, räuberischer Erpressung und Brandstiftung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Vorangegangen war ein Prozess, der fünf Jahre dauerte. Das Gericht hatte in dieser Zeit 541 Zeugen und 56 Sachverständige angehört.

Obendrein gab es in acht Landesparlamenten und dreimal im Bundestag parlamentarische Untersuchungsausschüsse zum NSU. Kaum ein Vorgang wurde bisher in der Bundesrepublik intensiver unter die Lupe genommen, so möchte man jedenfalls meinen. Doch trotz aller Bemühungen kommen weiter brisante Informationen ans Tageslicht.

Die „Bild“-Zeitung berichtete etwa am 31. März, Beate Zschäpe habe nach dem Auffliegen des NSU zwölfmal eine Telefonnummer der Verfassungsschutzabteilung des Thüringer Innenministeriums angerufen. Nach dem Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt befand sich Zschäpe über vier Tage auf der Flucht, bevor sie sich am 8. November 2011 der Polizei in Jena stellte.

40 V-Leute identifiziert

Bei ihrem Bericht über die Kontaktversuche mit dem Verfassungsschutz (VS) stützt sich „Bild“ auf mit dem Fall betraute Personen. Namentlich genannt wird die Ex-Vorsitzende des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses, Dorothea Marx (SPD). Sie bestätigte, Beate Zschäpe habe „zehnmals oder mehr“ beim Verfassungsschutz angerufen.

Spekulationen über informelle Kontakte von Zschäpe zu Sicherheitsbehörden sind nicht gänzlich neu. Bereits bevor das NSU-Trio im Januar 1998 in die Illegalität abtauchte, soll der Thüringer Verfassungsschutz erwogen haben, Zschäpe als Vertrauensperson, also als

Informantin, anzuwerben. Nach offizieller Darstellung hat der VS diese Überlegung wieder verworfen.

Bereits einige Zeit vor dem Abtauchen des Trios soll Zschäpe nach einer Verhaftung durch die Polizei sehr bereitwillig Auskünfte gegeben haben, als ihr Observationsfotos der Thüringer Neonaziszene vorgelegt wurden. Generell scheint es, dass die Bereitschaft innerhalb der Szene, sich als Informant des VS anwerben zu lassen, zur damaligen Zeit überraschend groß war.

Allein mit Bezug zum NSU wurden mittlerweile über vierzig V-Leute identifiziert, die zu Spitzeldiensten bereit waren. Im Raum steht der Verdacht, dass es einen V-Mann im nahen Umfeld von Zschäpe gegeben hat. Diese Vermutung stützt sich auf ein Vernehmungprotokoll, in das „Bild“ Einsicht hatte. Demnach soll ein Beamter des Bundeskriminalamts (BKA) versucht haben, Telefondaten von Zschäpes sichergestellten Mobiltelefonen zu löschen. Ein Abteilungsleiter mit Einblick in den Vorgang äußerte den Verdacht, dass mit der versuchten Datenlöschung eine Person in Umfeld Zschäpes geschützt werden sollte. Wie „Bild“ berichtete, sollen zwei Informanten der Zeitung verraten haben, dass beim Bundesamt für Verfassungsschutz nach dem Auffliegen des NSU-Trios deutlich mehr Akten vernichtet worden sein sollen, als dies bislang bekannt war.

Wenige Tage nach dem Auffliegen des Trios im November 2011 hatte ein hochrangiger Mitarbeiter des Bundesamtes Akten von sieben V-Leuten (Decknamen „Tarif“, „Tonfarbe“, „Treppe“, „Tusche“, „Tinte“, „Tacho“ und „Tobago/Investor“) aus der Neonaziszene vernichten lassen. Ermittlungen gegen den Referatsleiter wegen der Schredder-Aktion wollte die Kölner Staatsanwaltschaft einstellen. Am Ende musste der Beamte 3000 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung zahlen, dafür wurde das Verfahren eingestellt.

Dass nun der Vorwurf im Raum steht, es seien 2011 noch mehr Akten geschreddert worden, wirft insbesondere auf die Arbeit der drei Untersuchungsausschüsse des Bundestages kein gutes Licht. Dort war die Aktenvernichtung nämlich Thema gewesen.



Ursula von der Leyen und Wolodymyr Selensky: Die Freundschaft reicht nicht, um über den Frieden mit zu verhandeln

LEITARTIKEL

Raubzug statt Marshallplan

HERMANN MÜLLER

Die Währungsreform und der Marshallplan haben im Westen Deutschlands sowie im Westteil Berlins nach dem Krieg die Grundlage für ein Wirtschaftswunder gelegt. Ob auch die Ukrainer nach einem Friedensschluss die Chance bekommen, sich Wohlstand aufzubauen, ist derzeit sehr zweifelhaft.

Nach dem Eklat beim Selenskyj-Besuch im Weißen Haus macht die US-Regierung weiterhin starken Druck, damit die ukrainische Regierung einen Vertrag unterschreibt. Dabei geht es mittlerweile nicht mehr nur darum, dass die USA ihre bisherige Hilfe für das Land in Rechnung stellen wollen und dafür beim Abbau Seltenen Erden und anderer Rohstoffe zu Vorzugskonditionen zum Zuge kommen möchten. Vorgelegt hat die US-Regierung einen neuen Vertragsentwurf, den ein ukrainischer Offizieller gegenüber der „Financial Times“ ganz offen als den Versuch eines „Raubzugs“ bewertet. Er sprach mit Blick auf den Vertragsentwurf sogar von einem Ende der Souveränität der Ukraine.

Laut der „Kyiv Post“ sah eine frühere Version des Vertrags zum „US-Ukraine Reconstruction Investment Fund“ vor, dass die Hälfte der Einnahmen aus den ukrainischen Öl-, Gas- und Mineralressourcen plus der zugehörigen Infrastruktur an die USA gehen sollten. Die neue Version umfasst laut der „Kyiv Post“ weitere Rohstoffe und alle Einnahmen aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Außerdem soll der gemeinsame ukrainisch-amerikanische Wiederaufbaufonds auch die Kontrolle über die Infrastruktur wie Häfen, Pipelines und das Eisenbahnnetz erhalten.

EU-Beitritt vor 2030 möglich

Washingtons Vorstellungen für den Wiederaufbaufonds schätzt die „Kyiv Post“ nur nach außen hin als Projekt mit gleichberechtigten Partnern ein: „Formell ist es eine Partnerschaft. Tatsächlich hat eine Seite die volle Kontrolle.“ Insgesamt ist laut ukrainischen Medien eine „unbegrenzte rechtliche und finanzielle Haftung der Ukraine“ vorgesehen.

Wenn die Ukraine in ihrer jetzigen Lage unter Druck gesetzt wird, einen so un-

vorteilhaften Vertrag zu unterschreiben, dann muss dies auch ein Thema für alle anderen europäischen Staaten sein. Im letzten Jahr hat die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine gestartet. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hält sogar einen EU-Beitritt des Landes vor 2030 für möglich.

Attraktives Einfallstor für die USA

In der „Berliner Zeitung“ warnte der österreichische Journalist Michael Maier mit Blick auf den aktuellen Vertragsentwurf der USA für einen sogenannten Wiederaufbaufonds, dass mit der Ukraine ein „ausgehöhlter“ Staat als Transferempfänger in die EU kommen kann. Mehr noch: Den US-Unternehmen, die sich in der Ukraine engagieren, stünde nach dem EU-Beitritt der riesige Freihandelsbereich der gesamten EU offen. Gerade im Bereich der Lebensmittelproduktion müssten sich kleinere und mittlere Betriebe in der EU darauf gefasst machen, dann von US-Konzernen, die in der Ukraine mit ihren riesigen Agrarflächen produzieren, über einen extremen Preisdruck einfach vom Markt gefegt zu werden.

PORTRÄT

19 Jahre jung, Milliardär und unsichtbar

Im Alter von 19 Jahren, da haben die meisten noch große Träume – Fernreisen, später mal in einer schönen Villa wohnen und davor sollte ein dickes Auto stehen. Dazu einen Job haben, bei dem man so gut verdient, dass man den Cent nicht zweimal umdrehen muss, und darüber hinaus will man sich auch im Alter keine Geldsorgen machen. Davon träumen die meisten. Johannes von Baumbach tickt da ganz anders. Er ist zwar auch 19 Jahre jung, aber mit der Altersvorsorge ist er bereits durch. Denn dieser junge Mann ist Deutschlands jüngster Milliardär. Und er kann noch nicht einmal etwas dafür.

Denn für sein milliardenschweres Vermögen haben seine fleißigen Vorfahren gesorgt. Der smarte Youngster mit dem adligen „von“ in seiner Namensmitte ist einer der Erben der Unternehmensgruppe Boehringer in Ingelheim. Ein eher verschlafenes Örtchen, in dem reichlich deutscher Rotwein angebaut wird, an-

sonsten ist dort nicht viel los - vom jährlichen Rotweinfest mal abgesehen. Insofern steht einem mit ganz viel Geld auf der hohen Kante die Welt soweit offen, dass man dem lokalen Kleingeist entfliehen kann – ohne dabei auf den Pfennig schauen zu müssen. Immerhin wird das Vermögen von Johannes auf 5,4 Milliarden US-Dollar geschätzt. Mancher muss mit etwas weniger klarkommen. Mit die-

sem Betrag belegt der junge Boehringer-Nachfahre immerhin Platz 657 in der Forbesliste der reichsten Menschen der Welt.

Aber der junge Mann weiß um seine Rolle in Stadt und Land. Sein Markenzeichen: extreme Unauffälligkeit. So unauffällig, das es nicht einmal ein öffentliches Foto von ihm gibt – weder bei Bildagenturen noch in irgendeiner hinterletzten Social-Media-Ecke. Der Noch-Teenager ist entsprechend verantwortungsbewusst, aber dürfte nach Abitur und Studium seinen Vater beerben, der das weltgrößte private Pharmaunternehmen, das 1885 im heutigen Rheinland-Pfalz gegründet wurde, in vierter Generation führt.

Nicht alle reichen Jüngelchen haben geerbt. Der 27-jährige Australier Ed Craven als Mitgründer des Online-Casinos Stake.com und der 28-jährige US-Amerikaner Alexandr Wang als Kopf des KI-Startups Scale AI haben sich ihre neuen Milliarden hart erarbeitet. Jens Eichler

Von Deutschlands jüngstem Milliardär existiert bisher kein offizielles Foto
Bild: pixabay

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Marx schaut staunend zu

Chemnitz im Veranstaltungsrusch – Von der sozialistischen Musterstadt zur europäischen Kulturhauptstadt 2025

VON HELGA SCHNEHAGEN

Seit genau 40 Jahren machen Kulturhauptstädte Europas kulturelles Erbe sichtbar. Nach West-Berlin, Weimar und dem Ruhrgebiet mit Essen ist Chemnitz mit seinen rund 250.000 Einwohnern die vierte Europäische Kulturhauptstadt in Deutschland. Unter dem unvermeidlichen englischen Motto „C the unseen“ lädt sie dazu ein, bisher Ungesehenes zu entdecken.

Mit der Ernennung ist ein erhebliches Budget verbunden, das sich in Chemnitz aus Mitteln der Stadt, des Freistaates Sachsen, des Bundes sowie aus Sponsoringeldern und Förderprogrammen zusammensetzt und bislang rund 116 Millionen Euro umfasst. Entgegen vieler Annahmen ist die EU daran nur mit dem auf 1,5 Millionen Euro dotierten und nach der griechischen Schauspielerinnen und Politikerin Melina Mercouri benannten Preis beteiligt. Damit konnte sich Chemnitz ein Infrastrukturprojekt leisten, „das es in diesem Umfang (hier) ... noch nie gegeben hat“, so Michael Stötzer, Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bau.

Dazu entstehen seit 2022 bis ins laufende Jahr hinein 29 „Interventionsflächen“: Grünanlagen, Parks und Wanderwege, Spiel- und Freizeitplätze sowie Begegnungs-, Sport- und Veranstaltungsräume. Sie sind Teil des „Vermächtnisses“, das für jede Kulturhauptstadt verbindlich ist – oder es zumindest sein sollte – sowie den Gemeinsinn, die Kreativität und die Attraktivität der Stadt fördern soll.

Ein Leuchtturmprojekt ist die Hartmannfabrik in der Fabrikstraße direkt am Fluss Chemnitz, dem die Stadt ihren heutigen Namen verdankt. Von 1953 bis 1990 hieß sie bekanntlich Karl-Marx-Stadt. Die frisch sanierte denkmalgeschützte Produktionshalle ist eines der letzten Gebäude der Hartmann-Werke, die von 1837 bis 1930 eines der bedeutendsten Maschinen- und Lokomotivbau-Unternehmen Sachsens waren. Von dessen einstiger Bedeutung zeugt heute nur noch der stattliche Verwaltungsbau, jetzt Polizeidirektion, in der Hartmannstraße gegenüber.

Die Hartmannfabrik erinnert nicht nur an Chemnitz' reiche industrielle Vergangenheit, sie ist auch das zentrale Informationszentrum zum Kulturhauptstadt-Jahr. Schade nur, dass sie etwas abseits vom Zentrum der Altstadt liegt.

Da Chemnitz 1945 als Industriestadt insgesamt zu zwei Dritteln und in der Innenstadt sogar zu 95 Prozent zerstört wurde, sind nur wenige alte Bauten erhalten beziehungsweise wieder aufgebaut worden. Eingebettet in Neubauten verleihen sie der Stadt am Markt dennoch historisches Flair. Überraschend ist das Ensemble aus Altem und Neuem Rathaus, jeweils ein Renaissance- und ein Neorenaissance-Bau, sowie der Jakobikirche, eine hochgotische Hallenkirche.

Der Expressionist aus Rottluff

Als Beigabe zielt eine Barockfassade die Westseite und ein Jugendstilhaus die Südseite des Platzes. Der 2022 eingeweihte Marktbrunnen von dem in London lebenden Künstler Daniel Widrig ist das erste Infrastrukturprojekt, das im Zuge der Kulturhauptstadt entstand. Mit seinen vier kreiselförmigen Elementen fügt er sich harmonisch in den Platz ein, so als ob er schon immer hier gestanden hätte.

Am Roten Turm, dem ältesten Wahrzeichen der Stadt, vorbei und weiter über die Brückenstraße mit dem emblematischen Karl-Marx-Monument erreicht



Chemnitz in Feierlaune: Zum Auftakt des Kulturhauptstadtjahrs ließ man es auf dem Theaterplatz kräftig krachen

Bild: Nasser Hashemi

man den nur gut einen Kilometer entfernten Theaterplatz. Mit Oper, Petrikirche, dem vornehmen Hotel „Chemnitzer Hof“ und den Kunstsammlungen ist er die „Gute Stube“ der Stadt. Am 9. Mai wird die Oper zur Bühne für die Gala zur Verleihung der Europäischen Kulturpreise. Als Preisträger bereits bekannt sind der Schauspieler Matthias Schweighöfer, der in Chemnitz zur Schule ging, und der Dresdner Kreuzchor.

Vertiefende Einblicke in Geschichte und Kultur bietet die Chemnitzer Museumslandschaft. Allein die Kunstsammlungen haben sechs Standorte: das 1909 eröffnete Museum am Theaterplatz, das Museum Gunzenhauser, das Schlossbergmuseum, das Henry-van-de-Velde-Museum in der Villa Esche, die Burg Rabenstein und das als Interventionsfläche frisch sanierte und eröffnete Karl-Schmidt-Rottluff-Haus. Das Gründungsmitglied der Künstlervereinigung „Brücke“ gab sich den Namenszusatz Rottluff nach dem heute eingemeindeten Vorort, in dem der Maler geboren wurde. Neben der ständigen Schmidt-Rottluff-Ausstellung im Museum am Theaterplatz soll dessen Elternhaus in der Limbacher Straße 382 zum neuen Anziehungspunkt für die Freunde des Expressionismus werden.

Höhepunkt der diversen Sonderausstellungen ist das Projekt „Edvard Munch. Angst“ im Museum am Theaterplatz vom 10. August bis 2. November. Daneben hofft man mit „European Realities. Realismusbewegungen der 1920er und 1930er Jahre in Europa“ (Museum Gunzenhauser, 27. April bis 10. August) oder „Die neue Stadt. Chemnitz als Karl-Marx-Stadt“ (Schlossbergmuseum, 4. Mai bis 1. Februar 2026) auf ein breites Interesse.

Als sozialistische Musterstadt beeindruckt Chemnitz bis heute durch seine Großzügigkeit, seine Aufgeräumtheit und seine schon zu DDR-Zeiten bewusst autofreundlich angelegten mehrspurigen Straßen. Architektur-Freunde haben die Auswahl unter 3424 Kulturdenkmälern, vor allem aus dem 19. und 20. Jahrhundert, darunter das Stadtbad von 1935 in der

Mühlenstraße oder das Gründerzeit- und Jugendstilviertel auf dem Kaßberg.

Eine Ikone des Neuen Bauens ist das ehemalige Kaufhaus Schocken am Stefan-Heym-Platz. Die Entwürfe zu dem 1930 eröffneten Bau mit der konvexen Vorfahngasse lieferte der renommierte Architekt Erich Mendelsohn (1887-1953). Seit 2014 beherbergt er das archäologisch-kulturelle Landesmuseum des Freistaates Sachsen smac. Mit seinem klaren Konzept, der Einbettung der Exponate in größere Zusammenhänge und dem herausragenden Design gehört es zu den attraktivsten Museen Deutschlands.

Das „sächsische Manchester“

Präsentiert werden 300.000 Jahre Menschheits- und Kulturgeschichte. Zu den Glanzstücken aus Sachsen gehören das Schieferplättchen von Groitzsch mit den eingeritzten Pferdeköpfen, die aus beziehungsweise mit Rindenbast dekorierten Gefäße sowie der Adonis von Zschernitz und die Venus von Zauschwitz aus der Alt- und Jungsteinzeit. Die Pferdeköpfe von 12.5000 v. Chr. sind die älteste bildliche Darstellung Sachsens. Sie werden im Zusammenhang mit Höhlenmalereien und kleinen Tierfiguren anderer Regionen Mitteleuropas gezeigt.

Die ähnlich großartig konzipierte Sonderausstellung „Silberglanz und Kumpeltod“, die noch bis 29. Juni zu sehen ist, gilt dem Bergbau mit einem Fokus auf das Erzgebirge, das sich entlang der deutsch-tschechischen Grenze südlich von Chemnitz erstreckt. Ein Rückblick mit Ausblick: Aktuell gibt es Bestrebungen, den Bergbau wiederzubeleben und seltene Elemente wie Zinn, Silber und Lithium abzubauen. Eindrücklich dokumentiert die Ausstellung, wie tief die Identifikation mit dem Bergbau in den ehemaligen Montanregionen ist.

Am Bergbau kommt auch das Industriemuseum in der rund hundert Jahre alten ehemaligen Gießerei- und Maschinenhalle an der Zwickauer Straße 119 nicht vorbei. Auch nicht an Georgius Agricola (1494-1555), der unter anderem Bürger-

meister von Chemnitz war und als „Vater der Mineralogie“ die Grundlagen für den modernen Bergbau lieferte. Seine Werke wurden sogar ins Chinesische übersetzt.

Die Messe-artig aufgebaute Ausstellung vereint punktuell einen Streifzug durch 220 Jahre sächsische Industriegeschichte zwischen Bergbau und Textilindustrie, Maschinen- und Automobilbau. Es empfiehlt sich, das Augenmerk zuerst auf die Auswahl an Kernprodukten auf dem silbernen Band zu richten, das sich quer durch die große Halle zieht. Besonderer Schatz des Museums ist die Funktionsfähigkeit vieler Maschinen, insbesondere der Textilmaschinen, die zum Teil noch aus dem späten 19. Jahrhundert stammen. Im Rahmen von Vorführungen treten sie bis heute in Aktion.

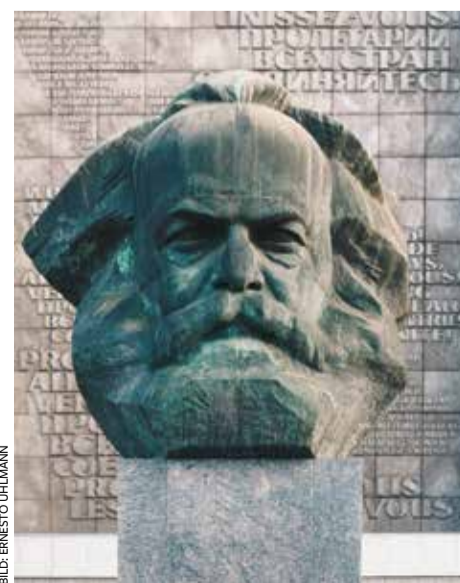
Chemnitz gab einst den Startschuss für die Industrialisierung in Sachsen und entwickelte sich zum „sächsischen Manchester“. Doch ein solches „Manchester“ wie jenes Original in Nordengland, gab es auch im elsässischen Mülhausen, finnischen Tampere, bulgarischen Gabrovo und polnischen Lodsch. Die Sonderausstellung „Tales of Transformation“ vom 25. April bis 16. November fragt, wie diese Städte mit dem industriekulturellen Erbe umgehen und welche Strategien sie für

ihre Zukunft haben. Bis heute ist die Region ein innovativer Industrie- und Technologiestandort mit 11.000 an der Technischen Universität Chemnitz eingeschriebenen Studenten und Volkswagen als Premium-Sponsor der Kulturhauptstadt.

Zur Kulturhauptstadt-Region gehören 38 Kommunen aus Mittelsachsen, dem Erzgebirge und dem Zwickauer Land. Wenig bekannt sind deren zahlreiche Schlösser und Burgen. Zwei Beispiele: Bequem mit dem Zug bis Erdmannsdorf und weiter mit der Drahtseilbahn zu erreichen ist Schloss Augustsburg, das auf dem 516 Meter hohen Schellenberg hoch über dem Zschopautal thront. Das monumentale Jagd- und Lustschloss des Kurfürsten August von Sachsen zählt zu den repräsentativsten Renaissance-Schlössern Mitteleuropas.

In vorbildlichem Zustand beherbergt es heute mehrere Museen. Darunter das Schlossmuseum mit einer Jagdtier- und Vogelkunde-Präsentation, vor allem aber das Motorradmuseum mit einer der bedeutendsten Zweiradsammlungen Europas. Das Kutschenmuseum in den ehemaligen Stallungen soll im Juni 2025 neu eröffnet werden. Im wahrsten Sinne des Wortes tief beeindruckend ist der 130 Meter tiefe Burgbrunnen. Das „bergmännische Abteufen“ in dem extrem harten Vulkangestein hatte neun Jahre gedauert.

Vom dem Barockschloss Lichtenwalde in Niederwiesa war schon Friedrich der Große derart begeistert, dass er das Haus, die darin enthaltenen Kunstsammlungen und die gesamte Herrschaft auf Bitten des Schlossherrn im Siebenjährigen Krieg unter seinen persönlichen Schutz stellte. Angesichts der schrecklichen Verwüstungen in Sachsen grenzte diese Maßnahme an ein Wunder. Saniert und neu strukturiert wurde diese „Perle im Zschopautal“ 2010 neu eröffnet. Eine Oase ist der zehn Hektar große Barockpark, in dem das Wasser im Sommer aus 335 historischen Fontänen nur so plätschert und sprüht.



Chemnitz' „Nischl“: Karl-Marx-Monument

FERDINAND LASSALLE

Mit dem Staat für den Sozialismus

Vater des nichtmarxistischen, reformorientierten Flügels der deutschen Arbeiterbewegung – Vor 200 Jahren kam er in Breslau zur Welt

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Friedrich Merz treibt derzeit auf die Spitze, was die deutsche Linke eingefordert hat: eine Brandmauer der „demokratischen“ Parteien zu jenen Kräften, die nicht dazugehören sollen. Der Ausschluss wesentlicher Teile der Bevölkerung vom politischen Willenbildungsprozess war allerdings auch schon im 19. Jahrhundert eine Pflanze, die sich durch härtesten Boden hindurcharbeitete. Der vor 200 Jahren, am 11. April 1825, in Breslau geborene Vordenker der deutschen Arbeiterbewegung Ferdinand Lassalle, dessen Nachname ursprünglich Lassal lautete, formulierte 1863 gegenüber dem Leipziger Arbeiterkongress: „Es ist geradezu vollständig beschränkt, zu glauben, daß den Arbeiter die politische Bewegung und Entwicklung nicht zu kümmern habe! Ganz im Gegenteil kann der Arbeiter die Erfüllung seiner legitimen Interessen nur von der politischen Freiheit erwarten.“ Politische Teilhabe auf Augenhöhe, so die Botschaft des Sohns eines wohlhabenden jüdischen Seidenhändlers.

Lassalle war schon als Jugendlicher ein Draufgänger, forderte er doch bereits als Zwölfjähriger einen anderen Buben schriftlich zum Duell im Ringen um das weibliche Geschlecht. Eine Hingabe, die ihm 1864 angesichts einer nochmaligen Forderung das Leben kosten sollte.

Lassalle studierte bereits vor seiner Reifeprüfung Hegelsche Schriften, anschließend ab 1843 in Breslau und Berlin Geschichte, Archäologie, Philosophie und Philologie. Er trat der Breslauer Burschenschaft der Raczeks bei und fand Gefallen an demokratischen und sozialistischen Ideen.

1845 reiste Lassalle nach Paris und knüpfte Kontakte zu deutschen Revolutionären im Exil sowie zu französischen Frühsozialisten. In Frankreichs Hauptstadt traf er Heinrich Heine und änderte seinen Nachnamen von Lassal in Lassalle in Anlehnung an Antoine Charles Louis de Lasalle. Letzterer war ein französischer

Kavalleriegeneral während der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege und gilt als der größte General der leichten Kavallerie seiner Zeit.

Mit 20 Jahren lernte er die doppelt so alte Gräfin Sophie von Hatzfeldt in Berlin kennen. Um sie in ihrem aufsehenerregenden Scheidungsprozess, den er als symbolischen Kampf gegen Adelsprivilegien begriff, juristisch unterstützen zu können, vertiefte Lassalle seine juristischen Kenntnisse.

Während der 48er Revolution trat Lassalle als Redner und Journalist auf der Seite von Karl Marx und Friedrich Engels auf und rief zum bewaffneten Kampf auf. Es folgten eine Verhaftung, eine Verurteilung und eine sechsmonatige Haftzeit. Sein Gesuch um Aufnahme in den „Bund der Kommunisten“ scheiterte an Vorbehalten wegen seiner angeblichen Nähe zum Adel. Während andere Sozialisten und Kommunisten sich ob des Scheiterns der Revolution ins Exil absetzten, blieb Lassalle nach der Haftentlassung im Lande. Deshalb bezeichnete er sich gelegentlich nach dem zweiten Roman aus James Coopers „Lederstrumpf“-Serie um den Trapper Natty Bumppo als den „letzten Mohikaner“.

Lassalle blieb aktiv in revolutionär gesinnten Arbeiterzirkeln. Ein von ihm gegründeter Zusammenschluss in Düsseldorf verfolgte das Ziel der politischen Schulung von Arbeitern. Ab 1857 lebte er wieder in Berlin, wo er über den vorsokratischen Philosophen Heraklit von Ephesos publizierte, 1858 sein Drama „Franz von Sickingen“ verfasste sowie Kontakte zu seinem Verleger Franz Duncker und dem Chefredakteur der politisch-satirischen Zeitschrift „Kladderatsch“, Ernst Dohm, unterhielt. Hinsichtlich der deutschen Frage präferierte Lassalle, anders als seine früheren Weggefährten Marx und Engels, die kleindeutsche Lösung, ohne Österreich und unter Preußens Führung.

Einen Meilenstein bildete seine Rede „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit

der Idee des Arbeiterstandes“ vom April 1862. Bekannt als „Arbeiterprogramm“, stieß sie eine breite Diskussion in Arbeiterkreisen an. Darin lehnte er Streiks als unzureichendes Mittel ab und sah statt-

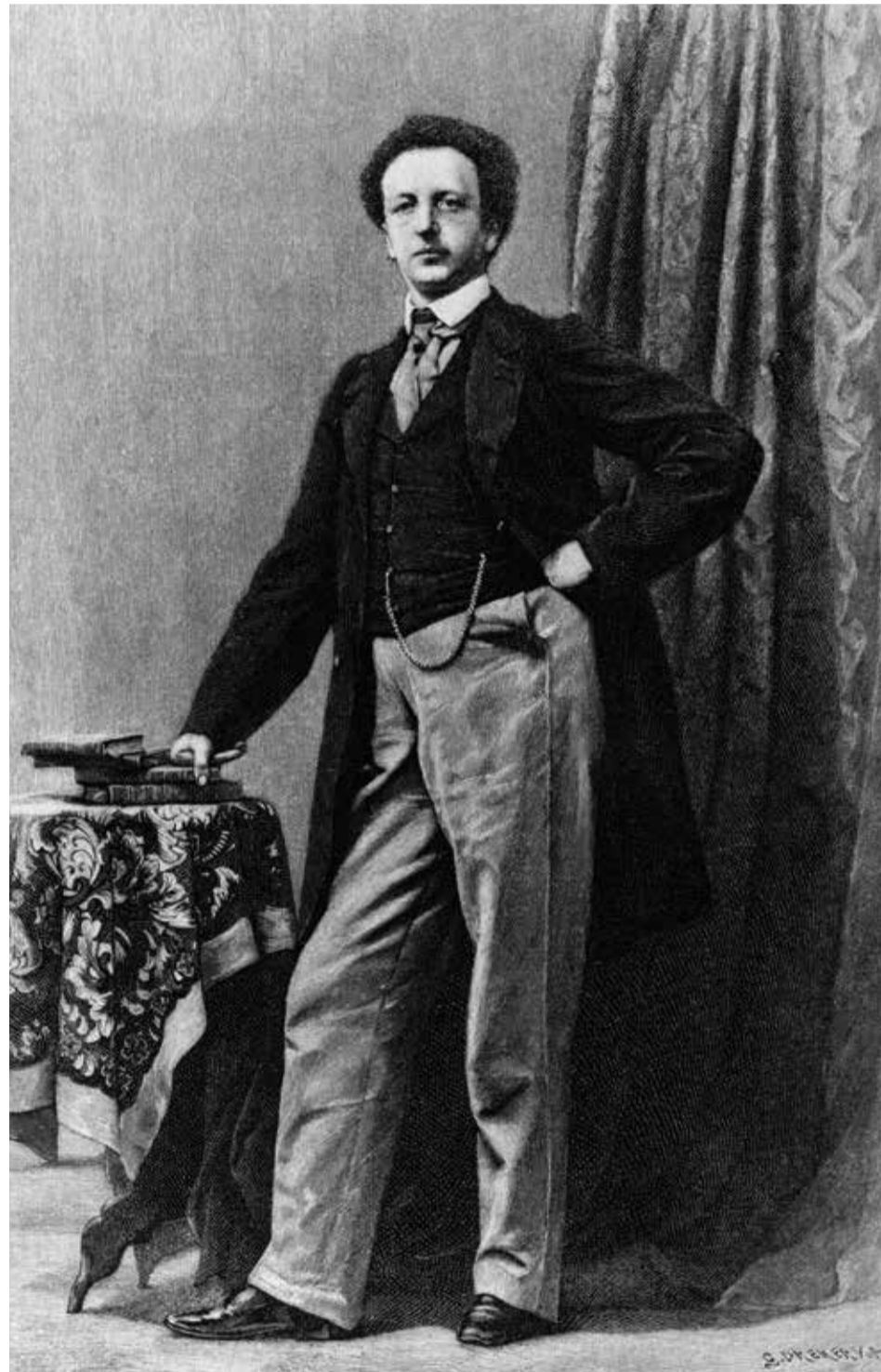
dessen die parlamentarische Mitwirkung als effektiven Weg zu besseren Löhnen und Lebensumständen. Diese Abkehr von der revolutionären Umwälzung bedeutete den endgültigen Bruch mit Marx.

Beeindruckt von seinen Ideen lud eine Leipziger Arbeitergruppe Lassalle noch im selben Jahr ein, die Leitung eines gesamtdeutschen Arbeiterverbandes zu übernehmen. Daraus ging 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) hervor, eine der Wurzeln der heutigen SPD.

Hinter verschlossenen Türen traf sich Lassalle mehrmals mit Otto von Bismarck, um diesem gegenüber eine Lanze für das allgemeine Wahlrecht zu brechen. Im Gegenzug bot er dem preußischen Ministerpräsidenten Unterstützung im deutsch-deutschen Dualismus an. Zu einer engeren Zusammenarbeit kam es nicht mehr.

Aus enttäuschter Liebe forderte Lassalle den Vater von Helene von Dönniges zum Duell. Der aber ließ sich durch den Verlobten seiner Tochter vertreten. Bei dem Pistolenduell am Morgen des 28. August im Wäldchen von Carouge bei Genf wurde Lassalle letztlich tödlich in den Unterleib getroffen. Er starb drei Tage später (siehe PAZ vom 30. August 2014).

Lassalles Ideen klingen bis heute nach, etwa in seinem „ehernen Lohngesetz“, das davon ausgeht, dass der durchschnittliche Arbeitslohn stets „auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert“ bleibt. Doch während Lassalle davon ausging, dass ansteigende Löhne zu mehr Bevölkerung mit weniger Geld führten, zeigt heute jeder Anstieg des gesetzlichen Mindestlohns, dass die Preise steigen. Auch seine Vorstellung vom Weg zu Solidarität und Freiheit hat sich letztlich nicht bewahrt. „Im Mittelalter herrschte die Solidarität der Interessen in den Formen der Unfreiheit, in der Gegenwart herrscht die Freiheit ohne alle Solidarität, die Zukunft wird die Solidarität in den Formen der Freiheit bringen“, so Lassalle. Das DDR-Regime erzwang die Solidarität durch Unfreiheit. Doch zumindest seine Leidenschaft für gleichberechtigte politische Teilhabe aller von Politik Betroffenen weist einen sehr aktuellen Bezug auf, den auch die heutigen Sozialdemokraten nachdenklich zur Kenntnis nehmen dürften.



Vom Habitus eher aristokratisch als proletarisch: Ferdinand Lassalle

ENTKOLONIALISIERUNG

Dem Rückzug der USA folgten Frieden und Wiedervereinigung

Vor 50 Jahren endete der Vietnamkrieg – Washington und Hanoi hatten sich über Saigons Kopf hinweg verständigt

Mit der Kapitulation der vietnamesischen Besatzungsmacht Japan am Ende des Zweiten Weltkriegs entstand in Vietnam ein Machtvakuum, das die vietnamesische Unabhängigkeitsbewegung unter Ho Chi Minh unverzüglich zu füllen versuchte. Am 2. September 1945 proklamierte er die Unabhängigkeit seines Landes und die Demokratische Republik Vietnam (DRV). Die Unabhängigkeitserklärung enthielt viele Anklänge an die US-amerikanische. Das verwundert nicht, hatte Ho Chi Minh doch im Zweiten Weltkrieg mit den USA gegen Japan zusammengearbeitet.

Die von den Japanern im Zweiten Weltkrieg vertriebene vormalige Kolonialmacht Frankreich versuchte jedoch, ihre Kolonialherrschaft zu restaurieren. Ho Chi Minh und die Seinen zeigten sich kompromissbereit. Von dem vietnamesischen Nationalisten im Kommunistenpelz stammt das vielsagende Wort: „Was mich angeht, ziehe ich es vor, fünf Jahre französischen Mist zu riechen, als für den Rest meines Lebens chinesisches zu essen.“ So willigte er in die vermeintlich kurze Rückkehr der Franzosen und eine Mitglied-

schaft Vietnams in der Union française ein. Die Teilung der Macht missfiel jedoch vor allem den Franzosen, und so führte ein Zwischenfall, der sogenannte Haiphong-Zwischenfall (siehe PAZ vom 16. Dezember 2006), zum Ersten beziehungsweise Französischen Indochinakrieg.

In diesem Krieg brachte 1954 die Schlacht um Dien Biên Phu die Entscheidung gegen die Franzosen. Trotzdem ließen sich die Vietnamesen auf einen Kompromiss ein. Vietnam sollte geteilt werden, in die von Frankreich erstmals anerkannte DRV im Norden und einen französischen Satellitenstaat im Süden.

Dass die Vietnamesen sich 1954 trotz des Sieges in Dien Biên Phu darauf einließen, lag nicht zuletzt daran, dass die Teilung befristet schien, da 1956 Wahlen in Gesamtvietnam stattfinden sollten. Die Vietnamesen gingen davon aus, dass Ho Chi Minh und die Seinen diese Wahl gewinnen würden. Die US-Amerikaner teilten diese Einschätzung. Sie taten deshalb das, was sie auch taten, als die Ukraine mit Wiktor Janukowytsch einen ihnen unangenehmen, da russland-

freundlichen Präsidenten hatte. Sie unterstützten ein Regime Change. So wurde aus dem frankreichfreundlichen „Staat Vietnam“ die US-freundliche „Republik Vietnam“. Deren erster Präsident, Ngô Đình Diem, machte denn auch klar, dass es mit ihm keine gesamtvietnamesischen Wahlen geben werde.

Die Vietnamesen in Nord wie Süd standen nun vor der Wahl: Sie konnten entweder auf Wahlen und Einheit verzichten oder Widerstand leisten. Sie entschieden sich für Letzteres. So kam es in Südvietnam zu einem Bürgerkrieg zwischen der von den USA zunächst nur finanziell, materiell und politisch unterstützten Regierung in Saigon sowie der von Nordvietnam unterstützten Opposition, die sich in der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (NFB) organisierte und in den USA wie überhaupt im Westen gerne als „Vietcong“ bezeichnet wurde.

Ähnlich wie heute die Regierung in Kiew geriet damals jene in Saigon in Bedrängnis. Ähnlich wie heute stand auch damals die US-Regierung vor der Frage: Eskalation oder Deeskalation? Die aktuel-

le republikanische Regierung unter Donald Trump scheint es mit Deeskalation versuchen zu wollen. Die damalige demokratische unter Lyndon B. Johnson entschied sich für Eskalation. Wenn man Krieg will, findet sich immer ein Vorwand. 1964 war es der sogenannte Tonkin-Zwischenfall (siehe PAZ vom 3. August 2002). Nun setzten die USA als offene Kriegspartei auch eigene Bodentruppen ein.

Ähnlich wie heute im Ukrainekrieg blieben jedoch auch im Vietnamkrieg trotz wachsenden Engagements seitens des Westens entscheidende Erfolge aus. Über die Jahre machte sich in der westlichen Bevölkerung Kriegsmüdigkeit breit. Und in den USA wurde anstelle eines Demokraten ein Republikaner Präsident, von dem ein US-amerikanisches Disengagement erwartet wurde.

Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, inwieweit eine Supermacht einem Regime, das mit ihrer Unterstützung an die Macht gekommen ist, die Unterstützung entziehen darf. Donald Trump wird vom Gros der EU-Leitmedien und -Spitzenpolitiker dafür verdammt, dass er über

den Kopf von Kiew hinweg mit Moskau verhandelt. Michail Gorbatschow wurde zumindest im Westen dafür gefeiert, dass er über den Kopf von Ost-Berlin hinweg mit Bonn verhandelte. Und Richard Nixons Außenminister Henry Kissinger bekam dafür den Friedensnobelpreis, dass er über den Kopf von Saigon hinweg nicht nur mit Hanoi verhandelt, sondern sogar auch noch eine Verständigung erzielt hat, die zur Vietnamisierung des Vietnamkrieges führte.

Im Vietnamkrieg gab es keine EU, die analog zum heutigen Ukrainekrieg bereit gewesen wäre, die Rolle der sich zurückziehenden USA zu übernehmen, und so war das Schicksal des Regimes in Saigon über kurz oder lang besiegelt. Vor einem halben Jahrhundert, am 30. April 1975, endete der Vietnamkrieg mit dem Fall Saigons. Damit war der Weg frei für die im Jahr darauf erfolgende Wiedervereinigung zwischen der DRV im Norden und der seit dem Kriegsende von der NFB regierten Republik Vietnam im Süden zur heutigen Sozialistischen Republik Vietnam. *Manuel Ruoff*

VON BJÖRN SCHUMACHER

Winston Churchills Entsetzen über die Apokalypse von Dresden am 13./14. Februar 1945 oder die internationale Kritik an diesem Terrorangriff verflog schnell. Seine Mahnung an die Oberbefehlshaber der Royal Air Force (RAF), einen Strategiewechsel in Richtung Präzisionsschläge zu vollziehen, verwässerte er in einem zweiten Memorandum. Die „nächtlichen Massenmorde an der Zivilbevölkerung“, wie der Historiker Golo Mann sie bezeichnete, gingen weiter.

Bei zwei brutalen Flächenbombardements starben am 3. und 4. April 1945 in Nordhausen mindestens 8800 Menschen, darunter viele Zwangsarbeiter und in die thüringische Stadt verschleppte KZ-Häftlinge. Herrliche Fachwerkarchitektur ging verloren. Wie so oft hatten Luftmarschall Arthur Harris und sein Befehlsstab die Besatzungen über den Angriffszweck getäuscht. Angeblich sollte es in Nordhausen darum gehen, „aus Berlin abkommandiertes Militär- und Nazi-Personal zu töten“. 506 überwiegend viermotorige Maschinen der Bomber Groups 1, 5 und 8 erledigten das perfekt. Dass strategisch wichtige Verkehrswege – wie bereits in anderen Orten – verschont blieben, galt als nebensächlich.

Wenige Tage später demonstrierten die US-Luftstreitkräfte, die ihre Zurückhaltung beim Area Bombing längst aufgegeben und über 100.000 Japaner beim Brandbombenangriff auf Tokio getötet hatten, ihre sinnlose Zerstörungswut. Am 8. April 1945 machten sie Halberstadt im Harzvorland mit seiner Fachwerkidylle, „Rothenburg des Nordens“, dem Erdboden gleich. Zwischen 2000 und 3000 Bewohner überlebten das Massaker in diesem „Sekundärziel“ nicht. Das als „Primärziel“ auserkorene Staßfurt ließ witterungsbedingt kein Bombardement zu.

Nordhausen und Halberstadt

Der letzte Großangriff traf am 14. April 1945 nach Dresden und Würzburg ein weiteres Barockjuwel und zudem eine Stadt, die Churchill als Symbol eines haluzinierten „preußisch-deutschen Militarismus“ einstufte. In der „Nacht von Potsdam“ starben wohl 3578 (Statistisches Jahrbuch Potsdam 1966), mindestens aber 1800 Zivilisten (Historiker Hans-Werner Miha nach Auswertung von Sterberegistern), meist unschuldige Frauen, Kinder und alte Männer, die mit dem Popanz des „preußischen Militarismus“ nichts zu tun hatten. 60.000 wurden obdachlos. An eine „Skelettlandschaft“ und „verkohlte Leichen, so klein wie Puppen“ erinnert sich Zeitzeugin Luise Lunow. Angesichts täglicher Horrormeldungen vom Krieg regten solche Zahlen und Details aber beinahe niemanden mehr auf.

Warum wurde das zuvor kaum verscherte Potsdam ausgerechnet jetzt so massiv angegriffen? Warum warfen 490 viermotorige Lancaster 1780 Tonnen Minen sowie Spreng- und Brandbomben ab. Potsdam besaß keine militärisch wichtigen Ziele. Die Behauptung der Briten, man habe den Stadtbahnhof angegriffen, diente der Verschleierung, gehörte also – im Jargon des digitalen Zeitalters – zu den propagandistischen „Fake News“. Auch die Luftstreitkräfte der USA nutzten dieses zynische Instrument der Fake News, als sie die großflächige Bombardierung Swinemündes als „Angriff auf Rangierbahnhöfe“ verniedlichten. Die Angaben über die Zahl der Zivilisten, die am 12. März 1945 starben, schwanken zwischen 4500 und 23.000. Es waren vor allem Flüchtlinge aus dem deutschen Osten, die teils auf dem Landweg, teils über die Ostsee kommend in der vorpommerschen Hafenstadt Schutz gesucht hatten.

Später veröffentlichte RAF-Dokumente mit den Markierungen des Zielgebiets lassen keinen Zweifel mehr zu, dass der Angriff vor allem der Potsdamer Alt-



Ausgebrannt seit dem Terrorangriff vom 14. April 1945: Die Potsdamer Garnisonkirche im Jahre 1950

„Nacht von Potsdam“

Warum die Royal Air Force die heutige Landeshauptstadt Brandenburgs zerstörte, und wieso dieses Kriegsverbrechen bis heute nachwirkt

stadt galt. Der Bahnhof befand sich am äußersten Rand des Zielgebiets. Offenbar nahmen die Briten in Kauf, ihn gar nicht zu treffen. Schwerste Schäden erlitten die südliche und östliche Altstadt und das Gebiet nordöstlich des Brauhausbereichs. Weite Teile der Berliner Vorstadt gingen in Flammen auf, auch Teile von Babelsberg wurden getroffen. Die Gebäudeschäden in der Potsdamer Innenstadt und der Berliner Vorstadt betrug bis zu 97 Prozent. Babelsberg kam mit einer Schadensquote von 23 Prozent glimpflicher davon.

Absurde Rechtfertigungsversuche

Die Suche nach den Hintergründen der „Nacht von Potsdam“ führt zur Area Bombing Directive vom 14. Februar 1942. Mit Angriffen auf die Wohnviertel von Industriearbeitern wollten Churchill, RAF-Stabschef Charles Portal und Harris die Durchhaltungsmoral deutscher Zivilisten und in der Konsequenz die Kampfmoral der Wehrmacht schwächen. Eingebürgert hat sich der von Churchill geprägte Begriff des „Morale Bombing“.

Zu den Vätern dieser Strategie gehörte der erste Stabschef der RAF, Hugh Trenchard. Er stellte in den 1920er Jahren die These auf, alle Industriearbeiter würden zur Kriegstüchtigkeit ihres Landes beitragen und seien daher legitime Angriffsziele (Trenchard-Doktrin). Da die Arbeit-

ter aber meist mit ihren Frauen und Kindern zusammenlebten, war diese Doktrin nichts anderes als der Einstieg in den zügellosen Terrorluftkrieg, der irgendwann sämtliche Stadtviertel erfasste.

Dass es drei Wochen vor dem Ende eines längst entschiedenen Krieges nichts mehr zu demoralisieren gab, spielte für den skrupellosen Schreibtischtäter Harris keine Rolle. In seinen Memoiren „Bomber Offensive“ von 1947 lieferte er absurde Rechtfertigungsversuche und feierte sich als Wohltäter der Deutschen: Flächenbombardements seien völkerrechtskonform und „trotz allem, was in

Hamburg geschah, eine vergleichsweise humane Methode“ gewesen.

Signal Churchills an Stalin

Vermutlich wollte Churchill, dessen Weitblick längst der Nachkriegsordnung galt, die Rote Armee mit der Schlagkraft seines Bomberkommandos beeindrucken. Bereits die Vernichtung Dresdens ließ sich auch als Signal an Josef Stalin deuten. Tatsächlich begann jetzt der Endkampf um Potsdam. In der zur „Festung“ erklärten Stadt besetzten Spähposten die höchsten Aussichtspunkte. Diese wurden von sowjetischer Artillerie getroffen; bislang er-

haltene Bauwerke gingen in Flammen auf. Lediglich den Potsdamer Parks und ihren Schlössern blieben größere Zerstörungen erspart.

Dass die RAF auch „Symbolpolitik“ gegen eine als Ausdruck deutscher Identität verstandene Architektur betreiben wollte, wurde schon angedeutet. Passende Worte fand der sprachgewaltige Sachbuchautor Jörg Friedrich: „Das mythische Gestein von Potsdam wurde triumphal gekippt. Die Hof- und Garnisonkirche, Grablege Friedrich II., verbrannte wie das Potsdamer Stadtschloss, Modell des preußischen Barocks. In die strenge Vornehmheit ganzer Straßenzüge und Ensembles schlug der Bombenhammer, weil der Stein beseelt war. Die Baugestalt war ein Erzieher, der stumm belehrte über Schönheit und Form, Maß und Zweck. Auch die Bombe war Erzieher und richtete über Macht und Ohnmacht.“

Das Angriffsdatum 14. April 1945 haben die RAF-Strategen wohl nicht zufällig ausgewählt. Exakt 200 Jahre zuvor, am 14. April 1745, war der Grundstein zum Bau von Schloss Sanssouci gelegt worden. 100 Jahre vor dem Bombardement, am 14. April 1845, erfolgte die Grundsteinlegung der Friedenskirche im Schlosspark.

Symbolpolitik betrieb später auch Walter Ulbricht, Staatsratsvorsitzender der DDR, auf dessen Veranlassung die Ruine der Garnisonkirche im Mai/Juni 1968 gesprengt wurde. Der Kommunist wollte sich nicht damit abfinden, dass im weitgehend erhaltenen Turm der Kirche Gottesdienste stattfanden. In einem verquastem Sprechakt forderte er für Potsdam die Vollendung eines „sich sozialistisch wandelnden Stadtkerns“.

Symbolpolitik gestern und heute

Auch heutige Gegner der Garnisonkirche bedienen sich in Versatzstücken politischer Symbolik. Parallel zum „Historikertreit“ von Dresden, der sich um Todesopferzahlen, Tieffliegerangriffe und den Opferstatus ganz normaler deutscher Frauen, Männer und Kinder dreht – man denke an das Antifa-Geschwurbel „Deutsche Täter können keine Opfer sein“ –, gibt es in Potsdam einen Streit zwischen Kirchenfunktionären, Historikern und an Stadtbildästhetik interessierten Bürgern. Dieser wächst sich zum Kulturkampf um die Deutungshoheit über preußische und deutsche Geschichte aus.

Daran hat der 2024 abgeschlossene Teilaufbau des Kirchturms nichts geändert. Aktivistische Geschichtspolitiker, die ein Aufsetzen der Turmhaube und die Rekonstruktion des Kirchenschiffs verhindern wollen, empören sich über Verbindungen von Kirche, Staat und Militär in Preußen. In ihr Visier geraten auch deutschnationale Kundgebungen der Jahre 1919 folgende und natürlich die Verbeugung Adolf Hitlers vor Reichspräsident Paul von Hindenburg am 21. März 1933 („Tag von Potsdam“). „Eine dumpfe Mischung aus Demokratiefeindlichkeit, großdeutschen Machtansprüchen und Antisemitismus“ prägte die Wahrnehmung der Garnisonkirche (Matthias Grünzig). Der wohl eifrigste Kulturkämpfer gegen „rechte“ preußische Architektur ist Architekt Philipp Oswalt, der sogar Veränderungen an der Fassade des Berliner Schlosses fordert.

Diese einäugigen Symbolisten blenden aus, dass Preußen eine sehr kunstsinige Seite hatte und für unverzichtbare Tugenden, für Aufklärung und Religionsfreiheit stand. Zahllose Menschen nutzten die Garnisonkirche als Stätte des Gebets, des Gottesdienstes und der Seelsorge; zur Gemeinde gehörten auch Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Warum werden antipreussische und antideutsche Affekte über Ästhetik, Schönheit und die Wünsche der Gläubigen gestellt? Wie will ein Volk im internationalen Wettbewerb bestehen und Fremde erfolgreich integrieren, wenn es sich auf Selbstanklagen mitsamt ihren Schuld- und Sühnekomplexen fixiert und keine ausgewogene historische Identität entwickelt?

Kurzbiographien



Golo Mann war US-Kriegsfreiwilliger, verließ aber im Januar 1946 auf eigenen Wunsch die US Army aus Abscheu über „die Taten des Siegereindels“.



Jörg Friedrich hat unter anderem „Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945“ und „Brandstätten. Der Anblick des Bombenkriegs“ verfasst.



Philipp Oswalt ist Mitglied der Berliner Akademie der Künste, Sektion Baukunst, und einer der entschiedensten Gegner der Rekonstruktion preußischer Bauten.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Mensch wird vermutlich nicht ewig über die Erde wandeln, sondern das Schicksal fast aller übrigen Bewohner unseres Planeten teilen. Bislang sind bereits 99,9 Prozent aller jemals existierenden Arten ausgestorben – sei es wegen plötzlicher katastrophaler Ereignisse wie Asteroideneinschläge, sei es infolge langsamer Veränderungen der Umwelt oder den Lauf der Evolution. Im Durchschnitt liegt die Lebensdauer einer irdischen Spezies ohne dramatische Einwirkungen von außen bei maximal zehn Millionen Jahren.

Die Abspaltung des Menschen vom Affen begann vor rund sieben Millionen Jahren. Also nähert er sich allein schon deshalb dem möglichen Ende seines Werdegangs. Dazu kommen etliche Gefahren aus dem All sowie aufgrund der Natur der Erde, welche ständige geologische, biologische und atmosphärische Veränderungen durchmacht. Außerdem sägt der Homo sapiens auch selbst an dem Ast, auf dem er sitzt, so beispielsweise durch die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, die Verschmutzung der Umwelt oder das vielversprechende, aber eben auch nicht risikolose Heranzüchten einer Künstlichen Intelligenz. Angesichts dessen stellt sich die Frage, wie die Erde ohne den Menschen aussehen könnte.

Auf jeden Fall würde das sonstige Leben auf unserem Planeten zunächst weiter bestehen, denn die Sonne scheint noch mindestens eine Milliarde Jahre auf die heute übliche Weise, bevor ihre Strahlkraft in den darauffolgenden fünf Milliarden Jahren kontinuierlich zunimmt, woraufhin die Erde am Ende komplett ausgeht. Verschwände der Mensch, sähen Wälder nach 500 Jahren wieder so aus wie vor dem Beginn der großen Rodungen, und die zwangsregulierten Flüsse hätten in ihr altes Bett zurückgefunden. Das ginge einher mit dem Verschwinden aller menschlichen Bauwerke.

Viele Spezies sind weitaus robuster

Die längste Lebensdauer wäre dabei wohl unterirdischen Anlagen oder den für die Ewigkeit gedachten Hinterlassenschaften aus der Vergangenheit wie den Pyramiden beschieden. Und selbstverständlich fände eine Erholung der Tierbestände im Wasser, zu Lande und in der Luft statt. Im Laufe der Zeit gäbe es dann allerdings weitere Auslöschungsschübe, für die unsere Art nicht mehr verantwortlich zeichnet. So droht bereits durch die anhaltende Kontinentalverschiebung und den Vulkanismus ein Fortgang des Artensterbens.

Gleichzeitig dürfte die Evolution unter diesen Bedingungen gänzlich neue Formen der Flora und Fauna hervorbringen, die dann den einzig verbleibenden Superkontinent Novopangea und den umliegenden Weltozean prägen. Und möglicherweise beginnt auch der Sieges-



Schnell würde die Natur unseren Lebensraum neugestalten: Phantasie-Ansicht einer Stadt nach dem Aussterben des Menschen

Bild: IMER/AI

ERDGESCHICHTE

Wie die Welt nach dem Ende der Menschheit wohl aussieht

Wenig spricht dafür, dass Homo sapiens bis zum Ende unseres Planeten existieren wird. Wissenschaftler spekulieren daher schon jetzt über das Aussehen einer posthumanen Welt

zug einer Spezies, welche in der posthumanen Welt die gleiche vorherrschende Rolle spielt wie der Homo sapiens jetzt. Von den Affen wird sie aber wohl nicht abstammen, denn diese dürften aufgrund ihrer großen Ähnlichkeit mit unserer Art das Schicksal des Menschen teilen.

Dahingegen gibt es extrem robuste Lebewesen wie die mikroskopisch kleinen Bärtierchen, die fast jede kosmische oder irdische Katastrophe vom tödlichen Gammastrahlung aus dem All bis zum Atomkrieg oder der Vereisung des gesamten Planeten überstünden. Deutlich widerstandsfähiger als Menschen sind auch Küchenschaben und Wespen. Letztere halten beispielsweise eine 200-fach höhere radioaktive Strahlung aus als wir. Darüber hinaus entwickeln Insekten verblüffend schnell Resistenzen gegen schädliche Umwelteinflüsse.

Andererseits stehen sie ähnlich den Bärtierchen noch auf einer relativ niedri-

gen Stufe der Evolution, weshalb sie den Wettkampf um das Erbe des Homo sapiens als „Herrscher über die Welt“ wohl kaum gewinnen werden. Das Gleiche gilt für bestimmte Vogelarten wie Raben, Krähen und Papageien, die sich als durchaus intelligent erwiesen haben und auch soziale Wesen sind.

Es gibt einen Nachfolge-Kandidaten

Denn ihnen fehlen die für den Aufbau einer Zivilisation erforderlichen feinmotorischen Fähigkeiten. Mit einem Schnabel oder Flügeln lassen sich keine komplexen Maschinen bedienen. Ebenso taugen die Delfine, welche aufgrund ihrer bemerkenswerten kognitiven Fähigkeiten mittlerweile als „nichtmenschliche Personen“ gelten und dem Menschen in puncto Intelligenz weitgehend das Wasser reichen können, wegen ihrer sonstigen biologischen Gegebenheiten nicht sonderlich gut als dessen Nachfolger. Das größte

diesbezügliche Potential besitzt vermutlich ein anderes Wassertier: der Oktopus. Wissenschaftler wie der Biologieprofessor Tim Coulson von der Universität Oxford halten den achtarmigen Kraken, von dem es über einhundert Unterarten gibt, für den wahrscheinlichsten Zivilisationsgründer in einer posthumanen Welt. Und tatsächlich ist die Feinmotorik der Oktopusse extrem gut ausgebildet.

So können sie unter anderem mühelos Gläser mit Schraubverschlüssen öffnen. Dazu kommt ihre hoch entwickelte neuronale Struktur: Kraken besitzen in jedem Fangarm ein dezentrales Gehirn zur Steuerung der Bewegungen sowie zusätzlich noch ein ringförmiges Haupthirn. Das befähigt sie zu überraschenden Leistungen. Welch komplexes Denk- und Vorstellungsvermögen die Tiere besitzen, zeigte sich schon bei mancherlei Gelegenheit. Erinnert sei hier an den Kraken Inky, der 2016 auf spektakuläre Weise aus dem neu-

seeländischen Nationalaquarium ausbrach, indem er durch diverse Tanks und unübersichtliche Abwasserrohre bis ins 50 Meter entfernte Meer kroch.

Außerdem können Kraken Rätsel lösen, reale von virtuellen Objekten unterscheiden, vielschichtige Gefühle entwickeln und ein breites Spektrum an Kommunikationsmöglichkeiten nutzen. Deshalb halten Coulson und manche von dessen Fachkollegen es für möglich, dass die Weichtiere im Laufe der nächsten Jahrmillionen „eine riesige atlantisähnliche Zivilisation unter Wasser aufbauen“ und schließlich auch mit technischen Hilfsmitteln das Land erobern. Allerdings müssten sie dazu ihr momentan noch ausgeprägt eigenbrötlerisches Wesen ändern. Darüber hinaus würden die Oktopusse den Menschen natürlich nur dann beerben, wenn der Homo sapiens sie nicht zuvor noch absichtlich oder aus Unachtsamkeit ausrottet.

ARCHITEKTUR

Wie Wolkenkratzer zu „Lost Places“ wurden

Wie geisterhafte Riesen ragen an vielen Orten Hochhäuser in den Himmel, die seit Langem leerstehen oder nie fertig wurden

Posthuman anmutende Welten im Kleinen existieren bereits in vielen urbanen Zentren rund um die Welt. Ein Musterbeispiel hierfür sind unvollendete oder verlassene Wolkenkratzer, von denen sich fünf in besonders markante Lost Places – zu deutsch: Vergessene Orte – verwandelt haben.

Im Jahre 1929 wurde das Sterick Building in Memphis (Tennessee) fertiggestellt. Das 111 Meter hohe Gebäude im neugotischen Stil aus Granit und Kalkstein galt danach als „Königin des Südens“ und beherbergte unter anderem örtliche Niederlassungen der US-Bundespolizei FBI und des Automobilriesen Chrysler.

Der überreichlich verbaute Asbest sowie veraltete Aufzüge und Sanitäranlagen führten 1986 zur Räumung des Hochhauses, das seitdem an der Straßenecke Madison Avenue und North BB King Boulevard für jedermann sichtbar verwahrlost.

Zur luxuriösen Beherbergung der Teilnehmer der Weltfestspiele der Jugend und Studenten sollte 1989 inmitten der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang das Ryugyöng-Hotel bereitstehen. Allerdings blieb der raketenförmige Bau mit 3000 Zimmern, welcher jetzt 330 Meter aufragt, bis heute unvollendet. Er gilt mittlerweile als „Weltuntergangshotel“ beziehungsweise „Hässlichstes Gebäude

der Welt“, wobei unklar ist, weshalb die Bauarbeiten eigentlich genau stagnierten. Auf jeden Fall nutzt das Regime von Kim Jong-un die Fassade der Investruine nun als Projektionsfläche für allerlei Propagandabotschaften.

Und auch das Stadtzentrum der venezolanischen Hauptstadt Caracas weist seit 1994 einen Schandfleck ganz eigener Art auf. Dieser nennt sich Torre de David und sollte ursprünglich als Finanzzentrum dienen. Nach dem Tode des Hauptinvestors ging der 192 Meter hohe Rohbau dann an den Staat, der mit ihm nichts anzufangen wusste. Also begannen die Bewohner der umliegenden Slums 2007, den

Wolkenkratzer zu besetzen und mit provisorischen Mitteln zum Wohnhaus umzufunktionieren, wodurch sie quasi ein vertikales Elendsviertel schufen. Aufgrund katastrophaler hygienischer Bedingungen wurde das Gebäude 2014 zwangsgeräumt. Seit einem Erdbeben im August 2018 steht es zusätzlich auch noch schief.

Ebenso negativ ist die Aura des Sathorn Unique Tower in Bangkok, welcher heute „Geisterturm“ heißt und dessen Rohbau 1997 eine Höhe von 185 Metern erreichte. Der inzwischen bereits wieder auffällige Hochhaus-Torso, dessen Zugänge allesamt versperrt sind, soll verflucht sein. Denn er steht direkt auf einem

ehemaligen Friedhof und wirft seinen Schatten über den berühmten buddhistischen Tempel Wat Yannawa im Herzen der thailändischen Hauptstadt.

Und dann wäre da noch das höchste ungenutzte Gebäude der Welt, nämlich der Wolkenkratzer Goldin Finance 117. Dieser ragt inmitten der chinesischen Hafenstadt Tianjin bemerkenswerte 597 Meter auf. Acht Jahre nach dem Baubeginn gaben die Investoren Ende 2015 auf. Die Medien des Reiches der Mitte schweigen bis heute über das blamable Scheitern des Vorzeigeprojektes, das es aber nun zumindest als Bauruine ins Guinness-Buch der Rekorde geschafft hat. W.K.

KULTUR

„Gedanken werden Gebäude“

Das Ostpreußische Landesmuseum feierte das Richtfest seines Kant-Erweiterungsbaus

VON RENÉ NEHRING

Die Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg um einen eigenen Flügel für den Königsberger Philosophen Immanuel Kant schreitet voran. Nach einer gut besuchten Sonderausstellung im vergangenen Kant-Jubiläumsjahr 2024 und nach der Fertigstellung des Rohbaus konnte das Museum nun gemeinsam mit zahlreichen Gästen das traditionelle Richtfest feiern.

Nach dem Aufsagen des Richtspruchs der Zimmermänner „zu Ehren der Bauherrschaft“ und „der Handwerksleute“, der nach altem Brauch mit Schnaps begossen wurde, hatte zunächst der vormalige Oberbürgermeister der Hansestadt Lüneburg und nunmehrige Vorsitzende des Stiftungsrats der Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS), Ulrich Mäde, das Wort. Er dankte den beteiligten Firmen für die „hervorragende Arbeit“ und begrüßte dann die anwesenden Gäste, darunter Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, Beamte des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, Repräsentanten von Stadt und Landkreis Lüneburg sowie Vertreter der Ostpreußen und ihrer verschiedenen Organisationen und Gremien.

Mädges besonderer Dank galt dem Vorsitzenden des Vorstands der OKS, Klaus Mika, für die ehrenamtliche Begleitung und Beaufsichtigung der Baumaßnahmen sowie dem Direktor des Landesmuseums, Dr. Joachim Mähnert, der von Beginn an der „Ideegeber“ und „Motor“ des ganzen Projekts gewesen ist und weiterhin sein wird. Als besonderen Gast begrüßte Mäde den Architekten Professor Dr. Volkwin Marg, der einer der weltweit renommiertesten Architekten unserer Zeit überhaupt ist und als gebürtiger Königsberger den Erweiterungsbau immer wieder begleitet hat. Von den Medien konnte das vormalige Oberhaupt der Hansestadt unter anderem die „Lüneburger Landeszeitung“ und den Norddeutschen Rundfunk begrüßen.



Zufriedene Beteiligte: Direktor Mähnert, OKS-Vertreter Mika und Mäde, Architekt Sunder-Plassmann und die Zimmerer (v.l.)

In seinen Ausführungen erinnerte Mäde noch einmal daran, daß die Finanzierung eines Kant-Flügels für das Landesmuseum von Bund und Land zu einer Zeit bewilligt worden war, als die öffentlichen Kassen besonders knapp gewesen seien, und dankte deshalb noch einmal den staatlichen Geldgebern. Erfreut stellte er zudem fest, dass schon vor der Eröffnung des Erweiterungsbaus weithin großes Interesse zu vernehmen ist. Abschließend wünschte er den Handwerkern weiterhin gutes Gelingen bei ihren Arbeiten und dass sie unfallfrei stets gesund von der Baustelle nach Hause kommen mögen. Er schloss mit der Hoffnung, dass bei Beibehaltung des bisherigen Baufortschritts der Kant-Bau im Dezember dieses Jahres in Betrieb genommen werden kann.

Philosophie des Projekts

Im Anschluss hatte Architekt Gregor Sunder-Plassmann das Wort. In seinem Dank an die Bauherrenschaft erinnerte er an den

nicht alltäglichen Umstand, dass der gemeinsame Weg von Ostpreußischem Landesmuseum und seinem Büro deutlich länger ist als das gegenwärtige Projekt, weil schon die Planung der ersten Erweiterung des Hauses durch sein Büro erfolgte. Auch die ausführenden Firmen, so Sunder-Plassmann, waren damals weitestgehend schon dieselben wie heute.

Eine große Herausforderung, so der Architekt, sei es nun gewesen, nach dem ersten Mal nicht nur nicht nachzulassen, sondern noch besser zu werden. Dass hier nicht „irgendein Gebäude“ entsteht, sondern ein einem der größten Philosophen überhaupt gewidmeter Bau, sei „besonders schön und spannend“ sowie „ein Höhepunkt“ in seinem beruflichen Werdegang als Architekt. Eine Herausforderung sei zudem gewesen, dass hier weniger konkrete Ausstellungsstücke gezeigt werden sollen, als vielmehr die Ideenwelt eines Philosophen. Und so werde in dem Haus eine mehrgeschossige Skulptur als

Teil einer „Architektur der Erkenntnis“ entstehen, die den Besuchern Kants Denken nahebringen soll: „Also Gedanken werden Gebäude“, so Sunder-Plassmann.

Die letzte Ansprache auf dem Baugerüst hielt Museumsdirektor Mähnert, der ebenfalls den beteiligten Planern und Handwerkern sowie auch den Mitarbeitern seines Hauses für ihre „phantastische Arbeit“ dankte. Sie alle hätten ihren Anteil daran, dass der Kant-Anbau unter nicht einfachen Umständen – „kein Geld, keine Zeit, viele Probleme mit der Statik“ – letztlich doch fertig wird. Nicht zuletzt, so Mähnert, gelte auch der Stiftung Königsberg ein großer Dank, die mit der Dauerleihgabe ihrer Kant-Sammlungsstücke das Projekt überhaupt erst ermöglichte.

Zum Ausklang hatten die Vertreter der beteiligten Firmen, von Politik und Verwaltung sowie die Mitarbeiter und Gäste des Landesmuseums Gelegenheit, sich bei Gulasch und Erbsensuppe weiter über das Projekt auszutauschen.

INSTERBURG

Breschnew und Brandt im Film

Derzeit kommt es wiederholt zu kurzfristigen Straßensperrungen in Insterburg. Grund dafür sind Dreharbeiten für eine Serie mit dem Titel „Lieber Willy“. Die Freundschaft zwischen dem Generalsekretär der KPdSU Leonid Breschnew und dem deutschen Bundeskanzler Willy Brandt ist Thema der Serie.

Die Handlung beruht auf wahren Begebenheiten und archivierten Interviews der damaligen Hauptbeteiligten. Die Häuser und Straßen Insterburgs dienen als Kulissen des Films, der im West-Berlin des Jahres 1969 spielt. Einige Szenen wurden auch in Tilsit gedreht. In den späten 60er Jahren stand die Welt am Rande eines Atomkriegs. Breschnew und Brandt nahmen Geheimverhandlungen auf, die zum Abschluss des Moskauer Vertrags im Jahr 1970 beitrugen. Der Film soll laut sei-



Dreharbeiten in Insterburg: Szene aus dem Film „Lieber Willy“ Foto: privat

nen Machern daran erinnern, wie zerbrechlich der Frieden ist und wie viel von den Entscheidungen einzelner Personen abhängt, die bereit sind, für das Gemeinwohl Risiken einzugehen.

Wegen der noch erhaltenen deutschen Architektur sei die Region bei Filmemachern nach wie vor beliebt, so die Nachrichtenagentur TASS. Kopfsteinpflaster trage den „passenden Geist und kulturellen Code“, sagen die Filmemacher. MRK

ALLENSTEIN

Auszeichnung für den „Tag der nationalen Minderheiten“

Kulturelle Vielfalt und ein Zeichen der Stärke – Die AGDM verzeichnet einen großen Erfolg ihres langjährigen Projekts

Ein außergewöhnlicher Erfolg für die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM): Das langjährige Projekt „Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten“ wurde im Wettbewerb „Impuls Olsztyna“ als herausragende städtische Initiative ausgezeichnet. Mit dieser Ehrung wird das Engagement gewürdigt, das seit über drei Jahrzehnten zur Integration, zum interkulturellen Austausch und zur Förderung von Toleranz in Allenstein beiträgt.

Der „Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten“, der seit 1992 von der AGDM organisiert wird, hat das Ziel, den Austausch zwischen den verschiedenen Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaft zu fördern. Jedes Jahr präsentiert die Veranstaltung das künstlerische und kulturelle Erbe zahlreicher nationaler Gruppen, darunter Deutsche, Ukrainer, Weißrussen, Karaimen, Tataren, Lemken, Kaschuben und Roma. Sie schafft eine



Nahm den Preis entgegen: Piotr Dukat (2.v.l.), Vorsitzender der AGDM

Bild: D.K.

Plattform für Gespräche über die Herausforderungen und Errungenschaften von Minderheitengemeinschaften. Dass dieses Projekt nun im Rahmen des renommierten Wettbewerbs „Impuls Olsztyna“ ausgezeichnet wurde, stellt einen bedeutenden Meilenstein dar.

Insgesamt wurden zehn Initiativen für den diesjährigen Wettbewerb eingereicht – alle waren von außergewöhnlicher Qualität. Die Jury entschied deshalb, sämtliche Projekte auszuzeichnen. Zu den anerkannten Initiativen gehörten unter anderem integrative Treffen europäischer Seniorenuniversitäten, das fotografische Projekt „Non omnis moriar“, soziale Hilfsprogramme, Bildungsworkshops sowie Sport- und Kulturveranstaltungen. Der Wettbewerb für die beste Initiative, die von einer Nichtregierungsorganisation veranstaltet wird, erhielt in diesem Jahr einen neuen Namen, der aus Vorschlägen engagierter

Bürger ausgewählt wurde. „Impuls“ steht dabei nicht nur für Energie und Tatkraft, sondern auch für den gesellschaftlichen Rhythmus, der das Leben in Allenstein prägt und die Stadt in Bewegung hält.

Die Preisverleihung fand am 29. März während des Forums der Nichtregierungsorganisationen von Allenstein statt. Zahlreiche Aktivisten nahmen an der feierlichen Zeremonie teil. Der Hauptpreis in Höhe von umgerechnet 230 Euro wurde vom Städtischen Fernwärmeunternehmen gestiftet, während alle ausgezeichneten Organisationen regionale Geschenke vom Verein „Szlak Świętej Warmii (Auf den Spuren des Heiligen Ermlands)“ erhielten.

Die AGDM lädt bereits jetzt alle Interessierten zum Tag der nationalen Minderheiten ein, der am 8. Juni in der Gesellschaftlichen Schmiede in Allenstein (Kuznia Społeczna), M. Kotańskiego-Strasse 1, stattfindet. Dawid Kazaniński



Wunderlich, Helene, geb. Nürnberg, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. April

ZUM 101. GEBURTSTAG

Borutta, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 12. April
Nikoleit, Hedwig, geb. Foltin, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 15. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gollner, Magdalene, geb. Baehr, aus Louisenthal, Kreis Mohrunge, am 15. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Günther, Erika, geb. Bangel, aus Neidenburg, am 14. April
Kintscher, Ursel, geb. Schneider, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 14. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Adermann, Eva, geb. Ruge, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. April
Bandilla, Gustav-Otto, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. April
Scheffler, Kurt, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kulschewski, Reinhold, aus Milucken, Kreis Lyck, am 13. April
Nitschmann, Helene, geb. Katzmarski, aus Neu-Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Färber, Herta, geb. Artischewski, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 14. April
Kowalzik, Alfred, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. April
Miehling, Adelheid, geb. Buxa, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. April
Müller, Charlotte, aus Kahlau, Kreis Mohrunge, am 17. April
Pruß, Hans, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 13. April
Schulze, Magdalena, geb. Zachrau, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Flörchinger, Dorothea, geb. Berg, aus Schloßberg, Kreis Gumbinnen, am 15. April
Granitzki, Erich, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. April
Habicht, Helmut, aus Reichertswalde, Kreis Mohrunge, am 16. April
Konoppa, Walter, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 16. April
Kowalewski, Erwin, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 14. April
Ludwig, Eva, geb. Link, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 13. April
Polok, Lieselotte, geb. Gallmeister, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Preuß, Eva, geb. Schulz, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 13. April
Reetz, Adelheid, geb. Pentzek, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 11. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beermann, Gerhard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 111, am 13. April
Bischoff, Günter, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 13. April
Jeroch, Siegfried, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 12. April
Schneewind, Ursula, geb. Roy, aus Lyck, am 15. April
Schöps, Waltraut, geb. Kwiedor, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 15. April
Zander, Gertraud, geb. Gruszla, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 12. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gabrus, Edyta, geb. Küssner/Bernatowska, aus Treuburg, am 14. April
Kügler, Erna, geb. Redmann, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. April
Piotrowski, Harry, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 15. April
Polloschek, Erich, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 11. April

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Rinke, Ronald, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 14. April
Strüwe, Gisela, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 12. April
Stüven, Anneliese, geb. Radtke, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 16. April
Wagner, Elfriede, geb. Weiss, aus Royen, Kreis Mohrunge, am 16. April
Wessel, Helga, geb. Philipp, aus Lyck, am 14. April
Witt, Alfred, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 12. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beyreuther, Ingrid, geb. Tubies, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 16. April
Duda, Kurt, aus Lyck, am 11. April
Fischer, Ruth Edeltraut, geb. Pappaj, aus Filitz, Kreis Neidenburg, am 15. April
Schmalz, Hildegard, geb. Müller, aus Bergwalde, Kreis Lötzen, am 16. April
Strauß, Anneliese, geb. Abel, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 14. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Faust, Renate, aus Mohrunge, am 14. April
Heinacher, Horst, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 14. April
Kruppa, Lilli, geb. Niedrich, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. April

Marrek, Wilhelm, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Monecke, Edith, geb. Senkbeil, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 12. April
Röhm, Hildegard, geb. Kisser, aus Himmelforth, Kreis Mohrunge, am 14. April
Rogge, Gerhard, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 11. April
Scheffler, Kurt, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. April
Schlamminger, Ruth, geb. Döh-ring, aus Wiese, Kreis Mohrunge, am 15. April
Waschkewitz, Anita, geb. Ehlert, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 17. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adams, Christa, geb. May, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 13. April
Berg, Renate, geb. Andrick, aus Nickelshagen, Kreis Mohrunge, am 13. April
Dukat, Ursula, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 15. April
Fleischer, Ruth Helga, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 11. April
Garber, Annemarie, geb. Bahlo, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 16. April
Grau, Helga, geb. Czieslick, aus Lyck, am 14. April
Hartwich, Günter, aus Lyck, am 12. April
Janzik, Gerhard, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 14. April

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt
26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis [gT]) in Sensburg
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt



7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Kühlings, Sieglinde, geb. Selack, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 13. April
Lange, Ursula, geb. Broß, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 11. April
Merchel, Karl, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 14. April
Pichottka, Irene, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Stiemer, Heide, geb. Regge, aus Treuburg, am 15. April
Trzaska, Edeltraud, geb. Neumann, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 15. April

ZUM 80. GEBURTSTAG
Rieck, Wulf-D., aus Treuburg, am 17. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Andreas, Lothar, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 15. April
Fischer-Pfeil, Carola, geb. Plaga, aus Lötzen, am 17. April
Spieß, Siegfried, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 12. April
Wille, Elisabeth, geb. Nadolny, aus Rübenezahl, Kreis Lötzen, am 15. April

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Kabinettsausstellung bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912–1976)**. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel geborenen Künstlers Walter Mamat. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Sonderausstellung 29. März bis 31. August: **Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland**. Die Ausstellung ist die Fortsetzung des langjährigen Austauschs zwischen Künstlern aus den zwei Partnerstädten Tartu und Lüneburg, der bereits seit 2003 besteht.

Das OL zu Gast

Bis Freitag, 16. Mai, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg: **Das alte Dorpat 1889. Tartu in Fotografien des Ateliers Carl Schulz**. Im Jahr 1889 entstand eine Mappe mit 61 Fotografien, die in Sepia-Tönen Aufnahmen der Stadt Dorpat zeigen. Es sind Ansichten von Straßen, Menschen, Häusern, Kirchen, Brücken und Denkmälern. Diese Fotografien gehören zu den frühen Aufnahmen der Stadt, die nur wenige Jahre später offiziell in Jurjew umbenannt wurde. Die Ausstellung wurde erstmals in Lüneburg in Kooperation mit dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung präsentiert, wo sie nun zu sehen ist. Fotos als Originale wie auch

vergrößerte Repliken zeigen ein frühes Bild der deutsch-estnischen Stadt und seiner Geschichte Ende des 19. Jahrhunderts.

Veranstaltungen

Dienstag, 15. April, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Vor 80 Jahren in Ostpreußen – Die Flucht über das zugefrorene Frische Haff**. Vortrag mit dem Kurator Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 16. April, 14 bis 17 Uhr, Kosten: 8,- Euro inklusive Material: **Künstlerischer Ferientag „freies Experimentieren. Osterferientag für Kinder** Eichhorn. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 23. April, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **Die estnische Seele in Versen. Lyrikabend mit Ingrid Rupp und Heiko Freese** von der Deutsch-Estnischen Gesellschaft zu Lüneburg. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 24. April, 15 bis 17 Uhr, freier Eintritt: **Detektive im Museum. Kinderclub** mit Noemi Ronge. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Kinderclub

für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Eine vorherige Anmeldung ist unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 4. Mai, 14 Uhr, Kosten: 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Walter Mamat (1912–1976). Von Memel nach Wittenberg. Führung durch die Dauerausstellung** mit Jan Rüttinger M.A. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 6. Mai, 14.30 Uhr, 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Zeitgenössische Kunst aus Estland. Führung** mit Ulrike Hennecke in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Mittwoch, 7. Mai, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Nidden auf der Staffelei – die Malerwelt des Carl Knauf, Vortrag** von Dr. Jörn Barfod. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt: 7,- Euro, ermäßigt 4,- Euro, Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei. **www.ostpreussisches-landesmuseum.de**

Zusendungen für die Ausgabe 17/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 17/2025 (Erstverkaufstag 25. April) **bis spätestens Montag, den 14. April**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landeskulturtagung

Ellingen – Die erste ostpreußische Landeskulturtagung im Jahr 2025 fand im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordeenschloss Ellingen statt. Veranstalter war die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern. Direktor Gunter Dehnert begrüßte als Hausherr die zum Teil weit angereisten Gäste und stellte kurz das Veranstaltungsprogramm für das aktuelle Jahr vor. Schwerpunkte sind die Ausstellungen „Pferde

auf der Flucht. 80 Jahre Evakuierung Trakehners“ sowie „500 Jahre Herzogtum Preußen“.

Anschließend hieß auch Direktor i. R. und derzeitiger Landeskulturreferent der Ostpreußen Wolfgang Freyberg die zahlreichen Tagungsteilnehmer willkommen, darunter den Landesvorstand der LOW Bayern und eine große Delegation des Bunds Junges Ostpreußen (BJO). Er erläuterte das Tagesprogramm und bat den ersten Referenten ans Mikrophon.

Dr. Christoph Hinkelmann aus Lüneburg, früherer wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ostpreußischen Landesmuseums, sprach zum Thema „Walter und Edith von Sanden-Guja – Naturschriftsteller und Tierplastikerin – Leben und Werk“. Es gibt wohl niemanden, der so fundiert und umfassend dieses beeindruckende ostpreußische



Wolfgang Freyberg begrüßt den Referenten Jörg Petzold (rechts)

Ehepaar vorstellen kann, auch mittels eindrucksvoller Farbdias. Beide haben der Nachwelt viele bedeutende Dinge hinterlassen, so sind Walter von Sandens Bücher über die von ihm beobachtete Tierwelt, besonders über Vögel und das Leben im und am Wasser zu nennen. Edith von Sandens Aquarelle und ihre Bronzestierplastiken sind noch heute in Museen und Sammlungen zu sehen.

Als nächste stellte Dr. Teresa Willenborg aus Magdeburg ihr Buch „Kinder im Schatten des Krieges. Heimerziehung in Polen nach 1945“ vor. Sie schilderte zunächst ganz allgemein und dann anhand dreier Einzelschicksale das Leben von deutschen Kindern, die das Ende des Krieges ohne Eltern und Familien erleben mussten. Die folgenden harten und entbehrungsreichen Jahre hat sie mittels unterschiedlicher Fragestellungen genau untersucht und dabei zahlreiche Interviews mit Überlebenden über mehrere Jahre hinweg geführt.

Nach der Mittagspause konnte der Veranstaltungsleiter mit Prof. Dr. Manfred Kittel aus Berlin einen der profiliertesten deutschen Historiker begrüßen, der zum Thema „Stiefkinder des Wirtschaftswun-

ders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs“ sprach. Der Referent entführte die Zuhörer in eine Zeit, die gefühlt schon lange zurückliegt, aber für die Familien von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen den Neustart in einen komplett anderen Lebensabschnitt bedeutete, begleitet von großer materieller Not. Das große Werk des Lastenausgleichs, der im September 1952 in Kraft trat, ist eine komplexe Gesetzgebung mit vielen Novellierungen, hinsichtlich des „Ausgleichs von Lasten und der zur Eingliederung der Geschädigten notwendigen Hilfe“, wie es in der Präambel heißt. Das Gesetz über den Lastenausgleich (LAG) diente der Nutzungsentschädigung und war keine Entschädigung für verlorene Immobilien und anderes.

Nach der Kaffeepause folgte eine kurze Buchvorstellung durch den in Ellingen durch einige Ausstellungen wohlbekanntesten Eisenbahnhistoriker Jörg Petzold aus Dresden „Schmalspur-Album Ostpreußen. Kleinbahnen in Preußen 1898-1945.“ Abschließend folgte der schon traditionelle musikalische Teil der Tagung unter dem Motto „Liedkunst von der Oder bis zur Memel“. Lieder und gemeinsa-

mer Gesang erklangen unter der Leitung von Rüdiger Stolle, Eggolsheim mit der Begleitung von Gerhard Pöschl, Weissenburg.

Am Ende des Tages bedankten sich die Teilnehmer mit lang anhaltendem Applaus bei den Vortragenden. Die nächste Landeskulturtagung findet Ende Oktober in Ellingen statt.

W. F.

Westpreußen

Hof – Sonnabend, 12. April, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof zum Thema „Westpreußen“.



Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

„Geburt nicht nachgewiesen“ Wiesbaden – Sonnabend, 12. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: „Geburt

nicht nachgewiesen“. Mitglied Dr. phil. Annelore Werthmann liest aus ihrer Autobiographie. Werthmann lässt aus den Erinnerungen eines Kleinkindes die Welt des ländlichen Nordostpreußens zu Beginn des Zweiten Weltkriegs entstehen. Des Weiteren schildert sie die Erlebnisse der Flucht aus ihrem Geburtsort Georgental bei Insterburg. Weil die Autorin bei ihrer Heirat in 1963 keine Geburtsurkunde vorweisen konnte – die erforderlichen Dokumente gingen auf dem Fluchtweg verloren – hielt der korrekte Standesbeamte schriftlich fest: „Geburt nicht nachgewiesen“.

Gemeinsames Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 17. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 11. April bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Schlesische Küche

Dresden – Dienstag, 15. April, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Schmecken und genießen – die schlesische Küche.

Edith Wellnitz

Tag der Heimat

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 26. April, 14 bis 16 Uhr,

Fortsetzung auf Seite 16



Stellte ihr Buch vor: Dr. Teresa Willenborg untersuchte mittels Interviews die Schicksale deutscher elternloser Kinder in polnischen Heimen nach 1945

Bild: Christoph Stabe

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Esche-Museum, Sachsenstraße 3, H.-Mauersberger Raum: Tag der Heimat mit Kulturbeiträgen, Brauchtumsveranstaltung und Vortrag.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offensteth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 23. April, 14.30 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße 24: Kaffeetafel mit Vortrag von Dr. Spatz „Die Wolfskinder“.

Flensburg – „Durch preußische Lande“. Ende März ist, wie der Vorsitzende Hans Legies deutlich machte, die Zeit, in der vor 80 Jahren so viele der Landsleute auf der Flucht waren, nachdem sie ab Herbst 1944 ihre Heimat verlassen mussten; so auch er mit seiner Familie.

Nach diesem kurzen Gedenken wurde das eigentliche Thema des Zusammenkommens in den Mittelpunkt gerückt, einem weiteren Vortrag der Mitglieder Ingrid und Dr. Hans Jacobsen. Sie sind zwar nicht mehr die Jüngsten, aber den-

noch voller Energie und Taten-drang und haben auch im vergan-genen Jahr eine ihrer fast schon legendären „Fahrradtouren ent-lang der Flüsse Deutschlands“ un-ternommen. Als Auftakt zur „Be-gennung auf Reisen“ diente ihnen der Ausspruch „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“ des jüdi-schen Philosophen Martin Buber.

Diesmal hatten sie sich die Ems vorgenommen, die sich durch westliche preußische Lande zieht. Den Anfang machte allerdings nicht die Ems-Quelle, sondern die Pader, die in rund 200 Quellen in Paderborn, dem Sitz des alten preußischen Fürstbistums Paderborn, entspringt. Sie gilt mit nur vier Kilometern Länge als kürzester Fluss dieser Größe in Deutsch-land.

Wie stets gestaltet das Ehepaar Jacobsen ihre Fahrradreise als eine Mischung aus Landschaft und Kul-tur und es begann gleich in Paderborn mit dem „3-Hasen-Fenster“ im Dom, dem Wahrzeichen der Stadt. Aber auch dem einfachen Leben wurde mit der Figurengrup-

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

pe der Waschfrauen ein Denkmal gesetzt. Dann aber ging es zur Ems, die nördlich in der Senne ent-springt, und über den bekannten Pferdeort Warendorf nach Telgte. Hier ist besonders die lebensgro-ße, aus Lindenholz geschnitzte Pi-

etä betrachtenswert, bevor die alte preußische Provinzialhauptstadt Münster mit einer Fülle an histo-risch-kirchlichen wie beispielswei-se die Wiedertäufer-Käfige und an weltlichen Sehenswürdigkeiten wie zum Beispiel der botanische Garten mit der im Staatswappen Namibias enthaltenen endemi-schen Pflanze Welwitschia ange-fahren wurde. Wenn auch die preußische Historie nicht das Thema der Reise war, befanden sich die Radler meist auf dem Boden des Königreiches beziehungsweise des Freistaates Preußen – von einem kleinen Abstecher nach Bourtange in den Niederlanden mit der ge-waltigen sternförmigen Festung abgesehen.

Der Dortmund-Ems-Kanal, die Anbindung des Ruhrgebietes an die Nordsee, führte sie über Rheine und Papenburg nach Weener in das Gebiet früheren großen Torf-abbaus. Dieser wurde durch Bron-zeplastiken gewürdigt, die das har-te Dasein der Frauen bei der Ver-ladung des Torfes von den Kähnen auf die Fuhrwerke darstellen. Nun war es nicht mehr allzu weit bis Emden, der so vielschichtigen Stadt mit alten Wehranlagen, dem Henri-Nannen-Museum und der Auto-Verladung in die weite Welt hinaus. Emden erhielt bereits un-ter dem Großen Kurfürsten durch Hafenaufbau und andere maritime Einrichtungen Förderungen, wur-de aber schon 1807 zunächst an die Niederlande und später an Hanno-ver abgetreten.

Noch viele Seiten mit Erlebnis-sen und Eindrücken, die das Ehe-paar Jacobsen auf ihrer 460 Kilo-meter langen Fahrt ohne E-Bike er-fahren, könnten gefüllt werden,

Plidder pladder - Regenschirm. Hochwertiger Stockschild mit Automatikfunktion, 100 cm Durchmesser, Kunststoffgriff und Stahlstock, Gewicht: 340 g. Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Telefon (040) 4140080. E-Mail: grodeck@ostpreussen.de. Je 30,- Euro incl. Porto und Verpackung.

würden aber diesen Bericht über-reizen. Sie schlossen mit einem Fazit, das in einer Welt des immer höher, schneller, weiter zum Nach-denken anregt: Man sieht zwar we-der Pyramiden, wilde Tiere noch anderes Exotisches, aber dafür die kleinen Dinge des täglichen Le-bens, die dieses Leben so span-nend werden lassen.

Legies dankte mit dem Hin-weis, die großen Dinge könne man im Lexikon nachschlagen, die klei-nen würden hier vermittelt, und überreichte, da es an der Ems – wenn man Lingen ausklammert – keinen Weinbau gäbe, eine Flasche schleswig-holsteinischen Land-weines von der Insel Föhr.

Michael Weber

Kulturzentrum Ostpreußen

Ein Akt der Unterwerfung? 500 Jahre Herzogtum Preußen. Gesucht werden Experten und Nachwuchswissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, die im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung vom 24. bis 26. Oktober bereit sind, ihre Forschungsergebnisse zum Themenkomplex rund um den Krakauer Vertrag zu präsentieren. Einsendeschluss ist der 8. Juni. Wissenschaftliche Tagung zum 500. Jubiläum der Unterzeichnung des Krakauer Vertrags im

Rahmen der Landeskulturtagung Ostpreußen, 24. bis 26. Oktober, Organisation: Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen, Ort: Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen. Eine Sonderausstellung zu diesem Thema wird es vom 11. Oktober bis 4. Januar 2026 geben.

Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 in some cells.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gartenblumen.

- 1 Zeitungswesen
2 Stadt in Südmähren (Tschechien)
3 Bediener einer Feuerungsanlage
4 Verse bilden
5 Gussform für Edelmetalle
6 eine Pflanze mit Brennhaaren

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Drehorgel.

- 1 Tennis: Spiel zwischen zwei Gegnern, 2 Zweckverband, Klub, 3 kleines Zimmer, 4 engl. Anrede: junger Herr, 5 aus einer weichen Masse formen

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a circular path of 11 numbered fields.

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücknitz von 1911 e.V., Taverne Kücknitzer Sportsbar, Tannenbergsstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen



Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen: Heidi Mader, per E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Berliner Memellandgruppe

Berlin (Mitte) – Mittwoch, 16. April, 13 bis 16 Uhr, Restaurant Änchen von Tharau, Rolandufer 6, S- und U-Bahnstation Jannowitz-Brücke, Telefon (030) 726202070: Frühlingstreffen.

Neben aktuellen Informationen aus Memel wird im Mittelpunkt des Treffens ein Vortrag zum Thema „150 Jahre Eisenbahnverbindung von Tilsit nach

Memel“ stehen. Ab 1875 verband die Königlich Preußische Ostbahn die Reichshauptstadt Berlin mit der damals nördlichsten Stadt Deutschlands. Dieses Jubiläum wird zum Anlass genommen, um auf die Entwicklung der Eisenbahn im Memelland zurückzublicken. Dazu gehören auch die Kleinbahnen und die Straßenbahn in Memel. Aus organisatorischen Gründen war eine Anmeldung erforderlich. *Hans-Jürgen Müller*



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wristler Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Einlass: 8.30 Uhr,

Kulturzentrum mon ami, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft

PAZ wirkt!

Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten. Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr.

Zum Mittagessen werden drei verschiedene Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen. Das gastronomische Angebot ist kostenpflichtig.

Parkmöglichkeit: Gegenüber dem Kulturzentrum mon ami befindet sich die Post, dahinter das Parkhaus An der Hauptpost, Gerhart-Hauptmann-Straße 3.

Eine nahe Unterkunft ist zum Beispiel das Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220, Internet: www.leonardo-hotels.de. *Dieter Neukamm*

Forum Baltikum – Dittchenbühne



Mittwoch, 30. April, 18 bis 20.30 Uhr, Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Kostenbeitrag von 30,- Euro, inklusive Material und einem Getränk: **Altes Handwerk – Schmieden an der Dittchenbühne.**

Das Schmieden ist ein Jahrhundert altes Handwerk, das auch heute noch viele Menschen fasziniert. Es verbindet Kunst und Technik auf einzigartige Weise und bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, kreativ tätig zu werden. Der Schmiedekurs an der Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ findet mit Frank Stoffer statt.

Schmieden ist das Formen von Metall durch Hitze und mechanische Einwirkung wie Hämmern und Biegen. Die wichtigsten Werkzeuge dabei: Schmiedehammer, Amboss

und Schmiedezange. Das Metall, meist Eisen oder Stahl, wird in einer Schmiedeeise erhitzt, bis es glühend heiß ist und sich verformen lässt.

Besonders als Hobby erfreut sich das Schmieden großer Beliebtheit, da es nicht nur handwerkliches Geschick und Kreativität erfordert, sondern auch eine beruhigende und meditative Wirkung haben kann.

Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50 25335 Elmshorn Internet: www.dittchenbuehne.de



„Schmiede das Eisen, solange es heiß ist“: Schmiedekurs mit Frank Stoffer Foto: Forum Baltikum – Dittchenbühne

BUCHBESPRECHUNG

Prußen – Die Ureinwohner Ostpreußens

Neuerscheinung: „Mit Gott, Schwert und Feuer“

VON FENNA JÜRGENS

In seiner historischen Erzählung erweckt Siegmund R. Fröhlich die Welt der Prußen, der Ureinwohner Ostpreußens, wieder zum Leben

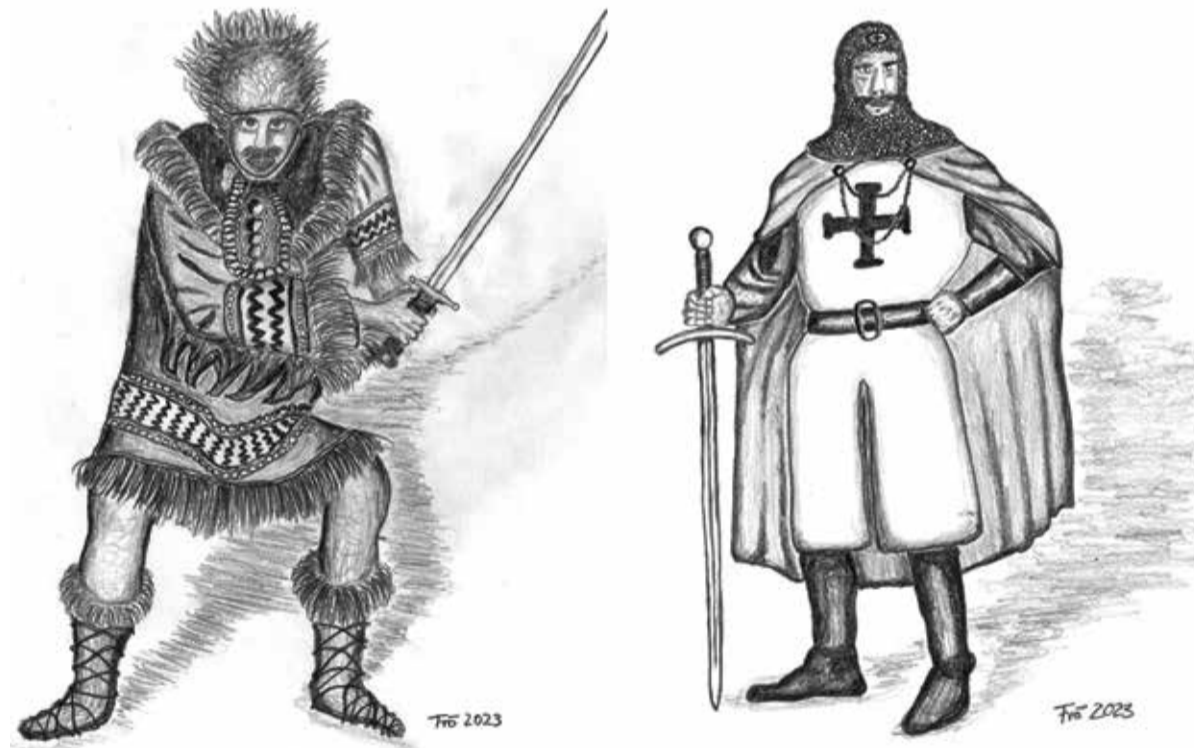
Das Gebiet Ostpreußens war ursprünglich von zwölf heidnischen baltischen Stämmen – den Prußen – besiedelt. Durch die Randlage und ihrem zähen Widerstand konnten sie sich der fortschreitenden Christianisierung Europas lange Zeit widersetzen. So scheiterten die von Süden zum Baltikum vordringenden Masovier immerwährend an der Wehrhaftigkeit prußischer Kämpfer.

Erst als deren Herzog Konrad I. von Masovien den deutschen Kaiser Friedrich II. und den Papst Gregor IX. um Hilfe bei der Bekehrung der Prußen ersucht hatte, wurde der Deutsche Orden mit deren Missionierung beauftragt. Durch die Goldene Bulle von Rimini 1226, den Vertrag von Kruschwitz 1230 und der Bulle von Rieti 1234, konnte dem Orden sogar ein dauerhaftes Bleiberecht auf den von ihm in Zukunft eroberten Gebieten zugesichert werden.

Im Südosten Ostpreußens

Der Autor bringt die Leser in eine weit entfernte Welt der in Sudauen, der im südöstlichen Zipfel Ostpreußens lebenden Prußen, die in der Mitte des 14. Jahrhunderts einen verzweifelten Kampf gegen den Deutschen Orden führten.

In seiner historischen Erzählung versucht er, die Ereignisse dieser Zeit sowohl aus der Sicht des Burghauptmanns Sambrus, der seine prußische Burg verteidigt, als auch aus der seines Kontrahenten, Abrecht von Winterfeld, des Ordensritterhauptmanns, der vom Hochmeister des Deutschen Ordens entsandt wurde, darzustellen. Sowohl die prußische Burg im Ly-



Figuren einer historischen Erzählung, die in Sudauen spielt: der prußische Hauptmann Sambrus und Ordensritter Abrecht von Winterfeld Bilder: Siegmund R. Fröhlich

cker See, die Marienburg, die Burg Lötzen, als auch einige der 80 handelnden Personen sind historisch verankert.

Dabei prallen diese zwei Welten mit Wucht aufeinander. Da war zum einen die Welt der Prußen, die in ihrer heidnischen Naturreligion besonders stark verwurzelt waren. Sie verehrten alles Lebendige: Menschen, Tiere, Pflanzen, Bäume, denen sie jeweils eine Seele zuordneten. Sogar die unbelebte Natur, wie Erde und Felsen, waren in ihrer Vorstellung beseelt. Ganz besondere Bedeutung hatten für sie heilige Bäume, Wälder, Stätten sowie Seen.

Zwei Welten begegnen sich

Zum anderen war da die Welt der Ordensritter mit ihrem Sendungsbewusstsein, ihren Rüstungen, Kettenhemden und Waffen. Sie waren im Auftrag der Kirche, dank ihrer jahrzehntelang erprobten

Kriegstaktik und Logistik, den Prußen bei weitem überlegen. So ist es nachzuvollziehen, dass in zwei Jahrhunderten nahezu das gesamte Prußenland – bis auf das Sudauenland, wo die hier beschriebene prußische Burg angesiedelt ist – von den Ordensrittern unterworfen wurde.

Schlussendlich versucht der Autor, das beschriebene Vorgehen in einen aktuellen gesamteuropäischen Kontext zu stellen. Denn im begonnenen 21. Jahrhundert müssen wir Europäer schmerzhaft realisieren, dass es auf unserem großartigen Kontinent nicht nur im Mittelalter viele Kriege, Verwüstungen und ethnische Vertreibungen gegeben hat. Seit 2022 findet erneut ein verheerender Krieg direkt mitten in Europa statt.

Die drei Jahrzehnte der sogenannten Friedensdividende nach 1991 sind plötzlich vorbei, und wir alle müssen einen neuen Stand-

punkt und Orientierung in der sich neu ordnenden europäischen und der sich gleichfalls dramatisch verändernden multipolaren Weltordnung finden.

Der Leser taucht gemeinsam mit dem Autor in diese versunkene mittelalterliche Welt ein und versucht, sich den Sichtweisen und Erfahrungen beider Hauptprotagonisten anzunähern. Diese Erzählung ist ein gelungener Versuch, diese Ereignisse nachzuvollziehen oder gar zu verstehen.

Siegmund R. Fröhlich: „Mit Gott, Schwert und Feuer“

Isensee Verlag, Oldenburg 2025, Hardcover, mit 33 Abbildungen und Karten, 200 Seiten, 19,90 Euro



ANZEIGEN

Herr, erbarm, erbarme dich. Lass uns deine Güte schauen; deine Treue zeige sich, wie wir fest auf dich vertrauen. Auf dich hoffen wir allein: lass uns nicht verloren sein.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von

Horst Czeranski
* 12. März 1933

Unser Papa ist am 19. März 2025 von uns gegangen.

Wir behalten dich in unseren Herzen
Deine Kinder Stephanie, Jörg, Jan

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt.



Manfred Lettau

* 2. Juni 1934

Absteinen

† 20. März 2025

Tieftraurig nehmen wir Abschied
Wir vermissen Dich

Deine Familie

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, 10. April 2025 in Wolfach/Schwarzwald statt.

Familie Lettau/Bentheim, Sommerberg 28, 79256 Buchenbach

CARL GOTTHILF BÜTTNER

Auf ostpreußischer Mission in Afrika

Sein wissenschaftliches Erbe ist gewaltig – Er übersetzte das neue Testament in Suaheli

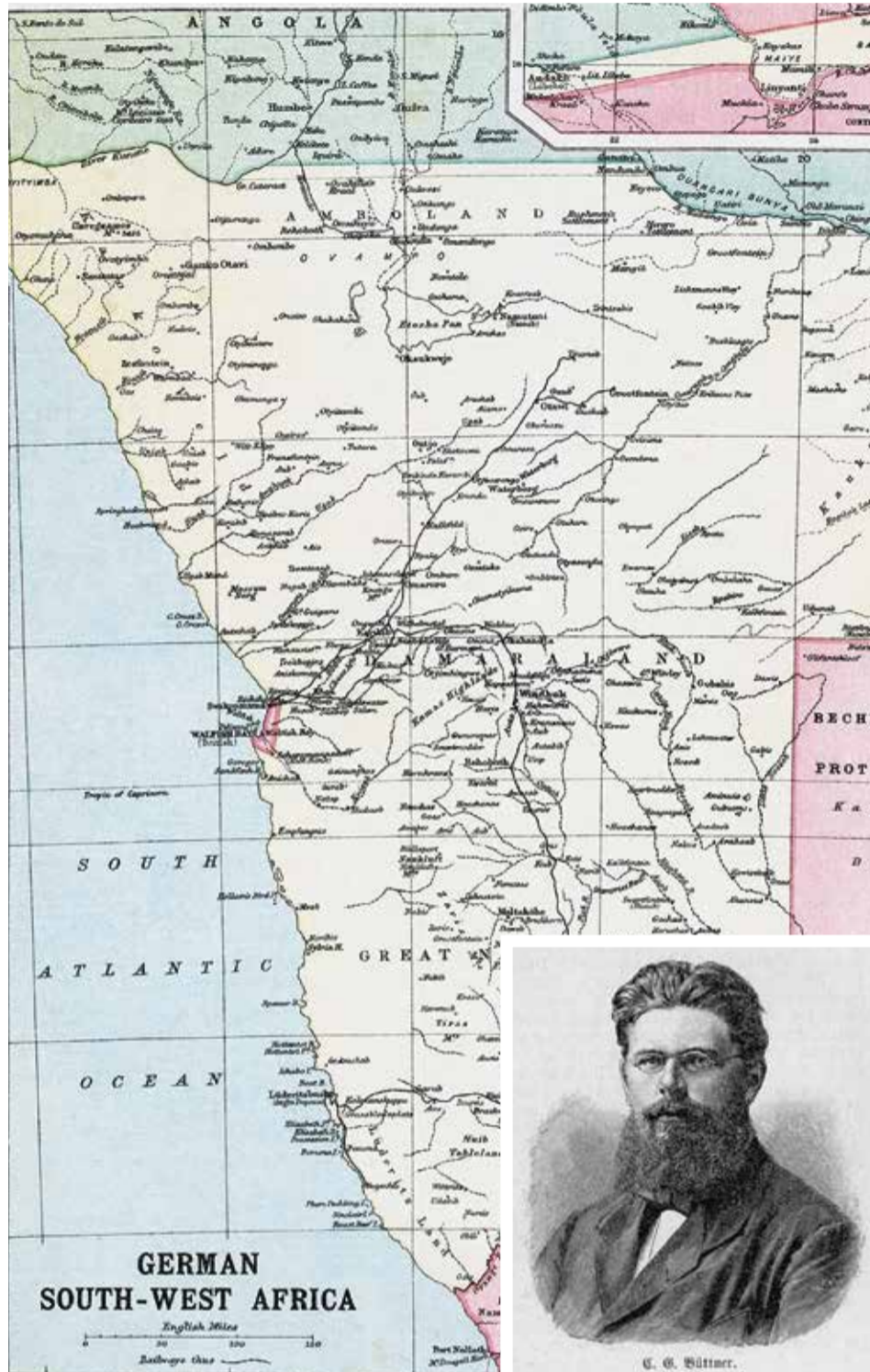
VON WOLFGANG KAUFMANN

Zu den links-grünen Propagandamythen über die deutsche Geschichte gehört die Lüge, dass das kleindeutsche Kaiserreich seine Kolonien mit roher Gewalt erobert hätte. In Wirklichkeit nämlich entstanden die Schutzgebiete wie Deutsch-Südwestafrika auf der Grundlage von Verträgen mit einheimischen Häuptlingen, welche sich gerne materiell bereichern wollten. Am Zustandekommen solcher Abmachungen wirkte auch der aus Ostpreußen stammende Missionar und Sprachwissenschaftler Carl Gotthilf Büttner mit.

Büttner, dessen Vater als Pedell an der Universität Königsberg tätig war, kam am Heiligabend des Jahres 1848 in der Stadt am Pregel zur Welt und erlangte später an deren Alma Mater einen Abschluss in Theologie. Anschließend wechselte er zur Rheinischen Missionsgesellschaft. Der bereits 1828 gegründete Verein hatte nur ein Jahr später 1829 eine erste Missionsstation in der zum britischen Empire gehörenden Kapkolonie im südlichen Afrika errichtet. Nachfolgend dehnte er seine Tätigkeit auch auf das nicht kolonisierte Gebiet nördlich des Oranje-Flusses aus, der später die Grenze zwischen Deutsch-Südwestafrika und der Südafrikanischen Union bildete.

Einheimische Missionsgehilfen

Büttner studierte am Rheinischen Missionsinstitut in Barmen zusätzlich noch Medizin und Philologie, um sich auf einen Einsatz auf dem Schwarzen Kontinent vorzubereiten. Dieser begann dann im Jahre 1872 und währte immerhin bis 1880. In dieser Zeit weilte Büttner im Nama- und Damara-Land. Ersteres erstreckte sich von der Kapkolonie über den Oranje hinweg bis in die Namib-Wüste, während das Letztere noch weiter nördlich davon lag. Die meiste Zeit leitete Büttner das Seminar für einheimische Missionsgehilfen



Die Karriere des Ostpreußen Carl Gotthilf Büttner ist überaus beeindruckend vielfältig. Er war ebenso als Theologe erfolgreich wie auch als engagierter Missionar, zudem als jemand, der sich um Völkerverständigung bemühte, aber ebenso als Gelehrter für Orientalische Sprachen an einer Universität in Berlin erfolgreich war *Bild: Wikimedia*

in Otjimbingwe am Fluss Swakop. Hier, in der Residenz des Herero-Königs Zeraeua, der 1876 die Taufe erhielt, befand sich seit Juli 1849 ebenfalls eine Station der Rheinischen Missionsgesellschaft. Dazu kam ab 1866 das Seminar, welches den Namen Augustineum trug und von dem deutschbaltischen Theologen Carl Hugo Hahn gegründet worden war. Als bekanntester Absolvent dieser Einrichtung gilt Samuel Maharero, der Anführer des Herero-Aufstandes von 1904.

Von Afrika nach Wormditt

Während des Aufenthaltes in Otjimbingwe entwickelte Büttner großes Interesse an der Sprache der Herero. Seine diesbezüglichen Feldforschungen endeten dann mit der Rückkehr nach Deutschland. Anschließend übernahm Büttner 1880 eine Pfarrstelle in der ostpreußischen Kleinstadt Wormditt.

Drei Jahre später erwarb der Bremer Tabakhändler Adolf Lüderitz die Bucht von Angra Pequena, die bald darauf Lüderitzbucht hieß und am 24. April 1884 zur Keimzelle des Schutzgebietes Deutsch-Südwestafrika wurde. Um dieses zu vergrößern, entsandte Reichskanzler Otto von Bismarck im Einvernehmen mit dem Kaiser den Reichskommissar Heinrich Ernst Göring nach Afrika, wo er mit den Häuptlingen der Herero und Nama im Gebiet nördlich der Bucht weitere Schutzverträge aushandeln sollte. Einer der betreffenden Stammesführer war Kamaharero, der Vater von Maharero. Göring wurde auf dieser Mission von Büttner begleitet, welcher mit seinen Sprach- und Landeskennnissen helfen sollte.

Schutz für Buschmänner

Tatsächlich gelang es dem Duo, das im September 1885 in Südwestafrika eintraf, schon in Monat darauf, Kamaharero zur Unterschrift zu bewegen. Dem folgten weitere Verträge mit den „Kapitänen“ der Herero zur Vergrößerung der faktischen

Kolonie sowie die Errichtung eines „Schutzreservates“ für die von den Herero und anderen schwarzen Viehzüchtern bedrängten Buschmänner. Daraufhin konnte Büttner nach Deutschland zurückkehren. Er traf am 31. Dezember 1885 in Köln ein, wo ihm Bismarck persönlich seinen Dank aussprach. Außerdem erhielt der Geistliche am 18. Februar 1886 den Roten Adlerorden 4. Klasse.

Kritik an kolonialen Aktivitäten

Kurz danach wurde Büttner das Amt des Missionsinspektors der gerade gegründeten Deutsch-Ostafrikanischen Missionsgesellschaft übertragen, welche sich ab 1887 Evangelische Missionsgesellschaft für Deutsch-Ostafrika (EMDOA) nannte und die kolonialen Erwerbungen in der Region durch ihre missionarische Arbeit festigen beziehungsweise voranbringen sollte. Zu diesem Zweck errichtete sie unter anderem eine Missionsstation in Daressalam und ein Krankenhaus auf Sansibar. Allerdings gab es Kritik an der Verknüpfung der Missionsarbeit mit kolonialen Aktivitäten, die 1889 schließlich auch zur Entlassung Büttners führte.

Zurück in der Heimat erhielt der Theologe aufgrund seiner in Ostafrika erworbenen Suaheli-Kenntnisse eine Anstellung als Dozent am seit 1887 bestehenden Seminar für Orientalische Sprachen an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. In dieser Eigenschaft verfasste er nicht nur Bücher über das Suaheli, sondern übersetzte auch das Neue Testament in das Idiom der Herero.

Carl Gotthilf Büttner, der 1888 die Ehrendoktorwürde der Universität Königsberg erhielt, starb dann allerdings bereits am 14. Dezember 1893 im Alter von knapp 45 Jahren. Dennoch hinterließ der gebürtige Ostpreuße mit seinen verschiedenen Werken und der von ihm begründeten „Zeitschrift für afrikanische Sprachen“ ein beachtliches wissenschaftliches Erbe.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ortsgeschichte aus einem Guss

Breslau Zwerge haben andere Städte zum Abkupfern ihrer Tourismusidee veranlasst

Seit 2005 tauchen in Breslau nach und nach Bronzezwerge im Stadtbild auf. Die ersten fünf stammen aus der Bildhauerwerkstatt des aus Klempoln stammenden Tomasz Moczek. Weil sie so beliebt sind, bestellen auch öffentliche Einrichtungen, Unternehmen und Privatmenschen bei Künstlern polenweit ihre eigenen Zwerge. Für Breslaubesucher werden Stadtführungen auf den Spuren der Zwerge, Stadtspiele oder Theateraufführungen organisiert. Einige Breslauer Zwerge, wie der „Gutherzige“ [Życzliwy], gingen in die Welt hinaus und zieren beispielsweise Dresden, Berlin, Reykjavik, Wilna, Guadaluajara, Königgrätz [Hradec Králové] oder Lemberg [L'viv]. Ein Kościuszko-Zwerg steht sogar in Washington DC.

Nachahmer fanden die Bronzefiguren bereits 2015 in Danzig, allerdings in Form des Löwen Hewelion. Er wurde nach dem Danziger Astronomen und Begründer der Mondkartografie, Johannes Hevelius (1611-1687), benannt. Und ähnlich wie in Breslau führt eine Hewelion-Löwen-Route zu Danziger Sehenswürdigkeiten.

Stargard in Pommern [Stargard] platzierte erst vor zwei Jahren sein Wappentier, den Greifen, an historischen Orten der Stadt. Der erste Greif landete an der

neogotischen Heilig-Geist-Kirche. Es folgten weitere 15 Bronzefiguren unter anderem am Eingang des Burgparks, am Mühlkanal, dem Weißkopfturm oder auf dem Gerichtsplatz [Plac Wolności] im Stadtzentrum. Letzterer trägt den Namen Hanza [Hansa] und hält ein Bild mit einer Kogge in den Klauen. Neben den Stargarder Greifen informieren Tafeln mit QR-Codes über die Standorte. Ein Greif mit einem Soldatenhelm aus dem 16. Jahrhunderts steht als Sinnbild des Dreißigjährigen Krieges. In der einstigen Bahnhofstraße [ul. Kardynała Stefana Wyszyńskiego] steht ein weiterer Greif, der den Namen „Das Jahr 1945“ trägt. Dieser hält in einer Klaue einen Koffer, in der anderen, einen Schlüssel. Sein QR-Code informiert über die „Evakuierung“, also faktisch die Vertreibung der Deutschen Anfang Februar 1945, die Konferenz von Jalta und die Grenzänderungen sowie die Übernahme der Stadt durch die polnische Verwaltung. Auch die ersten polnischen Siedler – eine Gruppe von Eisenbahnarbeitern – werden hier erwähnt.

Seit 2022 ist das Hirschberger Wappentier, der Hirsch, im niederschlesischen Hirschberg im Riesengebirge [Jelenia Góra] unterwegs. Durch Breslau inspiriert,



Geschichten aus Bronze gegossen: Im heute zu Hirschberg gehörenden Bad Warmbrunn [Cieplice Zdrój] lässt es sich ein Hirschköpfchen gutgehen *Bild: Wagner*

hatte dort Bürgermeister Jerzy Luźniak die Hirsch-Route ins Leben gerufen. Die Bronzefiguren sind Arbeiten von Schülern und Lehrern der Schule für Kunst und Handwerk und wurden in Breslau gegossen. Sie erzählen ihre Geschichten nicht über digitale Medien sondern auf Papier. Denn die Stadt ließ ein Büchlein mit Kartenwerk drucken.

Auch im oberschlesischen Kandrzin-Cosel [Kędzierzyn-Koźle] setzt man auf den bereits bewährten Bronze-Gag. Die Coseler Wappentiere sind drei Ziegenböcke, und der Name Cosel kommt vom slawischen Wort für Ziegenbock „koziol“ und ist laut Legende dem Namen von Brüdern entlehnt, die im 12. Jahrhundert in der befestigten Burg gelebt haben sol-

len. 1975 wurde aus Kandrzin – ab 1934 Heydebreck – und Cosel sowie Slawentzitz [Ślawęcice] und Klodnitz [Kłodnica] eine Stadt, welche die drei Ziegenböcke Cosels im Wappen weiterführt. Seit 2019 kann man sie aus Bronze an verschiedenen Stellen der Doppelstadt finden. Der Autor Michał Misiaszek ließ sie ebenso mit QR-Codes ausstatten, die zum Beispiel erklären, dass durch den Bau des Klodnitzkanals und der ersten Kanalschleuse Klodnitz zum Umschlagplatz der Oderschiffahrt wurde. 1924 war Cosel-Oderhafen nach Klodnitz eingemeindet worden, und so bekam die Gemeinde zwischen den beiden Siedlungsschwerpunkten Cosel und Kandrzin den nach Duisburg zweitgrößten Binnenhafen des Deutschen Reiches. Klodnitz wurde zum Sitz eines Hafenamtes, Reedereien waren hier ansässig. In der erst nach dem Krieg entstandenen Kandrziner Piastensiedlung (Piasty) erinnert das Zicklein Jadzia (deutsch: Hedl) an die Schutzpatronin Schlesiens, die Heilige Hedwig.

Der Trend hält weiter an, und immer wieder überraschen Städte jenseits von Oder und Neiße mit historischen Figuren im Kunstguss, die Touristen leiten.

Chris W. Wagner

DANZIG

„Die Frau mit der Glut“

Gemälde von Peter Brueghel dem Jüngeren mit „sprichwörtlicher Bedeutung“ in Holland aufgetaucht

VON BRIGITTE STRAMM

Es liest sich wie ein Drehbuch für einen Podcast der Serie „Kunstraub“. Tatort: das Nationalmuseum Danzig. Objekt: ein Ölgemälde des flämischen Künstlers Pieter Brueghel dem Jüngeren (*1564 in Brüssel, †10. Oktober 1636 in Antwerpen).

Zunächst etwas zur interessanten Geschichte des Museums. Es liegt in der Fleischergasse [Rzeźnicka] in der Danziger Vorstadt. Als die ersten Franziskaner-Mönche sich um 1419 in der Stadt angesiedelt hatten, wurde ihnen 1431 der Bauplatz für Kloster und Kirche zugewiesen. Es erfolgten im Laufe der Jahrhunderte Anbauten, so wurde 1514 das dreischiffige Langhaus als Hallenkirche angefügt mit sehenswerter Innenausstattung. Auch erfolgte mehrfach ein Wandel in der Nutzung. Das Franziskaner-Kloster wurde 1555 aufgehoben. Von 1558 bis 1806 war es nun der Sitz des berühmten Akademischen Gymnasiums. 1806 bis 1807 als Lazarett für das preußische Militär genutzt und in der zweiten Belagerung durch die Russen ebenfalls von den Franzosen. So verfuhr der preußische Staat in den Folgejahren ebenso und kaufte es der Stadt 1828 ab, ließ es dann jedoch verfallen. Friedrich Wilhelm IV. gab das Gebäude ohne Entschädigung zu verlangen an die Stadt zurück, die es in den Jahren 1871 und 1872 renovieren ließ.

Nutzung im Laufe der Zeit

Neue Nutzung: Seit 1872 Stadtmuseum mit wertvoller Gemäldegalerie und Sammlungen zur Geschichte des Danziger Kunstgewerbes. Aus diesem Grund gelangte in diesem Jahr auch die Sammlung des Jakob Kabrun (*9. Januar 1759, †24. Oktober 1814) in das neue Museum. Die Sammlung hatte sich zuvor im Haus der Kaufmannschaft neben dem Artushof am Langenmarkt und im ehemaligen Stadtmüllerschen Haus in der Hundegasse 80 befunden. Seine Stiftung bildete den Grundstock für die wertvolle Bildersammlung.



Gemalt von Peter Brueghel dem Jüngeren: „Die Frau mit der Glut“ – eine Frau hält in der einen Hand eine Zange mit glühender Kohle und in der anderen einen Wasserkessel, eine Verbildlichung eines vor Heuchlern warnenden, niederländischen Sprichworts: „Vertraue keiner Person, die in einer Hand Wasser und in der anderen Feuer trägt“

Der Erfolg hat stets viele Väter, denn es kam erneut eine wertvolle Sammlung des am 7. März 1868 verstorbenen Danziger Kaufmanns Carl Gottfried Klose hinzu, seine Erben wurden daher vielfach als die eigentlichen Gründer des Stadtmuseums angesehen. Man vergaß dabei, dass der Bildhauer Rudolf Freitag der Vater des Museumsgedankens war. Er hatte bereits in den 1840er Jahren sein Atelier in den Mauern des alten Klosters eingerichtet und bei Abbrüchen Giebelfiguren und Beischläge gerettet. Man verspottete ihn sogar deshalb. Doch dann kam seine große Stunde, mit dem Geld Kloses wurde sein Traum wahr, das Stadtmuseum wurde eingerichtet. Freitag jedoch, der Veranlasser des Stadtmuseums, starb ein-

sam, gedankt wurde ihm nicht. Seit dem Bestehen des Museums bis zum Oktober 1912 hat sich der Danziger Stadtrat Oskar Bischoff um die Vermehrung der Sammlung verdient gemacht. Außer den Kabrunschen Sammlungen und den von Klose gestifteten Bildern haben die Sammlungen des Kunstvereins zu Danzig, gegründet 1835, einzelne Leihgaben der Danziger Stadtbibliothek und der Königlichen Nationalgalerie in Berlin und Privatsammlungen ihren Weg in das Museum gefunden. Im Zweiten Weltkrieg gingen viele Exponate verloren, doch die Polen richteten im ehemaligen Franziskanerkloster das Nationalmuseum ein.

Doch nun zurück zur Geschichte des kleinen Brueghel-Bildes, es ist ein Ölge-

mälde mit einer Größe von nur 17 Zentimetern. Es wurde laut einer Archiveintragung und Beschreibung 1944 vom Staatlichen Museum in Berlin-Dahlem nach Danzig verbracht. Offensichtlich hat es den Krieg überstanden, wurde ein Jahr später von der Roten Armee in die Sowjetunion gebracht. Ende der 1950er Jahre kehrte das Gemälde nach Danzig zurück und wurde in die Sammlung des Nationalmuseums aufgenommen. Dort wurde rein zufällig am 24. April 1974 bemerkt, dass das in dem Rahmen befindliche Bild eine Fälschung ist. Ein Mitarbeiter des Museums hat das Bild versehentlich von der Wand gestoßen, dabei bemerkte man, dass sich anstelle des Originals eine Reproduktion im Rahmen befand. Im Zuge der Ermittlungen gab es damals einen Zeugen, den Zollbeamten Romuald Werner, der bezeugte, dass das Brueghel-Gemälde auf dem Seeweg außer Landes gebracht worden sei. Leider kam der Zollbeamte auf mysteriöse Weise ums Leben, kurz bevor er seine offizielle Aussage machen konnte. Die Ermittlungen wurden damals rasch eingestellt, es wurde auch spekuliert, dass kommunistische Sicherheitsdienste in den Diebstahl und die Verschleppung des Bildes involviert sein könnten. Seitdem galt das Kunstwerk als dauerhaft verschollen.

Tatsächlich wie ein Krimi

Nun wurde das Brueghel-Gemälde im vergangenen Jahr auf einer Ausstellung in Gouda in den Niederlanden entdeckt. Es wurde dem Museum als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Der Besitzer gab an, er habe das wertvolle Bild von seinem Vater geerbt, der es von einem Galeristen erworben habe. Der international agierende niederländische Kunstdetektiv Arthur Brand hatte nach eigenen Angaben einen Tipp bekommen, erzählte er der Tageszeitung „De Telegraaf“, und hat so tatsächlich wieder einen Fund gemacht. Die niederländische Polizei ermittelte nun und hat das Gemälde vorerst sichergestellt. Polen bat die Behörden in den Niederlanden um Rechtshilfe.

100. GEBURTSTAG

DDR-Filmemacherin machte Karriere

Annelie Thordike schuf beachtenswerte Dokumentationen, die teils international polarisierten

Annelie Thorndike stammte aus dem Kreis Pyritz in Pommern und zählte zu den herausragenden Filmemachern der DDR. Sie arbeitete dabei mit ihrem Ehemann Andrew Thorndike und mit dem Komponisten Paul Dessau eng zusammen, erlangte mit einigen Filmprojekten international Bekanntheit und erhielt in diesem Zusammenhang hohe Auszeichnungen, ehe sie sich nach der Wende aus dem Filmgeschäft zurückzog und zuletzt auf der Insel Usedom lebte.

Die Filmemacherin wurde am 17. April 1925 als Annelie Kunigk in Klützow geboren. Ihr Geburtsort lag im damaligen Landkreis Pyritz mit der gleichnamigen Kreisstadt in der preußischen Provinz Pommern. Er gehört jetzt als Kleinstadt zur polnischen Woiwodschaft Westpommern. Die Mutter des Mädchens entstammte einer Fischerfamilie. Ihr Vater arbeitete als Schlosser in einer Zuckerfabrik und wechselte mit seiner Familie in die Umgebung von Stargard, wo Tochter Annelie das Abitur ablegte. Sie wollte Lehrerin werden, absolvierte eine pädagogische Hochschule und begann nach dem

Ende des Krieges 1945 ihre Arbeit als Lehrerin in Penzlin, östlich von Waren an der Müritz gelegen.

Die Einvernahme durch die Rote Armee geriet am 30. April 1945 außer Kontrolle mit folgenschweren Turbulenzen für die Bewohner. In ihrem ersten Lehrjahr erlebte Kunigk in Penzlin die Verfolgung von neun Jugendlichen wegen angeblicher Werwolf-Zugehörigkeit. Wieder schlugen die Wellen hoch. Die Beerdigung eines Opfers wurde von vielen Penzlinern 1950 zur Demonstration gegen die junge DDR genutzt. Die Lehrerin Kunigk erlebte die Vorgänge hautnah.

Sie engagierte sich beim Aufbau eines neuen Bildungswesens, brachte eine Zentralschule auf den Weg, trat 1946 in die junge SED ein und wurde 1949 zur Leiterin der Zentralschule ernannt, die dann den Namen von Martin Andersen Nexö bekam. 1950 lernte die junge Schulleiterin Andrew Thorndike kennen, der in Penzlin für Aufnahmen zu seinem Film „Der Weg nach oben“ weilte. Beide konnten miteinander, wurden ein Paar und begannen eine filmische Zusammenarbeit. 1953 er-

folgte die Heirat und die Übersiedlung nach Potsdam-Babelsberg. Zu den Höhepunkten der filmischen Zusammenarbeit gehörten noch in den 50er Jahren „Du und mancher Kamerad“ und „Unternehmen Teutonenschwert“. Der Dokumentarfilm „Teutonenschwert“ aus der Reihe „Archive sagen aus“ des DEFA-Studios von 1958 behandelt mit Hinweis auf überlieferte Dokumente die Verstrickung von Adolf Hitler, Hermann Göring und Hans Speidel, dem späteren NATO-General, in die Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander I. und des französischen Außenministers Louis Barthou am 9. Oktober 1934 in Marseille. Der Film erregte internationales Aufsehen, löste in Ost und West gegensätzliche Medien-Kommentare aus und begründete den Ruhm des Ehepaares Thorndike.

Ihr Werk polarisierte

Die nunmehrige Filmemacherin wurde als Abgeordnete des Kulturbundes in die Volkskammer gewählt, war 1963 auch am nächsten schwergewichtigen Dokumentarfilm „Das russische Wunder“ beteiligt

und wurde 1967 als Vorstandsmitglied in den „Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR“ gewählt. Nach Nationalpreisen und dem Leninorden für „Das russische Wunder“ erhielt sie 1969 den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze. Ab 1973 fungierte sie bis zur Wende als Chef der bis heute bekannten Leipziger Dokfilmwoche. Doch parallel hatte sich das bekannte Ehepaar Thorndike auseinandergeliebt. Es kam zur Scheidung. Dazu wurde sie von Erkrankungen geplagt, die die Arbeit einschränkten. Annelie Thorndike realisierte nur noch sporadisch kleinere Projekte und hatte in den 80er Jahren noch zwei späte Höhepunkte. Das waren ein Dokumentarfilm über die Zerstörung und den Wiederaufbau von Dresden und ein Filmporträt über den Physiker Heiner Vollstadt aus Potsdam. Dazu verfasste sie allerdings auch noch Prosa. Der Mauerfall sorgte für eine letzte Zäsur. Die Filmemacherin zog sich zurück, lebte ihre letzten Jahre in Heringsdorf auf Usedom und starb am 26. Dezember 2012 in Wolgast.

Martin Stolzenau

MELDUNGEN

Festival, Umzug und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Vom 5. bis 12. April findet das 2. Stettiner Bonhoeffer Festival am Hafenhafen (Am Dunzig, Lastadie) unter dem Titel „Spuren“ statt. Organisiert wird die Veranstaltung durch das Polnische Theater, die Universität Stettin und die Evangelische Gemeinde Stettins. TS

Rügen – Die TV-Moderatorin Judith Rakers zieht im Sommer mit ihren Tieren vom Hamburger Stadtrand auf die größte deutsche Insel. Die Ex-Tagesschau-Sprecherin Rakers (49) hatte bereits Rügen in Dokumentationen vorgestellt. Nun gestand sie: „Rügen, meine Liebe ...“. TS

Swinemünde – Der LNG-Terminal weit Osternothafen verbucht Rekorder: Die Regasifizierung beläuft sich auf etwa 8,3 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Neben der Gas-Pipeline „Baltic Pipe“ aus Norwegen trugen dazu im 1. Quartal 2025 bereits 20 LNG-Tanker (80 Prozent aus den USA) mit Flüssiggas bei. TS

Parow – Das Herrenhaus von Parow wird zum Sitz des Amtes Altenpleen umgebaut. Die 33 Mitarbeiter sollen hier 2026 die Arbeit aufnehmen. Das Haus war einst im Besitz des Reiters C. F. Freiherr v. Langen, der mit „Draufgänger“ 1928 olympisches Gold in Amsterdam gewann. TS

Rezept-Tipp: Osterkekse

Zutaten: 150 g Mehl, 75 g Kartoffelstärkemehl, 100 g Butter (aus dem Kühlschrank), 100 g Zucker, 1 Ei, 1 Packung Vanillezucker, 1 gestrichenen TL Backpulver



FOTO: SEEGERT

Zutaten miteinander mischen und den Teig mit den Händen kräftig durchkneten, dann eine Stunde im Kühlschrank kühlen, im Anschluss ausrollen, Kekse ausstechen und auf ein Blech geben. Bei 175 Grad zwischen zehn und 15 Minuten abbacken. Zur Verfeinerung kann auch Marzipan eingeknetet werden. TS

Kolberg – Für den 9. Bürgerhaushalt steht ein Budget von 230.000 Euro bereit. Nun können von den Bürgern bis zum 6. Mai Ideen eingebracht werden, welche Projekte realisiert werden sollen. Die Liste der zur Abstimmung zugelassenen Vorschläge wird am 2. Juni bekannt gegeben. TS

Vor 80 Jahren: Wollin 1945

Berg-Dievenow wurde am 14. April mit Mühe durch die Wehrmacht gehalten, das östliche Wollin von Zivilbevölkerung geräumt. Am 16. April erneuter Bombenangriff auf Swinemünde – es startete der Groß-Angriff der Roten Armee. 20. April: Der Kampf um Oderübergänge beginnt. Auf der Ostsee geschah am 16. April erneut eine Tragödie. Das Flüchtlingschiff „Goya“ wurde vor Stolpmünde von einem sowjetischen U-Boot getroffen und versenkt. 7000 Menschen fanden den Tod. TS

„Ein ebenso teures wie gefährliches Wettrüsten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Habe Ihre Zeitung zufällig am Bahnhofskiosk entdeckt und will sie seitdem nicht mehr missen“

Gernot Winkler, Heilbronn



Ausgabe Nr. 13

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DIE LEHREN AUS HELGOLAND ZU: UNVERWÜSTLICHE SCHICKSALSINSEL (NR. 13)

Der PAZ-Beitrag über die Insel Helgoland hat mich sehr angesprochen. Zum einen, weil ich gerade von einem vierwöchigen Helgoland-Aufenthalt zurück aufs Festland gekommen bin, und zum anderen, weil mir auf Helgoland zufällig auch begeisterte PAZ-Leser begegnet sind: die Beiträge von René Nehring und die Interviews mit General a.D. Harald Kujat hob ich besonders hervor, für mein Gegenüber waren es insbesondere die hervorragenden Beiträge von Hans Heckel.

Betrachtet man den vergangenen Weltkrieg aus Helgoländer Perspektive, dann erscheint einem das neue antirussische Kriegsgeschrei aus Berlin und Brüssel besonders abwegig. Helgoland wurde durch die Bombardierung kurz vor Kriegsende, am 18. und 19. April 1945, durch 981 britische Bomber total zerstört, wobei auch russische Kriegsgefangene verletzt und getötet wurden. Zum Einsatz kamen Bomben mit einem Gewicht von je fünf Tonnen („Tall Boy“) und – zur Bekämpfung des gewaltigen U-Bootbunkers – Spezialbomben mit einem Gewicht von je zehn Tonnen („Grand Slam“).

Zwei Jahre später, am 18. April 1947, veranstalteten die Briten die gewaltigste „nichtatomare“ Sprengung der Geschichte, in den Stollen des Helgoländer Felsmassivs: Bomben und Munition mit einem Gewicht von 6700 bis 7000 Tonnen wurden gezündet: der katastrophale „Big Bang“. Erst am 1. März 1952 wurde die völlig zerstörte Insel Helgoland den vertriebenen Helgoländern zurückgegeben.

Heute fließen schon wieder gigantische, unvorstellbar große Geldmengen in die militärische Aufrüstung Deutschlands, explizit gegen Russland. Wer aber die vielen strukturellen Probleme schon allein auf Helgoland betrachtet, zurzeit gibt es dort nicht mal eine Bäckerei, muss an einen Satz Thomas Manns aus dem Jahr 1938 denken: „Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens.“ *Ottfried Wallau, Siegburg*

EHRENRETTUNG FÜR PRUSSEN ZU: WAS DIE ENDUNGEN DER FAMILIENNAMEN VERRATEN (PAZ- NACHDRUCK IN „MEMELER DAMPF- BOOT“ 1/2025)

Ein guter Überblick. Allerdings geht ziemlich unter, dass die Prussen regelrecht kolonisiert wurden. Die nordischen Kreuzzüge gegen die Balten waren die totalen Kriege des Hochmittelalters.

Stattdessen Euphemismen wie „etliche Bewohner ... getötet oder umgesiedelt“. Verschiedene wissenschaftliche Schätzungen sagen, 20 bis 50 Prozent überlebten die Eroberung ihres Landes nicht. Das ist doch wohl Genozid.

Es folgten Auslöschung der Kultur („heidnisches Teufelswerk“) und soziale Deklassierung. Bis Mitte der 1400er Jahre durften Prussen nicht dauerhaft in Städten wohnen. Aber auch in vielen deutschen Dörfern nicht. Es war ihnen verboten, ein Handwerk zu lernen oder auch nur ein Wirtshaus zu betreiben. Nach mehreren Generationen Deklassierung befanden sich deshalb fast alle Prussen auf der untersten sozialen Stufe als Knechte, Landarbeiter, Mägde.

Unter diesen Umständen an eine freiwillige Assimilation zu glauben, ist gewagt. So erklärt sich auch die „überlegene (gleich: viel bessere) deutsche Kultur“ gegenüber der „minderwertigeren“. In diesem gesellschaftlichen Klima „wechselten“ Prussen nach Litauen oder Kurland, sie wanderten aus oder flohen zu ihren baltischen Verwandten.

Neu für mich ist, dass es bis 1740 noch ein Drittel „ethnische Prussen“ gegeben haben soll. Zu dieser Zeit soll andererseits die prussische Sprache untergegangen sein. Sicher ist nur, dass es öffentliche prussische Bekenntnisse nicht gegeben hat. „Die im Dunklen sieht man nicht“, das „niedere Volk“ zählt sowieso nicht.

Eindeutig hat es nach der Ordenszeit und besonders im Königreich Preußen eine Vermischung der Kulturen und Ethnien gegeben. Ganz vollständig oder gelungen ist diese aber nicht, da selbst noch in der Gegenwart Menschen sich als Ma-

suren oder – viel seltener – als Prussen bezeichnen und eine Wiederbelebung von Brauchtum und Sprache versuchen.

Zu Recht wehren sich die Landsmannschaften der Vertriebenen gegen Verharmlosung oder gar Rechtfertigungsversuche von genozidaler Vertreibung nach 1945. Die Prussen haben ebenfalls eine ehrlichere Darstellung verdient, zumal in mindestens der Hälfte der Ostpreußen ethnische baltisches Erbe fortwirkt. Psychologen reden von „Tiefenerinnerungen“, die, zugeben, auch bei mir fortwirken. *Rudolf Kraffzick, Hainau*

LANGWEILIG WIRD'S NIE ZU: RAFFINIERTER KRIMI-ZINKER (NR. 13)

Die Verfilmungen der Edgar-Wallace-Krimis waren und bleiben Legende. Unnachahmlich, die gruselige Stimmung, die Spannung und auch eine Prise schwarzen Humors. Man kann sich die Filme immer wieder anschauen, langweilig wird's nie. Daran konnten auch die Verballhornungen Oliver Kalkhofes nichts ändern. *Michael Gruhn, Berlin*

WEG IN DIE KATASTROPHE? ZU: „TRUMP HAT EINE NEUE PHASE DER WELTPOLITIK EINGELEITET“ (NR. 12)

Die Ausführungen von General a.D. Harald Kujat heben sich wieder wohltuend von der immer hemmungsloseren Kriegspropaganda seitens der herrschenden Politiker und Medien ab. Mir drängt sich die Frage auf: Strebt die EU-Führung mit voller Absicht und gezielt den Dritten Weltkrieg an? Warum wird ständig das Narrativ verbreitet, Putin würde nach einem Sieg über die Ukraine auch die EU angreifen?

Welches Interesse sollte er an einer Eroberung Westeuropas haben? Warum wird ständig die Tatsache ignoriert, dass die Ukraine von Anfang an und Jahrhunderte lang Bestandteil des russischen Za-

renreiches war? (Eigene Verwaltung erhielt sie erst durch die Gründung der UdSSR, wenn auch nur vergleichbar mit einem deutschen Bundesland. Wirklich unabhängig wurde sie erst infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion.)

Warum werden die Interessen der Ostukrainer ignoriert, die von der prowestlichen Führung in Kiew unterdrückt und seit 2014 bekämpft werden? Warum wird immer ständig gefordert, dass Deutschland unbedingt die für Russland extrem gefährlichen Taurus-Flugkörper an Kiew liefern soll? Warum werden – anstatt froh darüber zu sein – die Verhandlungen zwischen USA und Russland über alle Maßen verteuert? Wäre nicht die Wiederbelebung der OSZE unter Einbeziehung Russlands die bessere Alternative als die NATO?

In diese Richtung geht ein Ratschlag von Kishore Mahbubani von der National-Universität Singapur an die EU-Staaten. Danach sollten die Europäer ihre Unterwürfigkeit gegenüber den USA beenden und selbstbewusster ihre eigenen Interessen vertreten. Mahbubani meint, dass allein schon die Drohung mit einem NATO-Austritt die US-Führung dazu bringen würde, Europa mit „mehr Respekt zu behandeln“. Und mit Russland sollte die EU einen fairen Kompromiss anstreben, bei dem „die derzeitigen Grenzen respektiert werden und ein realistischer Kompromiss in Bezug auf die Ukraine gefunden wird“. Langfristig könne die Ukraine als Brücke zwischen der EU und Russland dienen. Schließlich sei es auch der ASEAN gelungen, eine langfristige Beziehung des Vertrauens mit China aufzubauen. Das müsste der deutlich stärkeren EU mit Russland noch besser gelingen.

Und mit Blick auf einen möglichen Angriffskrieg seitens Russlands möchte ich hinzufügen, dass eine defensive Rüstung zur Abwehr von Panzern, Flugobjekten und Cyberangriffen völlig ausreicht. Das hat der Ukrainekrieg gezeigt. Ein ebenso teures wie gefährliches Wettrüsten mit Hyperschallraketen und Atomwaffen muss zwangsläufig in eine Katastrophe führen. *Günter Foerster, Bielefeld*

ANZEIGE

Warum verschweigt man uns diese einfache Lösung?

■ Millionen Menschen leiden unter Stimmungsschwankungen, Depressionen, bipolaren Störungen, Angstzuständen oder stillen Entzündungen – dabei könnte die Lösung für viele so simpel sein: niedrig dosiertes Lithium. Der neue, noch eher unbekanntene Hoffnungsträger tritt bei Insidern bereits seinen Siegeszug an. Doch während Psychologen und Fachärzte Psychopharmaka mit oft schweren Nebenwirkungen verordnen, bleibt dieses natürliche Spurenelement im Verborgenen. Zufall? Oder steckt mehr dahinter?

Natürlich Lithium – die unterschätzte Medizin der Natur

Dieses Buch deckt auf, warum niedrig dosiertes Lithium ein wahrer Gamechanger für Ihre Psyche ist – und warum bislang niemand darüber spricht. Mit neuesten wissenschaftlichen Studien belegt und auch für Laien verständlich erklärt, zeigt dieser Praxisratgeber, wie Lithium entzündungshemmend wirkt, den Hirnstoffwechsel stabilisiert und sogar neurodegenerativen Erkrankungen vorbeugen kann. Dr. med. Peter Heilmeyer und Agnieszka Peralta Martin zeigen, wie Sie mit Lithium mehr als nur eine Prise neues Glück in Ihr Leben bringen können.

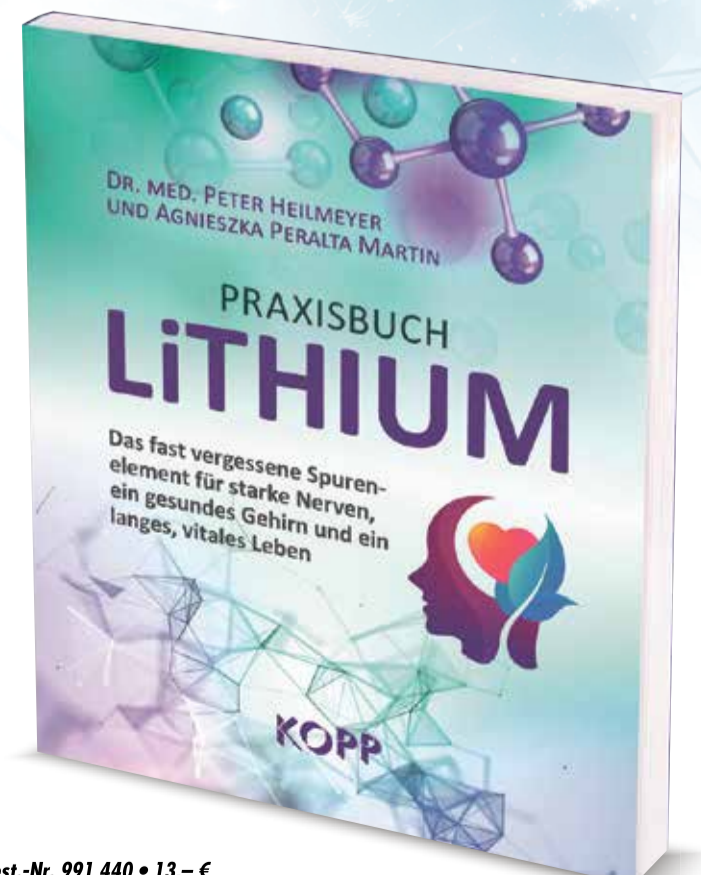
Sie erfahren in diesem Buch:

- wie Sie Ihren eigenen Lithiumstatus unkompliziert bestimmen
- wo und wie Sie Lithium sicher bekommen
- wie und in welcher Dosierung Sie es gezielt einsetzen können
- warum es Ihre mentale Gesundheit kurz- und langfristig signifikant stärkt
- wie Ihr Leben mit Lithium tatsächlich glücklicher wird

Ein Buch, das nicht nur Wissen vermittelt – sondern eine brisante Frage stellt: **Warum wissen wir das nicht längst?**

Der neue, noch eher unbekanntene Hoffnungsträger heißt: Lithium

Dr. med. Peter Heilmeyer & Agnieszka Peralta Martin: Praxisbuch Lithium • Paperback • 159 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 991 440 • 13,- €



URWALD

Das Eldorado der ersten Künstler

Prähistorische Felszeichnungen in Kolumbien – Forscher entdeckten Freilichtmalereien, die über 12.000 Jahre alt sein könnten

VON WOLFGANG KAUFMANN

In Kolumbien herrschte ab 1964 Bürgerkrieg zwischen den Streitkräften der Regierung und der linksradikalen Guerilla-Bewegung Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee, FARC-EP). Dieser endete am 22. Juni 2016 mit dem Abschluss eines Friedensvertrages. Dadurch wurde es nun auch wieder möglich, Wissenschaftler in das dünn besiedelte Departamento del Guaviare an der Nahtstelle zwischen den Anden und dem Amazonas-Becken zu entsenden.

Hier liegen unter anderem das Naturschutzgebiet Reserva Forestal Protectora Nacional La Lindosa und der seit 2018 auf der UNESCO-Welterbeliste stehende Nationalpark Chiribiquete. In diesem gibt es zahlreiche prähistorische Felszeichnungen, welche jedoch deutlich weniger spektakulär daherkommen als der gewaltige Bilderreigen, den die Archäologen José Iriarte, Mark Robinson, Gaspar Morcote-Ríos und Jeison Lenis Chaparro-Cárdenas von der britischen University of Exeter beziehungsweise der Universidad Nacional de Colombia in Bogotá vor wenigen Jahren entdeckten und einige Zeit geheim hielten.

In einem vom Instituto Colombiano de Antropología e Historia ausgewiesenen und fast 900 Hektar großen Schutzgebiet innerhalb der Serranía de La Lindosa stießen die Forscher zwischen dem Río Guaviare und dem Río Inírida auf mehrere zehntausend Felsmalereien von überwältigendem Detailreichtum. Die Abbildungen erstrecken sich über eine Länge von 13 Kilometern durch die Zonen Cerro Azul, Angosturas, Limocillos und Cerro Montoya.

Manche der Darstellungen wurden so hoch über dem Boden angebracht, dass Iriarte und dessen Kollegen sie nur mit Drohnen oder dem Einsatz von alpinistischen Methoden erkunden konnten. Ihre Schöpfer haben wahrscheinlich hölzerne Gerüste benutzt oder sich von oben an



Einige der prähistorischen Zeichen müssen erst noch entschlüsselt werden: Eine Besucherin vor den Felsmalereien in Kolumbien

Lianen in die glatten Sandsteinwände abgeseilt. Die Bilder zeigen vor allem Menschen, Tiere und Pflanzen – dazu kommen geometrische Muster und zahllose Handabdrücke.

Besonderes Aufsehen erregten dabei die äußerst naturalistischen Abbildungen von Kreaturen, welche während der letzten, vor rund 11.700 Jahren zu Ende gehenden Eiszeit auf dem südamerikanischen Kontinent gelebt haben und inzwischen sämtlich ausgestorben sind. Hierzu zählen unter anderem Gomphotherien, also gewaltige elefantenähnliche Säuger, die 28 Millionen Jahre lang die Erde besiedelten, tonnenschwere Riesenfaultiere von der Größe eines Autos, archaische Wildpferde und kamelartige Wesen, aus denen sich später die Lamas entwickelten. Deshalb bezeichneten Iriarte und die

zur Identifizierung der diversen Tierarten herangezogene Evolutionsbiologin Ella Al-Shamahi vom University College London die Felsgruppe auch als „Sixtinische Kapelle der Urzeit“.

Allerdings bezweifeln manche Wissenschaftler wie die Anthropologin Judith Trujillo Tellez von der Universidad de los Andes in Bogotá das hohe Alter der Darstellungen und gehen von einer Entstehung vor wenigen hundert Jahren aus. In diesem Zusammenhang verweisen sie auf einige Szenen, in denen offensichtlich Europäer zu sehen sind.

Und tatsächlich waren die deutschen Konquistadoren Georg Hohermuth von Speyer und Philipp von Hutten dem Ruf des sagenhaften Goldlandes Eldorado gefolgt, nachdem Kaiser Karl V. sich entschieden hatte, Klein-Venedig, ein Terri-

torium auf dem Gebiet des heutigen Venezuelas, an die Augsburger Welsler-Gesellschaft zu verpfänden, um seine horrenden Schulden in Höhe von rund 150.000 Gulden zu tilgen. Dabei drangen die Eroberer zwischen 1535 und 1538 auch in die Serranía de La Lindosa vor, wo sie auf die dortigen Ureinwohner trafen. Andererseits sind viele Felsbilder in der Region aber deutlich älter als 500 Jahre.

Wetterbeständige Ocker-Farbe

Aller Wahrscheinlichkeit nach hielten die bislang noch keinem konkreten Volk zugeordneten Schöpfer der Kunstwerke über viele Jahrtausende an dem Brauch fest, den heimischen Sandstein zuerst mit Feuer zu glätten und dann mit Bildern zu verzieren. Einen unwiderlegbaren Beweis hierfür fand die britisch-kolumbianische

Forschergruppe bei Ausgrabungen unterhalb der bemalten Felswände. Dort entdeckte sie Reste der verwendeten Farben in Sedimentschichten, deren Alter auf rund 12.600 Jahre datiert werden konnte. Und tatsächlich begann die Besiedlung des amerikanischen Doppelkontinents bereits vor 18.000 Jahren, als der Meeresspiegel 125 Meter tiefer lag als heute und die bis zu 50 Kilometer breite Beringia-Landbrücke Nordasien mit Alaska verband, bevor sie vor 11.000 Jahren wieder im Ozean versank. Des Weiteren weiß man mittlerweile auch, dass die Einwanderer relativ schnell, nämlich innerhalb von nur 4000 Jahren, bis nach Südamerika vordrangen, welches die letzte Region auf der Erde darstellt, in der sich der Mensch auf Dauer niederließ.

Ebenso konnte die Gruppe um Iriarte noch ein weiteres Argument jener Zweifler entkräften, welche das hohe Alter der Felsbilder in Frage stellen, indem sie auf deren außergewöhnlich guten Zustand verweisen und mutmaßen, dass die Farbe durch den Regen und die ultraviolette Strahlung innerhalb von einigen wenigen Jahrhunderten verblasst sein müsste. Nach Angaben der vier Wissenschaftler wurde für die Bemalung der Felsen zu meist natürlich vorkommender Ocker verwendet, der Brauneisenstein enthält und dadurch sowohl absolut lichtecht als auch äußerst wetterbeständig ist.

Außerdem platzierten die Ureinwohner die Zeichnungen bevorzugt an geschützten Stellen unter Überhängen. Das erklärt die lange Haltbarkeit des faszinierenden Panoptikums der eiszeitlichen Mega-Fauna Südamerikas, für deren Aussterben die Künstler wohl übrigens nicht verantwortlich zeichneten, weil ihre Siedlungsplätze nahezu frei von tierischen Knochenresten sind. Absolute Gewissheit hinsichtlich des Alters der am frühesten entstandenen Felsbilder wird es erst geben, wenn sich in den anorganischen Farbpigmenten auch einige Reste von organischem Material finden, was eine weitgehend exakte Datierung mit der Radio-kohlenstoffmethode ermöglichen würde.

MYTHOLOGIE

Ein geschenkter Tag für die Söhne des Zeus

Zeitgenössische Wandmalerei auf der Berliner Museumsinsel – Farbiger Ersatz für die zerstörten Dioskuren im Neuen Museum

Im Rahmen des 200. Jubiläums der Museumsinsel Berlin präsentiert der deutsch-britische Künstler Michael Müller vom 11. April an das Projekt „Dioskuren: Der geschenkte Tag“ im Neuen Museum. Die Ausstellung verbindet mythologische Erzählungen, abstrakte Malerei, Performance und Architektur in einem Dialog über Zeit, Sterblichkeit und die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart. Müllers großformatiges und raumfüllendes malerisches Werk schafft eine Verbindung zwischen zeitgenössischer Kunst, archaischen Sammlungen und der Geschichte des Gebäudes.

Die Ausstellung schließt die den Zeitläufen geschuldeten Risse in der Gestaltung des Neuen Museums: Ursprünglich wurde die Treppenhalle von gigantischen Skulpturen dominiert. Es handelte sich um die in der griechischen Mythologie Dioskuren genannten Söhne des Göttervaters Zeus: Kastor und Polydeukes. Unwiederbringlich im Krieg zerstört, wird deren Geschichte nun zum inhaltlichen Fundament von Müllers Auseinandersetzung mit Zeit und Geschichte.

Noch heute prägen die Dioskuren das Erscheinungsbild der Museumsinsel, wenn man sich ihr durch den Lustgarten kommend nähert. Gigantisch und in bewegter Pose ringen Kastor und Polydeukes mit ihren Rössern auf dem Dach des

Alten Museums. Bis zu ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg prägten Bildnisse der Dioskuren auch die zentrale Treppenhalle des Neuen Museums. Auf dem Treppenabsatz standen zwei monumentale, 5,50 Meter hohe Abgüsse der ungleichen

Zwillinge Kastor und Polydeukes, die von der Piazza di Monte Cavallo vor dem Quirinalspalast in Rom stammten.

Im Zentrum von Müllers Arbeit steht der Mythos der beiden Dioskuren. Das unzertrennliche Zwillingpaar – in einer Nacht von verschiedenen Vätern als Söhne der Leda gezeugt – wird mit dem Tod des sterblichen Kastors im Kampf auseinandergerissen. Der göttliche Polydeukes bittet seinen Vater Zeus, er möge ihm die Unsterblichkeit nehmen, um mit Kastor im Hades, dem Reich der Toten, wieder vereint sein zu können. Von der Liebe der Zwillinge gerührt, schenkt Zeus den Dioskuren die Möglichkeit, fortan jeweils abwechselnd einen Tag im Reich der Toten und einen Tag auf dem Olymp unter den Göttern zu verbringen – täglich geboren zu werden und zu sterben.

Wie ein Fries umspannt das Kunstwerk den gesamten Innenraum der Treppenhalle des Neuen Museums. Die Leinwände, die sich nahtlos aneinanderreihen, messen im Zusammenspiel etwa 86 auf sechs Meter. Unter den Erweiterungen finden sich sechs von Malerei umspannte

Portale. Durch jeweils zwei von ihnen auf der Nord- und Südseite der Treppenhalle treten die Besucher in die Schausele des Museums und können die Sammlungspräsentation im Wechsel von Gegenwart und Vergangenheit neu erleben.

Am Eröffnungswochenende haben Besucher die Gelegenheit, in Künstlergesprächen mit Müller mehr über die Entstehungsgeschichte des monumentalen Werkes und die künstlerische Inspiration zu erfahren. Darüber hinaus bieten Kuratorinnen und Kuratoren im Neuen Museum verschiedene Kurzführungen zu Objekten an, die im Rahmen der Sonderausstellung präsentiert werden und sich thematisch auf die Legende von Kastor und Polydeukes beziehen.

Zum Auftakt der Jubiläumsfeier zum 200-jährigen Bestehen der Museumsinsel ist das Kunstwerk am 31. Mai auch Inspiration für das Konzert „Dioskuren“ in der Treppenhalle des Neuen Museums. Das Ensemble Memoria Tenere wird die Geschichte der beiden ungleichen Zwillingbrüder erzählen und das Kunstwerk musikalisch interpretieren. *SPK/tws*



Monumentale Wandmalerei: Die neugestaltete Treppenhalle des Neuen Museums

● FÜR SIE GELESEN

Arabiens aktive Feministinnen

Die Diplom-Theologin Claudia Mende räumt in ihrem Buch „Wir sind anders als ihr denkt. Der arabische Feminismus“ mit gängigen Vorurteilen gegenüber den „unterdrückten Frauen“ in arabisch-muslimischen Ländern auf. So ist etwa der Harem nicht, wie in Filmen und in verklärend romantischer Literatur verbreitet, eine Art Freudenhaus, sondern ein geschützter Rückzugsort für Frauen, zu dem Männer keinen Zutritt haben.

Mende hat in der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Schwerpunkt Naher Osten und Nordafrika unter anderem für die Deutsche Welle gearbeitet. Sie konnte Kontakte zu Frauenrechtlerinnen knüpfen, deren tapferen Kampf um ihre Rechte sie jahrelang begleiten konnte. Sie geht auch auf den Einfluss westlicher Feministinnen ein, wobei sie auch bei ihnen viele Vorurteile gegenüber muslimischen Frauen aufdeckt. In ihrem Buch gibt Mende einen Überblick über mehr als 100 Jahre, in denen die arabischen Frauen für ihre Rechte, gegen Gewalt und für Selbstbestimmung kämpfen. Die Autorin schildert, welchen Einfluss Frauen auf die „Arabellion“ von 2011 hatten. Dabei berichtet sie nicht nur, sondern sie lässt die Frauen selbst zu Wort kommen. Auf diese Weise gelingt ihr ein aufschlussreicher Einblick in arabische Lebenswirklichkeiten. **MRK**



Claudia Mende: „Wir sind anders als ihr denkt. Der arabische Feminismus“, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024, broschiert, 174 Seiten, 20 Euro

Wendungen des Lebens

Drei Frauen machen sich auf nach Bayern. Kristin ist eine selbstbewusste, reife Frau, die sich ein Anwesen am Tegernsee ansehen soll. Als Architektin hofft sie, den Auftrag zu bekommen, das Gebäude neu auszustatten. In ihrem Hotel trifft sie auf Lena, die auf der Suche nach einem neuen Lebensgefährten ist. Nicole hatte von ihrer Tochter einen Kochkurs geschenkt bekommen.

Alle drei Frauen kommen aus Norddeutschland. Bald schon merken sie, dass sie sich viel zu erzählen haben. Als vierte Frau wird Antonia, die Schwägerin von Nicole, eingeladen. Sie hat gerade erfahren, dass ihr Mann sie mit einer anderen betrügt. Bei einem gemeinsamen Kochabend beschließen sie, sich nun öfter zu treffen.

Der in der Lüneburger Heide wohnenden Autorin Ellen Martin, die unter Pseudonym schreibt und die erst mit 50 Jahren zu schreiben angefangen hat, ist mit „Die Blütenfreundinnen“ ein unterhaltsamer Roman über Freundschaft unter Frauen und die unvorhersehbaren Wendungen des Lebens gelungen. **Angela Selke**



Ellen Martin: „Die Blütenfreundinnen“, HarperCollins Verlag, München 2024, Taschenbuch, 286 Seiten, 14 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Liebenswertes Elbflorenz

Der große Baedeker führt zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten in Dresden und Umgebung

Sachsens Hauptstadt ist unbedingt einen Besuch wert. Eine praktische Orientierung über die Stadt, ihre Sehenswürdigkeiten und ihre Geschichte bietet auf bewährte Art die aktualisierte und neu überarbeitete Auf-

lage des Baedekers Dresden. Ob man zu Fuß, per Rad oder per Ausflugsschiff die Gegend erkunden möchte – reich bebildert und mit Kartenausschnitten versehen führt der Reiseführer sicher zum Ziel. **MRK**



„Baedeker Dresden, 18. Auflage“, Baedeker Verlag, Ostfildern 2025, broschiert, 306 Seiten, 21,95 Euro

RELIGION

Sterben für den Glauben

In seinem Buch zum Heiligen Jahr 2025 stellt Helmut Moll 15 deutschsprachige Märtyrer vor, die wegen ihres Bekenntnisses ermordet wurden

VON BODO BOST

Millionen Christen werden weltweit verfolgt. Auch heute noch gibt es christliche Märtyrer, die wegen ihres Glaubens ermordet werden. Prälat Helmut Moll stellt 15 deutschsprachige Märtyrer des 21. Jahrhunderts aus verschiedenen christlichen Konfessionen in seinem neuen Buch vor.

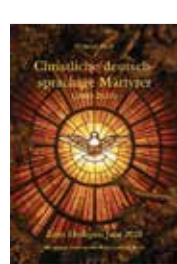
Für viele ist es unvorstellbar, dass auch heute noch Menschen wegen ihres christlichen Glaubens ermordet werden. Aber der christliche Glaube ist derjenige, der in der modernen Welt am meisten Widerspruch erfährt. Der Autor stellt Menschen vor, die im ersten Viertel des Jahrhunderts für ihren Glauben gestorben sind. Sie kommen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Österreich, der Schweiz und Südtirol. Drei davon sind Russlanddeutsche. Sie wurden zu Blutzügen in Asien, Afrika und Europa. Sie waren katholisch, evangelisch oder freikirchlich. In Wort und Bild werden sie von Moll als Vorbild für christlichen Bekenntner präsentiert.

Moll fand die Märtyrer des 21. Jahrhunderts beim Hilfswerk Open Doors in der Nähe von Frankfurt. Dieses kümmert sich als überkonfessionelle Institution um verfolgte Christen in aller Welt. Auch die Märtyrer-Kirche in Uhldingen am Bodensee konnte ihm Namen nennen. Bei der katholischen Agenzia Fides (Presseorgan der Päpstlichen Missionswerke) in Rom hat er die katholischen Märtyrer sei-

nes Buches gefunden. Die meisten der von Moll vorgestellten deutschsprachigen Märtyrer sind in islamischen Ländern gestorben. Sie hatten sich aus freien Stücken entschlossen, nach Jemen, Mali, Afghanistan oder in die Türkei zu gehen, um dort den christlichen Glauben mitten im Islam zu verkünden.

Erschreckend ist die Geschichte von Johannes und Sabine Hentschel, die mit ihrem kleinen Kind Simon für ihren Glauben im Jemen gestorben sind. Mit diesen Biographien erzählt Moll auch viel von den Ländern, in denen es lebensgefährlich ist, sich als Christ zu seinem Glauben zu bekennen. Die Glaubensmartyrer, darunter auch die beiden russlanddeutschen, freikirchlichen Missionarinnen Rita Stump und Anita Grünwald, wussten, dass man in den islamischen Ländern für das Bekenntnis zu Christus ermordet werden kann.

Moll stellt auch eine junge Frau aus Lüneburg vor, Katrin Waschk, sie musste in Deutschland sterben, weil sie in ihrem christlichen Glauben verankert, eine jüdische Frau unterstützt hat, die von ihrem Mann verfolgt wurde.



Helmut Moll: „Christliche deutschsprachige Märtyrer 2000 bis 2024. Zum Heiligen Jahr 2025“, Dominus-Verlag, Augsburg 2024, broschiert, 40 Seiten, 5,85 Euro

BELLETRISTIK

Nichts für schwache Nerven

Pascal Garnier entwickelt in seinem neuen Roman „Die Insel“ die düstere Geschichte um vier mörderische Hauptpersonen

VON ANSGAR LANGE

Wie so oft in den angenehmen kurzen Romanen von Pascal Garnier konzentriert sich die Handlung auf wenige Personen. So fällt es dem Leser leicht, den Überblick zu behalten. Die Beschreibung der Charaktere bewegt sich nicht nur an der Oberfläche, trotz der knappen 160 Seiten in dem Werk „Die Insel“, das in Garniers Todesjahr 2010 erstmals in Frankreich herauskam.

Wir haben es mit Roland, einem Obdachlosen, zu tun, der nach Handgreiflichkeiten seinen Job als Weihnachtsmann verloren hat. Dieser tritt auf den Blinden Rodolphe, einen zutiefst ängstlichen, aber auch bösartigen Menschen, der sich in einem Wust aus Fett versteckt. Rodolphe macht seiner Schwester Jeanne das Leben schwer, die im Lauf der Handlung auf ihre Jugendliebe Olivier trifft, der zur Beerdigung seiner Mutter angereist ist. Beide verbindet ein schlimmes Verbrechen aus ihrer Jugendzeit, um das der blinde Bruder weiß.

Alle vier Hauptpersonen sind recht traurige Gestalten, zum Scheitern verurteilt. Garnier beschreibt den Gemütszustand Rodolphes treffend: „Er fühlte sich wie ein welkes Salatherz, das man im Gemüsefach des Kühlschranks vergessen hat.“ Kann aus einer solchen Figurenkonstellation etwas Positives entstehen? Nein, das ist von Anfang an klar. Auch wenn sich Jeanne und der alkoholranke Olivier, der eigentlich verheiratet ist, wie-

der annähern, so gleicht ihre Reise auf die imaginäre „Insel“, die schon im Titel genannt wird, einer Höllenfahrt. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf, als sich die vier einsamen Herzen zu einem gemeinsamen Abendessen verabreden, bei dem der Alkohol in Strömen fließt und es zu einem Mord kommt.

Dieser Mord wird nicht im klassischen Sinn aufgeklärt, denn die Polizei spielt in den Büchern des düsteren Franzosen keine große Rolle. Inspektor Luneau raucht zwar auch Pfeife, aber ein genialer Detektiv wie Sherlock Holmes ist er nicht.

„Die Insel“ ist nicht so witzig geschrieben wie andere Werke des Autors. Die Geschichte ist sehr düster und ohne Hoffnung. Man würde sie wahrscheinlich nicht als Lektüre auf eine einsame Insel mitnehmen, um beim Lesen Trost zu schöpfen. Sie ist auch nichts für schwache und empfindliche Nerven, sondern eher für ein Publikum geeignet, welches das Entlegene, Ungewöhnliche schätzt. Es gibt immer mehr 600-Seiten-Krimiwälzer nach dem Schema F. Warum nicht mal zu einem Exoten aus einem kleinen Verlag greifen?



Pascal Garnier: „Die Insel“, Septime Verlag, Wien 2025, gebunden, 168 Seiten, 22 Euro

GLÜCKSSACHE

Der Alte Fritz als Lotto-King

Der große Preußenkönig brachte das staatliche Glücksspiel nach Preußen - um die Kassen zu füllen

VON JENS EICHLER

Was haben die Zahlen 193 und 26 Millionen gemeinsam? Auf den ersten Blick nicht sehr viel, auf den zweiten aber umso mehr. Gab es doch im Jahr 2024 immerhin 193 neue Lottomillionäre. Das ist ein wahrer Glücksrekord! Aber im Vergleich dazu waren es rund 26 Millionen Frauen und Männer, die auch versucht haben zu gewinnen, aber leer ausgegangen sind. Sie haben letztendlich mit ihrem Geldeinsatz die Siebprämien der knapp 200 Glückspilze ermöglicht, und dazu die öffentlichen Kassen auf diesem Wege gleich mit subventioniert. Denn auch wenn alle, die an dem Lotto-Glücksspiel teilnehmen, verlieren sollten, gibt es einen, der dennoch immer gewinnt: der Staat.

Und weil das so ist, führte bereits Preußenkönig Friedrich der II, im Volksmund besser als der „Alte Fritz“ bekannt und später mit dem Ehrentitel „der Große“ belegt, das Lottospiel ein. Der Grund dafür war denkbar einfach: Es ging ihm bei der Initiative weniger um Volksbelustigung oder darum, den Untertanen etwas Spaß und Glück zu wünschen. Die eigentliche Ursache für sein Tun war der jämmerliche Zustand seiner Staats- und Kriegskassen, denn beide waren leer. Insbesondere nach dem Sieben-

jährigen Krieg (1756-1763), der nicht nur einen enorm hohen Blutzoll in Preußen gefordert hatte, sondern allen voran ein extrem teures Unterfangen war. So ist und war es bei jedem Krieg – nicht nur die Anzahl der gut ausgebildeten Soldaten, die ihren Militärsold stets pünktlich erhalten sollen, kostet viel Geld. Nein, auch Material aller Art, vom Kriegsgerät bis zur Patrone, von der Muskete bis zur Lanze, vom Panzer bis zum Pferd, Uniformen, Verpflegung, Unterbringung, Transport, Logistik – Krieg kostet halt sehr viel Geld. Damals wie heute. Und ein großer Feldherr, so wie es Preußenkönig Friedrich II. nun einmal war, musste daher stets darauf achten, dass ausreichend Kleingeld im Staatssäckel vorhanden war. Denn an Feinden mangelte es ihm und Preußen damals wahrlich nicht. Ob Frankreich, die Niederlande oder die Dynastie in Österreich – es waren unruhige Zeiten, und man wusste nie, wann man ist. Der Freund von heute konnte der Feind von morgen sein und umgekehrt. Und nach dem Siebenjährigen Krieg, bei dem letztendlich die Herrscherin in Wien, Königin Maria Theresia, das schöne Schlesien von Preußen zurückerobern wollte, konnte sich Preußen zwar behaupten, aber es war ein Sieg ohne Gloria und darüber hinaus hatten diese sieben Jahre den Alten Fritz verdammt viel Geld gekostet.

Was also tun, wenn trotz Sieg und ersehntem Frieden in den Kassen gähnende Leere herrscht? Den Bauern und allen anderen Untertanen noch mehr Steuergeld abknöpfen? So viel, dass diese bald selbst nicht mehr wussten, wie sie ihre Teller und die eigenen leeren Mägen füllen konnten? Klar, als alleiniger und alles bestimmender Herrscher lässt sich das Volk

schnell und leicht erpressen. Aber Friedrich der Große wusste nur zu gut, dass er auf diesem Weg vor allem eins erreicht: das Gegenteil von Loyalität. Vielmehr Zorn, Wut und Verzweiflung, aber sicherlich kein treues, zufriedenes und motiviertes Volk. Schon gar kein loyales Soldatenvolk, dass seinem Herrscher gehorsam und siegeswillig in den Krieg folgt.

Dennoch stand fest: Einer muss die Zeche zahlen. Der Preußenkönig konnte diverse Szenarien drehen und wenden, wie er wollte, das Ergebnis war immer das gleiche: Sein Volk musste blechen. Die letztendlich rettende Idee aber übernahm er von einem klugen Italiener an seinem Hof. Der schon damals über viele Ländergrenzen hinaus bekannte Finanzjongleur Antonio di Calzabigi unterbreitete Friedrich in einem Vier-Augen-Gespräch einen vermeintlich klugen Vorschlag. Das Raffinierte daran: Man kam als Staat an das Geld der Bürger heran – allerdings ohne dass diese etwas davon direkt merkten. Das Zauberwort hieß: Lotterie!

Hoffen auf Reichtum

In italienischer Manier kam Calzabigi aus dem Schwärmen über seine eigene Idee gar nicht mehr heraus. Dieser „Warren Buffett des 18. Jahrhunderts“, der in Sachen Geld so ziemlich jeden Trick, jede Anlagestrategie und jede Verdienstmöglichkeit kannte, versprach dem Preußenkönig gleich in maßloser Übertreibung wahrhaftige Berge voll Geld und ließ sich darüber hinaus für seine Beratung königlich entlohnen. Friedrich II. war zu guter Letzt sogar derart begeistert von dem Schlitzohr, dass er den Italiener zum königlichen Finanz- und Kommerzienrat ernannte, und ihn mit großzügigen, weitgehenden Vollmachten ausstattete – vom üppigen Honorar einmal ganz abgesehen.

Der Preußenkönig wählte sich schon in neuem Reichtum, sah seine Staatskassen regelrecht überlaufen, als er schließlich im Jahr 1763 in Berlin die Preussische Lotterie ins Leben rief. Mit einem königlichen Dekret verkündete König Friedrich II. die Schaffung des staatlichen Zahlglücksspiels. Doch seine hohen Erwartungen blieben über die folgenden Monate mehr und mehr unerfüllt. Ja, sogar Enttäuschung machte sich bei ihm breit.

Bei den preussischen Untertanen allerdings kam die Aktion blendend an. Jeder hielt sich fortan für den nächsten Glückspilz. Die verlockende Aussicht, spätestens bei der nächsten Ziehung der Zahlen, die richtige Kombination getippt zu haben und ab dann in unermesslichem Reichtum schwelgen zu können, ließ die Preußen und allen voran die Berliner regelrecht ihren eigenen finanziellen Spielraum teilweise komplett vergessen. Die Chance mittels Lotterie schnell reich zu werden, ließ sie mehr Geld ins Glücksspiel stecken, als viele überhaupt besaßen.

Auch wenn man mit nur wenigen Groschen bereits mitspielen konnte. Doch auch damals schon galt der Slogan: Je höher der Einsatz, desto höher der Gewinn.

Frauenheld und Finanzakrobat

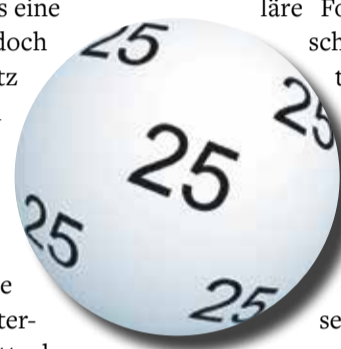
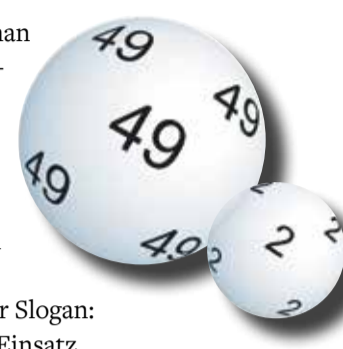
Genau das stachelte aber viele Untertanen des Preußenkönigs an, mehr einzusetzen, als sie in Wahrheit hatten. Bei aller Glücksspiel-Euphorie im Volk erreichten die Umsätze beim Staat lange nicht die Höhen, die sich Preußens Regierung erhofft hatte. Es haperte mal an der Organisation – was gerade für einen Beamtenstaat wie Preußen erstaunlich war –, dann gab es immer wieder Auszahlungsprobleme und selbst Betrug bei Anbietern und Spielern waren an der Tagesordnung. Schließlich kam die Idee auf, neben Geld- auch Sachgewinne zu verlosen. Das aber gefiel dem Alten Fritz ganz und gar nicht. Auf den Vorschlag einer adligen Hofdame, als Prämie der Lotterie auch Taft, Tüll und Leinen einzusetzen, soll der Monarch in seiner bekannt wortgewaltigen, drastischen Art geantwortet haben: „Ob sie meint das ich so einfeltig bin nicht zu merken das sich Kauffleut hinter ihr gestochten haben um mit Taft die Contrebande zu machen? Sie möge mir mit solchen unbesonnenen Bitten verschonen oder ich würde sehr übele Opinion von ihr haben!“

Nur ein Jahr später kam es erneut zu einer ebenso bemerkenswerten wie entscheidenden Begegnung. Wieder mit einem Italiener, wieder mit einem Finanzakrobat und einem Lebemann von Welt und Ruf: Der berühmte Frauenheld Giacomo de Casanova besuchte den König, flanierte mit ihm 1764 im intensiven Gespräch vertieft durch die prächtigen Gärten von Schloss Sanssouci und versuchte ihn von seinen Konzepten zur Sanierung des Staatshaushaltes zu überzeugen. „Sondervermögen“ und andere Schummeleien gab es damals ja noch nicht. Auch das Thema Lotterie wurde eingehend besprochen. Auf den Einwand König Friedrichs hin, er habe bereits eine Lotterie in Preußen eingeführt, doch diese werfe nicht halb so viel Umsatz und Geld in die leeren Staats- und Kriegskassen, wie man ihm vorausgesagt habe, konnte Casanova nur mild lächeln. Der gewiefte Italiener hatte nämlich auch für diese Misere die passende Lösung parat. Eine, die er sich bei der Herrscherin von Österreich abgeschaut hatte. Denn statt als „Lotto-Unternehmer“ aufzutreten und die Geschicke des Glücksspiels zu lenken sowie selbst ins finanzielle Risiko zu gehen, hatte Königin Maria Theresia klug die Lizenz am Lotteriegeschäft

verpachtet. Sie kassierte nur noch. Ein Vorschlag, der Friedrich den Großen begeisterte. Auch, als Casanova, den der Preußenkönig für einen cleveren Steuerfachmann hielt, ihm seine drei Arten der Besteuerung von Gütern erklärte. Die erste sei ruinös, die zweite leider notwendig und die dritte „stets exzellent“, wie der Frauenheld erklärte. „Die ruinöse Besteuerung, Sire, ist die, die der Monarch seinen Untertanen auferlegt mit dem einzigen Ziel, seine Kassen aufzufüllen ... denn sie zerstört den Geldumlauf, die Grundlage des Handels und die Stütze des Staates!“ Die „notwendige Art“ sei hingegen

die „populäre Form der Steuern“ schließlich, den Leuten klug das Geld aus der Tasche zu ziehen, bezeichnete der smarte Italiener als „allzeit exzellent“, da der König einerseits den Untertanen zwar Geld nimmt, es anderen gibt, indem er nützliche Unternehmungen fördert und Verordnungen erlässt, die geeignet sind, den Wohlstand aller zu mehren. Casanova zählte dazu auch ausdrücklich die Institution des staatlichen Glücksspiels. Denn bei einer Lotterie kann der König statistisch gesehen nur „in einem von zehn Fällen“ verlieren, steht somit aber neun Mal als Sieger dar. Friedrich war begeistert und wollte den weltgewandten Italiener zum Lehrer an seiner Ritterakademie in Berlin machen. Aber 600 Taler Honorar erschienen Casanova zu mickrig und er lehnte ab. Der Preußenkönig war leicht pikiert, und daher bot er nicht Casanova, sondern Calzabigi die Lizenz der Lotterie an. Dieser verpflichtete sich zur jährlichen Zahlung von satten 75.000 Talern pro Jahr als „Pachtschilling“. Friedrich kündigte im ganzen Reich lauthals an, die Einnahmen primär zum Wohl der Allgemeinheit nutzen zu wollen. Von wegen – vielmehr landeten stattdessen alle Gewinne in der Kriegskasse.

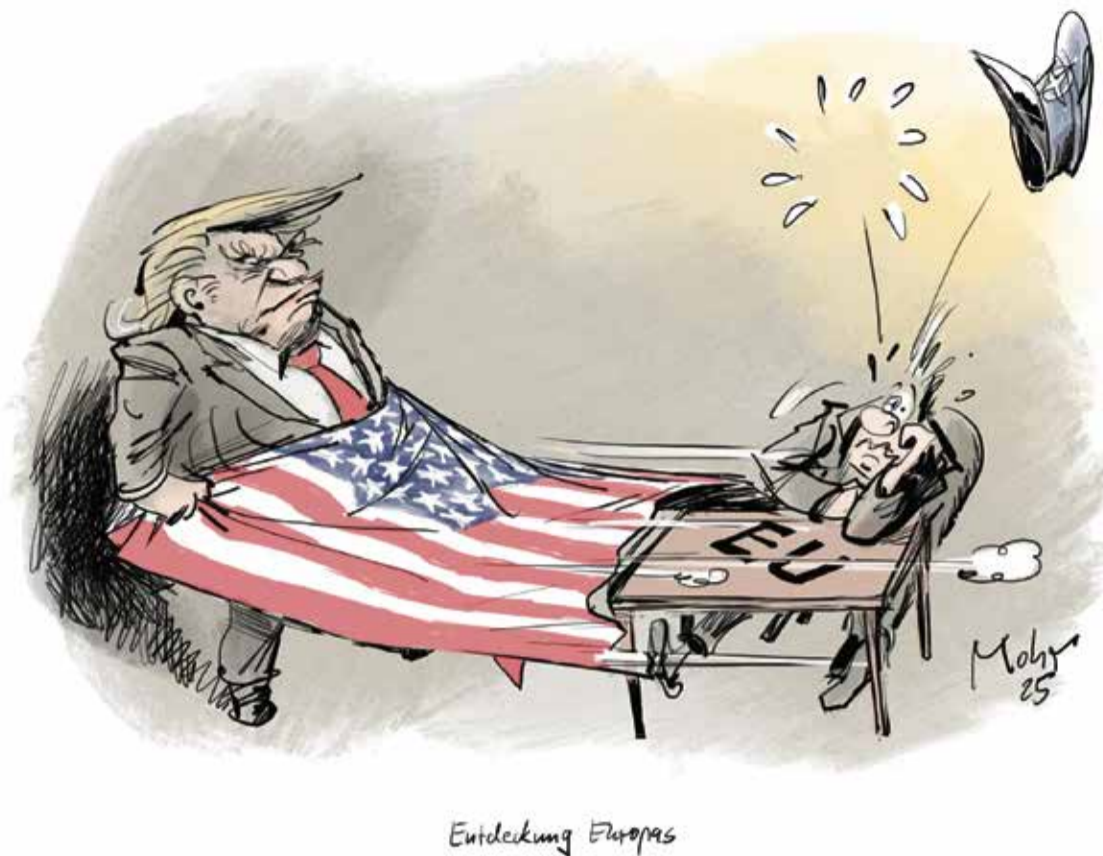
Klassischer Wortbruch à la CDU-Merkel könnte man sagen – allerdings 1764 statt 2025. Eines aber fällt auf: Beide heißen Friedrich!



Preußenkönig Friedrich der Große war ein schlauer Feldherr – ebenso klug versuchte er die Staatskasse im Plus zu halten. Die rettende Lotto-Idee hatte nicht er, sondern ein berühmter Italiener Bild: mauritius images / Ian Dagnall Computing / Alamy Stock Photos; mauritius images / artpartner

● **AUFGESCHNAPPT**

Die pauschale Behauptung, Einwanderung mache Deutschland „reicher“, wagt kaum noch jemand in dem Mund zu nehmen – von ganz Unbelehrbaren vielleicht abgesehen. Inwieweit die Folgen falscher Einwanderungspolitik Deutschland stattdessen belasten und also ärmer machen, tritt dagegen immer stärker ins Blickfeld. Auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer kam heraus, dass von etwa 2,8 Millionen Arbeitslosen knapp 1,1 Millionen keinen deutschen Pass besitzen. Von den 1,7 Erwerbslosen mit deutscher Staatsbürgerschaft hatten zudem rund 0,4 Millionen einen Migrationshintergrund. Von den 881.000 Langzeitarbeitslosen darunter waren 458.000 „Zuwanderer oder Kinder von Zuwanderern“, also mehr als die Hälfte. Springer kritisierte gegenüber der „Bild“-Zeitung die dauernd zu hörende Behauptung, die Zuwanderung sei ein gutes Mittel gegen den deutschen Fachkräftemangel. Denn auch die Qualifikation der zugewanderten Arbeitslosen liegt im Schnitt weit unter der der einheimischen Erwerbslosen. **H.H.**



Entdeckung Europas

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Der langjährige frühere ZDF-Journalist Wolfgang Herles („aspekte“, „Bonn direkt“) kritisiert im „Focus“ (4. April) den Niedergang der politischen Kultur:

„Als Skeptiker zu gelten, war in der guten alten Bonner Republik noch ein Prädikat. Heute ist es fast ein Schimpfwort. Skeptiker gelten als Leugner – Klimaleugner, Covidleugner, EU-Gegner. Natürlich ist das Unsinn. Das Meinungsklima hat sich verändert, die politische Kultur hat Schlagseite.“

Der Schauspieler und Komiker Dieter Hallervorden wird angeprangert, weil er in der ARD-Jubiläumsshow „Negerkuss“ und „Zigeunerschnitzel“ gesagt hat. Dazu äußert er sich auf Instagram (5. April):

„Woke Menschen von heute versuchen ängstlich, nicht aus der Reihe zu tanzen, befolgen akribisch alle SocialMedia Gebote, um keine Likes aufs Spiel zu setzen und verstehen keine Satire mehr, weil Satire aus Angst vor Missverständnissen nicht mehr vorkommt.“

Hamburgs Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) meint im „Hamburger Abendblatt“ (4. April), dass die bisherige Ausgrenzung die AfD nur stärker mache – mit absehbaren Folgen:

„Lassen Sie mich einfach nochmal meine Sorge formulieren: Ich befürchte, dass wir eines Tages vor einer ungewollten Zwangsläufigkeit stehen und die AfD sogar als führende Regierungspartei akzeptieren müssen.“

Der bekannte Schauspieler Jan Josef Liefers versteht die Schwerpunktsetzung der deutschen Politik nicht mehr, wie er der „Bild“-Zeitung (7. April) gestand:

„Wir können jedes Jahr unser Geschlecht ändern, haben Diversität und Pronomen, aber nicht genug Wohnraum für die Menschen im Land. Besonders wenn ihnen die Kohle fehlt. Als hätte die Politik vergessen, ihre Grundaufgaben zu erledigen.“

Der Energie-Experte und Ex-SPD-Politiker Fritz Vahrenholt macht bei „nins“ (7. April) auf einen wichtigen Zusammenhang aufmerksam:

„Deutschlands außergewöhnlich hoher Wohlstand hatte nicht zuletzt seine Ursache in dem hohem Kernenergieanteil und später in der besonders preiswerten Erdgasversorgung durch Pipelinegas aus Russland. Insofern war der grüne Ansatz die Kernenergie zu zerstören immer auch eine antiindustrielle Politik.“

● **WORT DER WOCHE**

„Viele von diesen Wählern wollen nur, dass die bürgerliche Politik wieder so wird, wie sie einmal war. Sie sehnen sich nicht nach Adolf Hitler, sondern nach Helmut Kohl.“

Gabor Steingart in seinem Blog „The Pioneer“ am 2. April zu den Motiven der AfD-Wähler

DER WOCHENRÜCKBLICK

Hilfe von Trump

Warum der US-Präsident plötzlich wie ein Linker redet, und wie die deutsche Politik das nutzen wird

VON HANS HECKEL

Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ lautet eine alte Weisheit, die man in Deutschland spätestens vor 20 Jahren ins Klo gespült hat. Es war ausgerechnet ein Sozialdemokrat, der sich als letzter noch darauf besinnen wollte, Gerhard Schröder mit seinen Hartz-Reformen nämlich. An denen war sicherlich einiges auszusetzen, aber insgesamt haben sie den Laden damals wieder flottgemacht.

Danach hatten wir nur noch Zeit, und das Geldausgeben nahm kein Ende mehr: Für Sozialgeschenke und ungezügelter Einwanderung, für die „Energiewende“ und „Demokratieförderung“ und – immer eifriger dabei – für eine auswuchernde Bürokratie, die das Wirtschaftsleben von allen Ecken her erdrosselt. Den Rest erledigen Deutschlands weltweit höchste Steuern und Energiepreise

Dann kam die Not: Erst die Pandemie und dann der Krieg und die Sanktionspolitik. Da wir nichts gespart und die Wirtschaft erdrosselt hatten, haben wir Schulden gemacht, als „Wiederaufbaufonds“ oder „Sondervermögen“ getarnt. Mit der Verschrottung der Schuldenbremse soll das jetzt noch mal verschärft weitergehen.

Blöd nur: Gegen Donald Trumps eisernen Zoll-Stock könnten wir eine starke Wirtschaft mit einer günstigen Energieversorgung, niedriger Bürokratiebelastung und wettbewerbsfähigen Unternehmenssteuern jetzt besser gebrauchen denn je. Nur leider hat es der deutschen Politik gefallen, all das zielgenau und „nachhaltig“ derart zu rampolieren, dass wir jetzt ganz schön belämmert aus der Wäsche gucken – die Zeit ist verstrichen, die Not ist gekommen und sie erwischt uns nackt im Wind.

Wobei einem die Empörung von links über Trumps Attacke schon komisch vorkommt. Erinnern Sie sich an das „Chlorhühnchen“. Das anscheinend brandgefährliche US-amerikanische Geflügel brachte es vor zehn Jahren zum Wappentier der Bewegung gegen das nordatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Waren Leute, die jahrzehntelang bedenkenlos ihre Runden durch chlorengereinigte Schwimmbecken gedreht hatten, der Meinung, das chlorengereinigte Hühnchen ihnen unabsehbare gesundheitliche Schäden zufügen würden? Iwo, den Linken ist Freihandel an sich verdächtig, der Vogel war bloß vorgeschoben. Egal: Die Attacken gegen TTIP

waren jedenfalls so erfolgreich, dass die USA das Vorhaben im Jahr 2017 beerdigt haben. Wer war da noch gleich Präsident im Weißen Haus? Genau! Müssten ihm die linken Gegner des freien Welthandels nicht heute noch dafür dankbar sein?

Als Rechtfertigung für seinen Zollkrieg fuchtelt Trump mit allerhand Berechnungen herum. Doch wer den Zahlen-Firlefanz beiseite schiebt, erkennt einen Kern seines Unwohlseins, der verblüffend an eigentlich linke Ideologien erinnert. In dieser linken Welt-sicht erscheint freier Welthandel nur als ein heimtückisches Instrument kapitalistischer Ausbeutung. Da klingt der US-Präsident doch ganz ähnlich, oder? Nur dass der große Blonde als Opfer dieser Ranküne nicht den „globalen Süden“ oder andere Lieblings-Bubis der Linken sieht, sondern seine USA.

Überhaupt sprechen Linke stets von „sozial benachteiligt“ und „sozial privilegiert“, wenn sie Unterschiede beim wirtschaftlichen Erfolg von Menschen oder Ländern im Wettbewerb sehen. Denn Ungleichheit können die Genossen immer nur als Folge von Ungerechtigkeit deuten.

„Trump's Zölle“ statt „Putins Krieg“

Wie es aussieht, ist Trumps Denke da überraschend nah dran. Denn dass viele US-Konsumenten lieber einen deutschen Premiumwagen kaufen als das Produkt der US-Konkurrenz, ist für ihn nichts als die Folge einer entsetzlichen Ungerechtigkeit. So betrachtet wählen markenbewusste amerikanische Autofahrer nicht deshalb gern einen Mercedes oder BMW, weil die deutschen Hersteller es geschafft haben, sich ein glänzendes Image zu erarbeiten. Oder weil die Dinger einfach besser sind. Nein, das kann nur an der ruchlosen Rücksichtslosigkeit der Deutschen liegen, welche die USA „brandschatzen“ und „ausplündern“ mit ihren hinterhältig attraktiven Produkten.

Das ist eben das linke „Narrativ“: Nicht Fleiß, Talent und eine Prise Glück machen den Unterschied, sondern Ausbeutung und Diskriminierung, basta. Daher ist selbst der Bürgergeldempfänger, der nicht arbeiten will, schrecklich „sozial benachteiligt“ gegenüber seinem alten Schulkameraden, der jeden Morgen malochen geht, um das Bürgergeld des anderen zu erwirtschaften. Schließlich hat Letzterer ja mehr Geld.

Und da diese Ungerechtigkeit nicht unge-sühnt bleiben darf, muss der Staat mit aller

Konsequenz eingreifen, bis der Erfolgreiche von seinem Erfolg nichts mehr hat. So scheint es auch Trump zu sehen, dem es am liebsten wäre, wenn er den Deutschen gleich deren gesamte Autoindustrie abpressen könnte, wie er ganz offen verkündet hat.

Und da haben wir den Trump bislang immer als „Rechten“ gesehen! Der US-Ökonom und frühere Vize-Finanzminister Brent Neiman klagt, Trump habe ihn völlig falsch verstanden. Auf seinen Untersuchungen beruhen die Zoll-Schläge des Präsidenten, so Neiman, nur habe er das nie so gemeint, wie Trump es jetzt umsetze. Selbst Elon Musk rotiert und hat versucht, seinen Staatschef zum Einlenken zu bewegen. Vergebens.

Ist denn nun alles schwarz in schwarz und nirgends ein Lichtblick? Nein, nein – selbstverständlich gibt es den. Nach „der Pandemie“, der „Klimakrise“ und zuletzt „Putins Krieg“ gehen unseren Regierungskünstlern nämlich langsam die Ausreden aus, mit denen sie die Folgen ihres eigenen, wirklich fulminanten Versagens auf „Notlagen“ schieben können, die sie nicht verschuldet hätten.

Robert Habecks Anhänger huldigen ihrem Idol gar als „besten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik“, weil er in schlimmer Lage Schlimmeres verhindert habe. Ausgerechnet er, der in Wahrheit wie eine Planierraupe durch die deutsche Wirtschaftslandschaft gebrettert ist.

Unsere leise Hoffnung, dass es mit Habecks Nachfolgern besser würde, hat ja schon einige tiefe Kratzer abbekommen. Der versprochene „Politikwechsel“ schrumpft vor den Augen der entgeisterten Wähler zum reinen Personalwechsel.

Da kommt es für das neue Personal mit den alten Fehlern doch ausgesprochen gelegen, dass es sein Versagen künftig mit dem prachtvollen Nebelgeschütz „Trump's Zölle“ unsichtbar machen kann – statt nur mit den alten Hüten wie Pandemie, Klima oder Krieg. Wenn also demnächst die verschimmelte Decke der vergammelten Schul toilette einkracht? „Trump's Zölle“ haben die Materialkosten für die Renovierung unerschwinglich gemacht! Und wenn ein Mittelständler an Umweltauflagen und Bürokratie verreckt ist? „Trump's Zölle“ haben ... ähm ... ach, da fällt uns schon irgendetwas ein. Phantasie muss man haben.

Denn wenn die Politik auch für keinerlei Not vorgesorgt hat, so macht sie sie dennoch immer wieder erfinderisch, die Not.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de



PAZ-SPEZIAL

Jubiläumsausgabe

Sonderveröffentlichung
Preussische Allgemeine Zeitung
Freitag, 11. April 2025 – 2,00 €



Am 5. April 1950 erschien die erste Ausgabe des Ostpreußenblatts in einer fast schon magazinartigen Aufmachung. 75 Jahre später erscheint das Blatt multimedial als Preussische Allgemeine Zeitung



75 Jahre Zeitung für Deutschland

Im April 1950 erschien die erste Ausgabe des „Ostpreußenblatts“. Es war der Auftakt zu einem besonderen Kapitel deutscher Presse- und Mediengeschichte.

Zum Geleit

EDITORIAL

IN DIESER AUSGABE

Wie alles begann

Die Anfänge einer besonderen Stimme in der deutschen Presselandschaft
Seiten 3 bis 5

Schicksal der Entwurzelten

„Das Ostpreußenblatt“ als publizistisches Forum der deutschen Heimatvertriebenen
Seiten 6 bis 11

Streitbar gegen die Teilung

Wie diese Zeitung am Ziel der staatlichen Einheit festhielt, als dies längst nicht mehr populär war
Seiten 12 bis 15

Nation in einem vereinten Europa

Das Streiten für die Idee des demokratischen Nationalstaats im Zeitalter der Globalisierung
Seiten 16 bis 20

Preußisches Feuilleton

Große Landschaften und große Namen – betrachtet von ebenso großen Autoren
Seiten 21 bis 24

Vom Organ der Ostpreußen zur Zeitung für Deutschland

RENÉ NEHRING

Flüchtlinge einmal anders gesehen.“ Mit dieser Artikelüberschrift auf Seite 2 – auf der Titelseite war eine andere Geschichte weiter hinten angekündigt – begann vor nunmehr 75 Jahren ein besonderes Kapitel der deutschen Presse- und Mediengeschichte. Am 5. April 1950 erschien in Hamburg mit 48 Seiten die erste Ausgabe der Zeitung *Das Ostpreußenblatt*. Rund zwei Wochen zuvor war eine „Probenummer“ erschienen, in der die Notwendigkeit eines eigenen „Organs der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.“, so der Untertitel, erläutert wurde.

Die weiteren Schlagzeilen der ersten Ausgabe wie „Zonengrenze wider Menschenrecht“, „Schadensfeststellung noch in diesem Jahr“, „Im Niemandsland vor dem Lager Friedland“ oder auch „Als Speicharbeiterin in Königsberg“ zeigten bereits die Grundzüge des ganzen Themenspektrums der Anfangszeit. Der Anspruch, Themen „anders“ – also aus einer besonderen Perspektive heraus – zu sehen, wurde schnell zu einer Grundhaltung der neuen Zeitung.

Stimme der Heimatlosen

In der westlich ausgerichteten Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre war *Das Ostpreußenblatt* vor allem eine Stimme der Flüchtlinge, Heimatvertriebenen und Aussiedler aus dem deutschen Osten. Die Beiträge widmeten sich deren Schicksalen und sozialen Nöten; sie halfen bei der Erfassung und Zusammenführung von auf der Flucht getrennten Familien; sie gaben Orientierung bei der Integration in eine für sie fremde Welt. Und natürlich thematisierte die Zeitung auch die politischen Forderungen der ostdeutschen Landsmannschaften, vor allem bei damals heiß diskutierten Themen wie dem sozialen Wohnungs- und Siedlungsbaun, den Kriegsrenten und dem Lastenausgleich.

Eine wichtige Aufgabe des Blatts war auch die Bewahrung der ostpreußischen Identität. Wo die Landsleute aus dem Osten in ihrem Alltag nun von Bayern, Hannoveranern, Hessen, Holsteineren, Rheinländern, Schwaben oder Westfalen umgeben waren, wurde *Das Ostpreußenblatt* zu einer ideellen Ersatzheimat. Artikel, Geschichten und Gedichte über das Kurische und das Frische Haff, über grandiose Landschaften wie Masuren und die Rominter Heide, über das Leben der Bürger, Bauern und Fischer an Alle, Pregel, Deime, Memel oder Passarge, über die Burgen des Deutschen Ordens und die Herrenhäuser des preußischen Adels sowie nicht zuletzt über die kulturellen Leistungen großer Denker wie Nikolaus Kopernikus und Immanuel Kant hielten die Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristall’nen Seen“ wach.

Streitbar gegen die deutsche Teilung

So wie sich im Laufe der Zeit die Lage der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen veränderte, so wandelte sich auch der Charakter des *Ostpreußenblatts*. Zu Beginn der 1970er Jahre waren die größten Nöte der Nachkriegszeit überwunden. Die meisten Ost- und Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburger, Schlesier, Sudeten- und Auslandsdeutschen hatten zwar keine neue Heimat, aber immerhin ein neues Zuhause und eine Arbeit gefunden. Die sozialen Themen der Anfangsjahre verloren an Bedeutung.

Dafür rückten nun deutschlandpolitische Grundsatzzfragen in den Vordergrund. Hatten in der Frühphase der Bundesrepublik die Vertriebenen und ihre Verbände noch die volle Solidarität der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft erfahren, so änderte sich dies mit der „Neuen Ostpolitik“ der sozialliberalen Bundesregierung zu Beginn der siebziger Jahre. Und hatten bis eben noch alle Parteien von rechts bis links Aussagen wie „Dreigeteilt niemals“, „Das ganze Deutschland soll es sein“ oder „Verzicht ist Verrat“ gefordert, so wechselte die Bundesrepublik mit dem Amtsantritt von Kanzler Willy Brandt schlagartig ihren Kurs. Im Fokus der offiziellen Politik stand nun die Anpassung an die „Realitäten der Nachkriegszeit“, was vor allem die Akzeptanz der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und das Einrichten auf die Existenz zweier deutscher Staaten meinte.

Wer fortan weiter an die Widernatürlichkeit der Teilung des Landes und die noch immer bestehende

Forderung aus der Präambel des Grundgesetzes, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, erinnerte, galt schnell als „kalter Krieger“ und „Ewiggestriger“. *Das Ostpreußenblatt* erhob dennoch Woche für Woche seine Stimme und wirkte so an der Erfüllung des obersten Auftrags unserer Verfassung mit. Als Ausdruck dieser Haltung wie auch angesichts einer längst erfolgten Erweiterung seines Themenspektrums änderte es mit der Ausgabe vom 7. April 1973 den Untertitel in „Unabhängige Zeitung für Deutschland“. Den Aufmacher jener Ausgabe schrieb kein geringerer als der nachmalige Bundespräsident Karl Carstens, der dafür plädierte, am Ziel der staatlichen Einheit festzuhalten und im Zeichen der Entspannung nicht zu vergessen, dass Millionen Landsleute noch immer in Unfreiheit lebten.

Für ein Europa freier Nationen

Wer die Seiten des *Ostpreußenblatts* aus jenen längst vergangenen Tagen heute unvoreingenommen liest, findet den von Kritikern erhobenen Vorwurf des „Revanchismus“ keineswegs bestätigt. Vielmehr finden sich dort unzählige Bekenntnisse zu einem Europa freier Nationen, in dem allerdings auch die Deutschen ihr Recht auf Selbstbestimmung haben sollten. Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition wurde nicht grundsätzlich abgelehnt, jedoch dafür kritisiert, dass eine Bundesregierung wesentliche Forderungen aufgab, ohne von den kommunistisch regierten Nachbarstaaten angemessene Gegenleistungen zu erhalten.

Prominente Gesprächspartner und Autoren jener Zeit waren neben den Vertretern der ostdeutschen Landsmannschaften wie Herbert Hupka, Herbert Czaja oder Philipp von Bismarck auch führende Politiker wie der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl, der vormalige Postminister und spätere Bundestagspräsident Richard Stücklen, der frühere Ministerpräsident, Bundesminister und ebenfalls Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassell, der Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Heinrich Windelen sowie der Europaabgeordnete Otto von Habsburg.

Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ und die damit verbundene Öffnung der Landschaften östlich von Oder und Neiße 1989/91 sorgten für eine abermalige Veränderung des Charakters dieser Zeitung. Dass die Heimat wieder frei zugänglich war, schlug sich nun in unzähligen Berichten über Reisen zu den Stätten der Kindheit, über Hilfstransporte und Wiederaufbauprojekte für während der kommunistischen Zeit verfallene Kirchen nieder. Besonders bewegend waren die Schilderungen über das Schicksal der in der Heimat verbliebenen Landsleute, vor allem der „Wolfskinder“.

Zu neuen Ufern

In jenen Jahren wurde zudem offenbar, dass sich unter den Ostpreußen wie auch unter den Lesern ihrer Zeitung längst ein Generationenwechsel vollzogen hatte. Die Zahl derjenigen Landsleute, die das alte Ostpreußen noch bewusst als Kind oder junge Erwachsene erlebt hatten, wurde immer weniger. Um neue Zielgruppen ansprechen zu können und so den Bestand der Zeitung zu sichern, leiteten die Landsmannschaft Ostpreußen als Herausgeberin und die Redaktion ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre einige grundlegende Veränderungen ein. 1997 erhielt das *Ostpreußenblatt* einen ersten Internetauftritt, und die gelegentliche Beilage *Preußische Zeitung* erweiterte die Vielfalt der Beiträge. Technische Innovationen waren die Einführung des Farbdrucks sowie die Umstellung auf das größere Rheinische Format. Der wohl größte

Schritt war dann zu Ostern 2003 die Umbenennung in *Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ)*, wobei der ursprüngliche Name im Untertitel und im Inneren als ostpreußischer Lokalteil erhalten blieb.

Mit der Namensänderung vollzog sich auch eine abermalige Erweiterung des Themenspektrums. Die PAZ setzte sich fortan noch stärker mit dem politischen Alltag auseinander. So prangerte sie unter anderem die steigende Staatsverschuldung an, kritisierte die Verlagerung grundlegender Kompetenzen von den demokratischen Nationalstaaten hin zur Europäischen Union und warnte vor den Folgen einer ungesteuerten Zuwanderung. Dennoch blieb die Zeitung auch unter dem neuen Namen ihren Wurzeln treu und erinnerte weiter an das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten wie auch an das kulturelle Erbe der Landschaften östlich von Oder und Neiße. Ein Beleg dafür ist die Eingliederung der *Pommerschen Zeitung* als feste wöchentliche Seite ab Juni 2018.

Im Dezember 2019 erhielt die PAZ ihr heutiges Layout. Wenige Monate später folgte zum 70. Geburtstag im April 2020 unter der neuen URL „paz.de“ ein vollständig überarbeiteter Internetauftritt, sodass die Leser ihre Zeitung nun jederzeit überall auf der Welt beziehen können – entweder klassisch gedruckt auf Papier oder digital auf PC, Laptop, Tablet und Smartphone.

Zwei Großkrisen haben zuletzt das politische Geschehen bestimmt – die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg. In beiden Fällen wich die PAZ vom Meinungs-Mainstream erheblich ab. So berichtete sie schon im Februar 2020 (!), dass das Coronavirus wahrscheinlich aus einem chinesischen Labor stammte und setzte seitdem immer wieder Fragezeichen hinter staatliche Maßnahmen, die sich längst als wirkungslos erwiesen haben. Und in Sachen Ukrainekrieg vertrat sie die Ansicht, dass trotz aller Empörung über den russischen Angriff nur Verhandlungen zu einem Frieden führen werden. In beiden Krisen wird diese Linie nun bestätigt: in Sachen Corona durch immer neue Enthüllungen und in Sachen Ukraine durch die Annäherung zwischen Russen und Amerikanern, die zwar noch nicht zu einem Friedensvertrag geführt hat, aber nach drei Jahren des Krieges immerhin ein erster Lichtschein am Horizont ist. Beispiele wie diese zeigen, dass eine nicht nur materiell, sondern von ihrer ganzen inneren Einstellung her unabhängige publizistische Stimme noch immer und auch weiterhin gebraucht wird.

Zu dieser Beilage

Die vorliegende Sonderveröffentlichung möchte einen kleinen Eindruck von der Entwicklung der letzten 75 Jahre vermitteln. Neben einem Rückblick auf die Anfänge vereint sie einige markante Artikel, die den Weg von *Ostpreußenblatt* und PAZ durch die Zeitläufte illustrieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei einem Dreivierteljahrhundert ununterbrochenen Erscheinens viele Ereignisse und Themen wie auch gewichtige Wortmeldungen von bedeutenden Autoren dazu leider keine Berücksichtigung finden konnten.

Insofern sind die nachfolgenden Beiträge auch nicht „die wichtigsten“ oder „die besten“ Texte aus 75 Jahren, sondern lediglich Schlaglichter eines besonderen Kapitels deutscher Pressegeschichte. Weitere, noch heute lesenswerte Artikel werden im Jubiläumsjahr auf der Webseite „paz.de“ veröffentlicht. Bei der Übernahme der Texte hat sich die Redaktion dafür entschieden, die jeweils originale Schreibweise möglichst beizubehalten. Manchmal wurden – wo es sie ursprünglich nicht gab – Zwischenüberschriften gesetzt, um „Bleiwüsten“ zu vermeiden. Auch bei der Auswahl der Bilder wurden möglichst die Originalmotive verwendet und nur dort, wo der ursprüngliche Text keine Bebilderung hatte, neue Fotos herausgesucht.

Herausgeber, Redaktion und alle Mitarbeiter der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wünschen Ihnen nun eine anregende Lektüre.

Herzlichst
Ihr

René Nehring
Chefredakteur

Der Anspruch, Themen „anders“ – also aus einer besonderen Perspektive heraus – zu sehen, wurde schnell zu einer Grundhaltung der neuen Zeitung

PAZ-SPEZIAL

Eine Sonderveröffentlichung der
Preußischen Allgemeinen Zeitung

IMPRESSUM

Redaktion: René Nehring (Chefredakteur und V.i.S.d.P.) Chef vom Dienst: Jens Eichler, Harald Teus

Verlag und Herausgeber:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Geschäftsführer: Dr. Sebastian Huxen

Anschrift von Verlag und Redaktion:

Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1,

24782 Büdelsdorf.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Wie alles begann

Vor 15 Jahren blickte eine unvergessene Autorin von Ostpreußenblatt und PAZ, die von Beginn an mitgearbeitet hatte, auf die Anfänge dieser Zeitung zurück. Zum 75. Jahrestag veröffentlichten wir den Beitrag leicht gekürzt noch einmal.

VON RUTH GEEDE

Ein Jubiläum ist mehr als ein Besinnen auf das Erreichte, Dankbarkeit für das trotz mancher Widerstände erhalten Gebliebene und die Verpflichtung für ihr Bewahren in einer noch ungewissen Zukunft. Man sieht erst beim Abschreiten der zurückgelegten Strecke, wie lang der Weg ist und welche Schwierigkeiten zu meistern waren.

Unsere alten, treuen Bezieher, die seit der ersten Stunde dabei sind, haben das Ostpreußenblatt beziehungsweise die Preußische Allgemeine Zeitung auf ihrem langen Weg begleitet. Für unsere neuen Leser wird es interessant sein, dass diese Wochenzeitung auf eine Geschichte zurückblicken kann, wie sie nicht viele deutsche Presseorgane vorweisen können. Das liegt an dem guten Fundament, auf dem sie einst gegründet wurde, und das heißt „Ostpreußen“. Und als Ostpreußenblatt erschien sie am 5. April 1950 in dem damals noch dünn besetzten Pressespiegel der erst kurz zuvor gegründeten Bundesrepublik Deutschland, ein Titel, den sie noch heute unter dem Mantel der PAZ trägt.

Anfänge aus einem tiefen Krater der Unwissenheit

Wenn man rückblickend sagen würde, sie füllte damals eine klaffende Lücke aus, dann wäre das nicht richtig. Das Gegenteil war der Fall: Sie wuchs aus einem tiefen Krater der Unwissenheit über das Schicksal von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. Durch ein striktes Verbot unterbanden die Besatzungsmächte bis zum Jahr 1947 jegliche Vereinigung von Deutschen, die im Osten ihre Heimat verloren hatten.

Die Geburtsstunde der Landsmannschaft Ostpreußen schlug am 3. Oktober 1948 in der Hamburger Elbschlossbrauerei, am 8. März 1950 erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg. Es erwies sich als notwendig, der Landsmannschaft ein Verbandsorgan in die Hand zu geben, das zugleich Organisationshilfe wie Plattform für die Zusammenfindung der Vertriebenen war. Es hatte schon vorher einige Publikationen gegeben; aber unliebsame Umstände, die sogar zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führten, zwangen dazu, eine neue Zeitung als einziges Verbandsorgan herauszubringen. Allerdings gab es auch Skeptiker, die einer Vertriebenenzeitung kein langes Leben voraussagten.

Aber bereits im März 1950 erschien eine Probenummer mit dem Titel *Das Ostpreußenblatt* und dem Wappen mit der Elchschaufel – Schriftzug und Emblem sind bis heute geblieben! In jener Testausgabe gibt der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Ottomar Schreiber, der Hoffnung Ausdruck, „dass das Ostpreußenblatt uns auf einen Weg begleiten wird, der gekennzeichnet ist durch ein immer engeres Zusammenrücken der Glieder unserer ostpreußischen Schicksalsgemeinschaft und durch eine nachhaltige Besserung der Lage der Heimatvertriebenen in Westdeutschland“.

Erfolgreicher Testlauf

Die Probenummer zeigte erste Beiträge zu diesen Themen wie einen Bildbericht aus dem Lager Friedland, wo der erste Zug aus den polnisch besetzten Ostgebieten eingetroffen war – allerdings aus Schlesien, nicht, wie erhofft, aus Ostpreußen –, Informationen über neue Gesetze, Berichte aus der Arbeit der Landsmannschaft und der örtlichen Zusammenschlüsse, aber auch kulturelle Beiträge



Mythos Baracke: Der erste feste Sitz der Landsmannschaft Ostpreußen und ihrer Zeitung

Foto: Archiv

Allen Skeptikern zum Trotz

Die Anfänge des Ostpreußenblatts unter den schweren Bedingungen der Nachkriegszeit

von ostpreußischen Autoren und den Bericht einer Königsbergerin, die als Speicherarbeiterin unter den Russen geschuftet hatte und somit authentische Informationen über diese ersten Nachkriegsjahre in der besetzten Stadt vermitteln konnte. Der nächste Teil ihrer Erlebnisse sollte dann in der ersten offiziellen Ausgabe der Zeitung erfolgen, eine Fortsetzungsgeschichte also – vielleicht trug dies dazu bei, dass die Nr. 1 dann nicht im geplanten Umfang von 32, sondern mit 48 Seiten erschien. Der 5. April 1950 wurde dann zur offiziellen Geburtsstunde des Ostpreußenblattes.

Die Erstausgabe hielt, was die Probenummer versprochen hatte: Sie zeigte sich als Spiegel und Sprachrohr der Schicksalsgemeinschaft der vertriebenen Ostpreußen und als Bewahrer der Geschichte und Kultur der Heimat mit Beiträgen bekannter Schriftsteller und Historiker. Als einziges Organ der Landsmannschaft informierte das Ostpreußenblatt seine Leser über die bisher geleistete Arbeit und die aktuellen Probleme der Flüchtlinge. Es erwies sich aber auch schon als Sammelbecken der Suchwünsche, denn die meisten Familien mussten Vermisste und Verschleppte beklagen. Und so begann das große Suchen unter dem Titel: Vermisst, verschleppt, gefallen!

Arbeit auf kleinstem Raum

Keiner kann sich heute die organisatorischen und räumlichen Schwierigkeiten vorstellen, unter denen die Realisierung überhaupt ermöglicht wurde. Geschäftsstelle wie Redaktion und Vertrieb waren in den Wohnräumen der Verantwortlichen untergebracht. In der Einzimmerwohnung des Geschäftsführers der Landsmannschaft, Werner Guillaume, waren bis zu acht Mitarbeiter tätig, was auch bei seiner sonst so ruhigen Ehefrau Magdalena – kurz „die Landesmutter“ genannt – die Nerven blank legte. Der Vertrieb der Zeitung befand sich ebenfalls in der Privatwohnung des zuständigen Leiters C. E. Gutzeit, einschließlich des Kellers, aber nicht mehr lange. Kurz bevor die Nr. 1 erschien, war die Landsmannschaft in eine Holzbaracke gezogen, die mitten in einer Trümmerlandschaft unweit der Außenalster am Berliner Tor lag.

Eine schadhafte Bretterbude, aber die dort einzogen, hatten ja auf der Flucht oder in Gefangenschaft noch ganz andere Unterkünfte erlebt. So gut es ging, versuchte man, die Räume bewohnbar zu machen, was in diesem Fall „betriebsfähig“ bedeutete. Aber die Arbeitsbedingungen blieben hart: Im Sommer knallte die Sonne unbarmherzig auf das Wellblechdach, im Winter verwandelte der Frost die Baracke in eine Eishölle. Zwar bullerten in den Kanonenöfen die von den Mitarbeitern mitgebrachten Briketts und Holzscheite, aber sie ließen nur kurze Zeit die Öfen glühen. Durch die klapperigen Fenster zog es wie die Pest.

In den engen Räumen konnte man sich kaum bewegen, weil alles mit Tischen und Stühlen vollgestellt war, auf denen Papierstapel und Bücherberge lagen, denn inzwischen war auch die Redaktion eingezogen. Die hatte sich bis dahin in der Privatwohnung des ersten Chefredakteurs des Ostpreußenblattes, Martin Kakies, befunden, der sich für das Ostpreußenblatt als Glückfall erwies. Denn er war nicht nur als ehemaliger Chefredakteur des „Memeler Dampfboot“ ein versierter Zeitungsmacher, sondern auch ein großartiger Schriftsteller. Weit bekannt war er durch seine Elchgeschichten geworden, das „Buch vom Elch“ mit einzigartigen Aufnahmen wie die von dem in der Brandung der See toben den Elch wurde zum Bestseller.

Sein Name erschien allerdings nicht im Impressum, das suchte man vergebens, allein die Vertriebsanschrift war an-

gegeben. Das Ostpreußenblatt war eben als Organ der Landsmannschaft als kleinformatiges Mitteilungsblatt konzipiert, das zu einem Bezieherpreis von 0,61 D-Mark zweimal im Monat erschien. Aber die Auflage stieg und stieg und Ende des Jahres 1950 konnten 58.475 Abonnenten gemeldet werden. Noch ahnte man allerdings nicht, dass sich dieses Blatt in wenigen Jahren zu einer der größten deutschen Wochenzeitungen entwickeln würde, nach Umfang und Auflage zur größten Zeitung der Vertriebenen überhaupt.

Mittelpunkt ostpreußischen Lebens

Das konnte aber nur geschehen, weil sich die Landsmannschaft aus den Zwängen der Baracke befreite, als die Zustände für die dort Beschäftigten unerträglich geworden waren. Vor allem für die Redaktion, für die das ständige Kommen und Gehen der Besucher ein konzentriertes Arbeiten unmöglich machte. Deshalb brannten bis in die späten Nachtstunden die über den alten Holztschen hängenden Glühbirnen, klapperten die alten Schreibmaschinen. Allerdings hatte der ständige Besucherstrom auch einen Vorteil für die Redakteure: Sie bekamen viele Informationen, Erlebnisberichte und Mitteilungen geradezu ins Haus geliefert.

Längst war die Baracke zum Treffpunkt der Vertriebenen und zum Ort des Wiedersehens geworden. Interviewpartner kamen gerne und freiwillig, Aussiedler und Spätheimkehrer konnten als authentische Zeitzeugen befragt werden, schon sesshaft gewordene Vertriebene berichteten von ihrer Aufbauarbeit. Und dann immer das große Suchen, das dazu führte, dass Seiten um Seiten mit Einzel-Suchanzeigen gefüllt werden mussten und im redaktionellen Teil die Rubriken, die sich mit diesen Problemen beschäftigten, umfangreicher wurden. Diese Entwicklung trug dazu bei, dass die Bezieherzahl ständig wuchs: Ende der Jahres 1953 überstieg das Ostpreußenblatt mit 100.085 Postbeziehern die Grenze der Hunderttausend. Nunmehr im Zeitungsformat und als Wochenzeitung.

Ein neues Domizil

Es dauerte noch einmal drei Jahre, bis die Landsmannschaft in ein eigenes Haus in

der Hamburger Parkallee ziehen konnte: Am 15. März 1956 übersiedelte somit auch die Redaktion in die hellen Räume des Stadthauses in der ruhigen Straße und konnte ihre Arbeit nun unter ganz anderen Bedingungen weiterführen.

Das zeigte sich auch in der Gestaltung des Blattes, das mit einer ständigen Beilage „Wir jungen Ostpreußen“ und mit der monatlichen „Berliner Beilage“ erweitert wurde. Das geschah noch unter der Ägide des Hauptschriftleiters Martin Kakies, der das Blatt von den bescheidenen Anfängen als Organ der Landsmannschaft zur auflagenstarken Wochenzeitung redaktionell geführt hatte. Als er 1959 auschied, hatte das Ostpreußenblatt eine Druckauflage von fast 128.000 erreicht. Zum zehnjährigen Bestehen im April 1960 schrieb Dr. Alfred Gille, Nachfolger von Dr. Ottomar Schreiber im Amt des Sprechers: „Um all unsere Aufgaben, Wirkungen und Hoffnungen geht es, wenn wir vom Ostpreußenblatt sprechen. Es trägt und hält unsere Gemeinschaft, es kämpft für unsere Heimat und schafft uns die wirtschaftliche Unabhängigkeit.“

Unvergessene Autoren

Dem Memelländer Martin Kakies, einer sehr ausgeprägten, dominierenden Persönlichkeit, folgte der bisherige politische Redakteur Eitel Kaper. Ein ernster Mann mit großem Wissen und Fleiß, der mit sicherer Hand die Redaktionsarbeit lenkte. Die heitere Komponente brachte eine Frau mit ein: Ruth Maria Wagner, die in Königsberg und Berlin als Rundfunkredakteurin in leitenden Positionen gearbeitet hatte. Sie sollte mit ihrem Wissen, Können und einer großen Heimatliebe 20 Jahre lang dem Ressort Kultur/Unterhaltung/Frauen vorstehen und viel zur Erhaltung ostpreußischen Kulturgutes beitragen, eine wichtige Aufgabe, die später Silke Osman weiterführte – bis heute.

Auch Erwin Scharfenorth brachte seine fundamentalen Kenntnisse über ostpreußische Geschichte und Volkskunde mit ein, die er in wie mit leichter Hand geschriebene Erzählungen umsetzte. Leider verstarb er – wie Hans-Ulrich Stamm und Friedrich Ehrhardt, der Vater der „Ostpreußischen Familie“ – viel zu früh, sie alle hinterließen spürbare Lücken. Einen hervorragenden Mitarbeiter fand man in dem Schriftsteller Paul Brock, dem bekannten Romanautor, der vor allem das Feuilleton mit seinen ostpreußischen Städteporträts und Landschaftsschilderungen bereicherte.

Viele Namen wären zu nennen, die das Blatt in der „Ära Kaper“ mitprägten und die sich auch in die folgende einbrachten, die nun ein Mann mit voller Präsenz ausfüllte: Hugo Welles. Ein Vollblutjournalist, der als Chefredakteur in fast drei Jahrzehnten kraftvollen Wirkens dem Ostpreußenblatt seinen Stempel aufdrücken sollte. Er war Rheinländer – aber das tat dem Ostpreußenblatt gut, so stellte jedenfalls der damalige Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, Heinrich Windelen, fest.

Der Artikel erschien in voller Länge in einer Sonderbeilage zur PAZ Nr. 13/2010.

● **Ruth Geede** (bürgerlich Ruth Vollmer-Rupprecht) wurde 1916 in Königsberg geboren. Unter ihrem Geburtsnamen Ruth Geede arbeitete sie seit ihren Kindertagen als Schriftstellerin und Journalistin. So schrieb sie schon in jungen Jahren als freie Autorin für den Reichsender Königsberg und setzte sich dort für den Erhalt der ostpreußischen Mundart ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete sie für die „Lüneburger Landeszeitung“. Seit 1950 schrieb sie regelmäßig Artikel und Geschichten für das Ostpreußenblatt und später die Preußische Allgemeine Zeitung, darunter die Kolumne „Ostpreußische Familie“. Ruth Geede schrieb auch noch mit über hundert Jahren regelmäßig, bis sie im April 2018 als älteste aktive Journalistin der Welt verstarb.

Kurz bevor die Nr. 1 erschien, war die Landsmannschaft in eine Holzbaracke gezogen, die mitten in einer Trümmerlandschaft unweit der Außenalster am Berliner Tor lag

Die erste Ausgabe

Das Schicksal ostdeutscher Landsleute war von Beginn an ein Hauptanliegen des Ostpreußenblatts. Schon die erste Ausgabe kündigte einen Bericht über den „Passionsweg einer tapferen ostpreußischen Frau“ an. Interessanterweise ging es dabei nicht um den weiten Weg nach Westen, sondern um eine wohl einzigartige Reise gen Osten.

VON MARTIN KAKIES

Viele tausend Frauen sind aus unserer ostpreußischen Heimat nach Sowjetrußland verschleppt worden. Der größte Teil wohl ist den Strapazen der Fahrt und der Arbeit, dem Hunger und der Kälte erlegen; ein Rest, der zurückgekommen ist, wird die Folgen dieser „Reise nach dem Osten“ das ganze Leben hindurch spüren. Und ein weiterer Rest, zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt, lebt auch jetzt noch in den Lagern jenes unheimlichen Landes. Glücklicherweise jede ostpreußische Frau, die nicht zu jenen tausenden gehörte!

Und da hört man nun plötzlich von einer Frau, die ist freiwillig aus Ostpreußen nach dem Osten gefahren, nach Rußland hinein, bis weit hinter Moskau. Nicht aus Abenteuerlust, sondern ganz einfach, um bei ihrem Mann, der dort als Kriegsgefangener lebte, zu sein ... Sie hat, mit ihrem dreijährigen Jungen an der Hand, ihr Ziel erreicht; sie war fast ein Jahr mit ihrem Mann zusammen. Was von dieser Frau zu erzählen ist, sind keine Sensationen, obwohl der Stoff auch dafür mehr als ausreichend wäre. Denn diese Frau hat viel, sehr viel erlebt. Es ist vielmehr das hohe Lied der Liebe und Treue, ein hohes Lied von dem, was zäher Wille und Tapferkeit und, nicht zuletzt, Menschlichkeit zu erreichen vermögen.

Kindheit und Jugend in Ostpreußen

Hildegard Radam lebt jetzt in dem Vorort einer norddeutschen Großstadt. Einen ganzen Nachmittag sitze ich bei ihr in dem freundlichen Zimmer, in dem sie mit ihrem jetzt schon fünf Jahre alten Frank ein Unterkommen gefunden hat. Auch wenn Kriegsgefangene, die aus dem Lager „Dreizehnter Kilometer“ nach Deutschland zurückgekehrt sind, nicht bestätigt hätten, daß sie dort mit Hildegard Radam, ihrem Mann und ihrem Jungen zusammen gelebt haben, auch wenn man nicht gleich feststellen würde, daß sie lettisch versteht, es also wie auch das russische tatsächlich erlernt hat, man würde schon nach kurzer Zeit wissen, daß diese Frau absolut wahrhaftig ist und nichts erzählt, was sie nicht erlebt hat und daß sie auch nicht im geringsten übertreibt. Von freundlicher, ruhiger Bestimmtheit, bescheiden, klar überlegend und denkend, mit einem warmen, mitfühlenden Herzen, und das alles nach Jahren schwersten Erlebens und dem bänglichen Sorgen um ihren Mann, die sie jetzt wieder drückt, – es ist ein wahres Labsal, einer solchen Frau zu begegnen.

Zwischen Cranz und Rauschen, nur 3,5 km von der Ostsee entfernt, liegt das Rittergut Sorthenen. Dort, wo ihr Vater Gutsverwalter war, hat Hildegard Radam – Hildegard Müller ist ihr Mädchenname – eine sorglose Jugend verlebt. Als sie, noch nicht 19 Jahre alt, im Februar 1940 zum Deutschen Roten Kreuz in Königsberg kam und dort später ihr Examen als Krankenschwester machte, da ahnte sie nicht, von wie entscheidender Bedeutung das für ihr ganzes Leben werden würde. Denn wenn sie in jenen fürchterlichen Nachkriegsjahren mit ihrem Jungen nicht untergegangen ist wie tausend andere, dann verdankt sie das neben ihren menschlichen Eigenschaften und einer ordentlichen Portion Glück der Tatsache, daß sie Krankenschwester sein konnte.

Im Oktober 1943 heiratete sie den Untersturmführer Radam, ein Jahr später kehrte sie zurück nach Sorthenen. Am



Die drei kleinen zerknitterten Photos von ihrem Mann stehen neben ihrem Bett. Die Bildchen sind ihr ein Heiligtum. Sie hat sie auf der großen Wanderung immer bei sich getragen, und sie halfen ihr auch, die Spur ihres Mannes wiederzufinden Foto: Archiv

Ich fuhr zu meinem Mann nach Sowjetrußland

Wie die Ostpreußin Hildegard Radam ihren kriegsgefangenen Mann hinter Moskau fand und fast ein Jahr lang dort mit ihm lebte – Der dreijährige Frank war auch dabei

30. Januar 1945 war die Front nur noch wenige Kilometer entfernt, auch die letzten flüchteten vom Gut und von den Dörfern. Die Russen stießen durch, der Weg nach Pillau war abgeschnitten. Ein Hin und Her mit der Mutter und dem vierzehnjährigen Bruder im Treck; der Vater war beim Volkssturm. Am 12. Februar gibt Hildegard Radam kurz vor Brüsterort auf der Straße einem Jungen das Leben, dann gelangt sie nach Palmnicken. Mitte April besetzen die Russen auch diesen Ort.

In der Heimat gefangen

Was Hildegard Radam in den nächsten beiden Jahren erlebt, bis zum April 1947, wo sie aus Ostpreußen herauskommt – aber nicht nach Westen, sondern nach dem Osten – ist überaus schwer und furchtbar, und es wäre viel davon zu erzählen. Ein Versuch, noch im April 1945 nach dem Westen zu gelangen, mißglückt; sie kommt ins Lager Contienen. Trotz eines strengen Verbots verläßt sie das Lager, ihren Jungen im Kinderwagen vor sich herschiebend. Ein Posten schießt hinter ihr her, trifft sie aber nicht. Am 24. April – es ist ihr Geburtstag, und sie ist gerade 24 Jahre alt geworden – zieht sie, ihren zwei Monate alten Frank in einem Kinderwagen vor sich herschiebend, durch die Straßen von Königsberg. Statt der lebenden Menschen überall Tote – eine grauenhafte Fahrt, die sie ihr Leben lang nicht vergessen wird. Abends, auf den Hufen, pflückt sie in einer Gärtnerei in der Bachstraße einige blühende Tulpen und legt sie auf den Kinderwagen.

In dem Haus Bachstraße Nr. 19 – das ganze Haus ist niedergebrannt – gelangt sie durch den unter Wasser stehenden Keller in die Waschküche. Hier lebt sie nun mit ihrer Mutter und dem Säugling einige Wochen hindurch. Die Fenster waren zugemauert, und niemand fand sie hier. Wenn die Mutter sich fortzuschickeln, um in den verlassenen Häusern nach Lebensmitteln zu suchen, war sie immer in großer Sorge, ob sie nun auch wiederkehren würde. Sie selbst durfte es nicht wagen, auf die Straße zu gehen, und der kleine Frank durfte nicht weinen, wenn das

Versteck nicht entdeckt werden sollte. Aber dann, eines Tages, waren Soldaten da, die mit ihren langen Stäben nach Minen suchten und wohl auch nach anderen Dingen, und da hatte denn das Versteckspiel auf Tod und Leben ein Ende. Als im Juli 1945 eine Typhusepidemie ausbrach, wurde sie als Schwester eingesetzt.

Noch im gleichen Sommer gelangte sie mit ihrer Mutter und Kind nach Pobethen zu ihrem Vater, und schließlich kam sie auf das Schloß Bledau bei Cranz, wo von dem in Cranz bestehenden russischen Sanatorium ein Ambulatorium eingerichtet worden war. Hier erlebte Hildegard Radam mit den Ihrigen eine fürchterliche Zeit. Die Hungersnot auf dem Lande war vielleicht noch größer als in der Stadt. Irgendwelche Lebensmittelkarten gab es nicht. Sie verdiente als Schwester vierhundert Rubel im Monat, ein Brot aber kostete bereits 120 bis 130 Rubel. So kam es, daß sie und ihre Angehörigen oft vier bis sechs Wochen hindurch kein Stückchen Brot hatten. Ab und zu einmal gelang es, ein paar Pfund Hafer zu bekommen oder ein paar Rübchen von den Soldaten, die aus Rübchen Schnaps brannten. Im Januar 1946 verhungerte der Vater, im März der Bruder. Aus der näheren Verwandtschaft waren es zwölf Menschen, die in dieser Zeit verhungerten.

Anfang April 1947 entschließt sich Hildegard Radam, nach Königsberg zurückzugehen. Ihren Jungen hat sie natürlich

immer bei sich, ihre Mutter zieht sie im Handwagen hinter sich her, 33 Kilometer weit, bis Königsberg. Auf dem Verschiebebahnhof Ponarth werden die drei von einem Eisenbahner mitgenommen. Sie kommen bis nach Insterburg.

Hildegard Radam macht jetzt den Versuch nach Westen zu gelangen, aber noch auf der russischen Seite, bei Gerdauen, macht ihr ein Beamter klar, daß sie unmöglich durch all die Kontrollen hindurchkommen würde. Er setzt die drei in einen Personenzug nach Kowno. Dort gelingt es Hildegard Radam, ihre Mutter in einem Krankenhaus unterzubringen. Sie selbst kommt nach dem litauischen Ort Kedainia, wo sie viel Hilfe erfährt und auch Kleider bekommt. Wie sie nach vierzehn Tagen nach Kowno zurückfährt, um ihre Mutter zu holen, erfährt sie, daß diese inzwischen gestorben ist. Sie kann sie nicht mehr sehen, sie kann sie auch nicht beerdigen, denn die Leiche ist in die Anatomie geschafft worden ...

In Litauen und Lettland

Von Kedainia aus unternimmt sie noch einmal den Versuch, nach Deutschland zu gelangen, dieses Mal durch Polen. Aber sie kommt nur bis Grodno, dann hält man sie fest und schickt sie über Wilna zum Innenministerium nach Riga, und hier wendet sich das Geschick. Hildegard Radam hat immer die Papiere bei sich, die ausweisen, daß sie auf dem russischen Ambulatorium in Schloß Bledau als Krankenschwester tätig war, und nur so ist es zu erklären, daß sie überhaupt weiter kommt.

Jetzt wird sie nach Dünaburg geschickt, wo sie in einem Kinderheim tätig sein soll, aber da sie glaubt, dort nicht arbeiten zu können, fährt sie wieder nach Riga zurück und erreicht, daß sie an das Kinderheim Libau kommt. Hier arbeitet sie von Juli 1947 bis September 1948, also länger als ein Jahr. Sie selbst ist alles andere als gesund, sie hat sich und ihren Jungen nur mühsam weitergeschleppt, immer wieder zeigen sich die Folgen der fürchterlichen Hungerjahre, und ihr kleiner Frank hat schwere Krankheiten.

Aber doch bringt dieses Jahr die Rettung. Denn das Heim, in dem sich dreihundert Kinder befinden, wird ausgezeichnet geleitet. Die Verpflegung ist gut, und Hildegard Radam und ihr kleiner Sohn kommen schnell wieder so weit zu Kräften, als das überhaupt möglich ist. Russische und lettische Kinder im Alter bis zu drei Jahren sind hier untergebracht, und so lernen Mutter und Sohn schnell russisch und lettisch, der Junge so sehr, daß die Mutter Mühe hat, ihn das Deutsche nicht vergessen zu lassen. Frau Radam ist nicht nur eine tüchtige und kenntnisreiche Schwester, ihr freundliches Wesen, ihre warme, menschliche Art und ihre Zuverlässigkeit machen sie auch schnell bei allen beliebt, und sie erwirbt sich großes Vertrauen. Wenn sie wollte, könnte sie ständig dort in Libau bleiben.

Aber sie hat inzwischen mit ihren in Deutschland lebenden Schwiegereltern die Verbindung aufnehmen können und von diesen im Mai 1948 erfahren, daß ihr Mann lebt. Es gelingt ihr auch festzustellen, daß er sich in einem Lager mehrere hundert Kilometer südlich von Moskau befindet. In Libau wird sie nun vor die Entscheidung gestellt, entweder russische Staatsangehörige zu werden oder Libau zu verlassen. Es ist die Zeit, in der die letzten Transporte aus Ostpreußen nach dem Reich gehen. So fährt sie zunächst nach Memel, um sich einem dieser Züge anzuschließen. In Tilsit erfährt sie, daß der letzte Transport vor drei Tagen abgegangen ist. Es war damals schon schwierig, aus dem Memelgebiet über die Grenze nach Tilsit zu gelangen, und es glückte Hildegard Radam auch nur dank der grünen Stempel von Bledau und der glänzenden Zeugnisse, die sie aus Libau hatte. Ohne diese Papiere wäre sie wohl auch niemals zu ihrem Mann gekommen.

Ein einzigartiger Plan entsteht

In Königsberg erfährt sie dann endgültig, daß sie mit einem Transport nicht mehr nach Deutschland kommen kann. Man empfiehlt ihr, sich beim lettischen Innenminister in Riga ein Einzelvisum zu holen und mit diesem dann nach Deutschland zu fahren. Aber das wäre eine schwierige und zeitraubende Angelegenheit gewesen, und so beschließt sie, den Plan auszuführen, der schon seit einiger Zeit durch ihren Kopf geht, nämlich zu ihrem Mann ins Kriegsgefangenenlager zu fahren.

Memel soll der Ausgangspunkt dieser Fahrt werden. Erst aber muß sie sich Geld verschaffen, und so verkauft sie in Memel viele von den Sachen, die sie sich in Libau hat anschaffen können. Sie und ihr Frank hatten jetzt nicht nur das normale Gewicht, sie besaßen sogar einen inhaltsreichen Koffer. Rubel aber mußte sie haben, denn natürlich konnte sie nicht zu Fuß nach Moskau wandern; ja sie hatte sogar den verwegenen Gedanken, mit dem „Blauen Express“ dorthin zu fahren, in einem Luxuszug, der natürlich auch entsprechend teuer war.

In Memel bekommt sie bei der Verkehrspolizei die Fahrkarte. 280 Rubel kostet sie. Bis Wilna fährt sie in normalen Zügen, von dort mit dem Luxuszug. Sie hat nichts zu verbergen; sie hat ihre Fahrkarte ganz legal erhalten, sie hat auch gesagt, weshalb sie nach Moskau fährt, aber ob sie damit nun auch bei jeder Kontrolle durchkommen würde, trotz ihrer guten Papiere, das ist doch sehr die Frage. Und deshalb eben und nicht etwa aus Uebermut fährt sie mit dem Luxuszug, denn in diesem gibt es keine Kontrollen. Am Vormittag steigt sie mit ihrem Frank in den Zug, der von irgendwoher kommt, schläft die Nacht in einem weißbezogenen Bett und ist dann am Vormittag bereits in Moskau.

Durchschlagen in Russland

Jetzt erst, in Moskau, beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten. Sie steht fast mittellos da; zwanzig Rubel besitzt sie nur noch. Sie weiß, daß ihr Mann sich in dem Lager Stalinoogorsk befindet, dreihundert

Es ist das hohe Lied der Liebe und Treue, ein hohes Lied von dem, was zäher Wille und Tapferkeit und, nicht zuletzt, Menschlichkeit zu erreichen vermögen

Die erste Ausgabe

Kilometer südlich von Moskau in dem sogenannten Moskauer Kohlenbecken. Aber schließlich gelingt es ihr doch, nach Oslawaja zu kommen, wo sich die Verwaltung des sehr ausgedehnten Lagerkomplexes Stalinogorsk befindet. „Radam? Einen solchen Namen haben wir niemals gehört.“ Schließlich kann sie feststellen, daß ihr Mann vor einigen Wochen in einen anderen Teil des Lagers gekommen ist.

Die Hauptverwaltung ist durchaus nicht bereit, Frau Radam die Wege zu ihrem Mann zu ebnen, im Gegenteil, man macht ihr Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Sie fährt zurück nach Moskau. Hier geht sie zum Ministerium für innere Angelegenheiten: es ist gerade Revolutionsfeiertag. Man kommt ihr dort wohlwollend entgegen, verspricht ihr, die Hauptverwaltung zu benachrichtigen. Aber es dauert doch noch beinahe drei Wochen, bis sie schließlich doch zu ihrem Mann kommt. Dann wiederum erlaubt man ihr bei der Hauptverwaltung nicht die Weiterfahrt zu ihrem Mann; man glaubt nicht, daß sie die Erlaubnis von Moskau bekommen habe.

Was keiner anderen deutschen Frau gelang, ihren Mann in russischer Gefangenschaft zu besuchen, um mit ihm dort zusammenzuleben, hat sie möglich gemacht

So entschließt sich die tapfere Frau, auf eigene Faust zu ihrem Mann zu fahren. Er befindet sich in der Stadt „Dreizehnter Kilometer“. Heimlich verläßt sie ihre Unterkunft, Soldaten helfen ihr. Inzwischen ist ihr Fall natürlich überall bekannt geworden, und auch ihr Mann weiß schon, daß seine Frau sich auf dem Weg zu ihm befindet. So steht sie dann plötzlich vor dem Schlagbaum des Lagers und vor ihrem Mann, der dort bei dem Bau eines Kaufhauses arbeitet. Nach vier Jahren sehen sich die Eheleute wieder, dreihundert Kilometer südlich Moskau, und zum erstenmal sieht Günther Radam seinen fast vierjährigen Sohn. Es ist der 26. November 1948. Drei Tage lebt Hildegard Radam sozusagen illegal im Lager.

Die Hauptverwaltung hat inzwischen aus Moskau die Bestätigung erhalten, und so kann sie jetzt mit ihrem Mann im Lager zusammen leben. Sie haben in der Baracke ein abgeschlossenes Zimmer für sich. Günther Radam meldet sich für die Arbeit im Bergwerk, weil er da mehr verdienen kann; seine Frau ist wieder im Ambulatorium tätig und besorgt nebenbei den kleinen Haushalt. Sie bekommen ihre Lebensmittel zugeteilt und können selbst kochen und die Verpflegung ist ausreichend. So ist das Leben in dem Lager so weit erträglich, als es in russischer Gefangenschaft sein kann.

Ausreise nach Deutschland

Zehn Monate leben die drei zusammen in der Baracke. Da heißt es im Oktober 1949, es erfolge die Entlassung in die Heimat. Mutter und Kind sollen vorausfahren. Der Lagerchef selbst erklärt den beiden, daß

der Vater vier Tage später mit dem großen Transport folgen werde. Sich darauf zu versteifen, daß alle drei zusammen nach der Heimat fahren, hätte keinen Sinn gehabt; das wissen sie genau. Der Personalchef des Lagers, ein Oberleutnant, bringt Frau Radam und ihren Jungen über Moskau in das Heimkehrerlager Menscheks, und von dort kommen die beiden nach Frankfurt/Oder und weiter nach der britischen Zone.

Doch ihr Mann kommt nicht nach. Einmal haben die drei das Weihnachtsfest zusammen feiern können, 1948 in dem Lager „Dreizehnter Kilometer“; jetzt, Weihnachten 1949, sind sie wieder getrennt. Nicht nur vier Tage, es ist ein halbes Jahr vergangen, seitdem an jenem 8. Oktober 1949 Mutter und Kind von Mann und Vater Abschied nahmen, und noch immer ist er nicht zurückgekehrt, und er hat auch kein Lebenszeichen mehr gegeben.

Das ungewisse Warten

Was ist mit Günther Radam? Gehört er zu denen, die man in jenen Wochen, als die letzten Transporte gingen, zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt hat? Man weiß es nicht. Hildegard Radam aber tut alles, um ihren Mann wieder zu bekommen. Der Lagerchef hat es ihr versprochen, daß ihr Mann nachkommen soll, und sie gibt die Hoffnung nicht auf, daß dieses Versprechen doch noch gehalten wird. So schreibt sie auch einen Brief an den Beauftragten für das Kriegsgefangenenwesen in Rußland, Generalleutnant Filippow.

So tapfer wie sie war, als sie sich und ihren Jungen viele Monate hindurch dicht am Hungertode vorbeischleppte, als sie in Lumpen ging und froh, so wie sie nicht verzagte, als Vater, Bruder, nahe Verwandte und zuletzt die Mutter verhungerten, so wie sie nicht kapituliert, als sie auf der Fahrt zu ihrem Mann kurz vor dem Ziel zweimal wochenlang zurückgehalten wurde, so läßt sie den Kopf auch jetzt nicht hängen. Sie sieht zu, wie sie sich und ihren Jungen mit den 69 Mark, die sie monatlich erhält, durchringt, und sonst hat sie nur den einen Gedanken, was sie machen könnte, damit ihr Mann heimkehrt.

Wir Ostpreußen aber wünschen von Herzen, daß Frau Radam nicht mehr die Fotos auf ihrem Nachttisch anzuschauen braucht, wenn sie ihren Mann vor sich haben will, sondern daß er bald selbst vor ihr steht. Was keiner anderen deutschen Frau gelang, ihren Mann in russischer Gefangenschaft zu besuchen, um mit ihm dort zusammenzuleben, hat sie möglich gemacht. Es wäre schön, wenn sie jetzt auch das Glück erfahren würde, das vielen tausenden Frauen in den letzten Jahren und Monaten beschieden war, ihren Mann nach Jahren schmerzlicher Trennung in der Heimat wieder bei sich zu haben.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Folge 1 des Ostpreußenblatts vom 5. April 1950.

● Martin Kakijs wurde am 7. Mai 1894 in Schwarzort auf der Kurischen Nehrung geboren. Vor dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er als Redakteur der liberalen Tageszeitung „Memeler Dampfboot“, deren Chefredakteur er 1927 wurde. 1950 wurde Kakijs der erste Chefredakteur des Ostpreußenblatts. Er ist Autor zahlreicher Bücher über die Natur Ostpreußens, unter anderem über das Leben der Elche. Er starb am 17. Januar 1987 in Hamburg.



„Durch das Patschen der Pferdehufe im Schneewasser tönen alte Melodien an mein Ohr...“

Zeichnung: Gertrud Lerbs-Bernecker

Die Meise singt

Von seinen ersten Ausgaben an war das Ostpreußenblatt die publizistische Heimat bedeutender Dichter und Schriftsteller. Mal heiter oder – wie hier in diesem Fluchtbericht auch ernst – reflektierten auch sie das Schicksal Ostpreußens und seiner Menschen.

VON WALTER VON SANDEN-GUJA

Endlos scheint die taunasse Eisfläche des Frischen Haffes und der Flüchtlingsstrom, in dem wir ziehen. Sturm und Regen. Schwer schieben wir an unseren Rädern durch den tiefen Tauschnee. Aus grauer Winterluft taucht die Nehrung auf; schützender Wald, durch den die Nehrungsstraße führen muß. Aber wir dürfen nicht hinauf. Wir müssen die lange unabherrschbare Strecke bis Kahlberg auf dem Haff bleiben, dem Regensturm entgegen. Auf der waldgeschützten Straße flieht unser geschlagene Osteher. Mit uns wandern traurige Menschen, müde Pferde, knarrende Treckwagen, Kriegsgefangene in endlosen Zügen. – Die Franzosen gehen leicht und ohne Bewachung. Sie wandern der Heimat entgegen, das ist ihnen anzusehen. Grau ist der Himmel, grau ist das endlose Eis, grau ist das Leben. – Durch das Knarren der Räder das Patschen der Pferdehufe im Schneewasser, das Sausen des Windes tönen alte Melodien an mein Ohr: „Ich bete an die Macht der Liebe...“ „Wo findet die Seele die Heimat, die Ruh...“

„Harre, meine Seele – und ein neuer Frühling folgt dem Winter nach“ –

Ueber alles Elend um uns und in uns schwingt sich die Seele meiner Frau mit diesen Liedern hinaus. Die Stirne dem Wind entgegen, eine Hand an der Leiter eines Treckwagens, die andere an der Lenkstange ihres Rades geht sie durch den Schnee und singt unbekümmert um die Menschen ringsum die alten Lieder der Zuversicht in Gott.

Mit dem sinkenden Abend kommen ein paar Ruhestunden in einem verlassenen Nehrungshaus. Sturm durchtobt ist die Nacht. Am frühen Morgen brechen wir auf, schwankende schwarze Kiefernkrone gegen wolkigen Nachthimmel. Durch

Wasser und Schnee bringen wir unsere Räder auf den Weg. Jetzt ist die Nehrungsstraße für Flüchtlinge freigegeben. Sie ist vereist, wir müssen in der Dunkelheit die Räder führen. Rötliches Licht dringt vor uns aus den dunklen Stämmen. Hunderte von Biwakfeuern brennen, eingetaut in den tiefen Schnee, werfen sie ihr Licht gegen die Kronen der Bäume, über müde zusammengesunkene Obdachlose. – Wir ziehen vorüber. –

Der Tag beginnt zu grauen. Der Regen – Gestalten und blinkende Tauwasserpfützen – läßt nach. Die schwankenden Baumkronen werden ruhiger. Vorsichtig können wir auf unseren Rädern wieder fahren. Tote liegen am Wege, traurige Meilensteine, Erschöpfung in ihren letzten Stellungen ausdrückend. Ein weißer Kinderwagen steht verlassen neben der Straße in tiefem Schnee. Sorgsam sind die kleinen Gardinen und das Verdeck zugezogen. Wie weit mag die Mutter mit ihrem schweren Herzen auf der Flucht gekommen sein? – Ohne Aufhören ist die Reihe der Treckwagen, die wir auf unseren Rädern langsam überholen. Sie ächzen und stoßen in den ausgefahrenen Löchern der vereisten Straße. Durchnäßt wandern die Menschen neben ihren Wagen oder führen frierend die Zügel der müden Pferde. –

Der nasse schwarze Wald hört auf. Die Augen können wieder freier schweifen. Aber es ist eine fremde Gegend über die sie hingehen und die Menschen, die sie beladen, geben ihr ein traurig unruhiges Gepräge. Die Straße ist für den Verkehr, den sie fassen soll, zu schmal. Die Treckwagen stauen sich. Vorne muß irgendwo ein Hindernis sein. Autos überholen alles, durch ihre lauten Signale sich rücksichtslos Bahn brechend. In unseren Händen zittern die Lenkstangen auf dem glatten Eis. Wir schwanken zwischen den schweren Treckwagen und den unerbitlichen Rädern der Autos, deren laute Signale in den übermüdeten Nerven schmerzen.

Der Schnee auf den Feldern wird weniger. Das Eis auf unserem Wege bleibt. Tausende von Wagen haben es fest und so schlägig gefahren, daß unsere Arme von der ständigen Erschütterung der Lenkstange schmerzen. Die Dörfer sind überfüllt von Flüchtlingen, zurückflutenden waffenlosen Soldaten, übermüdeten Gefangenen. Endlich kommt der erste Arm

der Weichsel. Die Fähre geht. An die Seite gedrückt finden wir Platz zwischen Wagen und Pferden. Treibeis ist auf dem Strom. Wintergraue Luft liegt über ihm und dem ebenen Land. Wir wissen, daß auch hier die Russen drohen, daß unsere Fluchtstraße parallel zwischen ihrer Front und der Ostseeküste verläuft und daß wir noch lange in diesem Zustande bleiben werden. Die Russen bedrohen Stettin.

Leerer ist die Straße auf dem anderen Ufer. Nur wenige Wagen schafft die kleine Fähre. Für uns ist es gut. Aber hinter uns werden die Flüchtlingswagen Tage und Nächte im Freien warten müssen, nach jeder vollen Fähre nur wenige Meter vorrücken. Auch den zweiten Weichselarm überqueren wir. Weiter und weiter bleibt die Heimat zurück. Der Kanonen donner ist immer der gleiche. Durch hügel- und baumloses Land führt der hohe Damm der Straße. Nur die Linden zu beiden Seiten recken die taunassen schwarzen Aeste zum Himmel, reglos und schweigend. – Da dringt ein Vogelstimmen an mein Ohr, ein kurzes Sprüchlein, nur wenige Male wiederholt: „Viel zu früh, viel zu früh, viel zu früh“, singt die Meise, und schwingt sich mit raschem Flug in die oberen Aeste. Und ich führe mein Rad und bin wie im Traum. Meine Seele ist wieder zu Hause. Ich komme vom See, den vertrauten Weg am Flüßchen entlang, wo die Frühlingswasser schon brausen. Meine Netze trag' ich und biege' in den Park in Großmutter Lindengang, ein und hänge sie dort in Sonne und Wind. Die Haselnußkätzchen schaukeln, – die Meisen singen – die Erde ist schwarz. – Der Frühling kommt, und er kommt so schön, wie er nur in der Heimat sein kann.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Folge 1 des Ostpreußenblatts vom 5. April 1950.

● Walter von Sanden-Guja wurde am 18. Juni 1888 in Marienwalde, Kreis Darkheim, geboren. Nach dem Ersten Weltkrieg begann er mit ersten naturkundlichen Forschungen am Nordenburger See und am Fluss Rawda, die er in wunderschönen Landschaftsbeschreibungen festhielt. Zu seinen Büchern gehören „Guja – See der Vögel“ (1933), „Kleine stille Welt“ (1942) und „Schicksal Ostpreußen“ (1968). Von Sanden starb 1972.



Der Weg, den das Schicksal Hildegard Radam und ihren kleinen Jungentrieb

Stimme der Heimatlosen

Als Organ der Landsmannschaft Ostpreußen veröffentlicht die Zeitung regelmäßig deren Stellungnahmen zum Zeitgeschehen. Eine der ersten war die folgende Rede ihres Sprechers anlässlich der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950.

VON OTTOMAR SCHREIBER

Es ist mir eine tiefe Freude, heute hier als Sprecher der Vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen, aus diesem feierlichen Anlaß sprechen zu dürfen. Für mich hat schon immer der Gedanke der Einheit aller Vertriebenen an der Spitze meiner Bemühungen um die Organisationen gestanden. Ich habe oft genug von der schlichten, aber tiefen Wahrheit der alten Fabel gesprochen, daß der einzelne Stab leicht zerbrochen wird, das festgefügte Bündel von Stäben aber unzerbrechlich ist. Das gilt auch für uns Heimatvertriebene.

Immer habe ich tiefe Achtung vor all den Frauen und Männern gehabt, die in ungeheurer mühseliger täglicher Kleinarbeit sich um die Betreuung für die wirtschaftlichen und sozialen Nöte der Vertriebenen bemüht haben. Gewiß kann der Mensch ohne das tägliche Brot nicht leben. Aber ebenso gewiß lebt er nicht vom Brot allein. Man sollte das mit besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen, daß hier Menschen in der größten materiellen Not mit dem Aufgebot ihres letzten Pfennigs sich auch in Gemeinschaften zusammenschließen, die sich die Aufgabe gesetzt haben, die heimatischen Bindungen lebendig zu erhalten, das heimatische Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen, die Sonderart der heimatischen Kultur und das Bewußtsein der kulturellen Leistung der Heimat aufrechtzuerhalten.

Es hat sich erwiesen, daß die Kräfte der Gemeinschaftsbildung in dieser Richtung hin unerhört stark und durch keine materielle Not zu brechen sind. Schon seit dem Ersten Weltkriege leidet unsere Gemeinschaft darunter, daß mehr und mehr echte Bindungen sich lockern und schließlich auflösen. Zu diesen Bindungen gehört neben der Familie vor allen Dingen die Bindung des Menschen an seine Heimat. Gemeinschaften können aber nur durch echte innere Bindungen geschaffen werden, und wir alle, Einheimische und Vertriebene, brauchen die Gemeinschaft aller Deutschen.

Hinter der Charta der deutschen Heimatvertriebenen stehen alle Landsmannschaften der heimatsvertriebenen Deutschen vom Süden und Südosten Europas bis hinauf in den Nordosten, die Landsmannschaften aller dieser Gruppen, die ein so verschiedenes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Schicksal tragen und doch auf das Lebendigste der großen deutschen Gemeinschaft verbunden sind, wahrscheinlich sogar enger als alle die, die das Schicksal der Trennung nicht kennen.

Glücke kennt man nicht, wenn man drin geboren,

Glücke kennt man erst, wenn man es verloren.

Wir betrachten es als wichtig, daß wir im Bewußtsein der Zustimmung aller der deutschen Menschen, deren Sprecher wir sind, die Grundsätze dieser Charta bekennen dürfen, die im Angesicht des Schicksals, das auf diesen vielen Millionen liegt, als ein Dokument der Menschlichkeit wird anerkannt werden müssen.

Jeder Satz und jedes Wort des feierlichen Vorspruchs der Charta ist für uns von Bedeutung und Gewicht, und man sollte nicht leichtthin darüber hinweglesen. Kein Wort ist ohne Absicht gewählt, und jedes steht in einer wesentlichen Beziehung zu uns und unserem Schicksal.

Wir haben im Eingang der Charta gesagt, daß die Erklärung abgegeben wird im



Bereitschaft zur Aussöhnung: Großkundgebung der Heimatvertriebenen am 5. August 1950 in Stuttgart

Foto: pa/dpa

Unser Menschenrecht auf die Heimat

Bekenntnis zu einer großartigen europäischen Kulturlandschaft

Bewußtsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein unserer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker.

Im Bewußtsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen sprechen wir, weil wir uns nicht entlassen fühlen aus den Bindungen, die in unserer Heimat entstanden sind. Wir bleiben die Landsleute von Joh. Jakob Böhme und Immanuel Kant. Wir bleiben der von der Allgegenwart des Schöpfers erfüllten Natur näher. Im ostdeutschen bäuerlichen Menschen kreiste noch alles Schaffen und Sorgen um die Natur, um die himmlischen Gewalten und um den Schöpfer, als in der städtischen Welt des Westens schon lange die Auseinandersetzung mit den Menschen Mittelpunkt des seelischen Erlebens war.

Wir sind nach wie vor von Ehrfurcht erfüllt vor jenen zwei Dingen: vor dem gestirnten Himmel über uns und dem moralischen Gesetz in uns. Wir bewahren die sittlichen Maßstäbe, die uns in der Heimat erwachsen sind und die dort in Geltung waren. Wir bewahren sie nach fünf Jahren, die eine unerhörte Probe der Bewährung waren. Man wird zugeben müssen, daß wir bis zum heutigen Tage alle Wege für jede positive Entwicklung in die Zukunft offen gehalten haben.

Im Bewußtsein unserer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis sprechen wir, weil wir uns durch Arbeit und Leistung als Gleichberechtigte und jedem andern Glied dieses Kreises Ebenbürtige empfinden. Wir besaßen und besitzen unsere Heimat auf Grund von religiösen, völkerrechtlichen und moralischen Besitztiteln, die um nichts, aber auch gar nichts schlechter sind als die Besitztitel, auf die sich der Heimatanspruch irgendeiner abendländischen Nation gründet, ja unser Anspruch ist einzigartig begründet, denn alle ändern nahmen die Länder ihrer Heimat mit dem Schwert und wurden erst dann der christlichen Völkerfamilie des Abendlandes eingegliedert. In der Geburtsstunde unserer ost-

deutschen Heimat schlug das Schwert nur, um den Sieg des Kreuzes zu sichern. Kreuz und Schwert, der Segen der höchsten geistlichen Gewalt und der Auftrag der höchsten weltlichen Gewalt, waren die Legitimation unserer Vorväter, die in die für einige Jahrhunderte verlassene ostdeutsche Heimat zurückkehrten.

Ostdeutschland hat diese Legitimation durch eine Leistung bestätigt, die ebenbürtig jeder anderen abendländischen Leistung, in manchen Zügen von unverwischbarem besonderem Charakter ist. Die Leistung des deutschen Westens und Südens läßt sich ablesen an den Rundbogenkirchen und den Spitzbogenkirchen, am Nibelungenlied, an Wolfram von Eschenbach und Walther von der Vogelweide, an Matthias Grünewald und Albrecht Dürer, an Veit Stoß und Tilman Riemenschneider. Diese Leistung des Westens wuchs in der Sicherheit, die ihm dadurch geschaffen war, daß im Osten unter Einsatz von Leib und Leben deutsches Land in der Abwehr stand.

Trotz dieser zusätzlichen militärischen und politischen Aufgabe ist auch im Osten eine kulturelle Leistung von eigenem Wuchs und von besonderem unverwischbarem Charakter gereift. Um diese Leistung anzudeuten, denken wir an die ostdeutschen Backsteindome, Burgen und Rathäuser namenloser Baumeister und an die barocken Kirchen und Residenzen von Georg Baer und Balthasar Neumann, wir denken an Kopernikus und an Herder, an Simon Dach und Lessing, E. T. A. Hoffmann und Eichendorff, an Caspar David Friedrich, an Leibniz, Kant, Schopenhauer und Nietzsche und etwa an Heinrich Schütz, Schubert und Wagner. Es ist nicht

„Es ist nicht wahr, daß dieser deutsche Osten ein Kolonialgebiet am Rande der europäischen Kulturlandschaft war“

wahr, daß dieser deutsche Osten ein Kolonialgebiet am Rande der europäischen Kulturlandschaft war. Er war nicht mehr und nicht weniger Kolonialgebiet als Frankreich, daß ja einmal von den Franken in Eigentum genommen worden ist. Die Besonderheit unserer ostdeutschen Heimat ist, daß sie im Zuge der Entwicklung unseres Volkes später entstanden ist, bei dem zweiten Schritt der Bildung des deutschen Volkes, das nicht wie alle andern europäischen Völker in einem einzigen ungebrochenen Entwicklungszuge seine Volksverdichtung vollzog.

Die Geschichte unseres Kulturkreises ist angefüllt mit Eroberungen und Verlusten. Eine ruhelose politische Auseinandersetzung ging Hand in Hand mit der kulturellen und wirtschaftlichen Leistung. Das Bewußtsein der abendländischen Gemeinschaft begann schließlich auszumünden in der Ablehnung der Rechte des Eroberers. Daß dieser Gedanke über die Welt hin ein anerkannter Hochwert geworden ist, empfinden wir als die reife Frucht einer leidvollen Geschichte von zehntausend Jahren. Wir fühlen uns daher als Vollstrecker eines abendländischen Vermächtnisses, wenn wir dagegen kämpfen, daß ein aus der Eroberung erwachsener Zustand Recht werden soll.

Wir sprechen im Bewußtsein unseres deutschen Volkstums. Wir wissen, daß wir als eine jüngere Gruppe in unserem deutschen Volk stehen, die erwachsen ist aus der Gesamtheit der alten Stämme. Wir wissen, daß wir mit der Zugehörigkeit zu unserem Volk ein vom Schöpfer gewolltes Schicksal tragen. Wir fühlen uns der Gemeinschaft des deutschen Volkes unauf löslich verbunden, und wir glauben, daß das Gemeinschaftsbewußtsein des deutschen Volkes nicht untergehen kann.

Wir sprechen in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker. Die Erkenntnis dieser Gemeinsamkeit ist in wesentlichen Zügen in Ostdeutschland gewachsen. Die Europaopläne des Ostdeutschen Leibniz, die Erkenntnis der Eigenart und der besonderen Leistung eines jeden europäischen Volkes durch Herder und der daraus entsprin-

gende Gedanke der gegenseitigen Achtung und Anerkennung, die Formulierung des ostdeutschen Kant um die Organisation eines dauernden Friedens sind Grundsteine einer Entwicklung, um deren Vollendung heute in allen europäischen Völkern gerungen wird. Die gemeinsame europäische Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn als eines der Grundrechte das Recht auf die legitime Heimat anerkannt wird.

Als die Menschheit den Schritt vom Nomaden oder vom Hirten zum Ackerbauern tat, erhob sie den Anspruch auf eine Heimat. Und aus dem Besitz einer Heimat entwickelte sich das, was wir Zivilisation nennen. Wer das Menschenrecht auf die Heimat negiert, negiert die Grundlagen der menschheitlichen Entwicklung. Unser Kampf um unsere Heimat ist daher ein Kampf um die Grundlagen der Zivilisation überhaupt. Keine Charta der Menschenrechte kann an diesem Recht als der Grundlage des Menschseins überhaupt vorbeigehen.

Die Heimat ist nicht nur der Grund und Boden, sondern auch die menschliche Substanz verkörpern wir und nur wir. Und deshalb sind auch nur wir die Träger des Heimatrechts und niemand kann irgendwelche verbindlichen Erklärungen in einer auf der Grundlage der Menschenrechte aufgebauten Welt über unsere Heimat abgeben ohne unsere Zustimmung, es sei denn, er bejahe das Recht des Eroberers und negiere damit die Grundlage einer europäischen Gemeinschaft. Er bejaht dann die Verpfanzung von Chinesen nach Schlesien und von fernöstlichen Völkern nach Ostpreußen.

Solange das Völkerrecht die Legalisierung der Rechte des Eroberers durch Zustimmung oder durch Duldung oder Verjährung für möglich hält, solange sind wir verpflichtet, unsere Zustimmung zu verweigern, den Anschein einer Duldung zu vermeiden und jede Entwicklung zur Verjährung hin durch immer wiederholte Anmeldung unseres Anspruchs zu unterbrechen. Niemand kann darin einen engen und gefährlichen Nationalismus sehen. Ich glaube genügend deutlich gemacht zu haben, daß wir als Träger des Anspruchs auf unsere Heimat zugleich die Wahrer der tragenden Gedanken sind, die allein zur europäischen Gemeinschaft führen können. Wir sind uns dessen bewußt, daß darüber hinaus, gerade wegen ihrer Gefährdung in wesentlichen Teilen der Menschheit das Menschenrecht auf die legitime Heimat ein unabdingbarer Bestandteil der Charta der Menschenrechte wird sein müssen, von der die kommende geeinte Welt den dauernden Frieden erwartet.

Im Felde der geistigen Entscheidungen ist es belanglos, ob eine andere Gruppe oder Instanz einen Verzicht auf unsere ostdeutsche Heimat ausspricht. Allein wir, die Vertriebenen, können wirksame Erklärungen abgeben, und wir stehen gegen den Rechtsanspruch des Eroberers, wir stehen für das Menschenrecht auf die Heimat. Wir werden uns so verhalten, daß wir stets mit sauberen Händen und Herzen unsere Sache vor den Gerichtshof des Weltgewissens tragen können. Dafür soll diese Charta der deutschen Heimatvertriebenen ein Zeugnis sein.

Der Beitrag erschien ursprünglich in der Ausgabe 10 vom 20. August 1950.

• **Dr. Ottomar Schreiber** wurde am 1. Mai 1889 in Marienburg geboren. Nach dem Ersten Weltkrieg war er unter anderem Syndikus der Handelskammer Memel, geschäftsführender Vorsitzender des memelländischen Arbeitgeberverbandes sowie Landespräsident des Memellandes. Von 1949 bis 1953 war er Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte sowie von 1948 bis 1951 erster Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Schreiber starb am 6. Februar 1955 in München.

Stimme der Heimatlosen

Zur Geschichte von Ostpreußenblatt und Preußischer Allgemeinen Zeitung gehören seit Anbeginn auch Stellungnahmen aus dem politischen Raum. Auf einer Großkundgebung anlässlich der 700-Jahr-Feier der Stadt Memel in Hamburg bekannte sich mit der folgenden Rede erstmals ein Vertreter des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen zur gesamtdeutschen Aufgabe der Landsmannschaften und zu den Grundsätzen, welche zum landsmannschaftlichen Zusammenschluss auch der Ostpreußen führten.

VON FRANZ THEDIECK

Die Landsmannschaften sind Zusammenschlüsse von Menschen gleicher Heimat, gleicher Sprache, von Menschen, die sich zusammenfinden, aus einem oft nicht verstandenen Impuls, den nächsten zu suchen, den Mitarbeiter und Studienossen oder die nahen und fernen Blutsverwandten, die alle in ihrer Gesamtheit vereinigt, oft im Umkreis von wenigen Kilometern die menschliche Heimat darstellen, aus der die überwältigende Zahl der Vertriebenen stammt. Die Heimat freilich, Grund und Boden, kann auch die menschliche Gemeinschaft in der Landsmannschaft nicht ersetzen. Aber sie bringt die Erinnerung mit an die Tage, die ein jeder von uns zum Urgrund seiner Erinnerung rechnet. Dieser Zusammenschluss zu solchen Organisationen, wie sie die Landsmannschaften darstellen, ist deswegen so wertvoll und wichtig, weil er ohne jeden staatlichen Zwang erfolgt, allein aus dem Antrieb, fern der Heimat und abgelöst von ihren Kräften etwas von dem zu bewahren, was jedem von uns Wertvollstes und Teuerstes ist: echte und wahre menschliche Verbundenheit.

Verbote in der Sowjetzone

Die Besatzungsmächte haben zunächst auch in der Bundesrepublik mit Misstrauen diese Zusammenschlüsse beobachtet. Nur nach mehrjährigem Zögern sind schließlich landsmannschaftliche Zusammenschlüsse in der Bundesrepublik erlaubt worden. Das System jedoch, daß wie kein anderes darauf abzielt, den Menschen zu vereinzeln, ihn aus organischen Bindungen herauszureißen und ihn in seiner Einsamkeit zum willigen Werkzeug der Staatszwecke zu machen, ich meine das System totalitärer Staatslenkung in der sowjetischen Besatzungszone, hat bis heute landsmannschaftliche Zusammenschlüsse verboten. Eine eigene Abteilung der Geheimpolizei sorgt dafür, daß jeder Ansatz zu landsmannschaftlicher Gruppierung im Keim erstickt wird. Ein System wie das der Sozialistischen Einheitspartei in der sowjetischen Besatzungszone fürchtet in solchen Zusammenschlüssen Gegner zu finden, die seine undeutsche, sowjetische und ganz auf Vermassung abzielende Politik durchkreuzen.

Nachbarschaftsverbände aus gemeinsamem Schicksal

In der Bundesrepublik haben die Landsmannschaften sich zunächst unbemerkt, aber dann unter einer immer kräftiger werdenden Anteilnahme der deutschen Öffentlichkeit zu sehr eindrucksvollen Gebilden entwickelt, die mit ihren gewaltigen Kundgebungen erst die deutsche, dann die europäische und man darf sagen, dann die gesamte Weltöffentlichkeit aufhorchen ließen. Kundgebungen, die die politischen Zielsetzungen nicht scheuten, aber dennoch nicht von dieser oder von jener parteipolitischen Gruppierung für sich in Anspruch genommen werden konnten. Denn die Landsmannschaften sind keine im eigentlichen Sinne parteipolitischen Zusammenschlüsse und dürfen es auch nicht sein. Sie sind Nachbarschaftsverbände, erwachsen aus dem Zusammenbruch des Reiches, zusammenge-



„Echt christliche oder echt soziale Gesinnung“: Aufbauwerk der Vertriebenen zu Beginn der 1950er Jahre Foto: Wikimedia

Aufgaben und Bedeutung der Landsmannschaft

Heimat und Fluchtschicksal sind stärker als Parteidogmen – Ein Auftrag an das ganze deutsche Volk

führt aus dem gemeinsamen Schicksal und dem gemeinsamen Heimatgrund.

In ihnen vereinigen sich alle Berufe, alle Arbeitskräfte, alle Stände und alle Weltanschauungen, und sie bilden nur deswegen eine so eindrucksvolle Einheit, weil sie, durch- und untereinander im echten Sinne demokratisch und tolerant, nichts anerkennen, was sie politisch trennen könnte. Daran liegt ihre Kraft, und darin liegt die einzigartige Wirkung ihrer Kundgebungen. Heimat und Fluchtschicksal sind stärker als Parteidogmen, als das Trennende religiöser Bekenntnisse und als Klassenunterschiede. Man sollte diese Stärke richtig einschätzen. Man sollte vor allem nicht den Versuch machen, Ideen und Programme in die Landsmannschaften hineinzugetragen, die ihrem Wesen nicht entsprechen. Dieses Wesen ist überparteilich und überkonfessionell. Nicht, daß sich in ihren Reihen keine Politiker befinden sollten. Viele von ihnen darunter recht prominente, gehören zu ihrer Führung. Aber sofern sie Politik in den Landsmannschaften treiben, ist es und darf es nur Heimatpolitik und nicht Parteipolitik sein.

Repräsentanten europäischer Einheit

Die Landsmannschaften als einzelne widerspiegeln jede für sich die Heimatprovinzen und Landschaften, aus denen ihre Mitglieder stammen, jenen Teil Deutschlands, der ihr Ursprung ist, oder jenen Teil Europas, der ihr jahrhundertlanges Siedlungsgebiet war. Man kann derzeit nicht sagen, wie dies fälschlicherweise manchmal geschieht, daß sie alle zusammengefasst als Gesamtdeutschland anzusprechen seien. Denn weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bewahren die Landsmannschaften Erinnerungen und Traditionen ihrer ehemaligen Heimat. Man könnte eher sagen, daß die Landsmannschaften Repräsentanten ehemaliger europäischer Einheit sind, bevor der Eisener Vorhang im Osten Mitteleuropa von seinem Mutterland trennte. Die Existenz von Landsmannschaften im Bundesgebiet als Beweis großdeutscher oder imperialistischer Ziele in der Bundesrepublik anzu-

führen, bleibt nur einer sehr übelwollenden Presse vorbehalten, die das Wesen dieser Zusammenschlüsse nicht verstanden hat oder jenen unanfechtbaren Anspruch auf die Heimat fürchtet, den ein Fortschreiten des Völkerrechts notwendigerweise proklamieren muss.

Eine gesamtdeutsche Aufgabe

Jedoch in anderer Richtung haben die Landsmannschaften in der Tat eine gesamtdeutsche Berufung. Sie sind der Träger einer Haltung, die zum Sauerzeug für die Haltung des ganzen deutschen Volkes werden könnte. In zweierlei Richtung wirkt das besondere Schicksal, daß die Heimatvertriebenen erleben mussten, zum Segen für die ganze Nation. Einmal sind die Landsmannschaften ja nicht vertrieben worden als Ostpreußen oder Sudetendeutsche, sondern sie sind vertrie-

ben worden als Deutsche, sie sind vertrieben worden, weil sie sich der deutschen Sprachgemeinschaft zugehörig fühlen, und weil allein dieser Umstand genügt, ihnen Haus und Hof, Gut und Blut zu nehmen. Ihnen ist an diesem Vorgang ganz besonders schmerzlich, aber auch ganz besonders nachhaltig ihr Deutschtum bewusst geworden, daß sie daher bewusster als viele ihrer übrigen Volksgenossen im Herzen tragen und durch ihre Gesinnung bekunden. Diese Gesinnung auf ihre deutschen Mitbürger zu übertragen, ist ihnen heute bereits zum Segen der ganzen Nation in gewissem Umfange gelungen. Aus ihrer Haltung hat so mancher glückliche, in seiner Heimat und in seinen Besitz verschont gebliebene Bürger erkannt, was die Stunde schlägt.

Verpflichtender Dienst am Nächsten

Aber noch in anderer Weise wirken die Landsmannschaften als ständige Mahnung. In ihnen finden die Vertriebenen eine mittelbare Heimat, wie es einmal genannt worden ist. Aber diese mittelbare Heimat, zu der sie sich zusammengeschlossen haben, ist keineswegs etwas Selbstverständliches für sie. Sie wird nicht nur als Bewahrendes, sondern auch als ein Verpflichtendes empfunden. Sie bedeutet Verpflichtung gegenüber den Heimatgenossen und aus dieser Verpflichtung heraus erwachsen immer neue, schöne Taten nachbarschaftlicher Nächstenliebe. Wenn man sieht und immer wieder beobachtet, wie Heimatvertriebene untereinander, kaum, daß sie Fuß gefasst haben, einer dem anderen hilft, ihn fördert und stützt, wie sie von einer noch unsicheren materiellen Basis aus bereits dazu übergehen, anderen nachbarliche Hilfe angeeignet zu lassen, dann kann man diese echt christliche oder echt soziale Gesinnung – denn hier fallen beide Begriffe zusammen – nur mit großer Hochachtung immer wieder feststellen und zum Vorbild für eine trägere und gleichgültigere Haltung anderer Volksschichten machen.

Wenn ich damit zwei große Aufgaben anreibe, die von den Landsmannschaf-

ten getragen werden, dann soll darüber die dritte, uns besonders am Herzen liegende, Aufgabe nicht vergessen werden, nämlich, den Willen zu wecken und zu pflegen, jene heute von Fremden besetzten Heimatgebiete für die deutsche Gemeinschaft zurückzugewinnen. Diese große Aufgabe freilich werden die Landsmannschaften allein nicht lösen können. Denn es ist ein Auftrag an das ganze deutsche Volk, und es ist nur dann lösbar, wenn das ganze deutsche Volk die Sache der Heimatvertriebenen zu seiner eigenen macht.

Die Macht neuer Tatsachen

Das bedeutet, daß sich die ganze Nation auf ihre Geschichte und ihr Schicksal besinnt, und daß sie als Ganzes Haltung und Heimatgefühl der Vertriebenen sich zu eigen macht. Das soll nicht heißen, daß unser Volk in einer romantischen oder sentimentalischen Heimatverklärung den Blick für die Größe der realen Aufgabe verliert, die uns in Gegenwart und Zukunft gestellt sind. Denn die Heimat, die wir dem heute so verkleinerten Deutschland wieder verbinden wollen, ist nicht mehr die Heimat von 1945.

Die Geschichte ist weitergegangen. Fremde Völker sind in jene Räume eingedrungen und haben das Gesicht der Länder und Provinzen verändert. Industrien entstehen in Schlesien, wo früher der Pflug gegangen ist. Militärlager dehnen sich weit über Ostpreußens fruchtbaren Feldern aus. Fremde Menschen wohnen in den Toren Danzigs, am Stettiner Hafen, versammeln sich in der Breslauer Jahrhunderthalle. Langsam füllen sich die menschenleeren Räume. Langsam wandelt sich das Bild der Heimat. Ganz neue Probleme erwachsen aus der Macht neuer Tatsachen. Wir haben allen Grund, ihnen mit Unruhe und mit äußerster Aufmerksamkeit entgegenzusehen. Schon heute müssen wir uns darüber klar sein, daß die Geschichte nicht rückwärts schreitet, daß die Zeit nicht stehen bleibt, daß der Friede von 1919 unwiederholbar ist.

Auch Deutschlands außenpolitische Lage ist anders als 1919. Deutschland ist unausweichbar hineingestellt in die große Auseinandersetzung zwischen Moskau und Washington. Es droht, unter der schrecklichen Spannung endgültig zu zerfallen. Nur der unablässig bekundete Wille von 66 Millionen Deutschen, von denen aber 18 Millionen durch ein System des Terrors an der Bekundung ihres Willens gewaltsam gehindert werden und für die wir mitsprechen müssen, nur das einmütige Bekenntnis für ein ungeteiltes Deutschland kann uns vor dem Schicksal bewahren, die letzte Bitternis der Niederlage kosten zu müssen.

Nur durch friedliche Mittel

Wenn je die Rückkehr in die Heimatgebiete möglich werden soll, dann wird es nur geschehen können unter der vollen Zustimmung der europäischen Völker auf der Basis voller und uneingeschränkter Gleichberechtigung in einem freien und geeignet Europa und nur mit den friedlichen Mitteln der Politik.

So sind die heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften letztendlich mit dem großen europäischen Ziel der gegenwärtigen Politik verknüpft. Sie rechtfertigen Erklärungen, wie sie in der Charta der Heimatvertriebenen niedergelegt sind.

Der Beitrag erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 15. August 1952.

● **Franz Thedieck** wurde am 26. September 1900 in Hagen geboren. Er war unter anderem von 1949 bis 1964 beamteteter Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, von 1966 bis 1972 Intendant des Deutschlandfunks sowie von 1964 bis 1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V. Thedieck starb am 20. November 1995 in Bonn.



Gegen das Unrecht

Da das Schicksal der Heimatvertriebenen stets eng mit der Lage der ganzen Nation verbunden war und ist, widmete sich Das Ostpreußenblatt von Beginn an auch allgemeinpolitischen Ereignissen und Entwicklungen. Und so berichtete die Zeitung schon früh auch darüber, was östlich des Eisernen Vorhangs vor sich ging. Ein Beispiel dafür ist dieser Artikel über den Volksaufstand vom 17. Juni 1953.

VON MARTIN KAKIES

Die sowjetischen Machthaber können vieles machen. Sie können ihre deutschen Sklavenhalter in der Sowjetzone von einer zur anderen Stunde zwingen, nun alles das als Verbrechen zu erklären, was eben noch als einzige Aufgabe und höchstes Verdienst galt. Sie können es, und sie haben es getan. Aber auch sie können nicht befehlen, daß die von ihnen erschossenen und gemordeten deutschen Arbeiter nun wieder lebendig werden, wenn es ihnen in ihren Plan etwa so passen würde.

Es ist Blut geflossen, und das kann nicht wieder ungeschehen gemacht werden. Blut ist nicht nur die Voraussetzung eines jeden menschlichen Lebens, Blut hat auch eine geheimnisvolle Kraft. Es sind viele Reden gehalten und viele Entschlüsse gefaßt und viele Aufrufe erlassen worden für ein einiges und freies Deutschland, aber sie alle verblissen vor dem Blut, mit dem das Verlangen des deutschen Volkes nach Einheit und Freiheit nun geschrieben worden ist. Dieses Blut brennt wie Feuer. Es ist Blut vergos-

„Berlin lebt! Der Sieg über die Blockade hat das für das freie westliche Berlin bewiesen, und dieser 17. Juni hat gezeigt, daß auch das Herz des sowjetisch beherrschten Berlins noch stark und mutig schlägt“

sen worden für ein Deutschland, wie wir es uns ersehnen, es ist Blut vergossen worden für uns und unsere Heimat. Denn der Weg nach Hause geht über Berlin, er geht in der Wirklichkeit des Raumes über Berlin, und er geht auch über diese Stadt, wenn wir sie als Sinnbild unseres Kampfes für die Rückkehr nehmen. Würde Berlin fallen, diese Bastion der freien Welt, würde es untergehen in dem roten Meer, von dem es umgeben ist, dann bliebe uns wohl kaum eine Hoffnung noch.

Bastion der freien Welt

Aber Berlin geht nicht unter! Nein, Berlin geht nicht unter! Berlin lebt! Der Sieg über die Blockade hat das für das freie westliche Berlin bewiesen, und dieser 17. Juni hat gezeigt, daß auch das Herz des sowjetisch beherrschten Berlins noch stark und mutig schlägt.

In diesem Sowjetsektor der Stadt schien nicht einmal der Schatten einer Möglichkeit zu bestehen, sich gegen die brutale Macht eines Riesenreiches offen aufzulehnen. Denn ist da nicht alles gefangen in dem kunstvoll gespannenen Netz einer bösen Tyrannei? Genügt nicht schon ein unbedachtes Wort, ja ein bloßer Verdacht, um für Jahre in ein Zuchthaus geschafft zu werden? Die Arbeiter blieben nicht mehr Menschen, sie wurden zu Arbeitstieren gemacht. Ihre Körper wurden immer magerer, die Arbeitsnormen wur-



„... gezeigt, daß auch unter der Gewalt einer allmächtig scheinenden Diktatur der Einzelne mehr ist als nur ein hilfloses Sandkorn, das zertreten wird“: Demonstrierende Arbeiter während des Volksaufstandes in Ost-Berlin

Foto: xyz

Leuchtturm Berlin

Der 17. Juni 1953 als Mahnung, den Kampf für die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes nicht aufzugeben

den immer höher. Es mochte scheinen, als hätten sich die meisten dumpf und hoffnungslos in ihr Schicksal ergeben.

Aber dann kam dieser Tag, da trieb die leibliche Not ein paar Bauarbeiter auf die Straße, Hunderte schlossen sich an, und dann waren es Tausende und Zehntausende. Sie kamen manchmal von weither, aus den Vororten, in zerlumpten Kleidern und mit ausgemergelten, zersorgten Gesichtern, manche waren barfuß und sie waren viele Stunden im Regen marschiert. Lebende Zeugen der Segnungen, die der Bolschewismus dem deutschen Arbeiter gebracht hat, zogen sie gen Westberlin, als könne ihnen von dort Hilfe kommen.

Ein Mut ohnegleichen

Sie hatten keinen Plan, und sie waren ohne Führung. Auf ihrem Weg verbrannten sie die Bilder der Götzen, von denen sie geknechtet wurden und die sie noch anbeten sollten. Sie zertraten die Zeichen des Terrors und warfen mit Steinen nach Panzern und riefen: „Wir wollen keine Sklaven sein!“ Sie haben Frau und Kinder und Eltern, und sie hängen an ihrem Leben genau so wie der satteste Bürger, aber

sie achteten nicht der Gefahr für Leib und Leben. Auch die schwerste Not und die grausamste Unterdrückung hatten ihren Mut nicht lähmen können.

Westberlin damals in der Blockade und Ostberlin heute, – diese Stadt im Herzen Deutschlands ist eine sehr mutige Stadt, sie ist die mutigste Stadt der Welt. Sie ist nicht nur aus dem Auftrag der Geschichte die wahre Hauptstadt unseres deutschen Vaterlandes, sie ist es auch aus ihrem Geist der Freiheit und der moralischen und nationalen Kraft.

Die Arbeiter von Berlin und in den Städten der Sowjetzone haben einen Mut ohnegleichen bewiesen, aber sie haben auch mit starkem politischem Instinkt die richtige Stunde genutzt. Die nämlich, in der auf Befehl aus Moskau alles auf den Kopf gestellt wurde, um auch auf diesem Vorfeld den Generalangriff auf den freien Westen zu verschleiern. Sie zeigten der Welt, wie sie über die „Befreiung“ denken, die das „Vaterland aller Proletarier“ ihnen gebracht hat, sie schrien es hinaus, daß sie keinen sehnlicheren Wunsch haben, als von dieser Befreiung befreit zu werden. Durch ihre Erhebung schufen sie eine kla-

re Sicht für jeden, der sehen will. Hätten die moskowitzischen Panzer sich nicht schützend vor die „Regierung der Arbeiterklasse“ gestellt, sie wäre einfach hinweggefegt worden. Nur grausamste Gewalt hat das verhindern können.

Triumph über das Unrecht

Es mag nun scheinen, als habe diese Erhebung der deutschen Arbeiter mit einer Niederlage geendet. In Wahrheit ist sie ein Sieg. Zum erstenmal hat sich in einem von den Sowjets beherrschten Land die geknechtete Bevölkerung in einem Aufstand von gewaltigen Ausmaßen gegen ihre Peiniger erhoben, zum erstenmal stürmte sie die Gefängnisse und befreite die Opfer, zum erstenmal hat sie die Propaganda von dem zufriedenen Glück der Werktätigen sichtbar als Lüge entlarvt, zum erstenmal hat sie unter einer totalen Diktatur den unzerstörbaren Glauben an die Freiheit in die Welt hinausgerufen, zum erstenmal auch zwangen sie Moskau, vielen Zehntausenden der eigenen Soldaten das Schauspiel eines Arbeiteraufstandes zu bieten. Dieser Marsch der deutschen Arbeiter aus der Stalinallee kann für Moskau

genau so das Ende seines Vordringens nach Westen und den Zwang zur Umkehr bedeuten, wie im letzten Krieg es Stalinograd war für das deutsche Heer auf dem Weg nach Osten. Diese Erhebung ist nicht mehr auszulöschen und ihre Wirkung wird gewaltig sein.

Trotzdem wird Moskau sein Ziel nicht aufgeben, sein Ziel der Weltherrschaft. Nur die Taktik hat sich geändert. Auch in den Jahren 1921 und 1922 öffnete sich die russische Riesenfaust und ließ zwischen ihren Fingern Bauern und Handwerker und Händler frei, als die Wirtschaft zusammenzubrechen drohte; dann, als der Zweck erreicht war, wurden sie wieder gepackt und um so sicherer zerquetscht.

Die Gefahr bleibt

Nicht anders würde es auch jetzt werden, würde es Moskau gelingen, die freie Welt noch stärker aufzuspalten, ihr noch den letzten Rest von Wachsamkeit zu nehmen und sie einzulullen in einen sanften Schlaf. Mit kleinen Konzessionen, die nichts kosten, will Moskau das erreichen, mit halben Gesten, hinter denen nichts steht, mit einem Wechsel der Marionetten, die in jedem Falle nur Befehle entgegenzunehmen haben. Bis jetzt ist nichts geschehen, was

„An diesem 17. Juni brach aus dem Dunkel des Unrechts und der Unfreiheit wie von einem hohen Leuchtturm das Licht der Freiheit und der Würde des Menschen“

annehmen ließe, es sei von diesem Plan des „Teile und herrsche und diktiere“ auch nur das Geringste aufgegeben worden. Welch ein verlockendes Ziel, mit Panzerdivisionen hinter der Oder vor einem äußerlich geeignet, aber entwaffnet und neutralisierten Deutschland zu stehen und dieses unter ständigen Drohungen schwach und immer schwächer zu machen, bis es zur leichten Beute wird!

Soll man noch einmal die vielen Zeichen aufzählen, die Moskau ermutigen, dieses Ziel der Beherrschung Westeuropas unentwegt zu verfolgen? Die politische Lähmung Frankreichs gehört ebenso dazu wie die Churchillrede vom 11. Mai. Was sein Plan eines Ostlocomano uns bringen soll, ist inzwischen klar geworden: die Oder-Neiße-Linie als Grenze, mit einigen Korrekturen vielleicht nach Osten hin, also die Verewigung unserer Vertreibung, die dann auch noch das deutsche Volk selbst durch die Garantie der Grenze anerkennen soll.

Der weltpolitische Himmel sieht düster aus. Aber wir sind nicht so schwach, wie es scheinen mag. Die deutschen Arbeiter haben uns und der Welt gezeigt, daß auch unter der Gewalt einer allmächtig scheinenden Diktatur der Einzelne mehr ist als nur ein hilfloses Sandkorn, das zertreten wird. Sie haben bewiesen, daß auch der einzelne Mensch in das weltpolitische Geschehen handelnd eingreifen und es mitgestalten kann, sie haben es bewiesen, obwohl die nackte Gewalt gerade das verhindern wollte. An diesem 17. Juni brach aus dem Dunkel des Unrechts und der Unfreiheit wie von einem hohen Leuchtturm das Licht der Freiheit und der Würde des Menschen. Dieser Leuchtturm Berlin, er gibt auch uns, die wir aus unserer Heimat vertrieben worden sind, eine starke Hoffnung. Er ist uns aber auch eine Mahnung, niemals zu erlahmen in dem Kampf um unsere Heimat.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 25. Juni 1953.

Gegen das Unrecht

Dass Das Ostpreußenblatt stets mehr war als eine reine Lokalzeitung belegt auch der folgende Artikel zum Ausbruch des Volksaufstandes in Ungarn 1956.

VON EITEL KAPER

Die hochdramatischen Ereignisse in Ungarn haben die ganze Welt aufhorchen lassen. Zum zweiten Male – nach dem 17. Juni 1953 – hat sich hier etwas ereignet, was vielen kühlen Rechnern und Beobachtern im Westen völlig unvorstellbar erschien. In einem Land, das unter der harten Faust sowjetischer Divisionen leben muß, in dem die kommunistischen Machthaber alle Trümpfe von Anfang an in der Hand haben und sowohl über eine beachtliche Rote Armee wie auch über eine in allen Unterdrückungskünsten geschulte mächtige Polizeitruppe verfügen, erhebt sich dennoch die zunächst völlig waffenlose Jugend einer Nation, recht bald verstärkt durch weite Kreise der Arbeiterschaft, durch Bauern und Handwerker gegen die Unterdrückung. Ein paar Tausend entrollen zuerst das Banner der Freiheit, reißen die verhassten Symbole der Tyrannei nieder und stehen wenige Minuten später schon im Feuer der Maschinengewehre. Man muß also damit rechnen, daß spätestens in einer Stunde die ganze Demonstration in Blut erstickt sein wird. Allzu ungleich sind doch die Kräfte verteilt, als daß man sich irgendeine Chance für die Sache der Freiheit ausrechnen könnte. Der rote Regierungssender verkündet bereits, daß man mit den „Störern der Ordnung“ fertig sei. Und dennoch kommt es dann ganz anders. Nach kurzer, trügerischer Stille nimmt der Waffenlärm von neuem zu, wächst immer weiter an und kommt nun nicht mehr zum Schweigen für viele Tage. Was hat diese Wendung gebracht?

Der Strom bricht los

Zu den ersten Marschierern stoßen immer neue Gruppen. Was erst wie ein Gebirgsbach anmutete, ist im Handumdrehen zu einem mächtigen reißenden Strom geworden, und dieser reißt sehr bald riesige Dämme auf, die bis zu diesem Tage als unzerstörbar galten. Von den alarmierten Regierungstruppen gehen die ersten zu den Männern der Erhebung über. Sie reißen sich die verhassten Sowjetsterne von der Kappe, sie reichen Waffen an die weiter, die bis dahin buchstäblich mit nackten Fäusten gegen schwerbewaffnete Kommunisten marschierten. In Massen kommen die Arbeiter, um mitzukämpfen für die Freiheit, die ganze Freiheit von der Fremdschaft, von der Not und Unterdrückung durch die verhassten Antreiber und Bonzen der Kommunistenpartei.

Die Machthaber, die pausenlos in den feudalen Palästen des roten Staates tagen, spüren sehr deutlich, daß hier eine ungeheure Flutwelle heranbrandet, die sie bald hinwegfegen könnte. So richten sie denn an ihre russischen Kontrollleute die Bitte, unverzüglich die Sowjetpanzer auffahren zu lassen; sie sollen ihre eigenen ungarischen Landsleute zusammenschießen. Das Sowjetoberkommando hat freilich darauf nicht gewartet, es hat schon einige Stunden vorher die ratternden braunen Ungetüme mit den drohenden Geschützen in Marsch gesetzt. Wie am 17. Juni in Mitteldeutschland, so sollen sie in einigen Stunden auch hier die Entscheidung herbeiführen. Ein stählerner Gürtel schließt sich um die schöne Donauhauptstadt. Abermals scheint die Chance der Volks- erhebung auf null gesunken zu sein. In falschem biederemännlichem Ton mahnt der Rote Sender zur sofortigen Kapitulation. Wenn man umgehend die Waffen niederlege und sich gehorsam unterwerfe, dann wolle man Gnade üben und einiges Entgegenkommen zeigen.

Dieses „Angebot“ ist kurz befristet, und man fühlt sich so sicher, daß man



„Ein stählerner Gürtel schließt sich um die schöne Donauhauptstadt“: Wie 1956 im Falle der DDR berichtete Das Ostpreußenblatt auch während des Volksaufstandes in Ungarn 1956 ausführlich über das Geschehen Foto: xyz

Ein Volk stand auf

Über den Ausbruch des Volksaufstandes in Ungarn 1956 und dessen Bedeutung als weiteres Symbol für den Niedergang des Kommunismus

auch ins Ausland funkt, der Widerstand habe nun fast aufgehört. Als Balsam wird die Nachricht serviert, daß der verhaftete Parteisekretär Gero, der mit seinem Bekenntnis zum engsten Sowjetbündnis die Volkswut noch aufs äußerste gesteigert hat, durch einen anderen Kommunisten ersetzt werde, von dem bekannt ist, daß er zu den „Titoisten“ gerechnet wird.

Die Flammen greifen weiter

Das Ausland, das bis zu dieser Stunde eigentlich nur durch die einseitig gefärbten Meldungen des kommunistischen Staatssenders etwas über die Vorgänge erfahren konnte, horcht auf, als wenig später die Frist zur Unterwerfung erstmals und dann wiederholt verlängert wird. Die Bekanntmachungen und Aufrufe, die Radio Budapest nun bringt, werden von Leuten verlesen, die offenbar erst neu ins Funkhaus kommandiert worden sind. Sie werden nervös heruntergaspelt, wobei man sich oft verspricht. Auch der neue Ministerpräsident Nagy verrät in seinem Tonfall, wie ernst und besorgt man in den Kreisen der Machthaber ist. Eines wird deutlich: die Lage ist für das Regime viel ernster, als man öffentlich zugeben will. Der anhaltende Kampfflärm der Millionenstadt ist manchmal sogar am Mikrophon zu hören.

Augenzeugenberichte von Ausländern und bald darauf auch die ersten Erklärungen kleiner Freiheitssender beweisen, daß aus der Budapester Erhebung längst schon eine des ganzen Landes, der ganzen Nation geworden ist. Man erfährt, daß ungarische Arbeiter in Csepel sogar Sowjetpanzer außer Gefecht gesetzt haben, daß es in Raab, Fünfkirchen, Ödenburg und anderen Plätzen zur Bildung von neuen Volksräten aus Arbeitern, Bauern und Soldaten gekommen ist und daß in vielen Orten harte Kämpfe mit den roten Sklavenvögeln und ihren Polizisten entbrannt sind. Gerüchte sprechen vom Anrücken neuer Sowjetereinheiten von Rumänien her. Die Zahl der Blutopfer steigt in die Hunderte, die Tausende, und wer wirklich bis Bu-

dapest vorstößt, hört dort Kanonendonner und sieht zahlreiche Brände.

„Vergeßt uns nicht!“

Schon in den ersten Tagen dieses Aufstandes gegen die Unterdrückung wird es allen klar, daß hier der Rahmen nur innerparteilicher kommunistischer Auseinandersetzungen und Umgruppierungen sofort gesprengt worden ist. Ein tapferes Volk ist hier angetreten, um sich die unveräußerlichen Menschenrechte, die das rote Regime ihm zwölf Jahre lang vorenthielt, um sich Freiheit und Selbständigkeit zurückzuholen. In diesem Ringen haben diese Ungarn die schwersten Opfer auf sich genommen. Sie haben bewußt nach dem großen Dichterwort gehandelt, daß die Freiheit und das Himmelreich keine Halben gewinnen und daß man auch das Leben daran setzen muß, wenn man das Höchste erringen will, was dem Menschen von Gott geschenkt wurde.

Wann immer in den letzten Tagen Ausländer aus Ungarn in Österreich eintrafen, wußten sie von dem Geist dieser Freiheitskämpfer Rühmendes zu berichten. So oft die Fremden diesen Männern und Frauen begegneten, riefen diese ihnen zu: „Vergeßt uns nicht, ihr da draußen in der freien Welt. Erzählt allen, was ihr

hier gesehen habt und denkt darüber nach, wie ihr uns helfen könnt.“ Es war erschütternd, mitzuerleben, wie die Ungarn unter ihrer alten Nationalflagge an die Grenze zu den Österreichern marschierten, ihre Freiheitslieder sangen und riefen: „Wir wollen frei sein wie ihr. Wir wollen heraus aus der Knebelung und Not ...“ Sie sind sehr einsam gewesen in diesem Kampf, sie standen ganz auf sich allein. Ihr Ruf aber, ihnen wenigstens die schon so wichtige moralische Unterstützung zu geben, ihnen durch Beistand und Spenden in ihrer großen Not zu helfen, darf von uns nicht überhört werden. Wir sind es, die das Weltgewissen für sie zu alarmieren haben, die ihnen beweisen müssen, daß ihr Anliegen auch das unsere ist. Die freie Welt hat in dieser Stunde zu beweisen, daß es Höheres gibt als nackte Zweckmäßigkeit, daß ein Volk, das um seine Freiheit ringt, auf jede menschliche Hilfe rechnen kann, die es braucht.

Die nächste Etappe

Als am letzten Sonntagabend der Ministerpräsident Nagy über den Rundfunk bekanntgab, er habe den Regierungstruppen die sofortige Einstellung der Kämpfe befohlen und mit dem sowjetischen Oberkommandierenden die Zurückziehung der russischen Truppen aus Budapest vereinbart, er wolle auch über den Abzug der Sowjetdivisionen aus Ungarn mit Moskau verhandeln, da wurde es klar, daß die Erhebung ihren ersten Sieg errungen hatte.

Nagy hat die Auflösung der besonders verhassten roten Sicherheitspolizei, die Einführung der alten Hoheitszeichen, die Bildung einer neuen Exekutive, die völlige Straffreiheit für alle Teilnehmer des Aufstandes zugesagt und zahlreiche weitere Versprechungen gemacht. Ob er sie loyal erfüllen wird, muß sich zeigen. Daß der heutige Chef des immer noch kommunistischen Regimes zugab, die Volkserhebung habe „die Sünden der Vergangenheit gnadenlos aufgedeckt“, ist sicher ebenso beachtlich wie die Feststellung, daß vor allem

der Starrsinn der früheren roten Machthaber den Ernst der Lage geschaffen habe.

Geschwiegen hat Nagy dagegen gegenüber den eigentlich entscheidenden Forderungen der Aufständischen: freie und wirklich demokratische Wahlen, Bildung einer Regierung aus allen Parteien und völlige Lösung des Bündnisses mit der Sowjetunion. Es ist kaum anzunehmen, daß ihm die Männer der Freiheitsbewegung die Antwort hierauf erlassen. Sie werden nicht ruhen und rasten, bis die Ungarn, wie andere freie Völker auch, selbst über ihr Schicksal entscheiden können. In dem Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, ist die Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen.

„Die Erde dreht sich weiter ...“

Der bekannte amerikanische Kommentator Lipmann hat in einem Artikel darauf hingewiesen, die neue Entwicklung in den bisherigen Satellitenstaaten werde sich in Etappen vollziehen, und es erscheine ihm wünschenswert, daß Ungarn zunächst nicht weiter als bis zu einem nationalkommunistischen Titoismus gehe. Fertige Rezepte – noch dazu von einem Ausländer – pflegen nun kaum jemals in der Politik befolgt zu werden. Die These der Etappen mag durchaus richtig sein, wie weit aber einzelne Phasen führen, das hängt von den jeweiligen Umständen ab. So wie die Warschauer Vorgänge mit der Einsetzung Gomulkas zum Parteichef und der Ausbootsung Rokossowskis aus dem Politbüro nach Budapest ausstrahlten, so werden sich zweifellos die blutigen und revolutionären Ereignisse in Ungarn bald auch – trotz aller Vertuschungsversuche der Machthaber – in den anderen Ländern des Sowjetgefolges herumsprechen. Die überlauten Versicherungen der Satrapen in Prag und Pankow, in Sofia und Bukarest, dort sei alles in bester Ordnung und könne Ähnliches niemals passieren, vertragen deutlich genug die Besorgnis vor einer „Ansteckung“.

Moskau ist mit eigenen Kommentaren zu Ungarn bisher äußerst zurückhaltend gewesen. Der einzige Prominente, der sich vor Auslandsjournalisten eine kurze, vieldeutige Stellungnahme abrang, war der neue Außenminister Schepilow. Der gab in allgemeinen Wendungen zu, daß schwere Fehler begangen worden seien. Er schloß mit dem sarkastischen und ziemlich hintergründigen Satz: „Die Erde dreht sich weiter.“ Sollten diese Worte lediglich einem „Na wenn schon“ Ausdruck verleihen oder vielleicht doch darauf hinweisen, daß eben alles in Bewegung ist und somit auch das für die Ewigkeit gedachte Satellitensystem sein Antlitz gründlich verändern kann? Sicher ist Moskau nach den letzten Geschehnissen alles andere als freudig und glücklich gestimmt. In einem Land, auf dessen besondere Ergebnisse man rechnete, hat sich das ganze Volk gerade gegen die Sowjets erhoben. Hier die alten Bastionen zurückerobern zu wollen, hieße dieses Land in einen Kirchhof zu verwandeln.

Die ganze Welt aber hat es miterlebt, daß die Soldaten des angeblich „ersten Arbeiterstaates der Welt“ auf Arbeiter und Bauern schossen; sie wird diese Schandtat der Moskauer „Friedensfreunde“ und „Koexistenzler“ wahrlich nicht vergessen.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 3. November 1956.

● **Eitel Kaper** wurde am 7. Juli 1906 in Danzig geboren. Seine journalistische Laufbahn begann er als Redaktionsvolontär bei der „Wilhelmshavener Zeitung“ sowie später als Korrespondent namhafter Blätter wie der „Königsberger Hartungsschen Zeitung“, der „Vossischen Zeitung“ in Berlin und der „Frankfurter Zeitung“. 1953 stieß er als politischer Redakteur zum Ostpreußenblatt und wurde zum 1. Januar 1960 dessen Chefredakteur. Er starb am 6. Oktober 1967 in Hamburg.

Anwältin der Spätaussiedler

Selbst viele Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kamen noch immer Flüchtlinge aus dem alten deutschen Osten in die Bundesrepublik. Auch ihrem Schicksal widmete sich Das Ostpreußenblatt, wie die folgenden Beiträge zeigen.

VON RUTH-MARIA WAGNER

Wie wir bereits in Folge 13 vom 30. März berichtet haben, ist seit dem 1. April dieses Jahres die Aussiedlung aus den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten von den polnischen Dienststellen umgestellt worden. Während bisher unsere Landsleute in Sammeltransporten mit freier Fahrt und Verpflegung ausgesiedelt wurden, werden diese Sammeltransporte jetzt nur noch in Ausnahmefällen bei Kranken und Gebrechlichen durchgeführt. Alle anderen Aussiedler müssen jetzt, da sie als Einzelreisende behandelt werden, die Fahrtkosten und die Frachtkosten für das Gepäck selbst tragen und sich auch während der Reise selbst verpflegen.

Wir waren dabei, als der zweite Transport dieser Art in Friedland eintraf. Wir haben mit vielen unserer Landsleute gesprochen. Sie führen die Umstellung der Transporte darauf zurück, daß die Polen dabei Fahrt- und Verpflegungskosten einsparen. Die neue Art der Aussiedlung scheint sich noch nicht ganz eingespielt zu haben. In Stettin, dem großen Sammelplatz für alle Aussiedler nach dem Westen, mußten unsere Landsleute ein- einhalb Tage warten, bis der Zug nach Friedland zusammengestellt wurde. Sie haben zwar Geduld gelernt in den langen Jahren unter fremder Herrschaft in der Heimat, es ist aber verständlich, daß sie ungeduldig werden, weil von keiner Stelle eine genaue Auskunft über die Weiterfahrt zu erhalten war. Sie mußten ihre Zeit mit Warten verbringen, wurden hin- und her geschickt und konnten nirgendwo etwas Genaueres erfahren. Schließlich war der Zug, der sie zusammen mit Aussiedlern aus Schlesien und Pommern nach dem Westen bringen sollte, hoffnungslos überfüllt; sie mußten sich mit Stehen und Sitzen abwechseln.

Kohlen und Kartoffeln als Reisegepäck

Neu bei dieser Art der Transporte ist auch die Bestimmung, nach der Aussiedler außer mitgenommenen Handgepäck auch größere Mengen von Hausrat, Betten und sperrigem Gepäck aufgeben können. Genau so wie die Kosten für die Reise müssen auch die Kosten für die Beförderung des Gepäcks von jedem Aussiedler selbst getragen werden, sie werden ihnen im Lager Friedland zum Umrechnungskurs ersetzt. Für unsere Landsleute aus der Heimat, die meist nur mühsam und mit schwerer Arbeit ihr Leben fristen konnten, sind diese Kosten sehr hoch. Allein die Ausstellung eines Passes kostet für jede Person 300 Zloty; dazu kommen noch je 30 Zloty für die Beförderung von hundert Kilogramm Gepäck. Die meisten Landsleute, mit denen wir sprachen, haben ihren gesamten Hausstand in der Heimat verkaufen müssen, um diese Kosten aufzubringen. Im Lager Friedland wurde uns bestätigt, daß die Aussiedler aus Ostpreußen – im Gegensatz zu denen aus Schlesien – meist nur geringe Mengen von Reisegepäck aufgeben können.

Wenn man sich in den großen Gepäckhallen im Lager den geringen Hausrat einmal betrachtet, den unsere Landsleute mitgebracht haben, dann wird einem der ganze Gegensatz zwischen dem Leben drüben in der Heimat und unserer Lebensart hier im Westen besonders deutlich. Möbelstücke, die bei uns kein Altwarenhändler nehmen würde, gelten als kostbarer Besitz. Häufig finden sich



Freude herrscht bei den Aussiedlern aus der Heimat, wenn sie am Morgen nach ihrer Ankunft im Lager Friedland von einem Landsmann mit dem Ostpreußenblatt als erste Gabe begrüßt werden. In der Heimat bekamen unsere Landsleute von deutschsprachigen Zeitungen nur die in Breslau erscheinende „Arbeiterstimme“, die sie in polnischem und kommunistischem Sinn beeinflussen sollte. Jeder ostpreußische Aussiedler erhält nach seiner Ankunft im Westen ein Vierteljahr lang kostenlos unsere Heimatzeitung.

Sie kommen in eine andere Welt

Ein Tag bei unseren ostpreußischen Aussiedlern im Lager Friedland

Säcke mit Kohlen, Holz oder Kartoffeln. Wenn wir uns an die Zeit vor der Währungsreform erinnern, als für einen Sack Kartoffeln ein wertvoller alter Familienschmuck geopfert werden musste, dann können wir vielleicht errassen, in welchen Maßstäben drüben in der Heimat noch gedacht wird.

Alle Familienangehörigen, die noch auf Aussiedler aus der Heimat warten, sollten ihre Verwandten drüben darauf aufmerksam machen, daß sie alte Möbel, sperrige Gegenstände und ähnliche Dinge lieber drüben verkaufen und mit möglichst wenig Gepäck den Weg in den Westen antreten sollten. Abgesehen von dem geringen Wert dieses Reisegepäcks ist auch die Zustellung nach dem neuen Bestimmungsort im Westen nicht immer einfach. Das Gepäck wird drüben in der Heimat aufgegeben; die polnischen Behörden stapeln es in Waggons, die unabhängig von dem jeweils laufenden Transport an irgendeinen Zug in den Westen angehängt werden. Die Zustellung verzögert sich oft, und es kann lange dauern, bis diese Dinge über Friedland – von dort aus natürlich kostenlos für die Aussiedler – an den neuen Wohnort gebracht werden.

Die Friedensglocke läutet

Ich stand am Zaun des Lagers, als der neue Transport in der Abenddämmerung an der Rampe einlief. Es gab keinen lauten Jubel, keine Blumen. Aber an den erlösten Gesichtern der Menschen, die ein wenig steif und scheu aus dem Zug kletterten, konnte man erkennen, wie froh sie waren, endlich in Freiheit zu sein. Die Gesichter waren müde und abgespannt nach der langen anstrengenden Fahrt. Langsam kamen sie den schmalen Gang herauf, der zum Lagergang führt. Während sie oben an dem engen Durchlass ihre Papiere abgaben, wurde das mitgebrachte Handgepäck aus dem Zug von Helfern bereits in das

Lager gebracht. Es gab kleine Stockungen bei der Abfertigung. Während die bisherigen Transporte rund zweihundertfünfzig Personen umfassen, kamen mit den ersten beiden Transporten im April fast sechshundert Menschen. Obwohl man in Friedland auf diesen plötzlichen Andrang eingerichtet ist, waren Verzögerungen in der Abfertigung nicht zu vermeiden.

Die Menschen warteten geduldig. Man merkte ihnen an, daß sie das Warten, daß Schlange stehen, die Geduld in den langen Jahren, die jetzt hinter ihnen liegen, gelernt haben. Es fiel kein lautes Wort. Auch die kleinen Kinder warteten an der Hand der Mutter; sie sahen mit großen Augen auf die Umstehenden, auf die Baracken, die für sie eine Station auf dem Weg in ein neues, schöneres Leben bedeuteten.

Die letzten Sonnenstrahlen vielen auf die sauber geharkten Sandwege, die grünen Rasenflächen, auf die ersten blühenden Sträucher im Lagergelände. Die Glocke von Friedland begann zu läuten. Und während die Dunkelheit sich langsam über die Baracken senkte, leuchtete das große Kreuz über der Glocke auf und wies den Menschen den Weg. Sie schoben sich vor-

wärts, wurden zu den beiden größten Versammlungsräumen geleitet. Da der bisherige Raum bei weitem nicht ausreichte, hatte man die evangelische Lagerkapelle hinzugenommen. Ergreifend war die Lautlosigkeit, mit der alles vor sich ging. Die ersten schoben sich durch den Raum, und ohne daß ihnen irgendjemand eine Anweisung dazu gegeben hätte, ordneten sie sich in die Sitzreihen ein, bis alle Plätze besetzt waren. Die letzten mußten stehen.

Die Begrüßung

Trotz ihrer Müdigkeit herrschte gespannte Aufmerksamkeit unter den Aussiedlern, als die ersten Begrüßungsworte über die Lautsprecher in den Raum klangen. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes der Landesgruppe Niedersachsen sprach kurz und eindringlich zu ihnen. Er warnte vor überspannten Hoffnungen. Als er davon sprach, daß es die Freiheit ist, die sie alle aus tiefstem Herzen ersehnt haben, da nickten viele zur Bestätigung, riefen dazwischen, stimmten ihm zu. Der Lagerpfarrer rief alle auf zu einem Dank an Gott. Als wir stehend das Vaterunser sprachen, da spürten wir, daß es bei diesen Menschen aus tiefstem Herzen kam, und wie befreit sangen wir gemeinsam das alte Danklied: „Großer Gott, wir loben dich.“ Viele weinten. Auch die Männer schämten sich ihre Tränen nicht.

Als wohltuend empfinden die Aussiedler die Rücksichtnahme auf Müdigkeit und Hunger. Die Feierstunde war kurz, und als der Lagerleiter noch einige sachliche Anweisungen gegeben hatte, leerte sich der Saal rasch und ohne Schwierigkeiten. In kürzester Zeit, es waren genau sieben Minuten, verwandelte sich der Versammlungsraum in einen Speisesaal. Von den Helferinnen des Deutschen Roten Kreuzes wurde ein kräftiges Essen aufgetragen, und die ersten konnten ihren Hunger stillen. Kleine Lämpchen auf je-

dem Tisch gaben ein warmes Licht. Blumen und grüne Pflanzen an den Fenstern und freundlich gemusterte Wachtstuchdecken belebten den Raum. Wir gingen von Tisch zu Tisch. Das Gespräch war langsam, stockend, ohne Anklage. Aber überall hörten wir, wie stark von unseren Landsleuten der Gegensatz von hüben und drüben empfunden wurde. Sie erzählten von dem Durcheinander in Stettin, von den harten Worten dort, von der seelenlosen, unpersönlichen Atmosphäre. Sie erzählten von dem starken Eindruck, den die erste Begrüßung auf westdeutschem Boden in Büchen auf sie gemacht hat, als sie in warmen Worten willkommen geheißen wurden. Diese Worte waren ihnen noch mehr wert als das erste warme Essen und das Getränk, die Milch für die Kinder.

Das Lager Friedland kam spät zur Ruhe in dieser Nacht. Überall vor den Barackentüren standen noch kleine Gruppen beisammen, – Menschen, für die in dieser Nacht ein neues Leben beginnen sollte. Leise sprachen sie miteinander. Immer wieder streifte ein Blick das große, leuchtende Kreuz, das sich hell gegen den dunklen Nachthimmel abhob. – Symbol der Freiheit, die sie so lange ersehnt hatten. Die wenigen von ihnen, deren Angehörige gekommen waren, um sie abzuholen, verließen bereits jetzt das Lager. Die anderen gingen langsam zur Ruhe, während in den Büros und in den Gepäckschuppen das Personal des Lagers noch eifrig an der Arbeit war. Die ersten Telegramme an die Angehörigen wurden übermittelt, die Listen aufgestellt, die Abfertigung für den nächsten Tag vorbereitet.

Der erste Tag in Freiheit

Als die Glocken früh um sieben Uhr den Dankgottesdienst in den Kirchen beider Konfessionen einläuteten, waren die meisten der Aussiedler schon wieder auf den Beinen. Strahlender Sonnenschein lag über den Wegen und Plätzen. Stauend standen die Menschen, die gerade aus der noch winterlich kahlen Landschaft in der Heimat gekommen waren, vor dem Wunder des beginnenden Frühlings; den blühenden Sträuchern, den ersten Frühlingsblumen. In den Speisearäumen erwarteten sie große Kannen mit dampfendem Kaffee, Teller mit knusprigen Brötchen, Butter, einem Ei, Marmelade und Zucker. Zum erstenmal kam etwas wie staunende Fröhlichkeit auf.

Ich begleitete ein Geschwisterpaar aus der Gegend von Allenstein, das zu seinem in Schleswig-Holstein lebenden Vater reiste. Renate und Albert waren unter den ersten, die den Gang durch die Geschäftsräume begannen. Auf einem Zettel, den sie in der Hand hielten, war jede einzelne Station genau festgelegt. In der Begleitung einer Rot-Kreuz-Schwester gingen die vierzehnjährige Renate und der neunzehnjährige Albert zuerst zur Registrierung und danach in einen Raum, in dem freundliche Bearbeiter an Schreibmaschinen Fragebögen über Herkunft, Alter und Reiseziel ausfüllten. Dann kamen sie an den Schreibtisch des Ländervertreters – jedes Land der Bundesrepublik ist hier vertreten –, der nach ihren besonderen Wünschen und Zukunftsplänen fragte. Danach wurde ihre Einweisung ausgeschrieben. Es folgte die ärztliche Untersuchung mit der Durchleuchtung und den Fragen nach Gesundheitszustand und überstandenen Krankheiten. Bei der nächsten Stelle wurde die Begrüßungsgabe der Bundesregierung – sie beträgt 100 DM für jeden Erwachsenen und 50 DM für jedes Kind – ausgezahlt; dazu gibt es für die Erwachsenen ein Taschengeld von je 20 DM und für jedes Kind zehn DM.

Beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wurden die Geschwister gefragt, ob sie sich an Soldatengräber in ihrer engeren Heimat erinnern könnten. Weiter wurden sie um Auskunft gebeten, über Aussiedlungswillige in der Heimat, die noch Schwierigkeiten haben und über ge-

Anwältin der Spätaussiedler

Die „Spätaussiedlung“, ihre Gründe und Hintergründe

VON DR. EDUARD JENNICKE

Auf der Station Büchen an der Grenze zur Sowjetzone laufen nunmehr fast täglich Transporte mit jeweils Hunderten von „Spätaussiedlern“ aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten ein, und diese plötzliche Zunahme der Aussiedlung hat bereits dazu geführt, daß sich die Bundesregierung mit der Frage befaßt hat, was wohl die Gründe dafür sein mögen, daß die polnischen Behörden im Gegensatz zu der bis vor kurzem von ihnen eingenommenen Haltung nunmehr geradezu die Abfertigung der Transporte forcieren. Im gleichen Zusammenhange haben sich die zuständigen Stellen auch mit den Folgerungen befaßt, die sich sowohl in sozialer wie in politischer Hinsicht aus dieser Entwicklung ergeben und es ist hierzu die Vermutung geäußert worden, ob hier nicht eine „Fortsetzung der Vertreibung mit anderen Mitteln“ vorliege.

Eine nähere Untersuchung der Gründe und Hintergründe der „Spätaussiedlung“ kann nur in der Form vorgenommen werden, daß zunächst einmal scharf zwischen den Gründen unterschieden wird, welche Zehntausende von Deutschen veranlassen, bei den polnischen Behörden Anträge auf Aussiedlung nach West- und Mitteldeutschland einzureichen, und den politischen Hintergründen, aus denen heraus die veränderte Einstellung der polnischen Behörden zum Aussiedlungsproblem erwuchs.

Was das erstere – also die Gründe, welche die bisher in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen bzw. festgehaltenen Deutschen zur Aussiedlung bewegen – anlangt, so hat die polnische Presse hierüber einige Auskunft gegeben, anderes geht aus den Ausführungen der hier eintreffenden Spätaussiedler hervor. Es ergibt sich daraus, daß an erster Stelle der Wunsch nach Familienzusammenführung zu nennen ist. Für dieses humanitäre Anliegen der Zusammenführung von Familien, deren Angehörige durch die Kriegsergebnisse oder durch die Vertreibung voneinander getrennt wurden, hat sich die Bundesregierung seit geraumer Zeit eingesetzt, und es wurde allgemein lebhaft begrüßt, daß es zu einer diesbezüglichen Übereinkunft zwischen dem Deutschen und dem Polnischen Roten Kreuz kam. Aber die Familienzusammenführung erstreckt sich allein auf etwa 50 000 „Fälle“, und so stellt sich die Frage, aus welchen Gründen es dazu gekommen ist, daß weitere Zehntausende – man schätzt die Gesamtzahl der bei den polnischen Behörden eingereichten Aussiedlungsanträge auf über 160 000 – ebenfalls mit allem Nachdruck nach einer Umsiedlung nach Westdeutschland streben.

Es ist dies, wie immer deutlicher hervortritt, vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen Deutschen in den letzten elf Jahren auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet als minderwertige Menschen behandelt wurden und zwar in einem Ausmaße, daß sie sich in einer äußersten materiellen und seelischen Notlage befinden. Selbst die polnische Presse gibt zu, daß man diese Deutschen weithin als „Menschen zweiter Klasse“ behandelte, wobei Ausnahmen nur die Regel bestätigten. Man enteignete sie nicht nur, sondern man verwandte sie als Zwangsarbeiter, vor allem auf den Staatsgütern. Die Härten, die sich aus der Praktizierung des kommunistischen Wirtschaftssystems ergaben, fielen ihnen voll

zur Last; denn während die polnische Bevölkerung Auswege suchen konnte, wurden die „Autochthonen“ – wie man die Deutschen nannte – aufs schärfste überwacht und schwersten Repressalien ausgesetzt, wenn sie die oftmals völlig unsinnigen Anordnungen nicht befolgten. Für die Jugend gab es keine Pachausbildung, die Alten und Kranken wurden buchstäblich dem Verhungern preisgegeben. Aber neben die sich aus dem kommunistischen Wirtschaftssystem ergebenden schweren Belastungen traten noch zusätzlich die Bedrückungen, die aus dem polnischen Chauvinismus kamen. Lange Jahre war selbst der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit verboten. Noch heute gibt es im südlichen Ostpreußen keine Schulen mit deutschsprachigem Unterricht. Und nicht nur das: Da die polnischen Behörden davon ausgingen, daß es sich bei den „Autochthonen“ um „germanisierte Polen“ handele, wurden die Maßnahmen zur „Repolonisierung“ mit aller Schärfe durchgeführt. Halb- und Vollwaisen wurden in polnische Jugendheime oder Erziehungsanstalten verschleppt, unter unvorstellbarem Terror wurden Unterschriften unter Versicherungen erpreßt, mit denen sich die Betroffenen zum „Polentum bekennen“ sollten, und zu alledem trat die oftmals geradezu schändliche Behandlung, die den „Autochthonen“ im Behördenverkehr oder bei allen sich ergebenden Rechtsstreitigkeiten zuteil wurde. Diese Deutschen stellten in Wahrheit eine Gruppe von Menschen dar, die – wie ebenfalls in der polnischen Presse festgestellt wurde – „außerhalb des Rechts standen“.

lung“ plötzlich zu beschleunigen, nachdem noch bis zum Oktober 1956 geradezu um jeden „Härtefall“ bei der Familienzusammenführung gerungen werden mußte. Es läßt sich genau ermitteln, zu welchem Zeitpunkt die polnische Regierung von der bis dahin in der Regel hinhaltenen Behandlung der Aussiedlungsanträge Abstand nahm: Die „Wende“ erfolgte faktisch unmittelbar nach den polnisch-sowjetischen Verhandlungen über den „Truppenvertrag“, in deren Rahmen – wie sich nachträglich herausgestellt hat – von sowjetischer Seite die Oder-Neiße-Frage angeschnitten worden ist. Nimmt man hinzu, daß die Sowjetzonenregierung im Vorjahre ein plötzliches Interesse an der „deutschen Minderheit in Polen“ an den Tag legte, so wird deutlich, welche Beweggründe hier für das Gomułka-Regime eine Rolle spielten, zumal Gomułka selbst bekanntlich in den ersten Nachkriegsjahren als „Minister für die wiedererrungenen Westgebiete“ die oberste Instanz für die Durchführung der Ausreibungen gewesen ist.

So ergibt sich, daß mehrere Umstände die außerordentliche Zunahme der „Spätaussiedlung“ bewirkt haben. Zunächst treten hier zu den Beweggründen, welche denen etwa entsprechen, die für die Zuwanderung aus der Sowjetzone maßgeblich sind, noch diejenigen weiteren Gründe hinzu, die sich aus der Tatsache ergeben, daß die deutschen Ostgebiete polnischer Verwaltung übergeben wurden. Es handelt sich in dieser Hinsicht bei der „Spätaussiedlung“ tatsächlich teils um eine weitere Auswirkung, teils um die Fortsetzung der Vertreibung, die sich von den Geschehnissen in den Jahren 1945–1947 allerdings insofern unterscheidet, als sie nunmehr auf „eine humane und ordentliche Weise“ erfolgt. Zugleich finden hier – was die Einstellung der polnischen Behörden anlangt – politische Entwicklungen ihren Ausdruck, die sich in der Folge der Errichtung des Gomułka-Regimes ergeben haben, und zwar sowohl auf innen- wie auch vor allem auf außenpolitischem Gebiete.

Die Frage, wie die Spätaussiedlung zu beurteilen ist und welche Folgerungen sich aus diesem Vorgang ergeben, läßt sich also klar beantworten: Die Familienzusammenführung ist zu begrüßen, ebenso wie es eine Selbstverständlichkeit ist, daß auch einige weitere Zehntausende von „Härtefällen“ bei den Genehmigungsverfahren alsbaldige Berücksichtigung finden müssen.

Zugleich aber gilt es, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die „Spätaussiedlung“ durchgeführt wird, um Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, um sie von Furcht und Not zu befreien. Dieses ist ein Gebot der Menschlichkeit. Die Rechtsansprüche auf die gegenwärtig polnische Verwaltung unterstehenden deutschen Ostgebiete werden dadurch keineswegs beeinträchtigt, ebensowenig wie durch die in den ersten Nachkriegsjahren erfolgte Vertreibung. Vielmehr bedeutet das Eintreffen eines jeden Transports von „Spätaussiedlern“ in Büchen oder Friedland nichts anderes als eine Mahnung, daß der provisorische Zustand, der hinsichtlich der Oder-Neiße-Gebiete immer noch besteht, durch Wiederherstellung des Rechts – und das heißt durch Rückgabe der polnisch besetzten deutschen Gebiete in deutsche Verwaltung – beseitigt werden muß, sobald die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands in Frieden und Freiheit erfolgt ist.

suchte Personen aus ihrer näheren Umgebung. Wenn die Aussiedler selbst Fragen nach Angehörigen oder Bekannten haben, dann werden diese Anfragen mit Fernschreiben an die Suchdienststellen des Deutschen Roten Kreuzes weitergegeben und so schnell wie möglich beantwortet. Über eine Million solcher Einzelfragen hat die Suchdienststelle im Lager Friedland seit ihrem Bestehen bearbeitet. Die Mitarbeiter sind zum größten Teil Studenten der Universität Göttingen, die sich ehrenamtlich für diese umfangreiche Arbeit zur Verfügung stellen, – während der Semester sind es etwa eintausendfünfhundert Studenten, die ständig auf Abruf bereit sind.

Vorbildliche Betreuung

Die Vertreter der karitativen Verbände, des Deutschen Roten Kreuzes, der Inneren Mission, der Caritas und der Arbeiterwohlfahrt übernehmen die Ausstattung und Einkleidung der Aussiedler. In den Magazinen lagern große Bestände an getragener und neuer Kleidung, Wäsche, Waschzeug und ähnlichem, die alle aus

anderen fahren mit der Bahn zu ihren Angehörigen.

Oft sind die Angehörigen der Aussiedler wirtschaftlich nicht in der Lage, die eigene Fahrt nach Friedland zum Abholen ihrer Familienmitglieder zu bezahlen. Da vom Lager aus alles erdenkliche getan wird, um den Aussiedlern die Fahrt zu ihren Bestimmungsorten zu erleichtern, richtet die Lagerleitung an alle Angehörigen die dringende Bitte, die Ihren nur dann abzuholen, wenn sie entweder mit dem Wagen zum Lager kommen können oder in der Nähe wohnen. Die Anwesenheit von wartenden Angehörigen, die meist auch noch über Nacht in Friedland untergebracht werden müssen, erschwert der Lagerleitung nur die schnelle Abwicklung der notwendigen Maßnahmen. Hinzu kommt, daß die meisten der Aussiedler durch das lange Warten und die beschwerliche Fahrt ebenso wie durch die Umstellung auf völlig neue Lebensverhältnisse meist am Rande ihrer Kraft sind; sie sind froh, wenn sie erst einmal in Ruhe gelassen werden. Es ist deshalb in jedem Fall besser, wenn sie erst im Lager von erfahrenen Kräften betreut werden und nach dieser Ruhepause mit ihren Angehörigen zusammenkommen.

Wir haben uns davon überzeugt, daß die Aussiedler im Lager Friedland vorbildlich betreut werden. Der Lagerleiter und seine Mitarbeiter, die Ärzte und die Schwestern vom Deutschen Roten Kreuz tun alle mehr als ihre Pflicht. Auch wenn sie schon jahrelang in ihrer verantwortungsvollen Arbeit tätig sind, – sie sind nicht abgestumpft, sie haben sich ihre menschliche Anteilnahme am Geschick jedes einzelnen bewahrt.

Es bleibt zu wünschen, daß die Betreuung am Zielort jedes einzelnen Aussiedlers genauso liebevoll und voller Verständnis ist wie im Lager Friedland ...

„Das Lager Friedland kam spät zur Ruhe in dieser Nacht. Überall vor den Barackentüren standen noch kleine Gruppen beisammen, – Menschen, für die in dieser Nacht ein neues Leben beginnen sollte“

Spenden stammen. Renate und Albert strahlten, als sie jeder mit einem großen Paken von Kleidung, Bedarfsgegenständen und Süßigkeiten die Räume verließen, sogar ein neuer Koffer war dabei. Auch hier ist die Abfertigung, wie überall im Lager Friedland, schnell und unbürokratisch.

Zu der Betreuung gehören außerdem die Beratung über Abfahrtszeiten und Zugverbindungen, die Ausgabe von Freifahrtsscheinen und Reiseverpflegung. Die gesamte Abwicklung ist so eingespielt, daß die meisten der Aussiedler bereits am Tage nach ihrer Ankunft das Lager verlassen können. Alte und Kranke werden mit Kleinbussen oder Krankenwagen des Deutschen Roten Kreuzes unmittelbar an ihre Bestimmungsorte gebracht. Alle

Der Artikel erschien ursprünglich in der Folge vom 13. April 1957.

● **Ruth-Maria Wagner** wurde 1915 in Priebisch, Kreis Lissa (Provinz Posen) geboren. Sie arbeitete zunächst als Reporterin und Sprecherin für den Reichssender Königsberg sowie von 1941 bis 1943 als Ansagerin beim Berliner Deutschlandsender. In der Nachkriegszeit war sie Sprecherin beim Norddeutschen Rundfunk und wechselte später zum *Ostpreußenblatt*. Dort war sie über viele Jahre stellvertretende Chefredakteurin und Leiterin der Kulturseiten. Wagner ist zudem Autorin zahlreicher Bücher über Ostpreußen. Sie starb 1989.



Neues, festes Schuhzeug, Mäntel, Kleider und Wäsche haben diese Aussiedler in den Baracken der karitativen Verbände in Empfang genommen. Nun geht es zu den Unterkünften, wo diese Schätze in Koffern und Pappkartons verpackt werden sollen

Der Artikel erschien ursprünglich in der Folge vom 16. März 1957.

Motive für das Verlassen der Heimat

Zieht man alles dieses in Betracht, so wird zweierlei verständlich: Zunächst, daß der Anteil der „Umsiedlungswilligen“ an der Gesamtzahl der „autochthonen“ Bevölkerung weit höher ist als der der Sowjetzonenflüchtlinge an der Gesamtzahl der Bevölkerung Mitteldeutschlands, und zum anderen, daß die Versicherung der polnischen Nationalkommunisten, es werde nunmehr eine „neue Politik“ gegenüber den „Autochthonen“ eingeschlagen werden, keinen Glauben findet. Denn zahlreiche Deutsche mußten gerade in letzter Zeit die bittere Erfahrung machen, daß der polnische Nationalkommunismus weithin nichts anderes als eine Verschmelzung des Kommunismus mit dem polnischen Chauvinismus darstellt und sich so eine Verbindung – nicht etwa eine Minderung – der Diskriminierungen ergab, unter denen die Deutschen zu leiden haben.

Aber noch ein weiteres trug dazu bei, daß die Zahl der Anträge auf Aussiedlung nach West- und Mitteldeutschland immer mehr anwuchs: Die „Verzichtserklärungen“, die seitens bestimmter westdeutscher Politiker verlautbart worden sind. Diesen Erklärungen, in denen entweder geradezu von „Verzichten“ oder von einer „Ausklammerung“ der Oder-Neiße Frage die Rede war, verlieh die polnische Presse große Verbreitung, und es führte dieses dazu, daß die Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten weithin die Überzeugung gewannen, daß „Deutschland uns sowieso abschreiben will“. Es ist besonders die Erklärung des Bundesratspräsidenten Dr. Sieveking gewesen, die ein außerordentliches Ansteigen der Zahl der Aussiedlungsanträge bewirkt hat. Nach polnischen Meldungen stieg allein in Oppeln die Zahl der Umsiedlungs-Anträge auf dreizehntausend!

Dieses aber führt zur Erörterung der Frage, was die polnische Regierung dazu veranlaßt haben dürfte, die „Spätaussied-

Im Zeichen der Neuen Ostpolitik

Rund ein Vierteljahrhundert nach Flucht und Vertreibung vollzog sich 1970 ein Wandel in der bundesrepublikanischen Ostpolitik. In Verträgen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen vereinbarte die Regierung Brandt, die bestehenden Grenzen der europäischen Staaten zu achten und keine Gebietsansprüche gegen irgendjemanden mehr zu erheben. 1973 folgte der Grundlagenvertrag mit der DDR in einem ähnlichen Duktus. Die ostdeutschen Landsmannschaften – und damit auch ihre Verbandsorgane – protestierten gegen diese faktische Anerkennung des Verlustes ihrer Heimat in zahlreichen Kommentaren scharf. Nachfolgend einige Beispiele.

VON HUGO WELLEMS

Bei der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages in Warschau befand sich unter jenen, die als die Staatsmänner gelten, auch der Verleger Henri Nannen, den Bundeskanzler Brandt neben einigen anderen eingeladen hatte, ihn nach Polen zu begleiten. Während die hohen Repräsentanten der katholischen Kirche, wie zum Beispiel der Münchner Kardinal Döpfner, diese Einladung nicht angenommen haben und sich somit nicht zu einer Staffage bereit fanden, reiste Nannen mit in die polnische Hauptstadt, wo er und eine Handvoll anderer das deutsche Volk repräsentieren sollten, von dem man eindeutig weiß, daß es zwar für den Frieden, aber nicht für derartige Verträge ist.

Henri Nannen aber, der nun in des Kanzlers Begleitung reiste, gehörte im Jahre 1944 als Offizier zu Hitlers Propaganda-Abteilung „Südsterne“, die in Italien unter General Anders kämpfende Exilpolen durch psychologische Kampfführung von den Alliierten trennen sollte. In der Nachkriegszeit war Nannens „stern“ im Zuge der Vergangenheitsbewältigung stets bemüht, die Schrecknisse der Diktatur Hitlers aufzuzeigen. Wie aber muß es Herrn Nannen in Warschau ums Herz gewesen sein, als mit den Vertretern einer anderen – nämlich der kommunistischen – Diktatur ein Vertrag geschlossen wurde, in dem die Folgen des Unrechts, das von Hitler und Stalin gemeinsam begangen wurde, den Deutschen aufgebürdet wird.



Schicksalsstunde für den deutschen Osten: Willy Brandt während der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags am 7. Dezember 1970

Ein schwarzer Tag unserer Geschichte

Am 7. Dezember wurde ohne Not und Zwang auf ein Viertel deutschen Staatsgebietes verzichtet

Was für Herrn Nannen gilt, das ist auch auf Willy Brandt und viele andere anzuwenden, deren politisches Ziel es war, Hitler und seine Diktatur zu bekämpfen. Zwar wird in der Einleitung des soeben geschlossenen Vertrages Polens als des ersten Opfers Hitlerischer Eroberungspolitik gedacht. Aber es wird verschwiegen, daß hier die braune und die rote Diktatur, Hitler und Stalin, einträchtig zusammengewirkt haben. Die kommunistischen Machthaber von heute aber sind doch letztlich die getreuen Nachfahren und

Erben Josef Stalins. Wie also müßte es Brandt ums Herz gewesen sein, als er in Warschau nun den Vertrag mit den Repräsentanten der kommunistischen Diktatur geschlossen hat? Oder trifft heute nicht mehr zu, was gestern noch Gültigkeit hatte? Das Beispiel Hitlers und Stalins hat gezeigt, daß immer dort, wo die Demokratie zurücksteckte, die Forderungen höher geschraubt wurden.

Wenn man diesen deutsch-polnischen Vertrag noch als Erfolg bundesdeutscher Diplomatie ausgeben will, dann ist die Fra-

ge erlaubt, was denn wohl geworden wäre, wenn Walter Scheel weniger „erfolgreich“ verhandelt hätte. Denn in diesem Vertrag wird ohne Not und Zwang auf 114 291 qkm, also auf ein Viertel deutschen Staatsgebietes verzichtet. Damit aber hat diese Bundesregierung auch die Substanz anderer Vereinbarungen, wie den Friedensvertragsvorbehalt im Potsdamer Abkommen, im Deutschlandvertrag und im Moskauer Vertrag von 1955 ausgehöhlt.

In mehr als zwei Jahrzehnten hat die Partei, die den derzeitigen Kanzler stellt,

immer wieder erklärt, um jeden Quadratmeter deutschen Bodens kämpfen und von Deutschland retten zu wollen, was zu retten ist. Die SPD hat die Aufgabe von Rechtspositionen ebenso wie den Verzicht auf deutsches Land weit von sich gewiesen. Der von ihr gestellte Bundeskanzler jedoch und sein Außenminister, die mit den Verträgen von Moskau und Warschau dem deutschen Volk das stolze Ergebnis ihrer Geheimdiplomatie vorsetzten, haben sich heute schon – wie in der westlichen Presse unmißverständlich gesagt wird – in eine Ecke manövriert, in der sie gezwungen sein werden, auch weitere Forderungen der Kommunisten zu akzeptieren. Diese Forderungen werden eindeutig auf die Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung und darauf abzielen wollen, die Bundesrepublik Deutschland aus der freien Welt herauszubrechen.

Jedermann in Deutschland ist an einem ehrlichen Ausgleich mit dem Osten interessiert. Auch die Aussöhnung mit Polen wird als eine vordringliche Pflicht angesehen. Diese Aussöhnung hätte auf der Grundlage des Rechts und nicht durch die Kapitulation vor der Gewalt erreicht werden müssen. Die amtierende Bundesregierung jedoch hat nicht den sicherlich schwierigeren Weg des gerechten Ausgleichs, sondern den bequemeren des Verzichts gewählt. Die Geschichte, die einmal über Brandt und Scheel zu befinden hat, wird prüfen, ob sie in Moskau und Warschau deutsche Politik betrieben haben. Das Urteil hierüber scheint uns am 7. Dezember 1970 gesprochen.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Folge vom 12. Dezember 1970.

• **Hugo Wellems** wurde am 4. August 1912 in Bonn geboren. Während des Dritten Reichs war er Mitglied der „Legion Condor“ im Spanischen Bürgerkrieg und Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Nach dem Zweiten Weltkrieg verband ihn eine langjährige Freundschaft mit Franz Josef Strauß. Beruflich war er unter anderem Chefredakteur der Parteizeitung „Deutsches Wort“ der Deutschen Partei und später dann vom „OstWestKurier“. Von 1967 bis 1995 war er dann Chefredakteur des *Ostpreußenblatts*, sowie von 1977 bis 1993 zusätzlich Chefredakteur der *Pommerschen Zeitung*. Er starb am 23. März 1995 in Köln.

Der Grundvertrag und die deutsche Einheit

Nationaler Verzicht dient nicht der Einigung Europas

VON KARL CARSTENS

Wir durchleben zur Zeit Wochen, die für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung sind. Viele Menschen in Deutschland haben das noch nicht bemerkt. Aber im Ausland glaubt man deutlicher zu sehen, was bei uns vorgeht. Die meisten Ausländer betrachten den Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“, der jetzt im Bundestag beraten wird, als die endgültige Besiegelung der Teilung Deutschlands und der deutschen Nation.

Kein Abfinden mit der Teilung von Land und Nation

Wir müssen uns gegen diese Auffassung wehren. Wir sehen die Teilung unseres Landes und Volkes nicht als endgültig an; weder die Regierung noch die CDU/CSU-

Opposition tut dies. Aber die Regierung hat dazu beigetragen, daß im Ausland der Eindruck entstand, als finde sie sich mit der Teilung ab. Sie hat einen Vertrag mit der „DDR“ unterzeichnet, in dem die Souveränität der beiden deutschen Staaten feierlich bestätigt wird, in dem aber kein Wort über das Fortbestehen der deutschen Nation und kein Wort über die Wiederherstellung der deutschen Einheit gesagt wird. Nur in einem einseitigen Brief, den sie am Tage der Vertragsunterzeichnung der „DDR“-Regierung zustellte, hat die Bundesregierung erklärt, sie halte an dem Ziel der deutschen Einheit fest.

Aber dieser Brief verpflichtet die „DDR“ zu nichts, und der „DDR“-Bevollmächtigte Michael Kohl erklärte im Fernsehen ganz unverblümt, er kenne den Brief nicht. In dieser ungenügenden Wahrung des nationalen Interesses an der Einheit der Nation liegt ein unentschuldigbares Versäumnis der Regierung Brandt. Es wird nicht durch die menschlichen Erleichterungen aufgewogen, die die „DDR“ im Grundvertrag in Aussicht gestellt hat.

So begrüßenswert eine größere Freizügigkeit zwischen den beiden Teilen des deutschen Volkes für sich genommen ist, wenn hier von der Einigkeit der deutschen Nation gesprochen wird, so nicht im Sinne eines traditionellen Nationalismus. Die Politik der deutschen Einheit sieht das deutsche Volk als ein Glied der Gemeinschaft der europäischen Völker an. Ihr Ziel ist es, daß das ganze deutsche Volk einmal seinen Platz in einer europäischen Union findet. Zur Zeit sieht niemand, wie und wann dieses Ziel erreicht werden kann, aber das ist kein Grund, es preiszugeben. Es gibt Völker, die seit Jahrhunderten geteilt sind oder die in der Geschichte mehr als 100 Jahre geteilt waren. Ihnen ist nie der Gedanke gekommen, das Ziel ihrer Einheit preiszugeben, nur weil sie im Augenblick keinen Weg zu einer Realisierung sahen.

Das Ziel bleibt „Einheit in Freiheit“

Das Ziel der deutschen Einheit muß nicht nur in die europäische Integrationspolitik eingefügt werden, sondern es steht

auch in einer unlösbaren Verbindung zur Idee der Freiheit. „Einheit in Freiheit“ lautet daher die Forderung. Auch hier ist offenkundig, daß ihre Erfüllung nicht vor der Tür steht. Aber dürfen wir sie deswegen preisgeben? Dürfen wir die Augen davor verschließen, daß die Deutschen im anderen Teil Deutschlands in Unfreiheit leben, daß ihnen das Selbstbestimmungsrecht und andere Menschenrechte vorenthalten werden?

Darf Entspannungspolitik, die wir alle bejahen, zur Beschönigungs- oder Beschönigungspolitik werden? Vielen mögen diese Sätze veraltet klingen. Sie sind tatsächlich auch in der Vergangenheit oft ausgesprochen worden. Aber Wahrheiten veralten nicht.

Nicht hören auf schlechten Rat

Wir hören zwar neuerdings Stimmen, die uns nahelegen, um der europäischen Einheit willen auf die deutsche Einheit zu verzichten. Aber das ist ein schlechter Rat. Die Einigung Europas wird nicht einen Deut schneller vorankommen, wenn

wir auf unsere nationale Einheit verzichten. Uns aber könnte passieren, daß wir zu der Einheit auch noch die Freiheit verlieren. Denn es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß die in der „DDR“ herrschenden Kräfte, wenn sie sich stark genug fühlen, den leergeordneten Stuhl der deutschen Einheit besetzen und die Wiedervereinigung unter ihrem Vorzeichen propagieren werden.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 7. April 1973.

• **Prof. Dr. Karl Carstens** wurde am 14. Dezember 1914 in Bremen geboren. Er war von 1960 bis 1969 Staatssekretär im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium der Verteidigung sowie Chef des Bundeskanzleramts. Von 1972 bis 1979 war er Mitglied des Deutschen Bundestags und dort von 1973 bis 1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Von 1979 bis 1984 war Carstens der fünfte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Er starb am 30. Mai 1992 in Meckenheim.

Im Zeichen der Neuen Ostpolitik

VON HANS BERGER

Das (der Titel des Artikels – die Red.) ist die Vokabel, auf die Brandt und Bahr und mit ihnen die Koalitionsparteien ihre Politik der vollständigen Annahme der sowjetischen Forderungen an die Bundesrepublik stützen. Aber auch die Unionsparteien haben in der Vergangenheit eine zweideutige, wenn nicht sogar irreal Position mit ihrem „So nicht!“ und der Forderung nach mehr Durchlässigkeit der Mauer, freierem Verkehr und mehr Informationsaustausch betrieben. Im Grunde bedeutete das eine Anerkennung der Position der Regierung in der grundsätzlichen Linie des völkerrechtlichen Verzichts. Soweit die Hoffnungen auf Liberalisierung der Sowjetzone darüber hinausgingen, waren sie in der Tat nicht mehr als Wunschräume, die das herrschende politische totalitäre System in Frage stellten, da die UdSSR zuletzt noch im Falle der Tschechoslowakei eindeutig klargestellt hatte, daß sie jeder Liberalisierung mit militärischer Intervention begegnen würde. Mit Recht wurde daher im Volke die Taktik der Unionsparteien, die sich bei der Abstimmung des Bundestages am 17. Mai 1972 über die Ostverträge enthüllen mußte, von Anfang an als ungläubig empfunden.

Winfried Martini in „Criticum“ 14/1972 und Peter Erkelenz in „Criticum“ 15/1973 sehen in der Aufgabe unseres Rechtsanspruchs auf die deutschen Ostgebiete und die Wiedervereinigung entsprechend der von Bahr formulierten Auffassung kein die Deutschen belastendes Politikum, weil etwas Greifbares, ein nationaler Besitz, nicht aufgegeben wurde. Nach dieser Auffassung wäre also die Abtretung vom Feind besetzter Gebiete im Friedensvertrag kein politisch relevanter Verzicht, weil man über das Aufgegebene infolge der feindlichen Besetzung ja doch nicht mehr verfügen konnte. Hiergegen läßt sich zumindest einwenden, daß in der Vergangenheit der Verzicht auf Territorien anders gewertet wurde.

Auffällig ist – und mit diesem Argument haben sich ebensowenig Brandt und Bahr als auch Martini und Erkelenz auseinandergesetzt –, daß die Sowjetregierung solch politisches Gewicht auf den völkerrechtlichen Verzicht legte und reine Gewaltverzichtsangebote ohne Grenzenerkennung der Regierungen Erhardt und Kiesinger in beleidigender Form ablehnte. Daß die Forderung nach Anerkennung des Status quo im Mittelpunkt sowjetischer Forderungen stand und dem die seit fast zwei Jahrzehnten unaufhörlich geforderte Sicherheitskonferenz dienen soll, beweist meines Erachtens, daß nach sowjetischer Ansicht und wohl auch der des gesamten Westens dem völkerrechtlichen Verzicht eine geradezu fundamentale Bedeutung zukommt: Nunmehr ist die Deutsche Frage international erledigt. Sie kann praktisch – und das ist die politische Konsequenz des völkerrechtlichen Verzichts – nicht wieder aufgegriffen werden. Das hat sich bei der auf Berlin-Ost anrollenden Anerkennungswelle gezeigt und wird sich bei der Europäischen Sicherheitskonferenz erweisen, die nach sowjetischer Absicht das neue völkerrechtliche Gefüge „Gesamt-Europas“ schaffen soll.

Meisterleistung Adenauers

Die Interpretation, die Artikel 2 des Deutschlandvertrags durch Martini erfährt, daß sich Adenauer durch die Festlegung der Drei Westmächte auf Grenzziehung, Wiedervereinigung und Berlin dieser Fragen entledigen wollte, widerspricht eindeutig dem Artikel 7 des Deutschlandvertrags, in dem von einer gemeinsamen Politik der Bundesrepublik und der Drei Mächte hinsichtlich dieser Ziele die Rede ist. Entgegen Martini war es gerade Adenauers Meisterleistung, seine Verbündeten auf eine solche gemeinsame Politik festzulegen.



Verfechter der Neuen Ostpolitik: Kanzler Willy Brandt und sein Berater Egon Bahr

Realistische Ostpolitik?

Bonn im Reich der Hoffnungen und Illusionen

Die Hoffnung Martinis aber, bei einer bestimmten historischen Situation ließe sich trotz völkerrechtlichen Verzichts unser nationaler Anspruch realisieren, entspricht keinesfalls allgemeiner geschichtlicher Erfahrung. Im Fall eines hypothetischen Umbruchs im Ostblock wäre zumindest unser Anspruch gegenüber Polen infolge des völlig freiwillig geleisteten deutschen Verzichts mehr als gefährdet. Zudem kann man die psychologischen Folgen eines solchen Verzichts schwer abschätzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich in beiden Teilen Deutschlands ein eigenes Staatsgefühl entwickelt.

Der entscheidende Punkt aber scheint mir der folgende zu sein: Würden wir im Falle des Zusammenbruchs des Ostblocksystems unsere nationalen Forderungen erheben, so könnte man angesichts der Haltung unserer westlichen Verbündeten von heute mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß sie uns bei einer dann erforderlich werdenden Neuordnung des europäischen Raums auf unseren Verzicht und dessen Freiwilligkeit hinweisen würden. Denn völkerrechtliche Verzichtsfälle sind nicht in Leere. Sie würden in einer von Martini unterstellten Situation Virulenz entwickeln. Wobei ich Martini gerne einräume, daß es auf die besonderen Umstände des Falles ankommt, und insbesondere darauf, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen das System des Ostblocks zusammenbricht.

Kenner östlicher Verhältnisse weisen darauf hin, daß allein die Tatsache deutsch-sowjetischer Verhandlungen im Ostblock Unbehagen hervorruft. Verwieht der Bundesrepublik und der Drei Mächte hinsichtlich dieser Ziele die Rede ist. Entgegen Martini war es gerade Adenauers Meisterleistung, seine Verbündeten auf eine solche gemeinsame Politik festzulegen.

der „DDR“ bekannt war, daß Bahr ein ihm von Gromyko überreichtes Papier nach einigen nur sprachlichen Änderungen unterzeichnen würde.

Die Bundesregierung hat ihre Ostpolitik damit zu rechtfertigen versucht, daß eine Wiedervereinigung auf absehbare Zeit unerreichbar sei, so müsse wenigstens das in diesem Zeitpunkt Mögliche getan werden, über den Verkehrsvertrag werde die Zusammenführung der Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs ermöglicht und auf diese Weise das Zusammengehörigkeitsgefühl wach gehalten. Im Sinne der Forderungen der Unionsparteien würden so menschliche Erleichterungen realisiert.

Sicherlich ist der Wert des Zusammenkommens der Menschen aus beiden Teilen Deutschlands in der politischen Auswirkung nicht zu unterschätzen, wenn sich auch der Verkehr recht einseitig in einer Richtung vollzieht. Auf der anderen Seite muß die Frage gestellt werden, ob angesichts des hiermit in unmittelbaren Zusammenhang stehenden Anerkennnisses der „DDR“ durch die Bundesrepublik nicht das Gefühl für das Anormale der staatlichen Situation abstribt, zumal sich die Besuche von westlicher Seite nicht im politischen Raum bewegen. Nicht zu vergessen ist die totalitäre Struktur der „DDR“, die unabhängig von völkerrechtlichen Verpflichtungen die eingeräumten Konzessionen in dem Augenblick rückgängig machen wird, in dem sich eine Gefährdung des Systems andeuten würde. Dem deutschen Volk blieb es zum Unterschied etwa von Franzosen, Polen oder Iren versagt, die eigene nationale Tradition in schweren Zeiten und über längere Zeiträume hindurch aufrechtzuerhalten. Wird das in Zukunft anders sein?

Man hat argumentiert, die Bundesregierung sei zu ihrer Ostpolitik gezwungen, um sich nicht in Gegensatz zu dem allgemeinen westlichen Entspannungstrend zu setzen. Hier zunächst eine Überlegung zu dem allmählich zum Schlagwort degradierten Begriff der Entspannung, der offensichtlich wie manche andere unterschiedlich von westlicher und östlicher Seite gebraucht wird. Eine politische Spannung entsteht durch entgegengesetzte Zielsetzungen zweier oder mehrerer Staaten oder Staatenbünde. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren gefährliche Spannungen durch die Unterwerfung der mitteleuropäischen Staaten und Mitteldeutschlands durch die UdSSR sowie den Aufbau einer gewaltigen, auf Angriff ausgerichteten sowjetischen Militärmacht entstanden. An diesem Status hat sich bisher nichts verändert. Die UdSSR fordert dessen völkerrechtliche Sanktionierung und bezeichnet das als „Entspannung“. Die westlichen Staaten weichen im Zeichen eines sich mehrenden Wohlstands jedem vermeintlichen Risiko aus, sind bestrebt, notfalls einseitig ihre militärischen Lasten abzubauen und akzeptieren seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre diesen östlichen Spannungsbegriff in der Hoffnung, die UdSSR werde auf über ihren jetzigen imperialen Machtbereich hinausgehende Aktionen in aller Zukunft verzichten.

Geht letztere Hoffnung nicht in Erfüllung, so wird zunächst die Bundesrepublik der Leidtragende sein. Diese Erkenntnis müßte unsere politische Stellung in der Auseinandersetzung um die Entspannung, der wir uns sicherlich nicht entziehen können, bestimmen, und zwar in dem Sinne, daß wir wirkliche oder vermeintliche Entspannungsmaßnahmen nicht blockieren, auf der anderen Seite aber stets auf unsere nationalen Vorbehalte und die Fragwürdigkeit der östlichen Entspannungspolitik verweisen, wie dies noch kürzlich der Generalsekretär der Nato und frühere langjährige niederländische Außenminister Luns getan hat. Demgegenüber stellt Josef Joffe in seinem im „Europa Archiv“ 4/1973 veröffentlichten Aufsatz „Westverträge, Ostverträge und Kontinuität der Außenpolitik“ fest: „Ehedem Bremer, ist die Bundesrepublik zum Vorreiter der Entspannung geworden. Sie hat damit nicht nur den Status quo anerkannt, sondern gleichzeitig auch die Zweideutigkeit ihrer Mittellage, die die deutsche Diplomatie bisher noch nie langfristig meistern konnte.“ Damit aber sind bereits die auf eine Neutralisierung der Bundesrepublik hinzielenden Tendenzen angesprochen. Joffe verteidigt die neue deutsche Ostpolitik, in der er die konsequente Fortführung der Westpolitik Adenauers sieht, ein schlagendes Beispiel dafür, wie blind vermeintliche Intellektuelle und professionelle Politologen gegenüber den realen politischen Faktoren sind. Denn einmal gewährte uns die Adenauersche Westpolitik realen militärischen Schutz bei voller Garantie unserer Freiheit, forderte sie keinerlei Anerkennung von Annexionen, sondern brachte uns das Saargebiet zurück und wurde zudem mit Staaten ohne jede imperiale Intentionen getätigt.

Wenn Moskau immer wieder als Zeichen der „Entspannung“ die Auflösung der militärischen Blöcke fordert, so besagt das konkret: Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa und Desintegration des westlichen Bündnisses, denn selbst im Falle der formellen Auflösung des Warschauer Pakts würde das nichts an der imperialen Beherrschung des Ostblocks durch die UdSSR gemäß der Breschnew-Doktrin ändern, zumal die bilateralen Verteidigungsabkommen mit Moskau nicht berührt würden. Nachdem die Sowjetunion praktisch die Anerkennung ihres Imperiums durch den Westen durchgesetzt hat und in absehbarer Zeit in Nachfolge der mit der Bundesrepublik abgeschlossenen Ostverträge auch dessen völkerrechtliche Sanktion erhalten wird, kann sie unbesorgt den einzelnen Ost-

blockstaaten einen begrenzten außenpolitischen Spielraum gewähren. Denn entgegen westlichen Unterstellungen bedeutet diese Art der Entspannungspolitik, verbunden mit der Anerkennung der sowjetischen Führungsmacht keine Schwächung, sondern im Gegenteil eine erhebliche Stärkung ihrer Position, die nunmehr international unangefochten ist. Das militärische Interventionsrecht bleibt im Hintergrund wirksam.

Die Europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit hat in sowjetischer Sicht die doppelte Aufgabe der völkerrechtlichen Sanktion der russischen Eroberungen und der Institutionalisierung der gesamteuropäischen Hegemonie der UdSSR mit der sich hieraus zwangsläufig ergebenden Folge des Rückzugs der amerikanischen Truppen aus Europa. Was Joffe in dem zitierten Aufsatz im Hinblick auf die „DDR“ ausführt, gilt für den gesamten Ostblock: „Deshalb kann die pauschale Wiederholung der Forderung nach Freizügigkeit und Selbstbestimmung keine politische Handlungshilfe darstellen, weil sie in letzter Konsequenz identisch ist mit der Forderung nach der Selbstaufgabe des demokratisch unlegitimierten „DDR“-Systems.“ Das aber zwingt zu der Frage, warum der Westen – allerdings die USA und Großbritannien nur äußerst widerstrebend – einer Konferenz zustimmte, auf der er nur verlieren kann oder die bestenfalls scheitert. Zu befürchten ist die Einigung auf Kompromissen, die dem Westen nichts geben, die Sowjetunion aber zumindest ein gut Stück vorwärtsbringen werden.

Unbekümmerte Unterstützung

Charakteristisch für die neue deutsche Ostpolitik ist die Unbekümmertheit, mit der Bahr und Brandt vorbehaltlos die Konferenz unterstützen. In Helsinki haben die deutschen Vertreter anscheinend die Aufgabe, frohgemut die Schwierigkeiten und Zweifel angesichts der sowjetischen Haltung herunterzuspielen und dadurch die europäische und deutsche Interessenlage zu verhüllen.

Zweckmäßig hätten die westlichen Mächte den Wunsch der Sowjets nach einer zu wenig substantiierten großen europäischen Konferenz mit dem Gegenverschlach einer mitteleuropäischen Rüstungsbegrenzungskonferenz beantwortet sollen. Allerdings stand hier Frankreich mit seinen nationalen Sonderinteressen im Wege. Nun wird eine solche Konferenz zu einem Nebenschauplatz von Helsinki, während sie in der politischen Wirklichkeit allein über die Sicherheit der europäischen Staaten entscheidet.

Kritisch betrachtet, bewegt sich die neue deutsche Ostpolitik im Reich der Hoffnungen und Illusionen. Zunächst ist sie nichts anderes als die totale Kapitulation vor den sowjetischen Forderungen. Ob das die UdSSR zu einer Fortsetzung ihrer bisherigen Politik oder, wie die Vertreter der neuen deutschen Ostpolitik erwarten, zu deren Änderung veranlassen wird, muß die Zukunft erweisen.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 7. April 1973.

● Dr. Hans Berger wurde am 29. Oktober 1909 in Köln geboren. Von 1939 an war er Referent beim Reichskommissar für die Preisbildung. Josef Wagner. Nach 1945 war er bei mehreren Gerichten in der britischen Besatzungszone tätig und später bei diversen Ministerien. Über die Tätigkeit als Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes fand er in den diplomatischen Dienst. 1965 wurde er Chef des Bundespräsidialamtes unter Heinrich Lübke. Mit dem Ende von dessen Amtszeit wurde Berger 1969 Botschafter beim Heiligen Stuhl. Als Kritiker der Neuen Ostpolitik wurde er 1971 vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Für Das Ostpreußenblatt schrieb er zahlreiche Analysen zur Deutschlandpolitik. Er starb am 6. März 1985 in Bad Honnef.

Zurechtfinden in einer anderen Zeit

Die veränderte Lage nach den Ostverträgen stellte für die Vertriebenenverbände eine große Herausforderung dar. Neben dem Festhalten an der staatlichen Vereinigung – worin sie durch das Bundesverfassungsgericht bestärkt wurden – richteten sie ihren Blick auch auf die Verständigung mit den nun in ihrer Heimat lebenden Menschen. Das Ostpreußenblatt entwickelte sich in jener Zeit zu einem auch über landsmannschaftliche Grenzen hinaus angesehenen Debattenforum.

VON PHILIPP VON BISMARCK

Lebendige Fische schwimmen gegen den Strom“ heißt ein gutes und wahres Wort. Wer in unserer Zeit politisch ernst genommen werden will, muss dieses Wort ernst nehmen. Was hat es uns heute zu sagen? Der gefährlichste Strom, in dem wir abwärts treiben können, wäre eine allgemeine Resignation. Der Stoßseufzer, den man jetzt hier und da hört: „Es hat ja doch alles keinen Zweck mehr“, kennzeichnet die Gefahr. Das Gegenteil ist wahr. Wer sich selbst nicht aufgibt, spielt noch mit. Wir haben keinen Grund uns aufzugeben. Wir sind da, wir sind viele, wir vertreten eine gute Sache. Auch wenn der Wind uns ins Gesicht weht, dürfen wir nicht in die falsche Richtung blicken.

Was ist die richtige Richtung? Zwar hat die Regierung gehandelt und in mancher Hinsicht endgültig. Aber über die Schranken, die unsere Verfassung und das Völkerecht setzen, konnte sie nicht hinweggehen. Deutschland besteht in seinen bisherigen Grenzen weiter. Neue Grenzen wurden durch die Verträge nicht rechtsgültig geschaffen (s. Entschließung des Bundestages vom 17. 5. 1972).

Die Regierung hat sich zwar bemüht, die Forderungen des Vertragspartners zu erfüllen, um ein an sich lobenswertes Ziel zu erreichen, aber ohne selbst Forderungen zu stellen. Unsere Aktivität wird daher jetzt gefordert, um wenigstens teilweise das zu erreichen, was die Regierung nicht gesichert hat:

Freigabe der Ausreise für alle Deutschen, die aus Ostpreußen, Pommern oder Schlesien ausreisen wollen. Abstellung aller Schikanen gegen Ausreisewillige. Einwirkung auf die „DDR“, damit auch sie ihre



Wiedersehen mit der Heimat: Ostreisende in den 70er Jahren

Foto: ullstein-bild

Wir haben keine Zeit, müde zu sein

Zusagen erfüllt. Druck auf die Regierung, daß sie die Aufnahme der „DDR“ in die UNO nicht zuläßt, ehe der Schießbefehl gefallen ist. Wachsamkeit gegen die Zerstörung Deutschlands durch Worte wie das infame Kürzel „BRD“. Diese Wort-Korinthe, auf die man vom Osten den Begriff Bundesrepublik Deutschland zusammenschrauben lassen will, ist ein sorgfältig erdachtes Gift zur Abtötung Deutschlands und der deutschen Nation. Wer die Bundesrepublik Deutschland als freien Kern Deutschlands und damit als Zukunftshoffnung für die Freiheit erhalten will, muss zunächst ihren Namen und damit zugleich ihre Position als Sachverwalter der Einheit Deutschlands erhalten. Es darf der Regierung nicht gestattet werden, sich aus der geschichtlichen Aufgabe, Pflichtver-

diger der Nation zu sein, selbst zu entlassen. Das Schweigen der Regierung zu Anmaßung von außen und der ständigen Verletzung der Menschenrechte ist der zweite Strom, gegen den wir zu schwimmen haben.

Der dritte Strom ist der sich ausbreitende Anti-Amerikanismus, der ein Wegbereiter des Neutralismus sein soll. Wir wissen, daß daraus die sowjetrussische Hegemonie unweigerlich folgen würde. Freiheit für Deutschland und Europa hängt am Bündnis mit den USA.

Der vierte Strom, gegen den wir zu schwimmen haben, heißt Mißmut gegenüber Europa. Auch solcher Mißmut fördert den Neutralismus. Freiheit für unsere Heimat kann nur aus mehr Freiheit für Europa hervorgehen. Die Einheit Europas in Freiheit ist damit unser wesentliches Nahziel.

Dazu gehört aber auch folgende:

Was auch immer die Verträge der letzten drei Jahre über Grenzen sagen, unsere Aufgabe ist es, Durchlässigkeiten zu nutzen, wo sie jeweils vorhanden sind. Unsere Verpflichtung für die Heimat verlangt von uns, daß wir sie besuchen, so oft wir können. Wer soll uns in der Welt die Liebe zur Heimat glauben, wenn wir sie nicht besuchen, so oft es möglich ist? Wir fördern – recht verstanden – damit gleichzeitig Vertrauen zu unseren den Frieden dienenden Zielen. Die Erfahrung mit allen Besuchen in Pommern, Schlesien und Ostpreußen zeigt, daß man dort versteht, was Vertreibung, menschlich und sachlich bedeutet. Man beginnt zu begreifen, was mit uns wirklich geschah.

Gleichzeitig begreifen wir unsere Brückenfunktion zwischen Ost und West sowohl wie zwischen Heute und Morgen. Gegenüber den östlichen Nachbarn werden wir uns – die häufiger wie die trennenden Linien überschreiten – als die zuverlässigsten Nachbarn im wohlstandenen Sinne erweisen. „Wohlverstanden“ heißt, daß wir Wahrheit nicht verschweigen, sondern auf dem Boden der Wahrheit im menschlichen Bereich den Weg für die Suche nach gerechten Lösungen frei machen.

Brücke zur Zukunft sein, heißt für uns, daran mitzuwirken, dass die Tür Europas nach Osten offen bleibt. Denn die deutsche Frage ist auch eine europäische Frage. Dies im Bewusstsein der Europäer zu halten, ist aktive Brückenaufgabe für uns. Hier schwimmen wir gegen den Strom des Vergessens und des „Unter-den-Teppich-Kehrens“. Wir dürfen uns dadurch stärken lassen, daß wir wissen, daß unsere östlichen Nachbarn von Europa nicht „unter den Teppich gekehrt“ werden wollen.

Glaubwürdig werden wir dabei nur, wenn wir persönlich aktiv bleiben. Aktiv in der praktischen Politik in Land und Bund, in den Parteien und im vorparlamentarischen Raum, um für unsere Überzeugung einzustehen, aktiv in der Kulturpolitik, in dem wir die Gegenwart einbeziehen, unsere lebenden Künstler kennen lernen, ernst nehmen, anhören, fördern, herausstellen, indem wir ihre Kunst auch nach Osten tragen und die Kunst unserer Nachbarn ernst nehmen. Aktiv in der Sozialpolitik für unsere Landsleute; der Lastenausgleich darf nicht zur „sozialen Mottenkiste“ werden, damit die Lasten der Ältesten und Schwächsten auch in unserer Zukunft angemessen verteilt bleiben mit einem Wort, wir haben keine Zeit, müde zu sein!

Der Artikel erschien ursprünglich in der Folge vom 7. April 1973.

● **Dr. Philipp von Bismarck** wurde am 19. August 1913 in Jarchlin, Landkreis Naugard, geboren. Während der NS-Zeit gehörte als Generalstabsoffizier der Widerstandsgruppe um Henning von Tresckow an. Nach dem Krieg machte er zunächst in der Wirtschaft Karriere, bevor er 1969 in den Bundestag und 1979 in das Europäische Parlament gewählt wurde. Von 1970 bis 1990 war er Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft. Er starb am 20. Juli 2006 in Oberholz, Landkreis Gifhorn.

Versöhnung erwächst erst aus der Gerechtigkeit

VON FELICIAN PRILL

Wer in die deutschen Ostgebiete reist, kommt nicht in fremdes Land. Die kürzlich ergangene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat mit höchster Autorität festgelegt, daß die deutsche Frage auch nach den Ostverträgen offengeblieben ist, daß keine Gebietsabtretung stattgefunden hat und daß allen im Osten verbliebenen Landsleuten, die vor Inkrafttreten der Verträge die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, diese erhalten geblieben ist. Hierüber soll sich zunächst jeder klar sein, der in die alte Ostheimat reist. Die Bundesrepublik Deutschland hat nur einen Gewaltverzicht ausgesprochen, was das die Heimatvertriebenen schon vor 25 Jahren getan haben.

Grundsätzlich sind Reisen in die Heimat zu begrüßen. Sie vermitteln menschliche Beziehungen und helfen Vorurteile abzubauen. Aber vielfach fehlt es unseren Ostreisenden an dem geistigen Rüstzeug für das Zusammentreffen mit unseren

Nachbarn, die solche Kontakte oft dazu benutzen, um ahnungslosen Gesprächspartnern ihre Anschauungen von der Geschichte des Ostens mitzuteilen und es dabei an Seitenhieben auf uns nicht fehlen lassen. Darum scheinen mir einige Hinweise angebracht, um diese Gefahren möglichst gering zu halten ...

Die Kenntnis der deutschen Ostgeschichte steht hier im Vordergrund, besonders die Geschichte des Deutschen Ordens. Schon in früheren Zeiten waren Land, Landschaft und Geschichte der Teile des Deutschen Reiches jenseits von Berlin im Westen und Süden unseres Vaterlandes nur recht lückenhaft bekannt. Es ist ganz natürlich, daß dies jetzt bei den Menschen, die in ihrer Kindheit oder frühen Jugendzeit schon die Heimat verlassen haben, ähnlich ist. Sie sind die anfälligsten Opfer einer ihnen bei Reisen dargebotenen Geschichtsklitterung. Vergleiche zwischen dem Verhalten der Ordensritter und der Nazis sind keine Seltenheit. Was die Ordensritter angeht, so waren diese schon vor den Kriegen ein Hauptziel des polnischen Chauvinismus. Man denke nur an den Roman von Sienkiewicz, „Die Kreuzritter“, und andere Schriften. Die Kulturmission des Ordens

haben die Polen niemals anerkannt, ihre gesamteuropäische Sendung und Aufgabe noch viel weniger. Deshalb sollte jeder die Geschichte des Ordens studieren, genauso wie die Mission des Pommernapostels Otto und das Wirken der Herzogin Hedwig von Schlesien. Die Berichte von Reisenden in die Heimat über das, was ihnen als Geschichte der Ostprovinzen aufgetischt worden ist, ist derart schauerlich, daß man es nur mit der Propaganda der Nazizeit vergleichen kann.

Was diese letztere angeht, so weiß heute jeder von uns, daß die Vertreter des Dritten Reiches während des Krieges gerade im Osten viel Schimpf und Schande auf den deutschen Namen geladen haben. Aber daraus für immer die Folgerung ziehen zu wollen „So sind die Deutschen“ ist ebenso infam wie unhistorisch. Genauso könnten wir die Untaten der Polen wie z.B. die Bromberger Morde an Deutschen am Anfang des Krieges den Polen als Volk anhängen. Das wird kein Deutscher auch nur in Gedanken tun, zumal wir mit „Aufrechnungen“ weder moralisch noch politisch weiterkommen ...

Unsere Nachbarn lieben es, Persönlichkeiten, die aus dem Osten stammen, schnell für sich zu vereinnahmen. Man

braucht nur an Copernicus und Chodowiecki, stellvertretend für weitere, zu erinnern. Aber auch die Heiligen im Himmel machen sie gern, wo es irgendwie geht, zu Polen oder zu ihren Patronen. Letzteres will man ihnen nicht bestreiten, denn Helden und Heilige gehören der gesamten Menschheit und Christenheit. Aber wenn man den Preußen ihren Apostel Adalbert von Prag als Patron streitig machen will, werden sie das nicht zugeben. Ob er der Herkunft nach ein Tscheche war, ist dabei völlig unerheblich. Die Iren lassen sich ihren Patron, den heiligen Patrick, auch nicht nehmen, obwohl er kein Ire war ...

Das Wort „Versöhnung“ dürfte für die gegenwärtige Zeit als Nahziel noch zu hoch gesteckt klingen. „Verständigung“ wäre besser. Man möge einander erst einmal näher kennenlernen, um den Standpunkt des anderen besser zu verstehen, man möge versuchen, sich darüber zu verständigen, was recht und gerecht ist in der Abgrenzung voneinander, um dann zu einem Miteinander zu kommen. Vor einer Abklärung hierüber wird manches, was man als Gemeinsames erreicht zu haben glaubt, eine Leerformel bleiben. Während dieses Abklärungsprozesses sollte aber

alles geschehen, was Menschen, die im Grunde der gleichen christlich-abendländischen Idee verhaftet sind, einander näherbringt; zweifellos wird dies durch die Tatsache behindert, daß unsere Nachbarn nicht Herren in ihrem eigenen Haus sind.

Erst am Ende einer langen gegenseitigen Prüfung, vielleicht erst nach einer Epoche gemeinsamer Not, die wieder beten lehrt, wird das stehen, was man mit Recht Versöhnung nennen kann, nicht als automatische Folge von Verträgen. Denn es gibt keine Automatik in der Politik, schon gar nicht die automatische Erreichung eines Zustandes, der in die Sphäre hochstehenden moralischen Verhaltens führt. Auch Versöhnung ist erst eine Frucht von Gerechtigkeit und göttlicher Gnade.

Der – für diese Sonderveröffentlichung leicht gekürzte – Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 22. November 1975.

● **Dr. Felician Prill** wurde am 9. Juni 1904 in Konitz geboren. Er war unter anderem deutscher Botschafter in Irland und Norwegen sowie Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung beim Europarat. Von 1972 bis 1978 war er Bundesprecher der Landsmannschaft Westpreußen.

Festhalten an der Einheit

Zu Beginn der 1980er Jahre hatten sich weite Teile der deutschen Gesellschaft – vor allem im Westen – an die Teilung der Nation gewöhnt. Das Ziel einer staatlichen Einheit galt nun nicht mehr nur als illusorisch, vielmehr gerieten all jene, die daran festhielten, unter einen zunehmenden Rechtfertigungsdruck. Das Ostpreußenblatt erinnerte dennoch mit regelmäßigen Kommentaren der Redaktion und Gastbeiträgen prominenter Autoren an die Aufgabe der Gründer der Bundesrepublik, die Einheit in Freiheit zu verwirklichen.

VON HERBERT HUPKA

Die Generation, die ganz Deutschland in allen seinen Teilen aufgrund des persönlichen Schicksals kennt, wird von Jahr zu Jahr kleiner. Es sind Generationen herangewachsen, die Deutschland als Ganzes nicht aus eigener Erfahrung erlebt haben. Der Auftrag des Grundgesetzes fragt aber nicht nach Generationen, nicht nach Geburtsort und Alter, sondern nimmt uns als deutsches Volk in die Pflicht, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Das heißt: die Bundesrepublik Deutschland ist nicht das ganze, nicht das endgültige Deutschland. Dieser Satz darf aber nicht dekretiert werden, sondern er muß das Bekenntnis von uns allen sein, genauso wie der Satz, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre Existenz allein von der Macht der Sowjetunion ableitet und nicht vom demokratischen Willen der Bevölkerung. Und auch der Satz gilt, wie es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 seinen Niederschlag gefunden hat: „Das Deutsche Reich existiert fort.“ Erst in einem Friedensvertrag kann endgültig über ganz Deutschland und seine Grenzen entschieden werden.

Leider ist festzustellen, daß wir mit unterschiedlichen Deutschlandbildern einander begegnen. Vielfach ist das Deutschlandbild vom Herkommen, dem eigenen und dem der Vorfahren, bestimmt und bezieht dann auch Mitteldeutschland und Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße selbstverständlich mit ein. Oder das Deutschlandbild wird durch den Geburtsjahrgang bestimmt, so daß man hören kann, daß die Bundesrepublik Deutschland das ganze Deutschland sei. Das ganze Deutschland darf jedoch nicht durch den Zufall des Geburtsortes und Geburtsdatums relativiert und eingeschränkt werden.

Das Verhältnis zu Deutschland

Wir leben alle als deutsches Volk gemeinsam in einer Haftungsgemeinschaft und in der Kontinuität unserer Geschichte. Die Teilung Deutschlands ist nicht das letzte Wort der Geschichte, denn wäre dies der Fall, würden Diktatur über Demokratie, Gewaltherrschaft über den Willen des Volkes, das Unrecht der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes über den Anspruch eines jeden, auch des deutschen Volkes, obsiegt haben. So wie die Schöpfungen Hitlers „Protectorat Böhmen und Mähren“ und „Generalgouvernement“ nie und nimmer das letzte Wort über die Tschechoslowakei und Polen sein konnten, ebensowenig ist der gegenwärtige Zustand, in dem sich ganz Deutschland befindet, endgültig. Zu keiner Zeit hatten sich Tschechen oder Polen mit der Unterjochung ihrer Länder abgefunden. Gewiß, die gewaltsamen Schöpfungen Hitlers haben im Vergleich zur gewaltsamen Teilung Deutschlands durch die Sowjetunion nur sechs Jahre gedauert, während die Teilung bereits 36 Jahre währt, länger als Weimarer Republik und Hitler-Diktatur gedauert haben. Aber auch dieser lange Zeitraum von über drei Jahrzehnten vermochte und vermag aus Unrecht kein Recht zu machen.



Keinen Sinn mehr fürs Vaterland: Demonstration im Bonner Hofgarten 1982

Foto: IMAGO / Klaus Rose

Das gestörte Deutschlandbild der Jugend

Der Auftrag des Grundgesetzes nimmt das ganze Volk in die Pflicht, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden

Unsere Jugend hat es schwer, auf jeden Fall schwerer als die vorangegangenen Generationen, das rechte Verhältnis zum ganzen Deutschland zu finden. Sie muß sich erst geistig und politisch zu eigen machen, was den Älteren unter uns selbstverständlich ist.

Sobeen wurde eine Umfrage veröffentlicht, in der danach gefragt worden ist, ob das Wort Vaterland einen „guten Klang“ habe oder ob es nicht mehr in die

heutige Zeit passe. Unter den Befragten mit einem Alter unter 30 Jahren sagten 35 Prozent, daß das Wort Vaterland einen „guten Klang“ habe, während 61 Prozent meinten, das Wort passe nicht mehr in die heutige Zeit. Erstaunlich ist jedoch die Nachbemerkung, daß auch diese 61 Prozent kein anderes Wort dafür haben. Gleichzeitig wurde bekannt, daß 79 Prozent aller Befragten sich unmißverständlich zu ihrem Deutschtum und zum Stolz, ein Deutscher zu sein, bekannt haben.

Das Gespräch über ganz Deutschland, seine Geschichte, seine Geographie, die politische Verantwortung für ganz Deutschland muß zuerst zuhause geführt werden. Wir sollten dann auch vor einem Streitgespräch nicht zurückschrecken und es mit der nächsten und übernächsten Generation in unseren Familien führen.

Allerdings müssen wir mehr und mehr davon ausgehen, daß bereits die Eltern- generation, die jetzt schulpflichtige Kinder hat, vielfach mit einem gestörten Deutschlandbild aufgewachsen ist. „Macht uns kundig, damit wir dann auch mit unseren Kindern über Deutschland sprechen und die Schule korrigieren können, wenn sie versagt“, so ist es wiederholt zu hören. Es ist darum auch schon die Forderung nach einer handlichen und kurz gefaßten Deutschlandfibel erhoben worden, nach einer Fibel, die über Deutschland und seine Geschichte, dann aber nicht nur über die zwölf Jahre unter Hitler, Auskunft gibt und mit den notwendigen landeskundlichen Materialien über Mittel- und Ostdeutschland aufwartet, auch und gerade über die gegenwärtige Situation. Gerade die jüngsten Ereignisse in Polen und die Diskussion über

die wirtschaftliche Lage zwingen uns zur Frage nach den Ressourcen, und diese sind außer dem fruchtbaren Acker in Schlesien und Pommern und Ost- und Westpreußen die oberschlesische Kohle und das niederschlesische Kupfer.

Eine Aufgabe für die Schulen

Selbstverständlich obliegt vor allem der Schule die Aufgabe, ein umfassendes und zutreffendes Bild von ganz Deutschland zu vermitteln. Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz von 1978 zur deutschen Frage im Unterricht und von 1981 zur Darstellung Deutschlands auf Landkarten dürfen nicht Papier bleiben, sondern müssen in den Lehrstoff einfließen. Bei allem Respekt vor der liberalen Entscheidung des Lehrers, was er wann und wie anbietet, ist es unerträglich zu vernehmen, wie es jüngst beim Hearing im Deutschen Bundestag geschehen ist, daß die Lehrer vielerorts sich weigern, über ganz Deutschland Unterricht zu erteilen und lieber auf El Salvador oder Namibia ausweichen. Oder die Klage von Schülern vernehmen zu müssen, daß sie noch nie etwas über die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat, über den 17. Juni und die Mauer und auch nicht über Konrad Adenauer oder Kurt Schumacher oder Ludwig Erhard oder Theodor Heuss vom Lehrer gehört hätten. Selbst die Unterweisung über das Deutschlandlied, unsere Nationalhymne, wird von manchem Lehrer verweigert.

Wenn es aber dahin kommen sollte, daß eine Jugend in der Bundesrepublik Deutschland aufwächst, der man das ganze Deutschland verschweigt und Deutschland nur noch mit dem Märchenwort „Es

war einmal“ beginnen läßt, werden diejenigen, die entsprechend dem Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz, unter dem bekanntlich jeder Staatsbürger steht, dem tatsächlich jeder Nationalisten, Aggressoren, Revanchisten gestempelt, weil sie ein Territorium rechtlich in Anspruch nehmen, das nach dem verkürzten Deutschlandbegriff gar nicht mehr Deutschland sein darf, also weder Mitteldeutschland, das sich „DDR“ nennen lassen muß, noch Ostdeutschland, von dem ein Teil unter polnischer Herrschaft, der Norden Ostpreußens unter sowjetrischer Herrschaft stehen.

Die Jugend nicht irreführen

Im Deutschen Bundestag wurde durch die Bundesregierung behauptet, daß die Darstellung von ganz Deutschland für die Jugend irreführend sei. Das Gegenteil ist richtig, es ist irreführend, wenn nur die Machtsituation gezeigt und die Rechtsposition verschwiegen wird. Beides gehört zu einem zu treffenden Deutschlandbild: 1. Deutschland in seinen rechtmäßigen Grenzen, entsprechend der Vier-

Bei allem Respekt vor der liberalen Entscheidung des Lehrers, was er wann und wie anbietet, ist es unerträglich zu vernehmen, wie es jüngst beim Hearing im Deutschen Bundestag geschehen ist, daß die Lehrer vielerorts sich weigern, über ganz Deutschland Unterricht zu erteilen und lieber auf El Salvador oder Namibia ausweichen

mächteverantwortung für Deutschland als Ganzes und vor allem aufgrund unseres Selbstverständnisses entsprechend den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes und des ganzen Instrumentariums der Rechtspositionen vom Grundvertrag über den Deutschlandvertrag bis zum Brief zur deutschen Einheit und der Gemeinsamen Entschloßung des Deutschen Bundestags von 1972. 2. Deutschland als ein vom Kommunismus gewaltsam geteiltes Land.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 9. Januar 1982.

● **Dr. Herbert Hupka** wurde am 15. August 1915 in einem Internierungslager in der britischen Kolonie Ceylon geboren. Nach dem Ersten Weltkrieg wuchs er im ober-schlesischen Ratibor auf. 1945 wurde er Redakteur bei Radio München. 1957 wechselte er als Programmleiter zu Radio Bremen, verließ jedoch bereits Anfang 1959 den Rundfunk und wurde Pressechef beim Kuratorium Unteilbares Deutschland in Bonn. Von 1969 bis 1987 (bis 1972 für die SPD, danach für die CDU) war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1968 bis 2000 war er Präsident der Landsmannschaft Schlesien und in jener Zeit zugleich einer der prominentesten Vertriebenenpolitiker. Nach dem Fall der Mauer ernannte ihn seine heute polnische Heimatstadt Ratibor in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsch-polnische Aussöhnung zum Ehrenbürger. Hupka starb am 24. August 2006 in Bonn.

Tage der Einheit

Nach Jahrzehnten der Teilung fiel am 9. November 1989 endlich die Mauer – und der Weg für die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR wurde frei. Allerdings mußte Deutschland für die Zustimmung der Besatzungsmächte auf das Ziel einer Wiedervereinigung mit Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und der Neumark verzichten. Gleichwohl brachen für Das Ostpreußenblatt spannende Zeiten an. Neben dem Prozess des äußeren und inneren Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten widmete sich die Zeitung auch dem Status des alten Ostens.

VON PETER FISCHER

Wie werden wohl spätere Chronisten die schier unbegreiflichen Geschehnisse dieser Tage zu werten wissen: Daß die scheinbar auf alle Ewigkeit angelegte Nachkriegsordnung ins Wanken kam, um allmählich wieder zu einem Stand zurückzufinden, der den Vorkriegsverhältnissen entsprechen dürfte? Fand Deutschland in jenen Tagen zurück zu jener schicksalsträchtigen Position, die es wieder zu einer Mittlerrolle zwischen Ost- und Westeuropa ausweist? Unklar scheint gegenwärtig noch vieles, allzu sehr hat das Denken in den Kategorien des verordneten Weges nach dem Zweiten Weltkrieg gestanden, als daß nun schon mehr als vage Spekulationen gewagt werden dürften, auch wenn schon die klassischen Flügelmächte ihre alten, längst vergessen geglaubten Melodien wieder aufklingen lassen.

Die Nation lebt

Es war am 9. November 1918, als der Sozialdemokrat Scheidemann meinte ausrufen zu müssen: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.“ Hatte es das wirklich? Oder waren es nicht eigentlich die Alliierten, die auf der ganzen Linie ihre geo- und wirtschaftspolitischen Absichten durchsetzen konnten? Läßt man die mehr oder weniger glücklosen Zwischenspiele beiseite, die sich seither um den November rankten, so hat sich das deutsche Volk erst 71 Jahre später wieder in die Geschichte eingeschrieben. Wenn der erste, ganz zweifellos überwältigende Eindruck nicht



Historische Glücksstunde: „Mauerspechte“ in Berlin tragen das Symbol der Spaltung ab

Foto: IMAGO / Wolfgang Maria Weber

Einheit – ein Anfang ist gemacht!

„Es ist kaum vorstellbar, daß irgendwas in der Mitte Europas nochmals so sein wird wie vorher“

trägt, diesmal glücklicher, auch wenn man die gewonnene Schlacht noch beileibe nicht schon für den Sieg nehmen sollte. Unzweifelhaft steht fest: Die Deutsche Nation lebt! Das jäh aufbrechende Solidargefühl war beispiellos: ein Volk gewöhnt sich wieder aneinander, gewinnt schnell die typischen Ausprägungen seiner Seele wieder. Selbst unser Brudervolk stand nicht abseits. 1000 Kinder werden die Weihnachtsferien in Kärnten verbringen!

Das Gemeinschaftsgefühl der ersten Stunden nach der Öffnung der Mauer

überlötete selbst den Parteienhader, der nun natürlich längst wieder seine widersprüchlichen Konturen aufweist. Berlins Regierender bediente, geschmeidig, wie er schon vom ersten Augenschein her wirkt, gleich beide Seiten: mal sprach er vom deutschen Volk, mal vom Volk der DDR. Die CDU bediente in ersten Stellungnahmen das grundgesetzliche Vokabular, was könnte sie auch sonst tun, bleibt aber sonst denkwürdig zurückhaltend; offenbar hat man dort den im nächsten Jahr anstehenden Wahltermin vergessen!

Außenminister Genscher greift in die nun eigentlich wirklich verstaubte Trickkiste, um die unauslöschbare Westbindung der Bundesrepublik zu beschwören. Auch bei dieser Partei scheint man darauf zu setzen, daß man sich immer so durch die Wahlrunden mogeln kann.

Die Gerüchteküche brodelt

Die mitteldeutschen Parteien stehen noch allzusehr im Banne der letzten Entwicklungen, umso mehr, als sie, sofern es sich um die SED handelt, diesen neuen

Gang nicht freiwillig gegangen sind. Immerhin sichert nun auch allmählich durch, daß der von allen guten Geistern verlassene Saarländer Honecker – wie lange ist es eigentlich her, daß er noch von westdeutschen Politikern in bis zur Feinheit gehenden Weise hofiert wurde, als sei er die Redlichkeit in Person? (er war aber nur ein Separatist, der sich an den Status quo klammerte) – noch einen letzten gewaltsamen Coup landen wollte. So soll er tatsächlich geplant haben, seinen Machtapparat gegen die Demonstranten in Mitteldeutschland einzusetzen. Ein beispielloses Massaker wäre die Folge gewesen, das in einen Bürgerkrieg eingemündet hätte. Zum Glück sollen die Sowjets diese blutigen Hirngespinnste noch rechtzeitig gestoppt haben.

Um auf die Außenpolitik überzulenken, auch dort kocht die Gerüchteküche ihre heißesten Suppen. Kräfte aus Übersee sollen angesichts der virulent werdenden Wiedervereinigung Gruppen in der Bundesrepublik bilaterale Bindungen angekündigt haben, die die grundgesetzlichen Pflichten abgeschwächt hätten, was wiederum den Sowjets zu Ohren gekommen sein soll, die nun ihrerseits freie Fahrt für Aspekte der deutschen Einheit gegeben hätten. Immerhin legt sich Mitterrand gewaltig ins Zeug, um einen EG-Gipfel zu inszenieren, der die Frage der deutschen Wiedervereinigung zum Generalthema haben wird. Die Briten versuchen mit der Schreckvision eines angeblich entstehenden „Vierten Reiches“ politisches Terrain zu gewinnen, derweil die Polen einräumen, daß sie gegen eine Wiedervereinigung nichts einzuwenden hätten, sofern sie sich nur auf West- und Mitteldeutschland beschränke.

Doch auch hier wird die Wirtschaft ein letztes Wort sprechen – werden doch die versprochenen drei Milliarden Mark kaum weiter als zu bloßen Improvisationen reichen. Zutreffend scheint, was die britische „Financial Times“ schreibt: „Es ist kaum vorstellbar, daß irgendwas in der Mitte Europas noch so sein wird wie vorher.“

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 18. November 1989.

● Peter Fischer wurde am 29. Mai 1943 in Suhl geboren. Von 1989 bis 2001 war er Redakteur des Ostpreußenblatts. Er starb am 1. Juni 2012 in Achim.

Was stimmt wirklich?

Freiwillige Preisgabe oder erzwungener Verzicht

VON HUGO WELLEMS

Wer sich die den Vertragsabschluss mit Polen begleitenden Äußerungen deutscher Politiker anhörte, konnte den Eindruck gewinnen, als seien manche während der eigenen Schulzeit entweder von dem Fach „Geschichte“ befreit oder aber in einer Schule herangebildet worden, die bereits ganz auf Umerziehung getrimmt gewesen war. Für sie, gemeint sind Politiker wie auch gewisse Publizisten, scheint selbst heute noch kein Zweifel daran zu bestehen, nur die Deutschen seien für die Misere des 20. Jahrhunderts verantwortlich. Und das gilt insbesondere für das deutsch-polnische Verhältnis.

Halten wir uns nun an die letzten 100 Jahre, so lesen wir bereits 1899 in einem Aufsatz der in Lemberg erschienenen Zeitschrift „Przeglad Wszepolski“

in Bezug auf die östlichen Provinzen des Reiches, „der Verlust dieser Gebiete würde ein Todesstoß Deutschlands sein. Wir müssen also nicht nur mit Preußen, sondern auch mit ganz Deutschland, nicht mit einzelnen Parteien, sondern mit der ganzen deutschen Gesellschaft einen Kampf führen, einen Kampf auf Tod und Leben.“ Geschrieben im Januar 1899 – genau 40 Jahre vor Ausbruch des 2. Weltkrieges.

Auch hat Polen Grund, um Vergabung zu bitten

Als Hitler – dessen mit Stalin gemeinsam unternommenes Abenteuer unbestritten sein soll – sich noch um ein deutsch-polnisches Abkommen bemühte (das dann auch 1934 zu Stande kam), nahm Marschall Pilsudski die Übergabe der deutschen Vorschläge für die friedliche Regelung offener Fragen zum Anlaß, dem deutschen Gesandten von Molke gegenüber zu erklären: „Sagen Sie Ihrem Führer, ich glaube es gern, daß er ehrlich bemüht ist, alle Probleme zwischen Polen und Deutschland

vernünftig zu lösen. Er möge aber nicht übersehen: Der Hass meines Volkes gegen alles Deutsche ist abgrundtief.“

Wenn nun der bei Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages anwesende polnische Ministerpräsident Mazowiecki erklärte: „Wir vergeben und wir bitten um Vergabung“, so kann man nur wünschen, daß dieses Wort in allen Kreisen Polens geteilt und daran erinnert wird, welche Milliardenbeträge die Bundesrepublik Deutschland zur Linderung des Leidens und zum Aufbau der polnischen Wirtschaft geleistet hat.

Die ursprünglich zeitlich zusammenfallende Unterzeichnung des jetzt getätigten Grenzvertrages wie des zu erwartenden Vertrages, der sich mit den Interessen vor allem auch der Deutschen jenseits der Oder und Neiße befassen soll, ist weniger geeignet, unsere Bedenken zu zerstreuen.

Dies vor allem deshalb nicht, weil uns bisher auch aus den Regierungsparteien immer wieder versichert wurde, die Wiederherstellung der staatlichen Einheit

Deutschlands – worunter der Zusammenschluß der bisherigen Bundesrepublik und der DDR zu verstehen ist – sei nur dadurch zu erreichen gewesen, dass Bonn auf die Ostgebiete verzichtet habe, sozusagen: der Preis der Einheit.

Eine Frage von großem Interesse

Da überrascht uns doch die Anfrage, die der Bundestagsabgeordnete Lorenz Niegel unter dem 15. November 1990 an die Bundesregierung gerichtet hat und in der es heißt:

„Gilt die Aussage des Bundesministers des Auswärtigen, Genscher, die Anerkennung, der in dem am 14.11.1990 unterzeichneten Vertrag beschriebene deutsch-polnische Grenze sei eine ‚freiwillig deutsche Entscheidung‘ ... die Deutschland nicht aufgezwungen worden sei („FAZ“ vom 15.11.1990. ‚Der Grenzvertrag zwischen Deutschland und Polen in Warschau unterzeichnet‘; S. 2., 1. Sp.) Oder gilt die bisher wiederholt von Vertretern der Bundesregierung geäußerte Auffassung, ohne die Anerkennung die-

ser Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland sei die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht zu erreichen (gewesen), da die dazu notwendigen Zustimmungen ausländischer Staat nicht gegeben würden (worden wären).“

Die Frage ist in der Tat von besonderer Bedeutung. Hat doch schon der frühere US-Präsident Harry Truman im Januar 1946, die „polnische Besetzung des östlich der Oder gelegenen Teils Deutschlands als einen Willkürakt“ bezeichnet und im britischen Unterhaus hieß es bereits zur gleichen Zeit (1945) die Abtreue des Landes bis zur Oder von Deutschland sei so, „als nehme man Wales von England weg“.

Der Abgeordnete Niegel hat damit eine Frage aufgeworfen, deren Beantwortung sicherlich über den Kreis der Heimatvertriebenen hinaus bereits Interesse finden dürfte.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 25. November 1990.

Tage der Einheit

Parallel zum Fall der Berliner Mauer und zur staatlichen Einigung Deutschlands vollzog sich der Zusammenbruch des Ostblocks. In Vielvölkerstaaten wie der Sowjetunion und Jugoslawien regten sich neben dem Freiheitsdrang auch alte patriotische Gefühle von zuvor lange unterdrückten Völkern. Das Ostpreußenblatt mit seinem besonderen Blick auf Geschichte und Zeitgeschehen hatte diese Entwicklung von Beginn an im Fokus. Für die Ostpreußen brachte die neue Zeit die lang ersehnte Öffnung des Königsberger Gebietes.

VON OTTO VON HABSBURG

Michael Gorbatschows Reden, von denen wir leider kaum Kenntnis nehmen, sind gleichzeitig interessant und bezeichnend. Die ungenügende Berichterstattung sei nicht als Kritik an unseren Massenmedien verstanden. Ein durchschnittlicher sowjetischer Würdenträger wird nur selten weniger als drei Stunden sprechen. Er kann sich dies sogar heute noch bis zu einem gewissen Grad erlauben, weiß sich das Publikum nicht trauen würde einzuschlafen oder wegzugehen, wie es bei uns der Fall wäre.

Auch wenn der derzeit schwere Druck früherer Perioden geschwunden ist, haben sich die Menschen noch nicht auf die leicht gewandelte Realität umgestellt. Es ist demnach nicht erstaunlich, daß es den Korrespondenten kaum dafürsteht, sich mit den Texten wirklich zu befassen, dies umso mehr, als die interessanten Äußerungen in einem förmlichen Berg von hohlen Schlagworten und ideologischem Unsinn begraben sind.

Verteufeltes patriotisches Erwachen

Aus den Reden entnimmt man, wie fassungslos der Diktator dem nationalen Phänomen gegenübersteht. Er verwendet dabei – wie übrigens auch viele Organe bei uns – das Schlagwort vom Wiedererwachen des Nationalismus. Das ist in bezug auf die heutige Entwicklung innerhalb der Sowjetunion meist unberechtigt. Nationalismus erweckt bei vielen Menschen berechnete Abscheu. In seinem Namen sind



Aufbruch unabhängiger Nationen: Die Singende Revolution im Baltikum

Foto: picture-alliance/dpa/Novosti

Von der Verwirrung um den Begriff Nation

Der Nobelpreisträger Gorbatschow steht noch im Banne des dogmatischen Internationalismus

unvorstellbare Verbrechen verübt worden. Er ist das logische Ergebnis des Materialismus des 19. Jahrhunderts. Er hat in vielen Fällen das schöne Gefühl Patriotismus, Vaterlandsliebe überlagert. Dabei sind die beiden Begriffe grundverschieden, obwohl die Emotionen auch eine Ähnlichkeit aufweisen. Der Patriot liebt sein Volk und respektiert daher auch die anderen; der Na-

tionalist vergöttert die Seinen und verachtet die Nachbarn. Der Unterschied ist wie zwischen Haß und Liebe, obwohl beide in einer gewissen Wechselbeziehung stehen.

Was heute in der Sowjetunion als Nationalismus verteufelt wird, ist vor allem patriotisches Erwachen. Dieses fußt auf dem Recht auf die Heimat, daß eines der Grundprinzipien einer gesunden, interna-

tionalen Gemeinschaft sein muss. Die Litauer, die sich für ihr Land einsetzen, wie die Aseri, die Armenier oder die Ukrainer, sind nicht Nationalisten im traditionellen üblichen Sinn des Wortes. Sie sind nicht gegen die Russen, wohl aber gegen die Moskauer Herrschaft über ihr Volk. Eine bezeichnende Tatsache dafür ist, dass eine Mehrheit der Russen, die in Litauen

leben, anlässlich der jüngsten Wahlen offensichtlich ihre Stimme für die Partei der Unabhängigkeit abgegeben haben.

Mangel an Realismus

Diese Begriffsverwirrung, die nicht zuletzt auch aus der doktrinen Einstellung des Kommunismus kommt, führt dazu, dass Michael Gorbatschow keine Lösung für sein Problem finden kann. Er steht diesem genauso fassungslos gegenüber wie seinerzeit die Franzosen oder die Engländer, als ihr Reich zu zerfallen begann.

Erst als ein Mann wie General de Gaulle, der begriff, um was es wirklich ging, an die Macht kam, war eine Lösung möglich, die heute jeder Mensch als halbwegs zufriedenstellend erachtet. Er wußte, daß ein friedliches Zusammenleben nur dann möglich ist, wenn es durch die freie Zustimmung der Völker getragen ist. Das hat Gorbatschow noch nicht erkannt, wie seine Dekrete gegen die Balten und die Unterdrückung der nationalen Bestrebungen in Zentralasien bewiesen. Darüber sollte auch der Nobelpreis nicht hinwegtäuschen.

Die Geschichte zeigt uns aber auch, wohin eine solche Politik beziehungsweise der Mangel an Realismus zwangsläufig führen wird. Es wird noch immer darüber spekuliert, ob man eventuell die Sowjetunion in eine Konföderation freier Völker verwandeln könne. Das wäre vielleicht vor einigen Jahrzehnten denkbar gewesen. Heute ist es bereits zu spät. Auf beiden Seiten ist eine Haltung eingenommen worden, die man nicht mehr verändern kann. Gorbatschow muss zwischen einem Kolonialkrieg und der gewaltlosen Liquidierung der Sowjetunion wählen.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 17. November 1990.

• Otto von Habsburg-Lothringen

wurde am 20. November 1912 in Reichenau a. d. Rax als ältester Sohn von Kaiser Karl II. von Österreich und König von Ungarn geboren. Von 1957 bis 1973 war er Vizepräsident und von 1973 bis 2004 Präsident der Internationalen Paneuropa-Union. Für die CSU war er von 1979 bis 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er starb am 4. Juli 2011 im bayerischen Pöcking.

Der mühsame Triumph der puren Normalität

Nach 46 Jahren: Erster Zug Berlin-Königsberg

VON HELMUT WAGNER

Manchmal geschehen noch Wunder. Obwohl dieses, von dem hier zu berichten ist, nur ein lang überfälliger Nachvollzug einer puren Selbstverständlichkeit, der mühsame Triumph der Normalität ist. Am Freitag, dem 9. August, setzte sich pünktlich auf die Minute, um 18.30 Uhr, auf dem Berliner Bahnhof Zoo ein Sonderzug in Bewegung, der vierzehn Stunden später, ohne die Spurweite zu verändern, Königsberg erreichte. Es war der erste Personenzug, der diese Strecke nach dem 23. Januar 1945 wieder fahrplanmäßig befuhr.

Zur Verabschiedung in Berlin war der sowjetische Gesandte Maximytschew höchstpersönlich erschienen. Er zeigte sich übrigens in keinsten Weise irritiert, als über seinem Kopf auf der Anzeigentafel das Wort „Königsberg“ aufblumte. Dagegen scheint bei den Reichsbahnern die Uhr noch immer anders zu gehen. Auf dem Berliner Schlesischen Bahnhof fuhr unser Zug nach „Kaliningrad“ und auf

dem Nebengleis wurde ein Zug nach „Moskwa“ angekündigt.

In Königsberg angekommen, versprach der Vertreter der sowjetischen Staatsbahnen, K. Awerjanow, in seiner Begrüßungsansprache, daß die Gleise bis zum zwei Kilometer entfernten Königsberger Hauptbahnhof schon bald wieder gelegt werden würden: „Mit Ihrer Hilfe.“

Er wandte sich damit an die 208 Besucher, die diese erste Bahnfahrt nach Königsberg mitmachten und die in rührender Weise mit Musik und Volkstänzen begrüßt worden waren. Das Brot mit Salz und Glückspfeffernig war entgegen einer nach unserer Rückkehr in einer Berliner Tageszeitung zu lesenden „Ente“ den Besuchern nicht von den „neuen“, sondern von den alten Königsbergern, dem neuen Oberbürgermeister der Stadt überreicht worden.

Zur Reise eingeladen hatte ein führender Reiseveranstalter, der sich mit der Deutschen Reichsbahn zusammengetan hatte, um diese Fahrt zu organisieren. Noch im März, so der Veranstalter, hätte es schlecht um das Königsberger Unternehmen gestanden. Doch dann hätte auf einmal alles gepaßt, sogar das KGB wäre „Feuer und Flamme“ gewesen. Der junge

Bürgermeister Königsbergs, Witaly Schipow, der die Besucher mit „Liebe Gäste, werde Genossen“ begrüßte, hofft, daß aus dieser nunmehr aufgenommenen Verbindung eine dauerhafte Einrichtung zum Wohle beider Städte werden möge.

Lange nicht vernommene Namen

Die Besucher waren fast so wild zusammengewürfelt wie die heutigen 430 000 Einwohner Königsbergs. Den einen war gemeinsam, daß sie in der ersten oder zweiten Generation in die Stadt verschlagen worden waren; den anderen, daß sie die Stadt an der Pregelmündung nach vielen Jahren wiedersehen oder neu erkunden wollten. Auf das, was den letzteren bei ihrer „Reise in die Vergangenheit und Zukunft“ bevorstand, wurden sie durch den Sprecher auf dem Bahnhof Zoologischer Garten eingestimmt, der sagte: „Wir fahren über Fürstenwalde, Frankfurt a. d. Oder, Bentschen, Posen, Gnesen, Hohensalza, Bromberg, Dirschau, Marienburg, Elbing, Braunsberg und Heiligenbeil nach Königsberg.“ Das waren alles vertraute, lange nicht vernommene Namen, die bei den Reisenden gewiß viele Assoziationen und Emotionen ausgelöst haben.

Das offizielle Ein-Tages-Programm bestand aus einer dreistündigen Bus- und Stadtrundfahrt, einem Mittagessen im Nordstern-Haus (derzeit Hotel „Moskau“) und einer Fahrt ins 24 km nördlich gelegene Ostseebad Rauschen. Aber viele Besucher hatten eigene Ziele, sie machten sich per Taxi selbständig und besuchten Orte wie Palmnicken, Cranz, Labiau, Wehlau und Gumbinnen. Mein eigener Versuch, auf der Kurischen Nehrung über Rossitten bis nach Nidden vorzustoßen, scheiterte aus Zeitgründen. Schon am Abend des Ankunftstages, um 19 Uhr, hieß es wieder Abschied nehmen. Pünktlich setzte sich der Zug wieder in Bewegung, um allerdings erst mit drei Stunden Verspätung in Berlin wieder einzutreffen.

Es läßt sich unschwer erahnen, wie den meisten Besuchern ums Herz war, die Königsberg zum ersten Male wiederzusehen. Auch wenn es dort immer noch erhebliche, rekonstruierbare Bausubstanz gibt, etwa im Vorort Juditten, so ähnelt die Stadt doch an vielen Stellen eher Irkutsk als dem alten Königsberg. Wer an die Zukunft dachte, der wurde den Gedanken nicht los: Wie ist Königsberg zu helfen? Soviel scheint sicher zu sein, allein auf sich

gestellt, von Moskwa abgeschnitten und vom Militär entblößt, wird es sich auch in hundert Jahren nicht erholen. Es braucht dazu die Hilfe von außen.

Dieses Verständnis und diese Hilfe ist noch am ehesten von jenen zu erwarten, die alte Bindungen zu Ostpreußen haben oder/und neue entwickeln wollen. Von wem sonst?

Höchstens noch von der sowjetischen Seite, die alsbald die Reiseformalitäten normalisieren sollte. Dennoch, es könnte sein, daß schon ein neues Kapitel in der 736jährigen Geschichte der Stadt mit der Bahnreise aufgeschlagen worden ist. Oder wie es ein alter Königsberger formulierte: Werden wir leben, werden wir sehen!

Der Artikel erschien ursprünglich in der Ausgabe vom 17. August 1991.

• Prof. Dr. Helmut Wagner

wurde am 21. Dezember 1929 in Rastenburg geboren. Nach dem Studium war er unter anderem von 1961 bis 1963 Assistent bei Golo Mann an der TU Stuttgart. Von 1971 bis 1995 war er Professor für Theorien und Grundlagen der Politik an der Freien Universität Berlin. Er starb am 18. März 2023 in Berlin.

Nation in einem vereinten Europa

„Weiter die Versicherungsprämie zahlen!“

Ein Gespräch mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr über militärische Sicherheit im neuen Europa

Mit der Einheit von 1990 rückten schon bald neue Fragen ins Blickfeld der deutschen Politik – und damit auch des Ostpreußenblatts. Eines davon war die sicherheitspolitische Ausrichtung des souverän gewordenen Staates. Auch dafür konnte die Zeitung regelmäßig prominente Stimmen als Gesprächspartner und Gastautoren gewinnen.

IM GESPRÄCH MIT
ADMIRAL DIETER WELLERSHOFF

Ist – zumindest für Europa – der „ewige Friede“ ausgebrochen? Werden sich nach der Wiedervereinigung auch Bundeswehr und NVA organisch verbinden lassen? Wie wird sich die Strategie der NATO ändern müssen? Muß sie überhaupt noch bestehen bleiben? Über Perspektiven und Probleme des Militärs.

Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands stellt die Führung der Bundeswehr angesichts der Notwendigkeit, die Streitkräfte der ehemaligen NVA in vermindertem Maße in die Bundeswehr einzuschmelzen, vor große Probleme. Wenn die Bundeswehr, um mit dem preußischen Reformers Scharnhorst zu reden, als „Armee stets an der Spitze des Fortschritts zu marschieren hat“, so frage ich Sie, welche Prioritäten das Verteidigungsministerium hier gesetzt hat.

Wellershoff: Die Vorgaben der Politik werden von den Gesamtentwicklungen in Europa bestimmt, so daß wir einen politischen Rahmen haben, der auch in einer zahlenmäßigen Begrenzung der Bundeswehr auf 370 000 Mann im Jahre 1994 besteht. Innerhalb der Erreichung dieses Rahmens kommt es darauf an, nicht nur die organisatorischen Probleme, sondern auch die menschlichen und geistigen Probleme, die mit dem Ausbau der Bundeswehr im beigetretenen Teil unseres Vaterlandes zusammenhängen, zu lösen.

Das Aufkommen der Wehrpflichtigen im vereinten Deutschland pro Jahr ist zu groß, um eine Wehrpflicht-Armee von nur 370 000 Mann aufrechtzuerhalten. Plädieren Sie deshalb für einen Übergang zur Berufsarmee? Gehören Wehrpflicht und Demokratie in einem mitteleuropäischen Land wie dem unseren, das von vielen Nachbarn umgeben ist, unmittelbar zusammen?

Ihre Eingangsannahme stimmt nicht ganz. Das Rekrutierungspotential ganz Deutschlands wird aufgrund der demographischen Entwicklung drastisch kleiner. Mit einigen Begleitmaßnahmen kann man auch in der Zukunft für Wehrgerechtigkeit sorgen. Auf jeden Fall wird sie nicht wesentlich schlechter als zur Zeit. Ich bin aus sachlichen Gründen wie auch wegen meiner politischen Überzeugung ein glühender Verfechter der Wehrpflicht, weil die Wehrpflicht die Wehrform ist, die die Bürger mit in die Verantwortung für die äußere Sicherheit nimmt. Ich möchte jedenfalls keine Bundeswehr befähigen, die mit dem Gefühl leben müßte, ihre Bürger lehnten sich zurück und betrachteten die Berufssoldaten als die Söldner, die man sich eben so hält. Die äußere Sicherheit und die Politikfähigkeit und Bündnisfähigkeit unseres Staates ist eine Sache. Sie geht alle an. Da kann sich keiner abmelden. Deshalb bin ich eindeutig dafür, auch in Zukunft die Wehrpflicht beizubehalten.

Die Deutsche Bundeswehr war bisher in NATO-Verbände und Territorialverbände gegliedert, die deutschem Kommando unterstanden. Nun sollen die Territorialverbände in der bisherigen Bundesrepublik aufgelöst werden, andererseits die neuen Verbände in Mitteldeutschland aber unter deutschem Kommando stehen. Ergibt sich daraus eine gespaltene Bundeswehr, sozusagen eine westdeutsche „NATO-

Bundeswehr“ und eine mitteldeutsche „Nationale Bundeswehr“?

Die besonderen Rahmenbedingungen, die sich aus dem 2 + 4-Vertrag ergeben, legen uns einige Begrenzungen auf. Aber unsere Planung ist eindeutig auf eine einheitlich strukturierte Bundeswehr ausgerichtet. Die Unterstellung von Divisionen unter die NATO ist eine Unterstellung für den Einsatz. Da wir – mit Ausnahme der NATO-Luftverteidigung und einiger ständiger Verbände im Rahmen der NATO – keinen Einsatz haben, genügt also die Anmeldung bei der NATO, daß im Ernstfall diese Truppe der NATO unterstellt würde. Das hat für den Friedensausbildungsbetrieb der Streitkräfte nur den einen Ef-

deswehr der alten Bundesrepublik nichts. Man darf die ausländischen Truppen also nicht in einen Topf werfen und zusammenzählen. Das ist ein grundsätzlicher Fehler. Die Russen sind ehemalige Besatzungstruppen, die vertragsgemäß ihre 380 000 Mann abziehen werden. Die anderen Truppen sind aber verbündete Truppen, die wir eingeladen haben bei uns zu bleiben. Unsere Verbündeten entscheiden für sich, in welchem Maße ihre Truppen in Deutschland reduziert werden; in der Regel wird es etwa die Hälfte sein.

Daraus ergibt sich die Frage nach den multinationalen Korps. Der NATO-Oberbefehlshaber, US-General Galvin,

Luftverteidigung ist dafür ein Beispiel, indem Tag für Tag im AWACS-Flugzeug Angehörige verschiedener Nationen gemeinsam unseren Luftraum überwachen. Es handelt sich bei den multinationalen Korps also um nichts Neues, sondern nur um eine neue Dimension, weil sie jetzt auch das Heer erfassen wird.

Es wird also nicht dahinkommen, daß in einer Kompanie von 120 Mann beispielsweise 16 Nationen vertreten sind? Nein. Die Divisionen werden im Regelfall national zusammengesetzt bleiben.

Angesichts des Zerfalls des Warschauer Pakts steht die NATO, sicherlich als Siegerin, als alleiniges Bündnis im europäischen Raume da. Mit dem Zerfall des Gegenstückes könnte aber auch ein schleichender Zerfall der NATO einhergehen. Gibt es Planungen bei der Bundeswehr, die diese mögliche Entwicklung bedenken?

Die NATO hat eine sehr viel breitere Grundlage als die einer reinen Gegenkomponente gegen den Warschauer Pakt. Selbst wenn der Warschauer Pakt nicht mehr bestehen sollte, muß uns klar sein, daß auch nach Abschluß der Rüstungskontrollverhandlungen die Sowjetunion objektiv gesehen die größte Militärmacht auf dem europäischen Kontinent bleibt. Insofern kommen die anderen Funktionen der NATO als Bindeglied zwischen Europa und Amerika zum Tragen, geschweige denn die zahlreichen anderen Funktionen im politischen Bereich, die die NATO noch intensiver angeht als in der Vergangenheit. Die NATO will eine gemeinsame Position für die Rüstungskontrolle erarbeiten; abgesehen davon ist sie ein politisches Bündnis und eine Wertegemeinschaft.

Ist es wahrscheinlich, daß die Völker der NATO-Staaten die immensen Rüstungskosten auf Dauer weiterhin tragen werden, wenn der potentielle Gegner im Osten fehlt?

Die Begründung von Finanzausgaben für Streitkräfte hat damit zu tun, wie man Streitkräfte generell begründet. Dadurch, daß der Warschauer Pakt sich auflöst, ist der ewige Frieden nicht ausgebrochen. Die Welt ist und bleibt für uns gefährlich. Deshalb müssen wir für die äußere Sicherheit unsere Versicherungsprämie auch in Zukunft zahlen. Man kann natürlich über die Höhe dieses Betrages streiten. In der Tat reduzieren wir die finanziellen Aufwendungen drastisch. Dabei muß die Vergleichsbasis stimmen. Der Verteidigungshaushalt besteht im Jahre 1990 im alten wie im neuen Teil Deutschlands aus weit mehr als 60 Mrd. DM, davon kann man erheblich reduzieren. Ich kann aber nur davor warnen, diese Verminderungen von heute auf morgen vorzunehmen. Man kann es dem Soldaten nicht zumuten, ganz abgesehen von vielen sachlichen Problemen. Gerade heute, wo Deutschland größer geworden ist, sind auch die deutschen Streitkräfte trotz aller Reduzierungsabsichten bis 1994 größer geworden.

In der Öffentlichkeit herrscht des öfteren die Meinung vor, man könne die NATO durch die KSZE-Sicherheitsordnung ersetzen. Teilen Sie diese Annahme?

Nein, die KSZE ist eine Konferenz. Sie hat Perspektiven durch Institutionen ausge-

baut zu werden, die eine Festigung der europäischen Friedensstruktur einhalten. Die KSZE hat eine ergänzende Bedeutung, keine Ersatzwirkung für die NATO. Sie ist auch kein Bündnis und hat keine Exekutiv-Organe. Mit der NATO haben wir eine feste und geschlossene, stabile Wertegemeinschaft freier souveräner Staaten des Westens, die wir nicht aufs Spiel setzen sollten, bevor wir nichts Besseres haben.

Ist die NATO dabei, eine neue Verteidigungskonzeption für Deutschland oder speziell für Europa zu entwickeln?

Die NATO ist dabei, ihre gesamte Strategie zu überprüfen. Dies reicht von der politischen Gesamtstrategie bis hin zur militärischen Strategie. Es gilt nicht nur für Deutschland oder Europa Mitte, sondern für das gesamte NATO-Gebiet, und vor allem für deren Krisenherde an den Flanken. In nächster Zukunft werden wir eine komplette, neue strategische Grundlage für das NATO-Bündnis bekommen, die die Veränderungen in Europa in Betracht ziehen wird.

Kann man diese neue strategische Grundlage schon skizzenhaft erkennen?

Es zeichnet sich eine Entwicklung ab, die im politischen Bereich den Übergang von der Konfrontation über den Dialog zur Kooperation beinhaltet. Dies kann man an der intensiven Kontaktpflege zwischen den führenden Soldaten von NATO und Warschauer Pakt beobachten. Wir sind daran interessiert, gut nachbarschaftliche Beziehungen zu unseren Nachbarn im Osten aufzunehmen und zu pflegen. Diese Komponente wollen wir in Europa einbringen. Damit wollen wir die Absicht unserer Regierung, die europäische Friedensordnung schrittweise zu erweitern, unterstützen.

Die Voraussetzung für diese Politik besteht in der guten Zusammenarbeit der bisherigen westeuropäischen Nationen. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang das französische Verhalten, ihre Hades- und Pluton-Atomraketen weiterhin unweit der deutschen Grenze zu stationieren? Diese Raketen können im Ernstfall nur deutsche Territorien treffen. Gibt es Bestrebungen von seiten der deutschen Regierung bzw. des Verteidigungsministeriums, die Franzosen dahingehend zu beeinflussen, diese Raketen abzuziehen?

In der Tat gibt es Diskussionsbedarf mit Frankreich. Im deutsch-französischen Rat für Sicherheit und Verteidigung wird diese Diskussion geführt. Aber über den Inhalt dieser Diskussionen kann ich öffentlich nicht spekulieren.

Eine Frage noch zum Schluß in bezug auf Berlin als deutsche Hauptstadt. Können Sie sich vorstellen, daß es wieder einen großen Wachaufzug der neuen Deutschen Bundeswehr „Unter den Linden“ und vor der „Neuen Wache“ in Berlin geben wird?

Eigentlich haben wir dafür keinen Bedarf. Symbole müssen auch in ihre Zeit passen. Die „Neue Wache“ sollte in eine würdige Gedenkstätte für die Kriegsgopfer verwandelt werden. Dort können am Volkstrauertag auch Soldaten stehen. Aber mit klingendem Spiel sollten unsere Soldaten dort nicht mehr vorbeimarschieren.

Das Interview führte Albrecht Jebens. Es erschien in der Ausgabe 24. November 1990.

● Dieter Wellershoff wurde am 16. März 1933 in Dortmund geboren. Nach seinem aktiven Dienst in der Marine war er von 1981 bis 1984 Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr. Am 1. April 1985 wurde er Inspekteur der Marine und ein Jahr darauf der neunte Generalinspekteur der Bundeswehr. Dieses Amt hatte er bis 1991 inne. Von 1992 bis 1995 war er Gründungspräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Er starb am 16. Juli 2005 in Euskirchen-Flamersheim.



Erster Admiral im Amt des Generalinspektors der Bundeswehr: Dieter Wellershoff
Bild: ulstein bild

fekt, daß nämlich die Truppen in der bisherigen Bundesrepublik auch an NATO-Übungen teilnehmen, während die Truppen im beigetretenen Teil Deutschlands dies nicht tun. Aber ansonsten werden sie gleich strukturiert sein.

Ist dieser Unterschied nach 1994 aufgehoben?

Nach 1994 ist für die Bundeswehr der Unterschied aufgehoben. Allerdings dürfen wir keine alliierten Truppen im beigetretenen Teil Deutschlands stationieren.

Was bedeutet es für das Selbstverständnis der deutschen Streitkräfte, wenn die ausländischen Truppen der Westalliierten und der Sowjetunion bis 1994 in einer Gesamtstärke von etwa 700 000 Mann aus Deutschland abziehen? Ergibt sich dadurch eine Neubewertung des nationalen Auftrags der Streitkräfte?

Ihre Frage beinhaltet einen Irrtum. Unsere westlichen Verbündeten, die wir eingeladen haben, Truppen auf deutschem Boden zu unterhalten, werden selbstverständlich bleiben, wenn auch in verkleinerter Größenordnung. Alle Verbündeten haben eindeutig erklärt, daß – wenn wir sie einladen – sie gerne Streitkräfte, wenn auch in geringerer Zahl, auf deutschem Boden stationieren werden. Und wir haben sie dazu eingeladen. Auch unsere Bundeswehr ist im Ausland stationiert. Wir befinden uns in einem Bündnis, das weitgehend integriert ist. Von daher besteht kein grundsätzlicher Änderungsbedarf. Das einzige neue besteht in der Tatsache, daß im beigetretenen Teil unseres Landes eine nationale Einsatzführung erfolgen muß. Ansonsten ändert sich für die Bun-

will die deutschen Streitkräfte in „multinationale Streitkräfte“ eingebunden werden. Ist das eine Vorwegnahme der multikulturellen Gesellschaft?

Wellershoff (lacht): Nein, ein multinationales Korps muß man sich so vorstellen, daß unter einem Korpskommando mit einem internationalen Stab verschiedene Nationalitäten dienen. Das gilt nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die anderen Alliierten. Ein Korps, das unter einem deutschen kommandierenden General steht, kann also eine belgische Brigade oder holländische Division beinhalten, ebenso wie auch eine deutsche Division einem amerikanischen Korps angehören kann.

Wo bleibt die nationale Komponente bestehen? Ist es der Zug, die Kompanie, das Bataillon, die Division?

Im Regelfall wird es die Division sein, teilweise auch darunter. Die deutsch-französische Brigade kann als Beispiel aufgeführt werden. Auch die Marine hat Verbände, die aus Schiffen unterschiedlicher Nationalität bestehen. Auch die NATO-

„Die NATO hat eine sehr viel breitere Grundlage als die einer reinen Gegenkomponente gegen den Warschauer Pakt“

Nation in einem vereinten Europa

Zu den großen Themen des Ostpreußenblatts in den 1990er Jahren gehörte auch der Erhalt der Nationen in einem vereinten Europa. Ein Beispiel dafür ist der folgende Gastbeitrag.

VON GÜNTER ROHRMOSE

Die verantwortlichen Politiker haben es von Anfang an geschafft, das Problem der deutschen Vereinigung auf ein Finanzierungsproblem zu reduzieren. Die einzige Frage, die die deutschen Medien zu beschäftigen scheint, ist die, was es kostet, woher wir das Geld nehmen und ob sich, angesichts des Umfangs der tatsächlichen Kosten, die ganze Vereinigung überhaupt gelohnt hat. Wir wären in unserer bundesrepublikanischen Idylle und in unserem Lebensgefühl nicht so peinlich gestört worden, wenn nicht jene hinzugetreten wären, die man noch unter Adenauers Amtszeit unsere Schwestern und Brüder nannte. Es hat zutiefst mit dem verlorengegangenen Geist des Konservativismus zu tun, daß wir die Fähigkeit verloren haben, Vorgänge dieser einzigartigen Bedeutung überhaupt als geschichtliche wahrzunehmen, geschweige denn sie zu denken. Wenn ich diese Vorgänge aber nicht geschichtlich wahrnehme und geschichtlich begreife, kann es auf sie auch keine politische Antwort geben. Ein Staat oder Land oder Volk, das nicht mehr in geschichtlichen Kategorien denken kann, ist damit a priori politikunfähig geworden.

Die Niederlage des Sozialismus bedeutet nicht das Ende der Geschichte, sondern ihre Wiederkehr. All die Probleme, die durch die marxistisch-leninistische Revolution hätten liquidiert werden sollen, sind nach 70 Jahren wieder so zugegen, als hätte es die kommunistische Revolution in Rußland überhaupt nicht gegeben. Vor allem die durch Terror aus der Geschichte vertriebenen Völker kehren nun zurück. Diejenigen von ihnen, die sich in Osteuropa und im westlichen Teil der ehemaligen Sowjetunion befinden, verstehen die Rückkehr zur eigenen Kultur als einen politischen Auftrag zur Rückkehr nach Europa.

Wer aber ist Europa? Was verstehen wir darunter? Es steht fest, daß das sich jetzt formierende Westeuropa mit leider absehbaren Konsequenzen einem verhängnisvollen Irrtum anheimfallen würde, wenn es nicht begriffte, daß es nur dann Europa genannt zu werden verdient, wenn es auf diesen Wunsch der Völker Osteuropas einschließlich der Russen, nach Europa zurückzukehren, eine konstruktive Antwort gibt. Nur dann kann es eine Zukunft für Europa geben.

„Wir sind ein Volk“: Seit Leipzig geht die deutsche Geschichte weiter

Dies alles hat auch für die deutsche Politik und für den Horizont, innerhalb dessen wir für die Zukunft deutsche Politik denken, enorme Konsequenzen. Führende Intellektuelle, wie der Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz oder Arnulf Baring, neigen stattdessen zu der These, Rußland und Osteuropa gehörten nicht zum abendländisch-christlichen Kulturkreis. Wenn diese Auffassung sich durchsetzt, wird Europa aus seiner Geschichte im 20. Jahrhundert nichts gelernt haben. Es ist inakzeptabel, Rußland aus religiös-historischen Gründen als nicht Europa zugehörig zu betrachten, weil das orthodoxe Christentum eine genauso großartige Darstellung und Erscheinungsform des christlichen Gedankens ist, wie der katholische und protestantische Gedanke.

Francis Fukujama, ein renommierter Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums, hat noch vor kurzem erklärt, daß der Zusammenbruch des existierenden Sozialismus das Ende der Geschichte bedeute, und daß vor allen Dingen der ideologische Kampf um die Inter-



Für die Nation in Leipzig, dagegen in München: Ein Riß wird sichtbar: Demonstrationen zur Jahreswende 1989/90 Fotos: Archiv

Der Westen macht die Einheit kaputt

Nationale Erneuerung verweigert: Die alte Bundesrepublik will einfach nicht Deutschland werden

pretation und Orientierung in der Geschichte zu Ende sei, weil es nun nur noch den Liberalismus als die einzige weltweit gültige Alternative gebe. Demgegenüber muß man darauf aufmerksam machen, daß die Geschichte nicht etwa zu Ende ist, sondern sich vielmehr wieder zurückgemeldet hat. Es muß sogar bezweifelt werden, ob der Liberalismus angesichts der realen Verhältnisse in Osteuropa einschließlich Rußlands überhaupt eine akzeptable Alternative ist.

Es steht zu befürchten, daß durch die hier genannten Ereignisse sich alles wiederholt, von dem wir gemeint hatten, das 20. Jahrhundert hätte es bereits überwunden. Auch auf dem Balkan stellt sich plötzlich die Lage nach dem Ersten Weltkrieg wieder her. Und Rußland könnte durch den Streit um die neue Organisationsform der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ auf seinen Ausgangspunkt vor 300 Jahren zurückgeworfen werden. Mit der wiederkehrenden Geschichte kehren aber auch alle bekannten Erscheinungen und Gefahren der Vergangenheit wieder. Auch die zweite große Herausforderung hängt aufs engste mit dem Zusammenbruch des existierenden Sozialismus zusammen. Ich meine die deutsche Wiedervereinigung.

Das größte Problem aber, vor dem wir stehen, ist aber nicht die äußere oder die materielle, sondern die innere Einheit Deutschlands. Man könnte den Eindruck haben, daß, nachdem die äußeren Mauern niedergeworfen sind, die inzwischen in den Köpfen errichteten Mauern höher als je zuvor sind. Es war ein Glück, daß die Menschen in Mitteleuropa von bestimmten ideologischen „Errungenschaften“ verschont geblieben sind, denn sonst hätte es nicht zu jenem Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands im November 1989 kommen können, als Hunderttausende in Leipzig zuerst riefen „Wir sind das Volk!“ und dann riefen „Wir sind ein Volk!“. Dieser Ruf „Wir sind ein Volk!“ hat Geschichte gemacht und bedeutet das eigentliche Wunder der deutschen Geschichte nach 1945. Warum ist es im Vergleich zu dem, was wir zuvor vom künftigen Ablauf der deutschen Geschichte erwarten konnten, ein Wunder? Bei realistischer und pragmatischer Einschätzung der Entwicklung in den alten Bundesländern hätte man

eigentlich davon ausgehen müssen, daß Deutschland, als ein über sich selbst bestimmendes Subjekt, seine Rolle in der Geschichte ausgespielt hat. Die Ereignisse von Leipzig bedeuten nun, daß die deutsche Geschichte weitergeht.

Was haben wir – nicht nur in den alten, sondern auch in den neuen Bundesländern – aus diesem einzigartigen Geschenk der Geschichte gemacht? Ich sage bewußt „Geschenk der Geschichte“, denn jeder weiß, daß dieses Ereignis nicht deshalb möglich war, weil die deutschen Parteien in den alten Bundesländern eine auf die Herbeiführung der Einheit operativ ausgerichtete Politik gemacht hätten, sondern man muß gerechterweise sagen, daß das Gegenteil geschehen ist. Wir erinnern uns daran, daß alle Parteien mit unterschiedlicher Direktheit im Begriffe waren, alle Forderungen zu erfüllen, die der DDR-Staat an die Bundesrepublik stellte. Ziel der DDR-Führung war ihre völlige Unabhängigkeit als Voraussetzung für die eines Tages im Zeichen des Sozialismus herzustellende deutsche Einheit. Wir hätten die deutsche Einheit damals jederzeit haben können, denn Erich Honecker hatte noch wenige Jahre vor seinem Rücktritt erklärt, daß der Weg zur deutschen Einheit offen sei, wenn die Bundesrepublik bereit sei, dafür die Voraussetzung zu schaffen, also den Sozialismus bei sich einzuführen.

Eine der Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels war nach den Vorstellungen Honeckers die Anerkennung der völligen Unabhängigkeit und Souveränität der DDR. Es ging um die Auflösung aller Verklammerungen zwischen den beiden deutschen Staaten einschließlich des Verzichtes der Bundesrepublik auf das Bestehen einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Die ganze deutsche Parteifront wankte schon, und selbst die CDU wäre

auf ihrem Parteitag in Wiesbaden bereit gewesen darüber zu diskutieren, ob man nicht alle Forderungen erfüllen sollte.

Als sei fast nichts geschehen – urale Konflikte erwachen wieder

Was haben wir, als die Einheit sich vollzog, aus diesem einzigartigen Geschenk der Geschichte gemacht? Um einen Blick für die Abnormalität dessen zu bekommen, was wir inzwischen für normal halten, muß man sich nur einmal die Frage stellen, was denn in Frankreich geschehen wäre, wenn Frankreich geteilt gewesen wäre. Nicht nur hätte sich die ganze Nation nicht einen Tag mit dieser Teilung abgefunden, sondern die Wiedervereinigung wäre ein Ereignis des Zusammenschweißens, der Aufrichtung der Nation in ihrem Selbstbewußtsein geworden. Dieses „Wir“ gibt es offenbar in Deutschland nicht mehr. Es drängt sich sogar der Eindruck auf, daß genau zu dem Zeitpunkt, an dem wir die einzigartig Beschenkt der Geschichte sind, die Deutschen bereit sind, die Lösung der deutschen Frage in der Form einer Selbstliquidation in die eigene Hand zu nehmen. Man kann sicher sein, daß es eine solche Paradoxie in der Geschichte nie gegeben hat.

Wolfgang Thierse (SPD) sprach zum Jahreswechsel 1991/92 von der tiefen Enttäuschung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, die Hoffnungen hätten sich als trügerisch erwiesen. Und Bischof Kruse sieht zu einem Traum zerrinnen, was der Fall der Mauer einst an Erwartungen geweckt hat. Es sei gar nichts anders geworden. Günter Grass und Stefan Heym verkündeten stattdessen kürzlich auf einer Veranstaltung des Goethe-Instituts in Brüssel, die Vereinigung stelle einen Akt brutalen kapitalistischen Kolonialismus im „Osten“ Deutschlands dar, und sie vergleichen die Diskussion um die Asylantenparagrafen mit den Nürnberger Rassegesetzen der Nazis.

Es klingt paradox, aber es ist wahr: Das vereinigte Deutschland soll sich, was nicht einmal die Sieger des Zweiten Weltkriegs ins Auge gefaßt haben, selber als Nation auslösen und sein gesamtes als Unheil erkanntes geschichtliches Erbe liquidieren. Die Deutschen seien nie Brüder und Schwestern gewesen, heißt es. Dieser Auffassung liegt der Irrtum der von der alten

Bundesrepublik geteilten Vorstellung von westlicher Demokratie und damit von Demokratie überhaupt zugrunde, das für die westlichen Demokratien die Nation ein unwillig mitgeschlepptes Relikt feudalistischer Vergangenheit sei. Diese Vorstellung ist falsch. Alle westlichen Demokratien leben und gestalten Politik aus dem Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit, einem geschichtlichen Erbe verpflichtet zu sein und aus einem historischen Gedächtnis, das keiner Rekonstruktion durch wissenschaftliche Historie bedarf. Demokratie verfaßt und regelt das Leben der Nation, aber die Nation lebt nicht von Demokratiepostulaten.

Doch die Intellektuellen in Deutschland lieben, wie Helmut Schmidt sagte, ihr Volk nicht. Sie sehen im Zusammenwachsen eine Gefahr und scheuen sich nicht, wie der Auftritt von Grass und Heym in Brüssel zeigte, die Welt vor einem zusammengewachsenen Deutschland zu warnen.

Die Mentalität, die aus einer solchen Perversion von sich Zeugnis ablegt, drängt den Schluß auf, daß die größten Behinderungen für die Einheit Deutschlands nicht von den neuen, sondern von den alten Bundesländern ausgehen. Es war und bleibt ein schwerwiegender Fehler, die Vereinigung als einen Anschluß, als ein Hinzufügen der ehemaligen DDR, als die Transformation des westlichen ökonomischen und demokratischen Parteienmodells zu verstehen, als eine Art Einverleibung, die nur den neuen Ländern eine innere Umstellung ihrer Lebensweise, eine Umorientierung ihrer Perspektiven und einen schmerzlichen Lernprozeß abverlangt. Nein, auch die alte Bundesrepublik muß sich ändern. Auch ihre Begriffe und Kategorien stimmen nicht mehr. Zu Selbstgefälligkeit, Selbstgerechtigkeit oder gar Triumphgefühl gibt es keinen Anlaß. Hätte die spätsozialistische Kulturverleibung sich auch politisch durchgesetzt, hätten wir den Sozialismus ohne den Druck von Panzern auch bei uns eingeführt. Es war Helmut Kohl, der Erich Honecker zum größten außenpolitischen Sieg seines Systems verhalf, es waren Sozialdemokraten, die dem SED-Regime seine Friedens- und Reformfähigkeit bescheinigt haben. In der Hauptstadtdebatte hat im Deutschen Bundestag der einstige enge Mitarbeiter des Bundespräsidenten, Pfleger, erklärt, die rheinisch-westliche Bundesrepublik sei sein wahres Vaterland, und für Bonn als Hauptstadt gestimmt.

Vor kurzem fand ein Bergerdorfer Gespräch in Paris statt, auf dem der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Schnoor, erklärte, er wisse nicht, was ein Deutscher sei. Ein deutscher Innenminister muß doch – angesichts der Asylproblematik – wissen, was ein Deutscher ist. Sonst könnte es ja passieren, daß er Deutsche als Scheinasylanten ausweist und Asylanten als Deutsche anerkennt. Oder wie müssen wir es verstehen, daß eine Gruppe von jungen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion erklärt, nun sei es an der Zeit, daß der Begriff „Deutsches Volk“ als ein rechtlich relevanter Begriff aus der Verfassung entfernt würde?

Der Beitrag ist der erste Teil eines längeren Essays. Er erschien in der Ausgabe vom 4. April 1992.

Prof. Dr. Günter Rohrmoser wurde am 29. November 1927 in Bochum geboren. Er gilt als einer der bedeutendsten deutschen Sozialphilosophen des 20. Jahrhunderts und zählte zur Ritter-Schule. Obwohl selbst konservativ, wirkte er zu Zeiten von Peter Glotz in der SPD-Grundwertekommission mit. Rohrmoser war unter anderem Inhaber des Lehrstuhls für Sozialphilosophie an der Universität Hohenheim und für Politische Philosophie an der Universität Stuttgart. Er starb am 15. September 2008 in Stuttgart.

Die Niederlage des Sozialismus bedeutet nicht das Ende der Geschichte, sondern ihre Wiederkehr

Besonderer Blick auf das Zeitgeschehen

Mit der russischen Annexion der Krim im Frühjahr 2014 wurden erstmals seit 1945 in Europa wieder gewaltsam Grenzen verschoben. Für die breite Öffentlichkeit kam dies aus dem Nichts. Die Preußische Allgemeine Zeitung hatte den Konflikt jedoch schon lange vorher im Blick.

VON HANS ROTHE

Der Fall der Ukraine, der im vorigen Herbst Schlagzeilen machte, erhob die Herzen: Ein Volk erreichte friedlich seine Freiheit von Fremdbestimmung und Korruption. Viele Fragen wurden dabei aufgeworfen; aber, als die Schlagzeilen verschwunden waren, waren sie immer noch nicht beantwortet.

Es wurde von Demokratie und Freiheit viel geredet; eine Volksbewegung hat sich durchgesetzt; internationale Unterstützung (Solidarität?) hat das gefördert. Aber was weiß man nun wirklich? Versuchen wir, ein paar Fragen zu stellen, damit wir an Antworten herankommen können.

Ist denn die Ukraine überhaupt etwas anderes als Rußland? Ist es berechtigt, daß sie einen eigenen Weg gehen will? Es gibt ja gewichtige Stimmen, die das leugnen, und meinen, beide gehörten zusammen (beispielsweise Solschenizyn, der Vorkämpfer gegen den Kommunismus). Zudem ist innerhalb der Ukraine der russische Bevölkerungsanteil sehr hoch, vor allem im Osten und Süden des Landes.

Am 26. Juli 2004 wurde gemeldet, daß der damalige Präsident Kutschma das außenpolitische Ziel, die Ukraine in die EU zu führen, aufgegeben habe. In dem folgenden Wahlkampf spielte dann der Vorwurf an den Gegenspieler Juschtschenko eine Rolle, sein Sieg werde die Ukraine zum Satelliten von Amerika und der Nato machen. Heute steht die Aufnahme in die EU für 2016 wieder auf dem Plan. Was ist nun an der einen oder anderen Behauptung oder Zielsetzung dran, und vor allem: Warum ist das für uns wichtig?

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen im vorigen November waren unter vielen anderen auch namhafte Polen in Kiew, darunter ein ehemaliger und der amtierende Staatspräsident. In Berichten darüber spürte man hier Befriedigung – damit sah man anscheinend die Sache in guten Händen, denn Polen seien erfahrene Politiker, sogar Europäer. Doch was ist dabei polnisches Eigeninteresse? Schließen ihre Interessen die unseren ein?

Fünf historische Hypothesen

Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß die Ukraine von heute – unabhängig davon, wer sie regiert – mit fünf historischen Hypothesen belastet ist. Die erste Hypothek entsteht aus der Frage, wann die ukrainische Geschichte begonnen hat. Oder die Geschichte der Ukraine?

Die Ukrainer hatten bisher nie einen eigenen Staat. Es gab zwar zwei Versuche im 17. Jahrhundert (1654–1709) und nach dem Ersten Weltkrieg unter deutscher Ägide. Beide Versuche endeten mit einer vollständigen Eingliederung von Land und Volk in das russische Reich beziehungsweise die Sowjetunion. Der heutige Staatsname stammt aus der Zeit des zweiten Versuchs. Er bedeutete ursprünglich Randgebiet, und zwar von Rußland aus gesehen. Die Sowjetunion übernahm das Ergebnis der Ostpolitik des untergehenden deutschen Kaiserreiches als Spielball zur Verhöhnung westlichen Demokratiedenkens: Die Ukraine erhielt, wie Weißrußland, nach dem Zweiten Weltkrieg in der Uno eine Satellitenstimme.

Ukrainer haben sich seit Ende des 16. Jahrhunderts als letztes der drei ostslawischen Völker, nach Russen und Weißrussen, aus der ursprünglichen Einheit aller Ostslawen herausgelöst und als selbständiges Volk zusammengefunden. Aber ukrainische Historiker haben seit Beginn des



Freiheitsstreben, das zu einem neuen Konflikt führte: Proteste auf dem Kiewer Majdan 2004

Foto: pa/dpa|Zurab Kurtsikidze

Ukraine – Für immer im Schatten Rußlands?

Er war durchaus bewegend, der Kampf der Ukrainer um freie Wahlen und Demokratie. Die »Orangene Revolution« ließ die Menschen in Europa mit den gewaltfreien Demonstrationen in der Kälte Kiews mitfiebert. Inzwischen hat der neue Präsident Viktor Juschtschenko seine Regierung gebildet und versucht nun offen, die Ukraine Richtung Europa zu führen. Doch gehört das Land da überhaupt hin?

20. Jahrhunderts die Überzeugung verkündet, ihre Geschichte beginne mit der ältesten bekannten Zeit seit dem 10. Jahrhundert. So denken und lehren sehr viele heute noch, vor allem die einflussreichen Ukrainer in den USA und in Kanada. Das ist aber nicht richtig. Auf die älteste Zeit berufen sich mit gleichem Anspruch auch Russen und Weißrussen. Sie auszuschließen, belastet die Beziehungen. Ein ungerichtfertiger Anspruch eines der drei heutigen Völker auf die älteste Zeit verrät ein irrales Selbst- und Staatsverständnis, das für politische Urteile bei einer angemessenen Selbstbestimmung heute untauglich ist.

Eine zweite, ungleich schwerere Hypothek liegt in der Religionsfrage. Während die Nation sich zu bilden begann, wurde 1596 eine Union zwischen der im Lande üblichen griechischen Orthodoxie und der katholischen Kirche des polnischen Staatsverbandes, zu dem die ukrainischen Lande gehörten, abgeschlossen. Die Jurisdiktion (zum Beispiel Bischofssetzung) lag bei Rom, Ritus und kirchliches Leben blieben orthodox. Sehr schnell war fast der ganze Klerus zur Union übergegangen.

Im Osten erstarkte die Orthodoxie aber bald wieder. Die Folge war die geistige Teilung des Landes. Der Westen, wo sich das Nationalbewußtsein ausbildete, unierte; der Osten wurde orthodox. Die Religionsfrage vermischte sich mit der Nationalfrage. Das hatte weitreichende Folgen. Unierte wurden von zwei Seiten angegriffen, verfolgt, von den orthodoxen Russen, weil sie nicht richtig orthodox, von den katholischen Polen, weil sie „noch“ nicht richtig katholisch geworden waren. Unter diesem Doppeldruck entstand ein Zusammenhörigkeitsgefühl, das der Keim des ukrainischen Nationalbewußtseins im Westen des Landes wurde. Das ist bis heute so geblieben.

Nachdem innerhalb der Krone Polens Ostslawen durch Jahrhunderte mehr oder weniger friedlich und unbehelligt mit anderen gelebt hatten, brachte die Union, die sie ihrer Sonderart sich bewußt werden ließ, sie sogleich in Spannung mit Polen und der dortigen Gegenreformation, ebenso mit Russen und der „richtigen“ Orthodoxie. Von Jahrhundert zu Jahrhundert verschärfte sich das.

Die dritte Hypothek wirkte noch einmal erschwerend: das Aufkommen der russischen Schutzmacht im europäischen Kräftefeld seit dem 16. Jahrhundert. Ivan IV., der Schreckliche (1530–1584) hatte eine Politik des Dranges nach Westen eingeleitet; zunächst war sie an Polen gescheitert. Die folgende russische Schwäche nutzte Polen 1605 zu einem Überfall auf Rußland, der ebenfalls scheiterte. Das wurde der Anfang von Polens Ende.

Kosaken, die dem König von Polen unterstanden, sicherten gegen dessen Willen 1620 die Wiederherstellung der Orthodoxie in Kiew. 1648 erhoben sie sich gegen

das gegenreformatorische Polen. 1654 zogen sie das zögernde Moskau ins Spiel, und 1667 mußte Polen alles ukrainische Land östlich des Dnjepr an Moskau abtreten. Das war die erste polnische Teilung. Nun gehörten die Ukrainer je zur Hälfte zu verschiedenen Staaten, die einander feindselig gegenüberstanden. Versuche der Ukrainer, das Land beiderseits des Dnjepr in föderativer Union zusammenzuhalten, scheiterten 1709 an Peter dem Großen. Die östlichen Ukrainer waren der Russifizierung ausgesetzt, aber etwas später bildete sich doch ein neues ukrainisches Kulturzentrum im Gebiet von Poltawa. Die Entfremdung zum Westen vertiefte sich.

Die vierte Hypothek entstand am Ende des 18. Jahrhunderts durch die polnischen Teilungen. Der Untergang Polens war durch die polnischen Teilungen programmiert. Einerseits durch die polonisierende unduldsame Haltung gegen die ostslawischen Unierten, andererseits durch das Erstarken Rußlands, das als Schutzmacht der, wie es damals hieß, „Südrußen“ auftrat. Als 1772 Galizien an Habsburg fiel, war die Bukowina (Buchenland) südlich davon schon seit 1769 von Rußland besetzt. Österreich gelang es 1775, dieses Land als Brücke zu seinen inneren Ländern für sich zu erwerben. Die sogenannte Karpatho-Ukraine war schon ein Jahrhundert österreichisch, vorher ungarisch gewesen. Beide Länder waren weitgehend ukrainisch besiedelt.

Die Karpatho-Ukraine und nördliche Bukowina kamen 1945 an die Ukraine, das heißt zur Sowjetunion. 1991 entstand ein selbständiger Staat, in dem erstmals fast alle Ukrainer vereint waren. Aber die ukrainischen Bewohner der Karpatho-Ukraine und der Bukowina (von anderen: Slowaken, Rumänen, Juden nicht zu reden), deren historische Tradition ungarisch und österreichisch war, sind in die-

sem Staat gar nicht zu Hause. Kenner versichern, sie wollten aus ihm ausscheiden. Außer Ost und West gibt es also noch dieses Problem des Südwestens, der bis zur Staatsverweigerung geht.

Schließlich eine fünfte Hypothek: Während der Südwesten immerhin noch ukrainisch besiedelt ist, fehlt auch das im Süden. Die Krim wurde 1954 von Chruschtschow an die Sowjet-Ukraine verschrenkt. Sie war tatarisch besiedelt, wurde 1784 russisch; Sewastopol, das spätantike Korsun, wurde im gleichen Jahr als russischer Kriegshafen im Süden ausgebaut. Odessa ist eine russische Stadtgründung von 1794. Beide Städte waren Rußlands internationales Tor nach Europa im Süden wie Petersburg im Norden. Nennenswerte ukrainische Tradition hat es da nie gegeben. So weit der Blick in die Geschichte.

Folgen der Unabhängigkeit

Was es bedeutet, daß 1991 diese Ukraine nun selbständig wurde und von Rußland unabhängig seine Politik bestimmen konnte, lehrt ein Blick auf die Landkarte. Der neue Staat schneidet Rußland nach Süden weitgehend vom Schwarzen Meer ab. Zugleich ist Rußland vom Westen abgeschnitten. Nicht mehr Rußland, sondern die Ukraine grenzt an Rumänien, Ungarn, die Slowakei und Polen. Weißrußland schiebt sich auch noch dazwischen.

Solche geopolitische Überlegung spielt vielleicht nicht mehr die Rolle wie im 19. und 20. Jahrhundert. Aber sie ist auch nicht bedeutungslos geworden. Wenn die Ukraine über sich selbst verfügen und als ein reiches und unabhängiges Land auftreten könnte, würde das nicht weniger bedeuten, als die Zurückstufung Rußlands zu einer Weltmacht dritten Ranges, deren europäische Bedeutung nur im Norden und deren weltpolitische Bedeutung vorwiegend in Asien, nicht mehr in Europa läge. Es liegt auf der Hand, daß das im Ernst nicht geht.

Wenn das Ernst wäre, könnte die Ukraine die Rolle einer vorgeschobenen „Feldwache“ für den Westen übernehmen, als die seit Napoleon Polen für Frankreich galt (so 1830 der ostpreußische Oberpräsident Theodor v. Schön); Polen hätte diese Rolle dann verloren. Polen tritt mit seinem Eigeninteresse nun schon etwas deutlicher ans Licht. Es ergibt sich also, daß man nur weiter kommt, wenn man Klarheit über die Interessen der beiden wichtigsten Nachbarn der Ukraine gewinnt, und zwar die berechtigten Interessen von Rußland und Polen.

Es ist nicht üblich, nach legitimen Interessen Rußlands zu fragen. Zu groß war der Angstdruck seit dem Zweiten Weltkrieg. Zu sehr hat man sich daran gewöhnt, die Weltlage auch in ihren Regionalproblemen von Amerika her zu verstehen, zu wenig hat Amerika gelehrt, daß es imstande ist, die Interessenlage eines Widersachers zu verstehen, ehe es seine Politik entwirft. Dafür wird es nicht genügen, bloß von Demokratie und Freiheit zu reden und den anderen als Gewaltmacht hinzustellen. Das mag Rußland sein. Aber auch solchen Mächten müssen legitime Interessen zugestanden werden, wenn anders ein Friedenskompromiß erreicht werden soll.

Der Beitrag ist der erste Teil eines längeren Essays. Er erschien in der Preußischen Allgemeinen Zeitung vom 12. März 2005.

● Prof. Dr. Hans Rothe wurde am 5. Mai 1928 in Berlin geboren, wuchs jedoch auf dem elterlichen Gut Samonien am Rande der Rominter Heide auf. Nach dem Krieg studierte er slawische und indogermanische Philologie und Kirchengeschichte in Kiel, Marburg und London. Von 1966 bis 1993 lehrte er Slawistik an der Universität Bonn und galt als einer der angesehensten Experten seines Faches, was sich unter anderem darin äußerte, daß er während der Verhandlungen über die deutsche Einheit Außenminister Genscher als Dolmetscher diente. Er starb am 31. März 2021 in Bonn.

„Es wird nicht genügen, bloß von Demokratie und Freiheit zu reden und den anderen als Gewaltmacht hinzustellen. Das mag Rußland sein. Aber auch solchen Mächten müssen legitime Interessen zugestanden werden“

Preußisches Feuilleton

Neben dem Schicksal der Vertriebenen aus dem Osten und der Nation im geteilten Deutschland war die Erinnerung an den untergegangenen Staat Preußen stets ein Hauptanliegen von Ostpreußenblatt und PAZ. Hierzu ergriffen auch immer wieder namhafte Gastautoren das Wort.

VON FERDINAND FÜRST VON BISMARCK

Zwei Daten veranlassen mich heute, einige Gedanken über meinen Urgroßvater Otto von Bismarck niederzuschreiben: Am 1. April 1990 war es 175 Jahre her, daß er in Schönhausen, unweit von Stendal, das Licht der Welt erblickte. Am 20. März 1990 wiederholte sich zum 100. Mal der Tag, an dem Kaiser Wilhelm II. ihm seine Entlassungsurkunde überreichte.

Bismarcks Geburt fiel in das Jahr der Schlacht von Waterloo, das die Epoche Napoleons beendete, in der Frankreich über 20 Jahre in deutschen Landen gekämpft und Preußen erniedrigt hatte. Westfalen wurde von Napoleons Bruder verwaltet und andere süddeutsche und westdeutsche Fürsten hatten sich im Rheinbund gegen Preußen verbündet. Durch die gemeinsame Niederringung Napoleons in der Völkerschlacht von Leipzig sowie in Waterloo entstand erstmalig in der deutschen Geschichte ein gemeinsames deutsches Bewußtsein. Hinzu kamen die Romantik der damaligen Zeit sowie ein gewisser nationaler Idealismus, der der französischen Revolution entstammte und eine Vielzahl demokratischer Vorstellungen mit sich brachte. Aber auch das mittelalterliche Reich mit Friedrich Barbarossa, der im Kyffhäuser ruhte und auf die Gelegenheit der Rückkehr wartete, gehörte zu dieser romantischen Epoche.

Die Interessen Preußens

In dieses Zeitalter wurde nun Bismarck hineingeboren, der als Preuze zunächst nur das Interesse des Königshauses und die Stellung Preußens im deutschen Bund vor Augen hatte. Als junger Diplomat im Bundestag in Frankfurt kam er jedoch sehr bald mit der deutschen Frage in Berührung und mußte dort feststellen, daß das österreichische Kaiserreich eine politische Konzeption beibehielt, die alles beim alten ließ, einschließlich der Hegemonialstellung Österreichs in Deutschland.

Als Bismarck im Jahre 1862 zum Ministerpräsidenten Preußens berufen wurde, sah er zunächst die Stärkung Preußens als sein wichtigstes Anliegen. Sie war jedoch nur Mittel zum Zweck, um das Ziel der deutschen Einheit zu verwirklichen.

In drei begrenzt geführten Kriegen gelang es ihm, innerhalb eines Jahrzehnts die deutschen Fürsten und Städte zunächst im norddeutschen Bund und am 18. Januar 1871 im deutschen Reich zu vereinigen. Er sah im Krieg gegen Österreich die einzige Möglichkeit, eine klare Weichenstellung für die von ihm anvisierte deutsche Lösung zu finden, welches die sogenannte kleindeutsche Lösung darstellte, also Österreich nicht mit einschloß.

Durch sein diplomatisches Geschick verstand er es, die umliegenden Großmächte aus dem Konflikt herauszuhalten und im Falle Österreichs durch Verzicht auf territoriale Ansprüche sowie auf einen triumphalen Einmarsch in Wien Österreich später als zuverlässigen Bundesgenossen zu gewinnen.

Deutsche Frage im Blickpunkt

Auch den durch Napoleon III. geführten Krieg gegen Preußen konnte er erfolgreich zu Ende führen, ohne daß andere Großmächte eingegriffen haben. Hier kämpften alle deutschen Bundesfürsten in gemeinsamer Sache, so daß erstmals in der deutschen Geschichte eine Waffenbrüderschaft entstand, die ein Gefühl der Zusammengehörigkeit spürbar machte.



Beispielhafte Politik des Maßhaltens: Reichsgründer Otto von Bismarck

Foto: archiv

Die Kunst des Möglichen

Ein Rückblick auf das Werk des Reichseinigers von 1871

Die Reichsidee aus dem Mittelalter hat Bismarck wieder aufgegriffen, indem er den preußischen König zum erblichen deutschen Kaiser ausrufen ließ. Dem demokratischen Gedanken kam er entgegen, indem er zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein aus freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenes Parlament, nämlich den Reichstag, ins Leben rief, der später an Bedeutung gewinnen sollte.

Träger der Reichsexekutive war jedoch der Bundesrat, in dem die souveränen deutschen Fürsten sowie die freien Städte vertreten waren und dessen Vorsitz Preußen zustand. Die Reichsidee fand Ausdruck in der heute fast vergessenen Proklamation König Wilhelms I. am 18. Januar 1871 in Versailles: „An das deutsche Volk. Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen; und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten Fürsten und Städte Folge zu leisten, und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußens fortan den Kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der Deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.“

Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte

Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem Deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterland die seit Jahrhunderten entbehrtene Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Das Credo des Reichsgründers

Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesinnung.“

In diesen fünf Sätzen manifestiert sich das Bismarck-Reich. Hier wird das Bekenntnis zum Frieden – allein dieses Wort fällt dreimal –, zur Freiheit und zur Gerechtigkeit abgegeben. Damit kündigt sich die zweite Epoche seiner politischen Aktivitäten an, nämlich seine Friedenspolitik.

Bis zum Jahre seiner Entlassung hat er ständig und immer wieder von neuem alles in seiner Macht Stehende getan, um den Frieden zu bewahren, wobei er immer wieder betonte, daß Deutschland für ihn als saturiert gelte, daß er also keine weite-

ren Gebietsansprüche hätte. Das galt sowohl im Osten als auch im Westen.

Im Reichstag erklärte er: „Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den, was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten... blicken Sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebenso nach dem Auslande wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten sechzehn Jahren.“

Das Vertrauen zu Bismarck war langsam, aber ständig gewachsen, insbesondere, nachdem er im Berliner Kongreß im Jahre 1878 sowie bei der Berliner Kongokonferenz 1884 erfolgreich zwischen den Großmächten schlichten konnte und eine Bündnispolitik entwickelte, die auf einer neuen *balance of power* beruhte, die jeden Konflikt zwischen den fünf Großmächten ausschließen sollte.

Dieses Vertrauen kam in der politischen Korrespondenz der damaligen Zeit ständig zum Ausdruck, zum Beispiel berichtete der englische Botschafter in Berlin im Jahre 1880 nach London: „In St. Petersburg ist sein Wort Evangelium wie auch in Paris und Rom, wo seine Aussprüche Respekt einflößen und sein Schweigen Besorgnis.“

Und der französische Botschafter in London erklärte: „Meine feste Überzeugung ist, daß, solange Bismarck am Ruder bleibt, wir uns unbedingt auf die Loyalität Deutschlands verlassen können – *et je fache de faire des ecolliers*. Wenn der Kanzler aber einst sein Amt niederlegt, so werden stürmische Zeiten für Europa kommen; ich kann nur mit Sorge und Beklemmung daran denken. Die jetzt in den Schranken gehaltenen Begierlichkeiten stets unbefriedigter Nationen werden dann zum Austausch kommen und die kleinen Geister, welche sie anfachen, um ihre persönliche Herrschsucht und Eitelkeit zu befriedigen, werden überall ihr Haupt erheben. Dann wird man erst erkennen, von welchem unschätzbaren Wert für den Frieden und das

Gedeihen der Völker die jetzige deutsche Politik ist.“

Absage an den Imperialismus

Aus innenpolitischen Gründen mußte Bismarck zwar dem Verlangen der öffentlichen Meinung nachgeben, für das deutsche Reich Kolonien zu erwerben ebenso wie alle anderen Großmächte seiner Zeit auch. Seine Grundeinstellung zur Kolonialpolitik manifestierte sich jedoch eindeutig in einer Äußerung, die er gegenüber einem begeisterten Afrika-Forscher namens Eugen Wolf machte, als dieser ihm eine Karte von Afrika vorlegte: „Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.“

Mit diesem genial-einfachen Bild umriß er zugleich und im voraus seine ablehnende Stellung zu der neu einsetzenden Ausdehnungspolitik des Imperialismus, die nach seinem Abgang in Deutschland als „Weltpolitik“ proklamiert wurde.

Bismarck war, wie er von sich selbst behauptete, Realpolitiker. „Politik ist die Kunst des Möglichen“, ist eine seiner bekanntesten Formulierungen, die immer wieder zitiert wird. Sicherlich war er auch Machtpolitiker, aber man würde ihm Unrecht tun, ihn als einen Machiavellisten zu bezeichnen, dafür war seine christliche Komponente und seine Demut gegenüber Gott und der Natur zu sehr ausgeprägt. Wenn er auch an die Erhaltung und den Ausbau seiner Stellung dachte, so tat er dies in erster Linie, um den Interessen seiner Zielsetzung gerecht zu werden, aber nicht, um äußere Befriedigung an der Machtausübung zu finden.

In gewisser Weise war er auch Fatalist. Er hatte zwar mit Mut, Konsequenz und Erfolg seine Schachpartie gespielt, letzten Endes glaubte er jedoch an das Schicksal und an die Macht der Umstände.

Mächte im Strom der Zeit

Wenn der Historiker Paul Kennedy sein vielbesprochenes Buch „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ mit dem Bismarck-Zitat beendet, „wonach alle Mächte dahinfahren im Strom der Zeit, den sie wieder schaffen noch lenken können, auf dem sie aber mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick steuern können“, so beleuchtet dieses Zitat seine Einstellung, wie wenig der Mensch letztendlich Einfluß nehmen kann auf den Ablauf der Geschichte.

Eine große Bescheidenheit spricht aus dieser Formulierung. Dies schloß beißende Ironie im täglichen politischen Geschäft nicht aus. Zynismus oder sogar Opportunismus kann ihm jedoch nicht nachgesagt werden. Lord Salisbury, der Kollege und Nachfolger Disraelis, bezeichnete die Entlassung des deutschen Kanzlers 1890 als „an enormous calamity, of which the effects will be felt in every part of Europe“.

Gustav Stresemann hat einmal gesagt: „Es wäre gut, einmal ein Buch über den mißverständlichen Bismarck zu schreiben, in dem dargestellt wird, wie er in der Fülle der Macht der Vorsichtigste im Gebrauch der Macht gewesen ist, wie er sich 1866 und 1870 denen gegenüber durchgesetzt hat, die nicht genug bekommen konnten. Er wollte Europa den Frieden erhalten. Das wäre ein besseres Bild von ihm als das, das die Legende von ihm sich macht, wenn sie ihn als den Mann mit den Kürassierstiefeln darstellt.“

Der Artikel erschien in der Ostpreußenblatt-Folge vom 17. November 1990.

● Ferdinand Fürst von Bismarck wurde am 22. November 1930 in London geboren. 1975 wurde er Chef des Hauses Bismarck und damit verantwortlich für den Besitz der Familie im Sachsenwald. Im Laufe der Zeit engagierte er sich immer wieder auch gesellschaftlich, unter anderem ab 1994 in der „Otto-von-Bismarck-Stiftung“. Er starb am 23. Juli 2019 in Reinbek.

„Es wäre gut, einmal ein Buch über den mißverständlichen Bismarck zu schreiben, in dem dargestellt wird, wie er in der Fülle der Macht der Vorsichtigste im Gebrauch der Macht gewesen ist“

Gustav Stresemann



Preußisches Feuilleton

Seit Jahrhunderten war Ostpreußen ein Land großer Dichter. Simon Dach, E.T.A. Hoffmann, Fanny Lewald, Hermann Sudermann oder Ernst Wiechert seien beispielhaft genannt. Auch nach dem Untergang des deutschen Ostens beschrieben zahllose Schriftsteller das Wesen ihrer Heimat. Für viele von ihnen wurde Das Ostpreußenblatt zu einer publizistischen Heimat, in der sie stets auf treue und dankbare Leser trafen.

VON PAUL BROCK

Als am 28. Juni 1919 zur Beendigung des Ersten Weltkrieges der Versailler Vertrag unterzeichnet wurde, verloren die Tilsiter zwei beliebte Ausflugsziele, weil ostpreussisches Land nördlich der Memel, ohne Rücksicht auf den Willen seiner Bevölkerung, vom deutschen Reiche abgetrennt wurde und somit den Bürgern des Reiches verschlossen war. Diese waren der Rombinus, in der Nähe des Dorfes Bittehenen, wo die Kirchengemeinden im Sommer gern ihre Missionsfeste gefeiert hatten, und der Ort Wischwill am oberen Lauf des Stromes, wo ein dichter Hochwald mit schönen, verschwiegenen Plätzen lockte. So lange man zurückdenken konnte, hatte der östliche Teil des Landes, das nun vom Strom seinen Namen erhielt, zum Kreis Tilsit-Ragnit gehört; unter der fremden Herrschaft wurde Pogeegen ausgewählt, Sitz der Kreisbehörden zu sein, die sich in der nicht gerade bedeutenden Gemarkung schlecht und recht einrichteten. Sie hatten ein Land zu verwalten, das an Schönheit und Eigenart bekannteren Teilen Ostpreußens, wie Masuren und Oberland, durchaus ebenbürtig war.

Dem bewaldeten Rombinus am Strom schlossen sich die Schreitlaugker Berge und die Willkischker Höhen als Blickfang an, ein anziehendes, lockendes Bild für den, der vom Tilsiter Schloßberg herüber spähte. Dabei war es ein leichtes, mit der Kleinbahn, die Tilsit mit Mikietien, und rechts abzweigend mit Schmalleningken verband, hinzugelangen. Wenn nicht der wachsame Posten am jenseitigen Brückenkopf gewesen wäre, der jedem, der keine besondere Erlaubnis vorweisen konnte, den Zutritt verwehrte.

In seinem südlichen Abschnitt wurde der Charakter des Landes vom Strom bestimmt. Während das südliche Stromufer meist eine steilabfallende Höhe bildete, lag das memelländische Ufer als eine weite Ebene da, offen für das alljährlich im Frühjahr eintretende Stauwasser, dem die Wiesen, wie die dahinterliegenden Felder, ihr überaus gesegnetes Wachstum verdankten, durchrieselt von Bächen und Flüssen, die von Norden her kamen, aus der Tiefe der Wälder, die den ganzen nördlichen Teil bedeckten, kleine, einsame, von den Hauptverkehrsadern weit abliegende Dörfer bergend: Szuzken, Adomischken, Endruszen. Weit verstreut und der grünen Einsamkeit preisgegeben standen die Backsteinhäuser der Revierförster, hingestellt von den jeweils zuständigen Oberförstereien: Jura, Wischwill und Schmalleningken.

Der Treckweg der Salzburger

Die größeren, stark besiedelten Dörfer sind an den Verkehrswegen aufgebaut. Entweder liegen sie am Memelstrom: da ist Bittehenen, Sokaiten, Baltupönen, das Gut Kassigkehnen, und schließlich das schon oft genannte Schmalleningken, das zugleich den Kreis derer schließt, die an der Chaussee liegen, die von der litauischen Grenze nach Mikietien verläuft, mit den blühenden Ortschaften Wischwill und Willkischken. Es war eine sehr schöne, breit angelegte und gepflegte Chaussee im Schatten des Waldes, die uralte West-Oststraße, auf der schon die Postkutsche fuhr, bis die am Anfang erwähnte Kleinbahn sie ablöste.



Schmalleningken-Wittkehnen, von der Schillehner Stromseite gesehen, mit der Kirche als Mittelpunkt. Endstation der Kleinbahn von Tilsit-Pogeegen. Schmalleningken hatte dank seiner Lage am Memelstrom und an der damaligen deutsch-russischen Grenze, zumeist durch den aufblühenden Binnenschiffahrts-Verkehr und die rege Holzflößerei um die Jahrhundertwende mancherlei Vorteile.

Dörfer und Menschen am Memelstrom

Auf dieser Straße kamen einst die Salzburger ins Land, um eine neue Heimat zu finden. Man brauchte nur auf den stattlichen Höfen, in den Werkstätten der Handwerker, nachzufragen, um ihre Spuren zu finden: die Schettlers und Lackners, die Grubers und Schefflers, Ulmers und Neubachers ... und auch die Familie Schubert in Wischwill mag mit ihnen gekommen sein. Ganze Seiten könnte man damit füllen, um alle die Namen zu nennen. Sie waren zähe Naturen, von geradem Wesen und frommen Gemüts, war es doch das Festhalten am Glauben gewesen, um dessentwillen sie ihre angestammte Heimat verlassen hatten. Und auch hier, in der neuen Heimat, hatte sich ihnen die Heiligkeit und Unveräußerlichkeit des Bodens tief eingepägt. Der Besitz war das Fundament aller ihrer Lebensbegriffe; vielleicht nannten sie sich darum mit Vorliebe „Besitzer“. Sauberkeit und Ordnung zeichneten ihre Höfe aus, die Häuser aus Backstein oder weißem Sandstein gebaut.

Nirgends fehlte der Obstgarten hinter dem Haus und die Hecke aus Flieder und Blumengärten vor blanken Fenstern.

Die Schwedenschanze am Marktplatz

Zwischen Saat und Ernte, wenn es auf den Feldern und Höfen nichts mehr zu tun gab als das, was die Frauen zu schaffen vermochten, fuhren die Besitzer mit ihren Gespannen das im Winter geschlagene Holz aus den Wäldern ans Ufer des Stromes oder zu den Stapelplätzen der Sägewerke.

Da war das Sägewerk der Firma Hildebrandt, die kurz vor der Jahrhundertwende das Adlige Gut Wischwill erwarb und in viele Besitzerhöfe aufteilte. Weithin war das Singen der Sägen, über Wiesen und Felder zu hören, und der Wind trug den Geruch geschnittener Bretter über das Dorf oder über den Strom nach Trappönen oder nordwärts zum Waldesrand, wohin er gerade wehte. Vielen Menschen, Schneidmüllern und Arbeitern, gab das

Werk eine sichere Lebensgrundlage. Auch Kallwehlen hatte ein Sägewerk.

Da war auch in Wischwill, der Perle unter den Dörfern, die große Wassermühle, ein alter mehlbestaubter Pochwerkbau, von hohen Bäumen beschattet. Der Mühleichteich, der sich aus dem Wasser des Wischwillflusses staute, gehörte zu den Zierden des Ortes; an seinem Ufer, etwas erhöht, stand das weiße, schloßartige Gutshaus, das nun die Oberförsterei beherbergte. Es dröhte auch im Wald, bei Riedelsberg, weit oberhalb des Mühleichteiches, der große Eisenhammer, gleichfalls vom Wasser der Wischwill getrieben, aus ältesten Tagen als Kupferhammer bekannt; zuletzt schmiedete er Pflugscharen.

Fünf Krüge gab es in Wischwill, und keiner brauchte sich um Kundschaft zu sorgen. Auf dem großen Marktplatz in Wischwill-Ost fand zwei mal im Jahre der Auftrieb von Pferden und Vieh statt; im Schatten der alten Kirche erwuchs dann zugleich eine lustige Budenstadt; sogar

ein kleiner Zirkus war da zu sehen, mit tanzenden Bären, dem „Stallmeister“ und dem von den Kindern umjubelten „Dummen August“.

Eine alte, immer neu bleibende Sehenswürdigkeit war ein langer, baumbestandener Wall, der den Marktplatz flankierte, die Schwedenschanze, ein Überbleibsel aus dem Jahre 1679, da die Schweden hier ihr Wesen oder Unwesen getrieben hatten.

Segler-Konkurrenz am Zollhaus

Zu der Zeit, als Litauen noch unter russischer Herrschaft stand, blühte Schmalleningken als Grenzort und Zollstation auf. Für die Memelschiffer gab es da einen festen Winterhafen, gleich nebenan sogar ein Hotel, das „Deutsche Haus“, wo sich Schiffs- und Handelsagenten, Kaufleute, Kapitäne und Schiffer die Türkinke in die Hand gaben. Man hörte Russisch, Polnisch, Schwedisch und sogar Englisch. Hier war die Endstation der Passagier- und Frachtdampferlinien, die von Königsberg, Tilsit und Memel heraufkamen; von hier fuhren die russischen Dampfer nach Kowno. Auf dem Strom lagen die Boydacks und Kähne in Dwarflinie vor Anker, wartend, daß auf der „anderen Seite“, beim Zollhaus, die weiße Flagge hochging, ein Zeichen, daß sie die Grenze passieren durften; die Segel rauschten hoch, die Anker wurden gelichtet, und die Flotte setzte sich in Bewegung; wie bei einem Rennen suchte jeder dem anderen zuvorzukommen, denn die Abfertigung geschah drüben nach der Reihe der Ankunft.

Schifferfamilien vom Rhein

Alle Orte am Memelstrom, die einen ausgebauten Hafen besaßen, wie Schmalleningken und Trappönen, wie auch diejenigen, wo die natürlichen Umstände den Kähnen einen natürlichen Schutz vor dem Eis boten, wie bei Wischwill der Wischwillfluß und bei Ruß die Skirwieth, waren zu Niederlassungen der Schiffer geworden, in denen sie den Winter verbrachten. Die Anfänge der Schifffahrt gehen weit zurück; sogenannte Wittinnen brachten einst das russische Getreide, Hanf und Flachs, mit dem Strom treibend, zu Tal, jedoch ohne Möglichkeit, wieder stromaufwärts zurückzukehren. Dieser Zustand erregte Mißfallen und wurde behoben. Sicher ist, daß Napoleon um der besseren Versorgung seiner Armee willen 1812 ganze Schifferfamilien vom Rhein nach Tilsit gebracht hat, mit dem Auftrag, eine ordentliche Segelschifffahrt einzurichten. Ihre Namen sind, um nur einige zu nennen: Ambrosius, Aschmann, von der Werth, von Mittelstedt, Osteroth, Brangsch, Brock, von Brockhusen, Moulin. Sie bauten die „Kurischen Reisekähne“ und brachten die Schifffahrt zu großer Blüte. Ihre Namen blieben bis zuletzt mit der Memelschifffahrt verwoben.

Namen ... Menschen, die in schöpferischer Arbeit, in treuer Liebe zur Heimat, das Gesicht eines Landes schufen, sie sind in alle Winde zerstreut. Geblieben ist das Land, entsteht und geschunden, aber unzerstörbar, der Strom, der immer durch Ruß und Gilge zum Haff fließen wird.

Der Artikel erschien in der Ostpreußenblatt-Folge vom 1. Juli 1961.

• Paul Brock wurde am 21. Februar 1900 in Pagulbinnen, Kreis Ragnit, in eine memelländische Binnenschifferfamilie hinein geboren. In den 1920er Jahren lernte er Dichter wie Bertolt Brecht, Joachim Ringelnatz und Vicky Baum kennen und wurde durch sie selbst zum Schreiben angeregt. Das große Thema seiner Arbeit war die ostpreussische Heimat, vor allem die Landschaften rund um die Memel. Seit 1953 war Brock freier Autor, ab 1976 fester Mitarbeiter des Ostpreußenblatts, für das er hunderte Artikel und Rezensionen sowie einige exklusive Fortsetzungsromane schrieb. Er starb am 26. Oktober 1986 in Bad Segeberg.



Dieser Kurische Reisekahn, ein Schoner, hat durch ein volles Jahrhundert das Bild auf den ostpreussischen Flüssen bestimmt. Solche Kähne entstanden aus der Notwendigkeit, den ständig anwachsenden Güterverkehr zwischen Kowno und Königsberg zu bewältigen. Ihr Rumpf, aus starken Eichenplanken gezimmert, hielt auch der stärksten Dünung auf dem Kurischen und dem Frischen Haff stand. Die auffallend hohen Masten entsprachen den teilweise steil ansteigenden und bewaldeten Ufern am Memelstrom, die den Segeln den Wind abfingen. Die Tragfähigkeit der Kurischen Reisekähne betrug etwa zweihundert Tonnen = viertausend Zentner.

Preußisches Feuilleton

Es versteht sich beinahe von selbst, daß die große jahrhundertelange Geschichte Ostpreußens auch im Ostpreußenblatt in fundierten Beiträgen ihren Widerhall fand. Das folgende Beispiel zeigt, dass die Zeitung auch auf diesem Gebiet weit mehr als ein bloßes Lokalblatt war.

VON FRITZ GAUSE

Immanuel Kant verband in seiner Persönlichkeit und seiner geistigen Haltung die beiden Grundelemente der Zeit, in der er lebte, der Zeit des aufklärten Absolutismus, preußische Staatsgesinnung und weltbürgerliche Humanität, und es tat seinem Preudentum keinen Abbruch, daß er ein Bewunderer der englischen und französischen Philosophie war. In seiner Studierstube hing ein Bild Rousseaus, das ihm sein Freund, der Bankier Ruffmann, geschenkt hatte. Seinen gewohnten Nachmittagsspaziergang soll Kant nur einmal versäumt haben, als er 1762 Rousseaus *Emile* las. Wenn er auch nicht soweit ging wie der junge Zacharias Werner, der von Rousseaus Todesjahr ab eine neue Zeitrechnung beginnen wollte, so ist doch kein Zweifel, daß er die Ideen Rousseaus bejahte. Den Kavaliersdegen, den er trug, legte er allerdings erst ab, als sich mit der Französischen Revolution die Mode änderte. Kant sah in dieser Revolution ein Experiment, das mit der Menschheit gemacht wurde, eine Probe, ob der Geist der Freiheit wirklich ein Prinzip der menschlichen Gesellschaft sein könne, und er erlebte wie Schiller die Enttäuschung, daß die Wirklichkeit anders war.

Viel mehr als in dem von blutigen Bürgerkriegen zerrissenen und dann vom napoleonischen Imperialismus anderen Zielen zugeführten Frankreich sah Kant in den Vereinigten Staaten die gelungene Verwirklichung der Philosophie der Freiheit, doch da der Philosoph kein Politiker war und sich auch in seinen Briefen nicht zu politischen Tagesfragen geäußert hat, sind die Beweise der Sympathie, die Kant dem Kampf der Amerikaner um ihre Unabhängigkeit und der Bildung der ersten demokratischen Republik der Welt entgegenbrachte, spärlich und stammen aus zweiter Hand. Dennoch sind sie zuverlässig.

Streitgespräch während des Unabhängigkeitskrieges

Reinhold Bernhard Jachmann, Kants Amanuensis in den letzten Lebensjahren, hat 1804, also kurz nach Kants Tode, in fingierten Briefen an einen Freund Kants Leben dargestellt. Er schreibt im achten Briefe:

„Zur Zeit des Englisch-Nordamerikanischen Krieges ging Kant eines Nachmittags in den Dönhofschen Garten spazieren (der Garten lag an der Königstraße; ein Teil war als Tompsonscher Garten öffentlich und wurde von den in Königsberg ansässigen Engländern, unter denen Kant viele Freunde hatte, gern besucht) und blieb vor einer Laube stehen, in welcher er einen seiner Bekannten in Gesellschaft einiger ihm unbekannter Männer entdeckte. Er ließ sich mit diesem in ein Gespräch ein, an welchem auch die übrigen teilnahmen. Bald fiel ihr Gespräch auf die merkwürdige Zeitgeschichte. Kant nahm sich der Amerikaner an, verfocht mit Wärme ihre gerechte Sache und ließ sich mit einiger Bitterkeit über das Benehmen der Engländer aus. Auf einmal springt ganz voll Wut ein Mann aus der Gesellschaft auf, tritt vor Kant hin, sagt, daß er ein Engländer sei, erklärt seine ganze Nation und sich selbst durch seine Äußerungen für beleidigt und verlangt in der größten Hitze eine Genugtuung durch einen blutigen Zweikampf. Kant ließ sich durch den Zorn des Mannes nicht im mindesten aus seiner Fassung bringen, sondern setzte sein Gespräch fort und fing an, seine politischen Grundsätze und Meinungen und den Gesichtspunkt, aus welchem jeder Mensch als Weltbürger, seinem Patriotismus un-



Immanuel Kants Zeitgenossen haben dieses von P. H. Collin modellierte Reliefporträt als das ähnlichste des Philosophen beurteilt. Collin, ein geborener Königsberger, betrieb in seiner Vaterstadt eine Fayence- und Steingutwerkstätte. Von ihm stammen viele Darstellungen ostpreußischer Persönlichkeiten

Kant und die Vereinigten Staaten von Amerika

beschadet, dergleichen Weltbegebenheiten beurteilen müsse, mit einer solchen himmelführenden Beredsamkeit zu schildern, daß Green – dies war der Engländer – ganz voll Erstaunen ihm freundschaftlich die Hand reichte, den hohen Ideen Kants beipflichtete, ihn wegen seiner Hitze um Verzeihung bat, ihn am Abende bis an seine Wohnung begleitete und ihn zu einem freundschaftlichen Besuch einlud. Der Kaufman Motherby, ein Teilhaber von Green, war Augenzeuge dieses Vorfalles gewesen und hat mir oft versichert, daß Kant ihm und allen Anwesenden bei dieser Rede wie von einer himmlischen Kraft begeistert erschienen wäre und ihr Herz auf immer an sich gefesselt hätte.“

An der Wahrheit dieses Berichtes ist kein Zweifel, da Jachmann Erzieher im Hause Motherby war, aber die Daten müssen sich verschoben haben. Green und Kant kannten sich seit 1766, und der amerikanische Unabhängigkeitskrieg brach erst 1773 aus. Vielleicht hat dieses Gespräch schon früher, während der dem Kriege vorausgehenden politischen Auseinandersetzungen zwischen den Kolonien und ihrem Mutterlande stattgefunden. Zweierlei ist an ihm bemerkenswert, einmal die Begeisterung, mit der der Philosoph für die Amerikaner gegen die Engländer Stellung nahm, obgleich er viele englische Freunde hatte und sie sehr schätzte, und zweitens, daß er die politischen Ereignisse auf die Grundsätze zurückführte, wie es einem Philosophen wohl anstand, auf das Weltbürgertum, das die Menschen nicht nach ihrer Nationalität, sondern nach ihrem Menschentum wertet.

Green und Kant sind Herzensfreunde geworden. Sicher haben sie sich noch oft über Amerika unterhalten, aber da sie keine Briefe zu wechseln brauchten, weil sie sich täglich sahen, und da Kant keinen

Eckermann gehabt hat, bleibt diese Männerfreundschaft im Dunkel der Gesellschaftslosigkeit.

„Das einzige wahre Land der Freiheit“

Die andere Stelle, die uns darüber Auskunft gibt, was Kant von den USA hielt, finden wir in seiner „Physischen Geographie“. Wir denken zu wenig daran, daß Kant auch Geograph war und jahrzehntlang erdkundliche Vorlesungen gehalten hat. Er ist nicht dazu gekommen, sie als Buch herauszugeben, doch liegen einige Ausgaben von anderer Hand vor. Sie zeigen eine erstaunliche Kenntnis der Länder und Völker der ganzen Erde, die Kant sich angeeignet hatte, wenn sie auch na-

türlich dem damaligen Stand der Wissenschaft entsprach. Nordamerika war nur bis zum Mississippi bekannt.

In der von Friedrich Theodor Rink herausgegebenen Ausgabe, die 1802, also noch zu Kants Lebzeiten, in Königsberg bei Göbbels und Unzer erschienen ist, ist Nordamerika noch nach dem kolonialen Status behandelt, und die Sitten der Indianer interessieren mehr als die kurz besprochenen englischen Kolonien.

Ergiebiger ist die von K. G. Schelle herausgebrachte Ausgabe, die 1807 in Leipzig herauskam. In dieser Ausgabe lesen wir:

„Tiefer gegen Süden folgt unmittelbar auf Canada der nordamerikanische Freistaat, eine Bundesrepublik von der musterhaftesten Einrichtung, ein Beispiel eines Staates, der auf Publicität und Freiheit beruht, und worin dieselben im allerstärksten Steigen begriffen sind. Es ist bis jetzt auf dem ganzen Erdboden das einzige wahre Land der Freiheit, wo sie in ihrer ganzen segensbringenden Gestalt erscheint und wirkt. Keine früheren Gifte der Gesellschaft brauchen in ihr erst vertilgt zu werden, die dann auf die junge Freiheit hätten zurückwirken können. Keine dem Aberglauben und ihrem Interesse dienende Priesterschaft, kein alter, mit Vorrechten vor den übrigen Staatsbürgern aufgewachsenen Adel wurde bei der Gründung des amerikanischen Freistaates von dem Interesse der Gesamtheit der Bürger getrennt – denn es gab in Amerika gar keinen solchen doppelten Stand – und ihn gründete kein durch Sitten verdorbenes Geschlecht. Es gründete ihn eine junge, von den Ränken und Lasten der alten Welt entfernt liegende, tätige, in sich einige und von dem Gefühl der wahren Würde des Menschen durchdrungene Nation. In beiden Rück-sichten, daß der amerikanische Freistaat nicht Menschen in sich aufnahm, die ver-

schiedenes Interesse von dem Interesse des Staates abzog, und keine verderbten Sitten die edleren Grundsätze der Freiheit vergifteten, hatte er großen Vorsprung vor dem alten Rom so wie vor dem heutigen Frankreich, und so mußte er, wie die Erfahrung zeigt, auch immer gedeihen. Sein Flor, seine wunderbar wachsende Bevölkerung, sein Geist der Ruhe und Ordnung, bei der regsten Teilnahme der Bürger an den öffentlichen Verhältnissen, die so weit geht, daß sich der Landmann die Lesung öffentlicher Blätter um keinen Preis entziehen oder auch nur durch Taxen beschweren ließe, sie, die jedermann mit gespannter Aufmerksamkeit erwartet und verschlingt: alles dies zeigt an einem glücklichen Beispiel, welche herrlichen Früchte die echte Freiheit trägt, wenn ihr nichts entgegenwirkt. Kurz: der nordamerikanische Freistaat ist in der Geschichte der Welt ein einziges Phänomen, auf welches die Blicke jedes Weltbürgers gerichtet bleiben müssen.“

Und weiter heißt es: „Auf Kultur gegründet und befruchtet mit einem neuen Geiste der Kultur, der auch den Sklavenhandel aufhob, steht der nordamerikanische Freistaat doch noch in Absicht der strengeren Wissenschaften und der feineren gesellschaftlichen und ästhetischen Ausbildung der Seelenkräfte hinter der Kultur der alten Welt zurück. Selbst die Literatur hat sich in den nordamerikanischen Freistaaten noch keine eigenen Bahnen gebrochen, noch keine eigenen Nationalprodukte erzeugt. Die nordamerikanischen Freistaaten bringen die Wissenschaften nicht nur noch nicht durch eigene große Geister weiter, sie haben selbst noch keine eigenen Nationalwerke in der Philosophie, der schönen Literatur; sie ziehen ihre literarischen neuen Produkte meist vom Ausland. Deutsche Schriften werden jetzt viele nach Amerika geführt.“

Etwas völlig Neues

Die Vereinigten Staaten sind also für Kant trotz der französischen Republik das einzige wahre Land der Freiheit auf dem ganzen Erdboden. Sie beruht auf der Teilnahme der Bürger an den öffentlichen Verhältnissen, das durch die Zeitungen, die neue Großmacht Presse, wach gehalten wird. Die USA sind deshalb etwas absolut Neues, weil sie keine alte feudale Gesellschaftsstruktur zu überwinden hatten – Goethe spricht von „alten Schlössern“. Die geistige Kultur des alten Europa schätzt der Philosoph freilich noch so hoch ein, daß er sie für die Ausbildung der Seelenkräfte der neuen Nation notwendig hält.

Wo gab es in der ganzen Welt eine bessere Einsicht in die Grundlagen der ersten modernen demokratischen Republik, als sie von Kant vom Katheder der Königsberger Albertina verkündet wurde, der Universität eines Landes, das von schlecht Unterrichteten als ein Hort der Reaktion hingestellt wurde!

Der Artikel erschien in der Ostpreußenblatt-Folge vom 27. Mai 1961.

● Dr. Fritz Gause wurde am 4. August 1893 in Königsberg i. Pr. geboren. Nach dem Abitur am Collegium Fridericianum und dem Studium von Geschichte, Germanistik und Geographie an der Albertus-Universität trat er in den Schuldienst ein. 1938 wurde er Stadarchivar von Königsberg und Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums Königsberg. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft und dem Verlust seiner Heimat war Gause maßgeblich am Aufbau des Museums Stadt Königsberg in Duisburg beteiligt, dessen Bestände sich heute im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg befinden. Zu seinen Schriften gehört die dreibändige „Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen“. Von 1967 bis 1973 war er Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg. Er starb am 24. Dezember 1973 in Essen.

„Wo gab es in der ganzen Welt eine bessere Einsicht in die Grundlagen der ersten modernen demokratischen Republik, als sie von Kant vom Katheder der Königsberger Albertina verkündet wurde, der Universität eines Landes, das von schlecht Unterrichteten als ein Hort der Reaktion hingestellt wurde!“

Preußisches Feuilleton

ESSAY

Die Hand an der Wurzel

Gedanken eines jungen ostpreußischen Schriftstellers zu einigen Sätzen von Herder

Wer im Archiv von Ostpreußenblatt und Preußischer Allgemeiner Zeitung durch die bisherigen 75 Jahre stöbert, findet dort immer wieder spannende Fundstücke. So wie dieser Text eines der bedeutendsten deutschen Autoren des 20. Jahrhunderts.

VON SIEGFRIED LENZ

Jeder ist, das wissen wir, dauernd hinter sich her, ein einsamer Jäger auf der Fährte zu sich selbst, mehr oder weniger blind, mehr oder weniger erfolgreich. Wir suchen die Beute und diese Beute sind wir selbst. Wir werden von Heimweh nach uns selbst geschüttelt, wir spüren manchmal einen wilden Durst nach Selbsterfahrung, nach Selbstbestätigung, wir zittern unter dem gierigen Verlangen, unserer selbst inne zu werden, uns zu begreifen und zu begründen, und zwar radikal, wurzelnhaft, sagen wir ruhig: am Ursprung. Aber wer dorthin vordringen will, muß halbe Sisyphusarbeit leisten, wer sich ursprunghaft begründen und orientieren will, muß zunächst das ganze Schlingengewächs der Überlieferung forträumen, die Zementklötze gefürchteter Dogmen, den Treibsand der Gewohnheiten. An den Ursprung kommt man nur mit Beilieben, es gelingt selten. Aber mitunter, und das ist ein Glücksfall, gelingt es einem, er schlägt sich durch zu den Wurzeln, er führt unter Schmerzen seine Hiebe und läßt plötzlich den Ursprung funkeln, und der Glanz macht einige betroffen, andere vielleicht sogar sehend.

Das eine große Werk

Johann Gottfried Herder hat das, meiner Meinung nach, in einem Fall erreicht: mit seiner Schrift „Über den Ursprung der Sprache“. Man erinnere sich nur an die Voraussetzungen: gegen ihn steht die Theorie vom konventionellen Ursprung



BU: Heimat eines ostpreußischen Klassikers: Das Geburtshaus von Johann Gottfried Herder in Mohrungen, hier in einer Ansicht von 1844 Foto: Wikimedia

der Sprache. Und das heißt, gegen ihn stehen der große Aristoteles und die Engländer Bacon, Locke und Hobbes, die der Ansicht sind, daß die Sprache willkürlich vom Menschen eingeführt wurde, aus Gründen gegenseitiger Verständigung. Gegen ihn steht die Theorie vom göttlichen Ursprung der Sprache, und in dieser Hinsicht kommt er mit Theologen und seinem dunklen Freund Hamann in Konflikt. Gegen ihn ist schließlich auch der „spatzenmäßige“ Goethe, wie er ihn nennt, dem er in Straßburg von seinem Plan erzählt. Alles steht gegen ihn, aber er setzt sich hin und schreibt, schreibt ohne Neigung zur Glätte und Gefälligkeit, schreibt rauschhaft und unbeirrbar, was er denkt, – was muß das für ein Schreiben gewesen sein, welch eine Aufsässigkeit, welch eine Lehrmeinung, welch ein wunderbarer Starrsinn! Aber es kommt natürlich weniger darauf an, unter wel-

chen Voraussetzungen man schreibt, als vielmehr, was man schreibt. Und in dieser Abhandlung schrieb Herder zwei oder drei Sätze, die wirklich den Ursprung bloßlegen, an eine tiefe, verborgene Haut stoßen, wahrscheinlich sogar an den Ursprung selbst.

Diese Sätze lauten: „Schon als Tier hat der Mensch Sprache. Alle heftigen, und die heftigsten unter den heftigen, die schmerzhaften Empfindungen seines Körpers, sowie alle starken Leidenschaften seiner Seele, äußern sich unmittelbar durch Geschrei, durch Töne, durch wilde, unartikulierte Laute.“ Und diese erste, absichtslos tönende Sprache, diesen ursprunghaften, natürlichen Gesang, den nennt Herder Poesie.

Ich habe die Sätze fast zweihundert Jahre später gelesen, nach dem sie geschrieben worden waren. Sie haben mich betroffen gemacht, ich habe viel über sie nachgedacht und hatte sie mitunter ver-

gessen, – ich bin immer wieder auf sie gestoßen, fand sie immer wieder bestätigt. Die natürliche Poesie ist Stammeln, ist wilder Gesang des Daseins, ist Rausch und Bild, Schmerz und Aufschrei, Empfindung und Ton; was später kommt, ist prosaische Sprache, sind Begriffe und Formeln, Chiffren und abstrakte Geheimzeichen, die vom Verstand kontrolliert eingeeignet sind. Herder hat das gesehen. Und wir haben uns seinen Gesichtswinkel zu eigen gemacht. Damit sind wir plötzlich in der Lage, beispielsweise die Poesie der Neger zu verstehen, ihren trunkenen, unzusammenhängenden Gesang auf die Schöpfung. Wir verstehen plötzlich, daß wahrhaftige Poesie nur möglich ist, wenn die Nabelschnur zum Kosmos noch nicht durchschnitten ist, wo es noch eine echte Beziehung zum Ursprung gibt. Herder hat das deutlich und sichtbar gemacht, ein für alle Mal. Die Sprache, sagte er, entspringt der Nachahmung der tönenden, handelnden, sich regenden Natur. Jede Empfindung hat ihren Ausdruck und wird durch einen bestimmten Ton bezeichnet. Aber die Natur „tönt das Merkmal nicht bloß vor, sondern tief in die Seele hinein.“ Dadurch veranlaßt sie uns zur Besinnung, und in der Besinnung oder Besonnenheit liegt der Keim zur Sprache.

Pflichtlektüre für junge Schriftsteller?

Der Erkenntniswert dieser Gedanken mag natürlich müde Snobs zu einem abschelzuckenden „Na und?“ bringen. Aber wir wissen ja, daß die Älteren heute vielfach mit schonungsvoller Nachsicht gelesen werden, sieh' einer an, denken wir, das hat der olle Soundso auch schon gewußt, allerhand für seine Zeit. Diese Art von Herablassung können wir uns jedoch nicht leisten. Dazu können wir nicht genug. Und dazu sind wir – im Vergleich mit ihnen – zu wenig gebildet. Ich will nicht sagen, daß es für einen jungen Schriftstel-

ler zur Pflicht gemacht werden müßte, Herders Preisschrift „Über den Ursprung der Sprache“ zu lesen. In dieser Hinsicht gibt es, wie es scheint, kaum Pflichten. Aber ich bin sicher, daß jeder, der mit genügender Bereitschaft oder mit einem „gewissen Notdrange“ Herders Gedanken heute nachdenkt, außerordentlich betroffen sein wird. Betroffen sowohl von der Schönheit der Sprache als auch, und vornehmlich, von der Macht des Gezeigten. Und man wird den Erkenntniswert von Herders Gedanken begreifen, wenn man sieht, wie sie sich in der modernen Literaturkritik und Sprachtheorie, vielleicht mehr oder weniger umgebildet, behaupten. Und nicht nur behaupten. Sie fordern in ihrer Konsequenz, mit nicht geringerer Leuchtkraft als einst, immer von neuem, sich auf die entschlossene Suche nach dem Ursprung zu begeben, die verschütteten Schächte der Poesie gleichsam freizulegen. Sie fordern uns zu dem wunderbarsten Abenteuer auf, das es überhaupt wohl gibt und uns nachgeblieben ist: zu dem Abenteuer der Sprache. Und das sollte mehr als genug sein.

Quelle: Der Artikel erschien in der Ostpreußenblatt-Ausgabe vom 12. Dezember 1953.

● Siegfried Lenz wurde am 17. März 1926 im masurischen Lyck geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann er zunächst ein Studium an der Universität Hamburg, brach dieses jedoch zugunsten eines Volontariats bei der Tageszeitung „Die Welt“ ab. 1951 erschien sein erster Roman „Es waren Habichte in der Luft“. Weitere bedeutende Werke sind unter anderem „So zärtlich war Suleyken. Masurische Geschichten“ (1955) sowie die Romane „Deutschstunde“ (1968) und „Heimatmuseum“ (1978). Zu seinen zahlreichen Ehrungen gehört der Ostpreußische Kulturpreis im Jahre 1961. Lenz starb am 7. Oktober 2014 in Hamburg.

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de